



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

BERICHTE UND STUDIEN

I / 2002

**Medieninhaber:**

*Oesterreichische Nationalbank*

**Für den Inhalt verantwortlich:**

*Wolfdietrich Grau, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit*

**Unter Mitarbeit von:**

*Peter Achleitner, Markus Arpa, René Dell'mour, Maria-Antoinette Dimitz, Ralf Dobringer, Johann Elsinger, Patricia Fahrngruber, Gerhard Fenz, Christian Just, Peter Mooslechner, Gabriel Moser, Karin Olechowski-Hrdlicka, Gerhard Reitschuler, Paul Schmidt, Martin Schneider, Martin Spitzer, Christine Stecyna, Helmut Stix, Karin Wagner, Patricia Walter, Isabel Winkler, Robert Zorzi*

**Redaktion:**

*Karin Fischer, Christiana Weinzettel  
Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen*

**Satz, Druck und Herstellung:**

*Hausdruckerei*

**Rückfragen:**

*Oesterreichische Nationalbank  
Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit  
Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3  
Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien  
Telefon: 01/404 20 DW 6666  
Telefax: 01/404 20 DW 6696*

**Nachbestellungen:**

*Oesterreichische Nationalbank  
Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice  
Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3  
Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien  
Telefon: 01/404 20 DW 2345  
Telefax: 01/404 20 DW 2398*

**Internet:**

*<http://www.oenb.at>*

**Papier:**

*Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller*

**DVR 0031577**

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Impressum  | 2  |
| <hr/> <u>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER WÄHRUNGSUNION UND IN DER EU</u> <hr/>  |    |
| Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU  | 6  |
| Konjunkturelle Entwicklung in Österreich   | 13 |
| Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration   | 24 |
| <hr/> <u>MONETÄRE ENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH</u> <hr/>  |    |
| Geschäftstätigkeit der inländischen Kreditinstitute im Jahr 2001   | 32 |
| Zahlungsbilanz in den ersten drei Quartalen 2001   | 45 |
| <hr/> <u>INTERNATIONALE WIRTSCHAFT</u> <hr/>   |    |
| Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU  | 66 |
| Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem   | 78 |
| <hr/> <u>STUDIEN</u> <hr/>   |    |
| Die Herausforderung der Informationsgesellschaft für die Notenbanken –<br>Auf dem Weg zur e-ZB?  | 84 |
| <i>Der Eintritt in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts stellt für die Notenbanken eine große Herausforderung dar. Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien verändert das Umfeld der Notenbanken nachhaltig. Themen wie New Economy und E-Finance haben eine breite und kontroverielle wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Diskussion ausgelöst. Dabei wird auf die unterschiedliche Einschätzung des Produktivitätswachstums, der Entwicklungsperspektiven der Informationsökonomie und der ökonomischen Bedeutung von E-Commerce und E-Finance eingegangen. Diese Studie beleuchtet weiters die unterschiedlich bewerteten Auswirkungen einer fortschreitenden Informationsökonomie auf die Geldpolitik und das Geldwesen. Der Wandlungsprozess des Geld- und Finanzsystems wird allerdings mehr Zeit als vielfach prognostiziert in Anspruch nehmen. Trotzdem kann der Schluss gezogen werden, dass sich die Notenbanken in Richtung „elektronische Zentralbank“ entwickeln. Jedenfalls wird in der Übergangsphase der Bedarf an Institutionen, die für Stabilität, Sicherheit und Vertrauen stehen, entsprechend hoch sein.</i> |    |

|   |     |
|---|-----|
| Das Zahlungsverhalten privater Haushalte in Österreich –<br>Ergebnisse einer Untersuchung zur Nutzung von Zahlungskarten<br>und zur Struktur der Zahlungstransaktionen im Jahr 2000 | 119 |
|---|-----|

*Die vorliegende Studie bietet einen aktuellen Überblick über die Nutzung von Zahlungskarten und die Struktur der Zahlungstransaktionen privater Haushalte in Österreich. Es wird damit ein letztes Gesamtbild der Zahlungstransaktionen der „Schilling-Ära“ dokumentiert.*

*Um Trends aufzuzeigen und künftige Entwicklungen einzuschätzen, wird ein Vergleich zu einer im Jahr 1996 erstellten Studie vorgenommen. Neben einer deskriptiv-empirischen Analyse wird eine Diskriminanzanalyse durchgeführt, die herausfinden soll, welche Faktoren bei der Entscheidung für eine bestimmte Zahlungsform ausschlaggebend sind.*

*Die Analyse verschiedener von der OeNB in Auftrag gegebenen Umfragen illustriert mehrere interessante Ergebnisse:*

*Trotz der teilweise rasanten Entwicklung bei den Bankomatzahlungen und der hohen Wachstumsraten beim Quick-System ist in Österreich Bargeld immer noch das mit Abstand wichtigste Zahlungsmittel. Darüber hinaus ist es zu dem erwarteten Substitutionsprozess von den Bargeldzahlungen zu den unbaren Zahlungsformen gekommen. Interessanterweise sind jedoch auch signifikante Nutzungsverschiebungen innerhalb der unbaren Zahlungsformen zu verzeichnen, das heißt, es wurden auch Kreditkarten und Scheckzahlungen durch Bankomatzahlungen substituiert.*

*Da sich die Zahlungsgewohnheiten nur sehr langsam zu ändern scheinen, lassen die Ergebnisse der Studie den Schluss zu, dass es mittelfristig zu keiner maßgeblichen, geldpolitisch relevanten Verdrängung von Bargeld durch neue innovative Zahlungsmittel kommen wird.*

Die im Teil „Studien“ dieses Hefts zum Ausdruck gebrachte Meinung des jeweiligen Autors kann im Einzelfall von der Meinung der OeNB abweichen.

#### HINWEISE

|   |     |
|---|-----|
| Abkürzungsverzeichnis                             | 151 |
| Zeichenerklärung                                  | 152 |
| Kundmachungen der Oesterreichischen Nationalbank  | 153 |
| Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft        | 154 |
| Übersicht über Berichte, Studien und Sonderdrucke | 155 |
| Übersicht der Studien zu Schwerpunktthemen        | 157 |
| Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank  | 159 |
| Adressen der Oesterreichischen Nationalbank       | 163 |

#### BEILAGE

Gesamtübersicht über die bisher veröffentlichten Berichte,  
Studien, Sonderdrucke und Working Papers

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG  
IN DER WÄHRUNGSUNION  
UND IN DER EU

# Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU

Maria Antoinette Dimitz,  
Gabriel Moser,  
Gerhard Reitschuler

Redaktionsschluss:  
13. Februar 2002

## Eurogebiet

### Wirtschaftswachstum im dritten Quartal 2001 geringfügig gestiegen

Im dritten Quartal 2001 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums auf Quartalsbasis um 0,1%. Gegenüber dem Jahr 2000 wurde ein Zuwachs von 1,4% verzeichnet. Damit befand sich die Wirtschaft des Euroraums nahe an einer Stagnation.

In den Zahlen für die Importe und Exporte zeigt sich die rapide Verlangsamung des Welthandels, wobei das stärker rückläufige Importvolumen zu einem positiven Außenbeitrag zum BIP-Wachstum führt. Dabei dürfte auch der fallende Erdölpreis eine Rolle spielen. Dagegen ist das Wachstum der Binnennachfrage schon seit dem dritten Quartal des Jahres 2000 außerordentlich gering.

Der insgesamt schwache private Konsum dürfte auf die verzögerte Wirkung des negativen Terms-of-Trade-Schocks (höherer Erdölpreis, niedrigerer Wechselkurs) und des mit der Fleischkrise verbundenen Angebotschocks auf die verfügbaren Einkommen zurückzuführen sein, die die Wirkungen der Steuersenkungen in einigen europäischen Ländern überkompensierten. Die geringe Investitionsdynamik seit Mitte des Jahres 2000 kann auf das mit der allgemeinen Wachstumsabschwächung einhergehende geringere Umsatzwachstum der Firmen im Euroraum (Akzeleratormechanismus) sowie auf kleinere Gewinnmargen auf Grund des höheren Erdölpreises zurückgeführt werden.

## Komponenten des BIP im Euroraum

|  | 1999   | 2000   | 2000       |            |            | 2001       |            |            |
|--|--|--------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
|  |  |        | 2. Quartal | 3. Quartal | 4. Quartal | 1. Quartal | 2. Quartal | 3. Quartal |
|  | Veränderung zum Vorjahr bzw. zum Vorquartal in % |        |            |            |            |            |            |            |
| <b>Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen</b>                  | + 2,6  | + 3,4  | + 0,9      | + 0,4      | + 0,6      | + 0,6      | + 0,1      | + 0,1      |
| Binnennachfrage  | + 3,2  | + 2,8  | + 0,9      | + 0,1      | + 0,5      | + 0,1      | + 0,2      | - 0,1      |
| Konsumausgaben der privaten Haushalte und POoE <sup>1)</sup> | + 2,8  | + 2,6  | + 0,8      | + 0,1      | + 0,2      | + 0,9      | + 0,6      | + 0,1      |
| Konsumausgaben des Staats                                    | + 2,1  | + 1,9  | + 0,4      | + 0,1      | + 0,7      | + 0,7      | + 0,4      | + 0,2      |
| Bruttoanlageinvestitionen                                    | + 5,4  | + 4,3  | + 0,9      | + 0,9      | + 0,0      | - 0,4      | - 0,8      | + 0,0      |
| Außenbeitrag   | - 22,4   | + 34,7 | - 2,2      | + 16,2     | + 2,3      | + 2,5      | + 2,4      | + 2,7      |
| Exporte  | + 5,1  | + 12,0 | + 2,8      | + 3,5      | + 2,3      | - 0,3      | - 0,6      | - 0,6      |
| Importe  | + 7,1  | + 10,7 | + 3,1      | + 2,9      | + 2,2      | - 1,4      | - 0,3      | - 1,4      |

Quelle: EUROSTAT.

<sup>1)</sup> POoE: Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

### Kurzfristige Vorlaufindikatoren geben gemischte Signale

Die Wachstumsrate der *Industrieproduktion* setzte ihren seit Beginn des Jahres 2001 bestehenden Abwärtstrend fort und erreichte im November 2001 mit -4,3% (im Jahresvergleich) den höchsten Rückgang seit Juli 1993. Die *Auftragsbestände der Industrie* im Euroraum waren im Dezember 2001 rückläufig, ebenso wie der *Index des Industrievertrauens*. Im Jänner 2002 zeigten beide Indizes eine Erholung bzw. Stabilisierung. Der *Index des Bauvertrauens* ging im Jänner 2002 weiter zurück. Der *Index des Dienstleistungsvertrauens* zeigte eine sehr markante Reaktion auf die Ereignisse

vom 11. September 2001 und stabilisierte sich im Dezember auf niedrigem Niveau. Im Jänner 2002 verbesserte sich dieser Index deutlich.

Die *realen Einzelhandelsumsätze*, die ebenso wie die Konsumausgaben vom zweiten auf das dritte Quartal 2000 einbrachen, sind seit Juni 2001 mit Ausnahme des Oktobers (Einbruch möglicherweise auf Grund der Terroranschläge vom 11. September) relativ konstant geblieben. Der *Index des Konsumentenvertrauens* stieg im Dezember 2001 leicht, liegt aber immer noch deutlich unter den Werten, die vor dem 11. September verzeichnet wurden. Der Anstieg hat sich im Jänner 2002 nicht fortgesetzt.

Der von Mitte 2000 bis Oktober 2001 rückläufige *ifo-Geschäftsklimaindex* für Westdeutschland verzeichnete in den letzten drei Monaten wieder steigende Wachstumsraten und lag im Jänner 2002 bei 86'3. Es war dies das erste Mal seit März 2000, dass der Index über drei Monate steigende Wachstumsraten aufwies.

Die Indikatoren für das Vertrauen der Wirtschaftsakteure zeigen damit ein sehr heterogenes Bild, das bis auf den deutlichen Einbruch nach dem 11. September 2001 kaum Gemeinsamkeiten aufweist. Insgesamt kann von einer Stabilisierung bzw. einer leichten Verbesserung der Konjunktur zur Jahreswende 2001/02 gesprochen werden. Für das vierte Quartal 2001 weist insbesondere die Industrieproduktion auf eine negative Wachstumsrate des BIP (im Quartalsabstand) hin. Die Konjunkturindikatoren von Euroframe und der Europäischen Kommission prognostizieren für das erste Quartal 2002 einen Anstieg des Wirtschaftswachstums. Bezüglich des weiteren Konjunkturverlaufs im Jahr 2002 gehen die meisten Konjunkturprognosen von einem Aufschwung im zweiten Halbjahr aus.

#### **Arbeitsmarkt im Euroraum stabil**

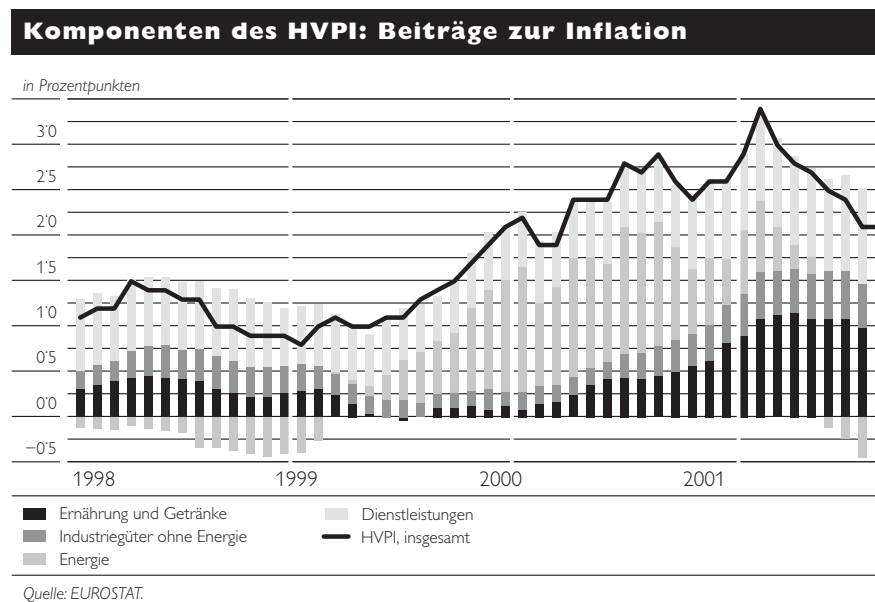
Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum lag in den Monaten September bis Dezember 2001 unverändert bei 8'5% und damit auf demselben Niveau wie im ersten Quartal 2001. Im zweiten Quartal sank die Arbeitslosigkeit marginal auf 8'4%. Damit kam der Abbau der Arbeitslosigkeit mit Beginn des Jahres 2001 zum Erliegen. Die konstante Arbeitslosigkeit im Euroraum war auf unterschiedliche nationale Entwicklungen zurückzuführen; in Italien und Spanien sank die Zahl der Arbeitslosen, während sie in Deutschland und Frankreich stieg. Auch im Wachstum der Beschäftigung war eine abnehmende Dynamik erkennbar. Im dritten Quartal 2001 wuchs die Beschäftigung nur mehr um 1'3% gegenüber dem Vorjahresquartal und blieb damit hinter dem Trend des Jahres 2000 und der ersten beiden Quartale des Jahres 2001 zurück. Die Beschäftigungserwartungen in der Industrie deuten auf eine weiter abnehmende Dynamik des Beschäftigungswachstums im vierten Quartal hin. Diese Zahlen passen in das Bild einer weiteren konjunkturellen Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte 2001.

#### **Eurobargeldeinführung dürfte kaum Preiseffekte haben**

Die Entwicklung der Inflationsrate wurde seit dem Niedrigststand im Juli 1999 von zwei aufeinander folgenden Schocks bestimmt: erstens durch die höheren Energiepreise auf Grund des gestiegenen Erdölpreises und zweitens durch die höheren Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel auf Grund der

Tierseuchen. Ebenfalls inflationserhöhend wirkte die Wechselkursentwicklung des Euro im Jahr 2000. Die Summe dieser Faktoren ließ die Jahreszuwachsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Mai 2001 auf den Höchststand von 3,4% seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) steigen.

Durch das Auslaufen dieser Faktoren ging die Inflationsrate danach bis November 2001 wieder auf 2% zurück. Im Dezember wurde dieser Abwärtstrend unterbrochen, und die Inflationsrate stieg leicht auf 2,1%. Hinter der rückläufigen Tendenz der letzten Monate stehen leicht abnehmende Teuerungsraten von unverarbeiteten Nahrungsmitteln und stark rückläufige Inflationsraten der Energiepreise, die seit September bereits inflationsdämpfend wirken. Gleichzeitig blieben die Teuerungsraten von Dienstleistungen und industriellen Gütern konstant.



Mit Spannung wurden die ersten Angaben zur Inflationsrate im Jänner 2002 erwartet, die einen ersten Aufschluss über die Auswirkungen der Eurobargeldeinführung auf die Preise ermöglichen. Die Flash-Schätzung zur Inflationsrate, die bereits rund vier Wochen vor der Veröffentlichung des endgültigen Werts für Jänner 2002 eine erste Einschätzung aus den nationalen Daten Deutschlands, Italiens und Belgiens bietet, lag bei 2,5%.

Dieser doch merkliche Anstieg der Teuerungsrates gegenüber dem Vormonat kann jedoch nur in geringem Umfang den Auswirkungen der Eurobargeldeinführung zugeschrieben werden. Vielmehr haben Sonderfaktoren eine bedeutende Rolle gespielt. So wird für Deutschland geschätzt, dass vom Anstieg der Verbraucherpreise um 0,9% gegenüber dem Vormonat (Dezember) 0,4 Prozentpunkte auf Steuererhöhungen für Kraftstoffe, Strom, Tabak und Versicherungen zurückzuführen sind. Ein ebenso hoher Anteil kann durch den strengen Winter in Südeuropa, der die Preise für Nahrungsmittel stark ansteigen ließ, erklärt werden.

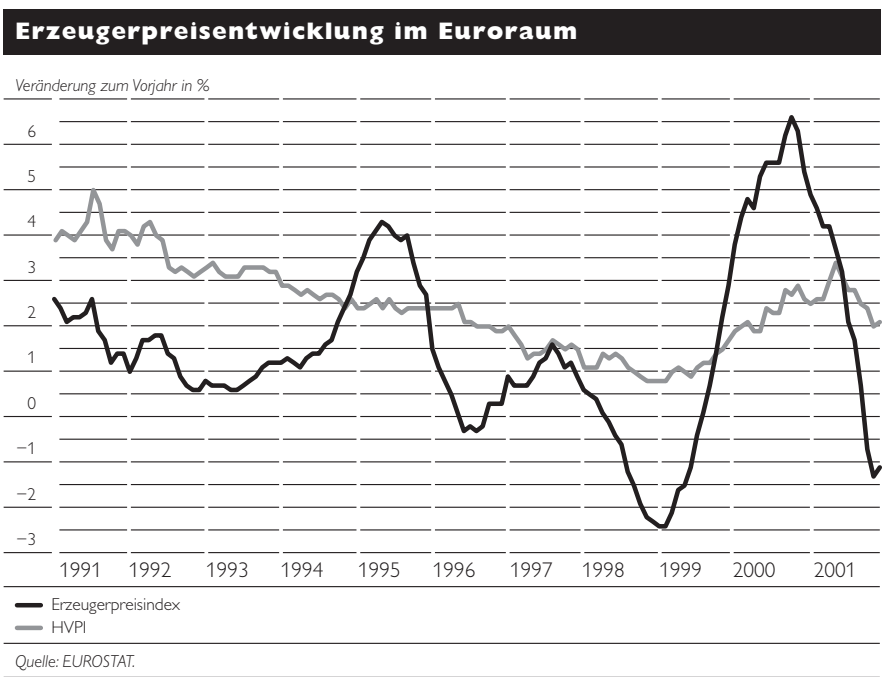


Unter der Annahme, dass sich auch in den kommenden Monaten keine ausgeprägten Auswirkungen der Eurobargeldeinführung auf die Inflationsrate zeigen werden, sowie unterstützt durch einen fortgesetzten Trend bei den Energiepreisen sollte die Inflationsrate im ersten Halbjahr 2002 auf ein mit dem Ziel der mittelfristigen Preisstabilität vereinbares Niveau fallen. Der IWF sagt in seiner Prognose vom Dezember 2001 für 2002 eine Inflationsrate im Euroraum von 1,4% voraus.

Der seit Ende 1999 anhaltende Anstieg des HVPI ohne Energie und unbearbeitete Nahrungsmittel ist zu Jahresende 2001 zum Stillstand gekommen. Seit September 2001 liegt die Kernteuerung bei 2½% und übertrifft seit Oktober den Anstieg des HVPI. Das Auslaufen der indirekten Effekte der Schocks in den volatilen Preiskomponenten, die nachlassende Wirtschaftsaktivität und die fortgesetzte Lohnmoderation dürften die Inflationsrate ohne Energie und unbearbeitete Nahrungsmittel im Verlauf des Jahres 2002 auf unter 2% zurückgehen lassen.

### Rohölpreise stabilisiert

Der Anstieg der Erdölpreise, der in den vergangenen Quartalen für das höhere Niveau der Inflationsraten mitverantwortlich war, hat sich nun seit einigen Monaten nicht mehr fortgesetzt. Seit dem vierten Quartal 2001 schwankt der Preis für Rohöl der Marke Brent zumeist knapp unter 20 USD und damit unterhalb des von der OPEC annoncierten Preisbands. Auch das beim letzten OPEC-Treffen in Kairo Ende Dezember 2001 getroffene Abkommen zur Kürzung der Fördermengen hat sich nicht in einem dauerhaft höheren Rohölpreisniveau niedergeschlagen. Damit geht von der Entwicklung des Rohölpreises weiterhin ein inflationsdämpfender Basiseffekt aus. Auch die Futures-Märkte glauben nicht, dass die OPEC den Erdölpreis



dauerhaft anheben kann. Ein im Dezember 2002 zu lieferndes Barrel Brent wird derzeit um rund 21 USD gehandelt.

Die Erzeugerpreise im Euroraum reflektierten in den vergangenen zwei Jahren die Entwicklung des Erdölpreises und des Wechselkurses besonders stark, wobei die realwirtschaftliche Entwicklung ebenfalls eine Rolle gespielt haben dürfte. Nach einer Phase fallender Preise von Mitte 1998 bis Anfang 1999 stiegen die Erzeugerpreise bis Ende 2000 um insgesamt etwa 10%. Seither hat sich die Preissteigerungsrate deutlich verringert, was hauptsächlich auf den relativ konstanten Eurowechsellkurs und den weitgehend stabilisierten Erdölpreis zurückzuführen ist.

Die Entwicklung der Preise für Rohstoffe sowie der Erzeugerpreise untermauert den positiven Ausblick auf eine rückläufige Inflationsrate im Euroraum.

#### **Stärkerer Anstieg der Arbeitskosten im dritten Quartal 2001**

Die Arbeitskosten pro Stunde in der gesamten Wirtschaft sind im dritten Quartal 2001 um 3,3% gestiegen. Damit setzte die Steigerungsrate der Arbeitskosten ihren seit dem ersten Quartal 2000 anhaltenden Abwärtstrend nicht mehr fort. Der beschleunigte Anstieg zeigte sich sowohl bei den Löhnen als auch bei den Lohnnebenkosten. Es ist jedoch noch zu früh, daraus eine dauerhafte Trendwende abzuleiten. Ein wesentlicher Faktor für die weitere Entwicklung der Arbeitskosten im Euroraum wird das Ergebnis der im Frühjahr 2002 stattfindenden Kollektivvertragsverhandlungen in Deutschland sein.

#### **Wachstum von M3 im Zeitraum Oktober bis Dezember 2001 bei 7,8%**

Die Geldmenge M3 ist im Dezember 2001 um 8,0% gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Damit hat sich das Wachstum zum ersten Mal seit März 2001 nicht weiter beschleunigt. Die Wachstumsrate gegenüber dem Vormonat war ebenfalls deutlich niedriger als in den vergangenen Monaten. Die für die Geldpolitik relevante Größe der Wachstumsrate des Drei-Monats-Durchschnitts (Oktober bis Dezember 2001) betrug 7,8%. Das Wachstum des Aggregats M1, der Summe aus dem Bargeldumlauf und den täglich fälligen Einlagen, ist nach einem raschen Abfall im ersten Quartal 2001 im zweiten Quartal geringfügig und in den folgenden Monaten bis November deutlich auf 6% angestiegen, gefolgt von einem Rückgang auf 5% im Dezember. Die Entwicklung von M1 im Dezember ist auf den auf Grund des Cash-Changeovers deutlich rückläufigen Bargeldumlauf (Dezember 2001: -32,1%) zurückzuführen.

Das in den letzten Quartalen sehr hohe und ansteigende Wachstum von M3 wurde hauptsächlich durch Umschichtungen aus langfristigen Anleihen und Aktien zu Veranlagungen, die in der Geldmenge M3 minus M1 enthalten sind (Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren, Geldmarktfondsanteile, etc.), hervorgerufen. Die Ursachen dafür sind die größere Unsicherheit bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum sowie die Schwäche der Aktienmärkte.

Die Wachstumsrate der Kredite an den privaten Sektor lag im Dezember 2001 bei 6,7% und war damit seit Mitte des Jahres 2000 kontinuierlich

rückläufig. Dies kann auf eine geringere Kreditnachfrage auf Grund schlechterer Einkommensaussichten bzw. einer erhöhten Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung sowie einer schwächeren M&A-Aktivität zurückgeführt werden.

**Effektiver Eurowechselkurs im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen**

In der ersten Jahreshälfte 2001 war der nominell-effektive Wechselkurs gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant, die deutliche Aufwertung gegen Ende des Jahres 2000 hatte sich nicht fortgesetzt. In der zweiten Jahreshälfte 2001 setzte der effektive Wechselkurs seine Seitwärtsbewegung fort. Insgesamt lag der nominell-effektive Wechselkurs im Jahr 2001 leicht über dem Niveau des Vorjahres. Auf Grund der geringen Veränderung gingen vom Wechselkurs im Jahr 2001 nach der deutlichen Abwertung des Jahres 2000 keine zusätzlichen unmittelbar expansiven Effekte für die Realwirtschaft, aber auch keine zusätzlichen direkt inflationserhöhenden Wirkungen aus.

**EZB senkt Leitzinsen im Jahr 2001 um insgesamt 150 Basispunkte**

Am 8. November 2001 beschloss der EZB-Rat, die Leitzinsen um weitere 50 Basispunkte auf 3,25% zu senken. Innerhalb der ersten Säule bestanden trotz des hohen Wachstums von M3 keine inflationären Risiken, da dieses Wachstum auf eine erhöhte Liquiditätspräferenz auf Grund erhöhter Unsicherheit zurückzuführen ist. Diese Interpretation des jüngsten Anstiegs der Geldmenge wurde durch das rückläufige Kreditwachstum untermauert. Innerhalb der zweiten Säule hatten sich die Hinweise auf geringere Risiken für die Preisstabilität verdichtet. Dies war nachfrageseitig auf die verstärkte Wachstumsabschwächung und angebotsseitig auf fortgesetzte Lohnmoderation trotz des Erdölpreisschocks zurückzuführen. Das Wirtschaftswachstum sollte im Lauf des Jahres 2002 auf Grund des Abbaus der Unsicherheit, von Steuerreformen, günstiger Finanzierungsbedingungen sowie gesunder Fundamentaldaten wieder anziehen. Die Inflationsrate sollte zugleich unter 2% fallen.

**Fiskalpolitik in den Ländern des Euroraums hauptsächlich von konjunkturellem Abschwung geprägt**

In den am Ende des Jahres 2001 aktualisierten Stabilitätsprogrammen der Mitgliedstaaten und den darin festgelegten Zielwerten der Budgetsalden schlugen sich die stark sinkenden BIP-Wachstumsraten, aber auch Steuerensenkungen deutlich nieder. Vor allem in Deutschland hat sich der Konsolidierungsprozess weiter verlangsamt, das Defizit wird im Jahr 2002 laut Stabilitätsprogramm 2,5% betragen und damit relativ nahe an die 3-Prozent-Grenze herankommen. Die Europäische Kommission prognostiziert für 2002 ein Defizit von 2,7% des BIP. Aber auch Länder wie Portugal, Italien und Frankreich ließen in den Augen der Europäischen Kommission eine ehrgeizigere Zielsetzung in ihren Programmen vermissen.

### **Andere EU-Länder**

In Dänemark blieb die HVPI-Inflationsrate im Dezember 2001 mit 2,1% auf dem Niveau des Euroraums. Das Preisniveau Schwedens stieg im Jahresvergleich um 3,2%, jenes des Vereinigten Königreichs um 1,0%. Im Jänner 2002 stieg die Inflationsrate deutlich auf 1,6% an. Bezüglich der realwirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich der globale Konjunkturabschwung auch in diesen Ländern; im Vereinigten Königreich fiel die Wachstumsrate des realen BIP im dritten Quartal 2001 auf 2,2 nach 2,7% im zweiten Quartal. In Schweden sank das BIP-Wachstum im dritten Quartal 2001 auf 0,6%, nach 1,2% im zweiten Quartal. In Dänemark betrug das Wachstum im dritten Quartal 1,2% und lag damit über jenem des zweiten Quartals. Die Indikatoren für das Konsumentenvertrauen haben sich in Dänemark und Schweden in den letzten Monaten nach dem Einbruch infolge der Ereignisse vom 11. September 2001 erholt, während sie sich im Vereinigten Königreich nur stabilisiert haben. Das Industrier Vertrauen in den vorher erwähnten Ländern zeigt ein ähnliches Bild.

Der Wechselkurs der dänischen Krone bewegte sich weiterhin im engen WKM II-Band, während die schwedische Krone stark schwankte. Sie erreichte nach dem 11. September 2001 ihren Niedrigststand von rund 10 SEK/EUR und hat seither um 6,5% gegenüber dem Euro aufgewertet. Das Pfund Sterling wertete in diesem Zeitraum auf Grund des stärkeren US-Dollar gegenüber dem Euro geringfügig auf.

Der erfolgreich verlaufene Cash-Changeover hat die Stimmungslage in diesen Ländern hinsichtlich einer Teilnahme an der WWU positiv beeinflusst.

# Konjunkturelle Entwicklung in Österreich

## I Überblick

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft schwächte sich im Verlauf des Jahres 2001 deutlich ab. Nachdem das reale BIP im ersten Quartal 2001 noch um 2,7% gegenüber dem Vorjahresquartal zugenommen hatte, betrug die Wachstumsrate im zweiten und dritten Quartal nur noch 1,0 bzw. 0,7%. Der Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung dürfte im vierten Quartal 2001 erreicht worden sein. Derzeit sind bereits erste – wenn auch noch schwache – Anzeichen für eine bevorstehende Erholung erkennbar. Verantwortlich für diese deutliche Wachstumsverlangsamung zeichnen so gut wie alle Nachfrageaggregate. Die ausgeprägte Abschwächung in der Dynamik des privaten Konsums wurde sowohl vom starken Anstieg der Verbraucherpreise als auch durch die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung verursacht. Die Investitionstätigkeit entwickelte sich im zweiten und dritten Quartal 2001 mit –3,0 und –1,2% im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal deutlich negativ. Der öffentliche Konsum weist bereits seit Ende 2000 – ebenfalls bedingt durch die Konsolidierungsbemühungen – eine rückläufige bis stagnierende Entwicklung auf. Der im Jahr 2000 äußerst dynamische Außenhandel büßte im Verlauf des Jahres 2001 deutlich an Schwung ein. Auch die Entwicklung der nominellen Warenexporte erreichte im November 2001 mit –4,6% ihren bisherigen Tiefpunkt. Auf Grund der schwachen Importnachfrage verbesserte sich das Defizit der Leistungsbilanz (laut Cash-Daten) im Jahr 2001 im Vergleich zum Jahr 2000 um 1,42 auf –4,12 Mrd EUR.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2002 stärken jedoch die Hoffnung, dass die Talsohle der Konjunkturabschwächung bereits erreicht worden ist. Der Großteil der erhobenen Indikatoren liegt zwar nach wie vor unter dem langjährigen Durchschnitt, ein Ende des Abwärtstrends ist aber bereits erkennbar. Auch das allgemeine Vertrauen in die österreichische Wirtschaft – ausgedrückt durch den von der Europäischen Kommission erhobenen Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung – hat sich seit seinem Tiefpunkt im Oktober 2000 zwar nur geringfügig, aber kontinuierlich verbessert.

Die Teuerungsrate lag im Jahr 2001 gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) mit 2,7% so hoch wie seit sieben Jahren nicht mehr, wobei der Höhepunkt des Preisauftriebs aber bereits überschritten wurde. In der ersten Jahreshälfte 2001 nahm die Dynamik des Preisauftriebs noch zu und erreichte im Mai mit einer Inflationsrate von +2,9% (Harmonisierter Verbraucherpreisindex – HVPI) bzw. +3,4% (VPI) ihren Höchstwert. Seither verringert sich der Preisauftrieb wieder. Im Dezember 2001 nahm der VPI um +1,9%, der HVPI um +1,8% zu.

Auch für den Arbeitsmarkt bedeutete das Jahr 2001 eine Trendwende. Erstmals seit Februar 1999 war im Mai 2001 die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wieder höher als ein Jahr zuvor. Diese negative Entwicklung beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte 2001 und schwächte sich im Jänner 2002 wieder etwas ab.

Gerhard Fenz,  
Martin Schneider,  
Martin Spitzer

Redaktionsschluss:  
15. Februar 2002

## **2 Weiterhin rückläufige Dynamik des Produktionswachstums**

Die Industrieproduktion Österreichs nimmt seit einem kurzen Zwischenhoch im Juni und Juli 2001 wieder kontinuierlich ab, wobei sich das Tempo der Abnahme von August (-1,3% im Vergleich zum Vorjahresmonat) bis November 2001 (-5,5%) spürbar beschleunigt hat. Saisonbereinigt fiel der Produktionsrückgang im November mit -8,9% (annualisiert, im Vergleich zum Vormonat) besonders drastisch aus. Bei einem im Vergleich zur Vorjahresperiode nur geringfügigen Plus von 0,15% in den ersten elf Monaten des Jahres 2001 kann man insgesamt von einer Stagnation in der Industrie sprechen.

Betrachtet man die Produktion in den ersten elf Monaten des Jahres 2001 nach Branchen, so zeigt sich, dass die Sachgütererzeugung und das Bauwesen gleichermaßen von der Konjunkturverflachung betroffen sind. Bei den Sachgütern waren vor allem die Rückgänge in der Produktion von Investitionsgütern (-1,4% in den ersten elf Monaten 2001 gegenüber dem Vorjahr) und von langlebigen Konsumgütern (-2,6% in den ersten elf Monaten 2001 gegenüber dem Vorjahr) für das schlechte Ergebnis verantwortlich. Die Auftragseingänge in der Sachgüterproduktion verzeichneten nach einem Zwischenhoch im Oktober wieder einen Rückgang von 7,0% im November. Verantwortlich für diesen Wert sind in erster Linie die Verwendungskategorien langlebige Konsumgüter und Vorleistungen, während die Auftragseingänge bei Investitions- und kurzfristigen Konsumgütern einen geringen Zuwachs verzeichnen konnten.

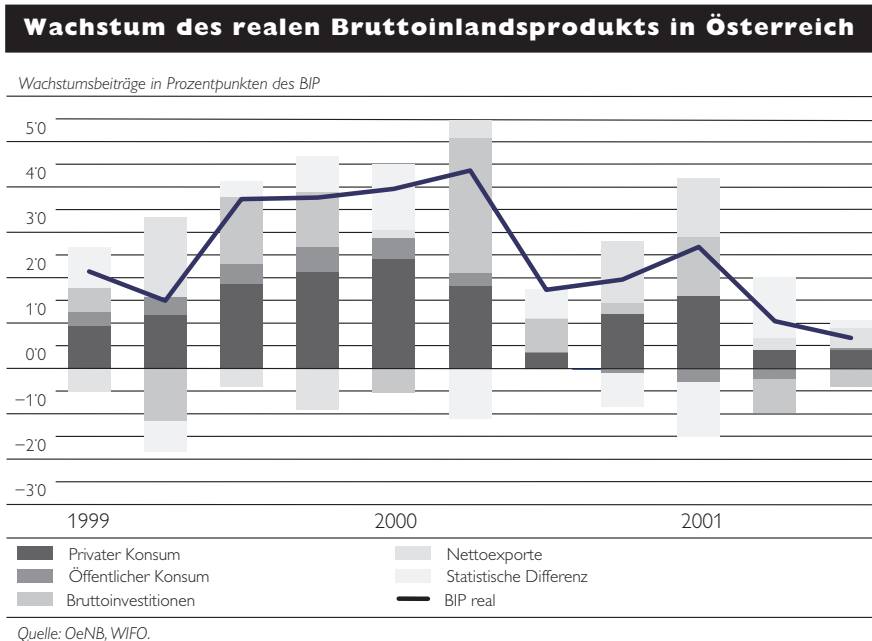
Nachdem die Produktion der Bauwirtschaft in den Jahren 1997 und 1998 noch hohe Zuwachsraten verzeichnen konnte, schwächte sich das Wachstum im Jahr 1999 erstmals stark ab. Im Jahr 2000 war bereits ein Rückgang der Produktionsleistung im Baugewerbe um 0,3% zu verzeichnen. Der Produktionsindex des Bauwesens inklusive Baunebengewerbe konnte im ersten Quartal 2001 zwar noch um 4,5% zulegen, entwickelte sich aber im zweiten und dritten Quartal wieder rückläufig (-2,9 bzw. -1,7%). Seit Anfang des Jahres 2001 verzeichneten der Hoch- und Tiefbau unterschiedliche Entwicklungen. Nach dem markanten Einbruch von Februar bis Mai 2001 konnte der Tiefbau in den folgenden vier Monaten (saisonbereinigt) wieder etwas zulegen. Zuletzt zeigte der Produktionsindex des Tiefbaus aber wieder nach unten. Im Vergleich zur Vorjahresperiode konnte dieser Sektor in den ersten elf Monaten des Jahres 2001 um 5,1% zulegen. Demgegenüber verringerte sich die Produktionsleistung im Hochbau im selben Zeitraum um 2,9% gegenüber dem Jahr 2000. Die unterschiedliche Situation in Hoch- und Tiefbau spiegelt sich auch in den Auftragseingängen wider: Während der Auftragsbestand im Hochbau im Oktober 2001 um 4,8% unter dem Vorjahresniveau lag, konnte der Tiefbau einen Anstieg von 25,7% gegenüber Oktober 2000 verzeichnen. Besonders hohe Auftragseingänge im Tiefbau konnten die Sparten Tunnelbau, Spezialbau und sonstiger Tiefbau, sowie Wasserbau verzeichnen. Die Auftragslage im Brückenbau blieb im Oktober hingegen unter dem Vorjahreswert. Insgesamt verzeichnete der Auftragsbestand vom Oktober 2001 im Baugewerbe ein Plus von 5,9% gegenüber dem Vorjahr.

Der Handel, der im Jahr 2000 noch ein Umsatzplus von real 2,7% erzielen konnte, musste in den ersten elf Monaten 2001 einen Rückgang von 2,3% hinnehmen. Der größte Einbruch wurde für den Großhandel (-3,3%) registriert. Ungebrochen rückläufig ist auch der Trend im Kraftfahrzeughandel. Nach -2,1% im Jahr 2000 gingen die realen Handelsumsätze in den ersten elf Monaten 2001 um 1,8% zurück. Diese Entwicklung findet auch in den Kraftfahrzeugneuzulassungen ihren Niederschlag. Die Zahl der Neuzulassungen sank im Jahr 2001 um 6,3%, nachdem bereits im Jahr 2000 ein Rückgang von 1,7% zu verzeichnen war. Bedingt durch die sich abschwächende Dynamik der Konsumnachfrage waren die Einzelhandelsumsätze in den ersten elf Monaten 2001 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit -0,5% leicht rückläufig.

### 3 Schwache Inlandsnachfrage seit dem zweiten Quartal 2001

Die österreichische Wirtschaft wurde Mitte des Jahres 2001 von der internationalen Konjunkturabschwächung getroffen. Die Daten der VGR für das zweite und dritte Quartal 2001 spiegeln die Verlangsamung des Wachstums in Österreich deutlich wider. Das reale BIP nahm im Jahresabstand nur noch um 1,0 bzw. 0,7% zu, nachdem es im ersten Quartal noch um 2,7% gestiegen war. Während das Wachstum zu Beginn des Jahres 2001 sowohl vom privaten Konsum und den Investitionen als auch von den Nettoexporten getragen wurde, wendete sich das Bild ab dem zweiten Quartal. Der Wachstumsbeitrag des Privatkonsums verringerte sich von 1,6 im ersten auf 0,4 Prozentpunkte im zweiten Quartal. Genauso deutlich fiel die Reduktion des Wachstumsbeitrags der Nettoexporte von 1,3 auf 0,3 Prozentpunkte aus. Der Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen war mit -0,7 Prozentpunkten im zweiten Quartal deutlich negativ. Im dritten Quartal blieb das

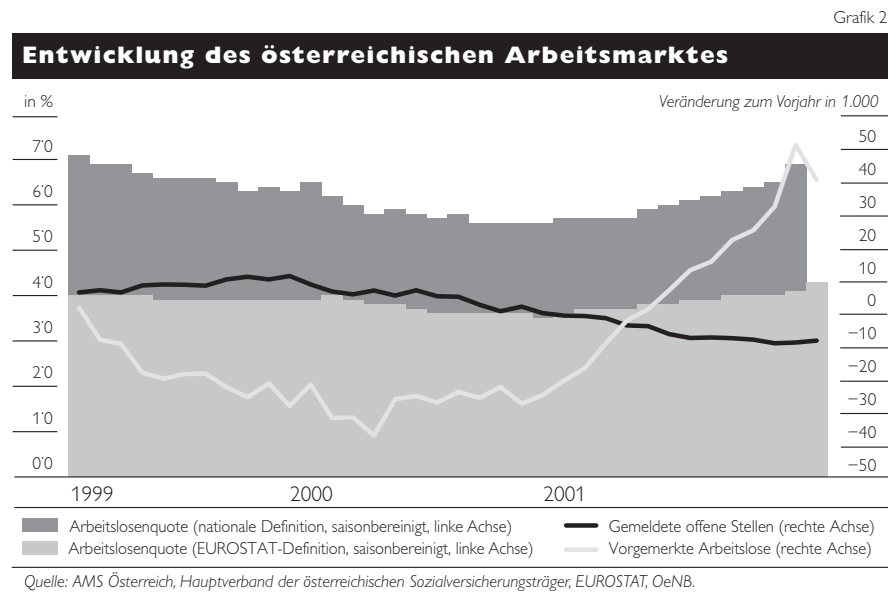
Grafik 1



Gesamtbild ähnlich wie im zweiten Quartal: Der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte erhöhte sich geringfügig auf 0,5 Prozentpunkte, jener des Privatkonsums blieb bei 0,4 Prozentpunkten. Die rückläufige Dynamik der Bruttoinvestitionen hielt mit -0,4 Prozentpunkten auch im dritten Quartal an (Grafik 1). Der öffentliche Konsum blieb im dritten Quartal wachstumsneutral, nachdem er in den ersten beiden Quartalen mit -0,3 bzw. -0,2 Prozentpunkten noch negativ zum Wirtschaftswachstum beigetragen hatte.

#### 4 Markanter Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Im Jahr 2001 ist eine Wende in der Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes eingetreten. Seit Mai 2001 steigt die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresabstand – erstmals seit Februar 1999 – wieder an. Die negative Entwicklung beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte 2001, im Dezember lag die Zahl der Beschäftigungslosen bereits um 23,3% über dem Wert des Vorjahresmonats. Die negative Dynamik schwächte sich im Jänner 2002 mit 15,5% zwar etwas ab, auf Grund saisonaler Effekte stieg die Zahl der Arbeitslosen aber auf knapp 300.000.

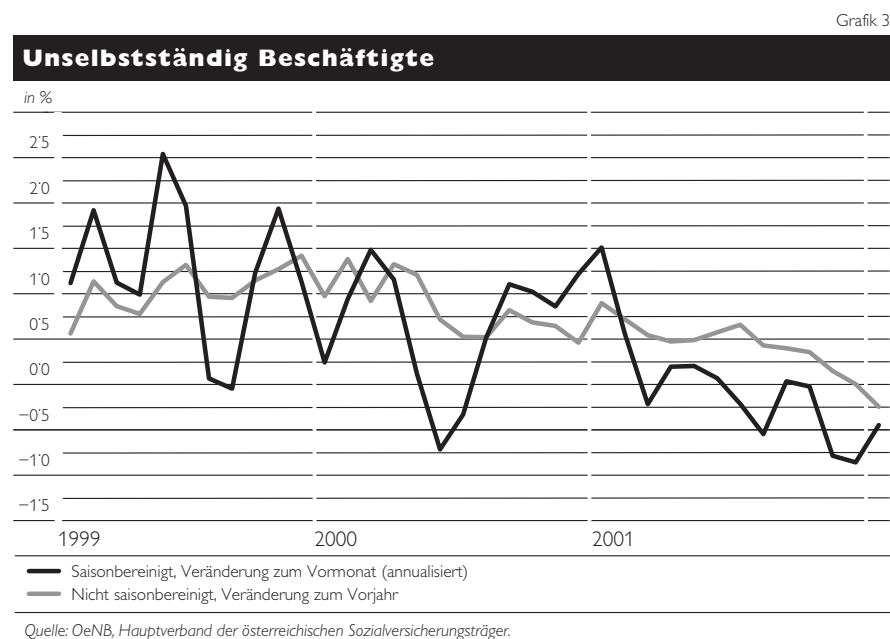


Die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition lag im Jänner 2002 bei 8,9% (Jänner 2001: 7,7%) bzw. laut EUROSTAT-Definition bei 4,3% (Jänner 2001: 3,6%). Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen betrug 297.830, das sind rund 40.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Im Dezember 2001 hatte diese Differenz sogar über 50.000 Personen betragen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit dürfte zur Jahreswende ihren Höhepunkt erreicht haben und sollte sich in den nächsten Monaten abschwächen. Trotzdem ist in den ersten Monaten des Jahres 2002 mit saisonbereinigt weiterhin steigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Von den 40.000 zusätzlich beschäftigungslosen Personen sind etwas mehr als zwei Drittel Männer. Das ist nicht zuletzt auf die anhaltende Rezession im Bausektor, insbesondere im Hochbau, zurückzuführen. Dieser Sektor war 2001 am stärksten von der Zunahme der Zahl der Arbeitslosen betroffen



(+10%). Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen, so zeigt sich für 2001 eine deutliche Zunahme in der Gruppe 15 bis unter 25 Jahre (+11%). Insgesamt waren Männer (+7%) deutlich stärker betroffen als Frauen (+2%). Die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen – traditionell ein Indikator mit guten Vorlaufeigenschaften – ist bereits seit Dezember 2000 rückläufig. Im Jänner 2002 lag die Zahl der offenen Stellen bei rund 22.000, das ergibt einen Rückgang um 28,5% gegenüber dem Vorjahresmonat.



Die Beschäftigungsentwicklung reagiert auf eine Änderung der Produktion erfahrungsgemäß mit einer zeitlichen Verzögerung. In konjunkturellen Abschwungphasen sind die Unternehmen bemüht, die mit einer Kündigung verbundenen Kosten zu vermeiden und den Beschäftigungsstand über natürliche Abgänge zu reduzieren. Dazu kam im Jahr 2001, dass sich viele Unternehmen auf Grund des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften anfänglich noch scheuten, Arbeitskräfte abzubauen. Dieses Muster war auch in der Abschwungphase des Jahres 2001 zu beobachten, obwohl die Zeitspanne für diese verzögerte Reaktion in den letzten Jahren abzunehmen scheint. Die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen und von Teilzeitarbeitsplätzen dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2001 konnte im Jahresabstand noch eine Zunahme der Beschäftigung erzielt werden (+0,6%), allerdings deutete die Dynamik in den Monatsdaten bereits auf eine Verlangsamung hin. Im zweiten Halbjahr 2001 stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nur mehr um 0,3%. Saisonbereinigt ist diese Entwicklung bereits ab März 2001 erkennbar (Grafik 3). Im Jänner 2002 waren somit 3,065.897 Personen unselbstständig beschäftigt, dies entspricht einer Abnahme von 7.967 Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen ist in erster Linie auf die schwache Konjunktur und die Rezession im Bausektor zurückzuführen. Darüber hinaus muss aber auch auf die historisch hohe Beschäftigung und den starken Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2000 verwiesen werden. Weiters kommt es im Zuge der Budgetkonsolidierung zu einem Abbau von Beschäftigten im öffentlichen Sektor.

## **5 Wachstum des Außenhandels schwächte sich im Jahr 2001 weiter ab**

Während das Jahr 2000 von Rekordzuwächsen im Außenhandel gekennzeichnet war, schwächte sich diese Dynamik im Lauf des Jahres 2001 auf Grund der sich eintrübenden internationalen Konjunkturlage spürbar ab. Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria nahmen im Jahr 2000 noch um 15,6% zu. Während das Exportwachstum im ersten Quartal 2001 mit 13,9% im Vergleich zum Vorjahresquartal noch recht kräftig war, konnten die Ausfuhren im zweiten Quartal nur noch um 4,7% und im dritten Quartal nur noch um 4,6% im Jahresabstand gesteigert werden.

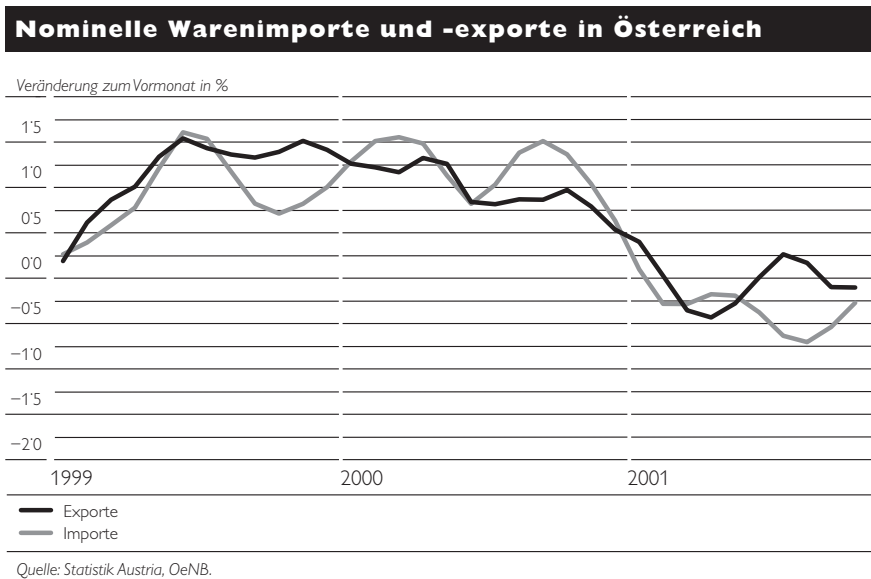
Betrachtet man die Veränderung der saisonbereinigten Exporte gegenüber dem Vormonat (Grafik 4), so zeigt sich diese Abschwächung bereits seit Mitte des Jahres 2000. Im März 2001 nahmen die Warenexporte erstmals gegenüber dem Vormonat ab (-0,3%). Lediglich in den beiden Sommermonaten Juli und August 2001 war eine leichte Zunahme gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen.

Auch die nominellen Warenimporte verzeichneten, bedingt durch das starke Wirtschaftswachstum, im Jahr 2000 einen kräftigen Anstieg um 14,7%. Das Importwachstum begann sich im Oktober 2000 überaus rasch abzuschwächen. Seit Februar 2001 nehmen die saisonbereinigten Importe sogar ab. Im Jahresvergleich konnten die Einfuhren in den ersten elf Monaten 2001 nur noch um 6,0% zulegen.

Der Tourismus entwickelte sich im Verlauf des Jahres 2001 positiv. Während die saisonbereinigte Anzahl der Nächtigungen zu Beginn des Jahres 2001 im Vergleich zum Vorjahr stagnierte, nahmen die Nächtigungen ab April 2001 stetig zu, wobei bis Jahresende eine Beschleunigung zu verzeichnen war. Im Dezember nahmen die Nächtigungen gegenüber November sogar annualisiert um 7,6% zu. Insgesamt konnten im Jahr 2001 um 1,2% mehr Nächtigungen registriert werden als 2000. Dieser Anstieg ist vor allem auf Nächtigungen von Ausländern zurückzuführen, während sich die Inländernnächtigungen unterdurchschnittlich entwickelten.

Die Leistungsbilanz auf Transaktionsbasis verbesserte sich durch das schwache Importwachstum in den ersten drei Quartalen 2001 um 0,88 auf -3,37 Mrd EUR. Das im Verhältnis zum Vergleichszeitraum 2000 geringere Defizit ist im Wesentlichen auf die Verringerung des Defizits in der Teilbilanz Güter und Dienstleistungen zurückzuführen, deren Ergebnis sich von einem Defizit von -1,08 Mrd EUR (erstes bis drittes Quartal 2000) in einen leichten Überschuss von +0,08 Mrd EUR drehte. Diese positive Entwicklung der Güter- und Dienstleistungsbilanz resultiert aus einer deutlich nachlassenden Importnachfrage und ist in erster Linie durch die schwache Inlandskonjunktur zu erklären. Der Saldo des Reiseverkehrs, die bedeu-

Grafik 4



tenkste Einzelkomponente der Dienstleistungen, stagnierte auf dem Niveau des Vorjahres (1'53 Mrd EUR).

Weiter deutlich verschlechtert hat sich hingegen die Einkommensbilanz. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2000 stieg das Defizit von -1'89 auf -2'35 Mrd EUR. Diese Entwicklung ist auf die zunehmenden Einkommensströme aus Portfolioinvestitionen an das Ausland zurückzuführen. Jedoch hat sowohl der Erwerb von österreichischen Wertpapieren durch ausländische Anleger als auch von ausländischen Wertpapieren durch Inländer seinen Höhepunkt im Jahr 2000 erreicht; in den ersten drei Quartalen 2001 gingen die Nettokäufe in beiden Richtungen stark zurück. Recht stabil entwickelte sich die Transferbilanz (-1'10 Mrd EUR), die ein um 0'18 Mrd EUR niedrigeres Defizit ausweist als im Vergleichszeitraum 2000.

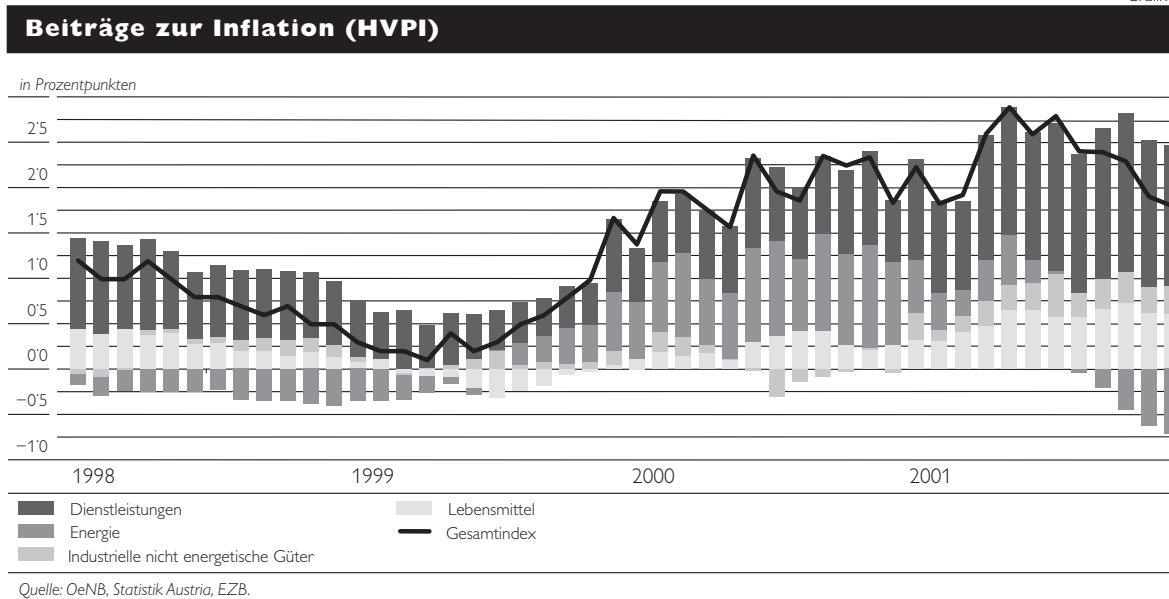
Die Entwicklung der Leistungsbilanz auf Transaktionsbasis in den ersten drei Quartalen deckt sich mit den vorläufigen Ergebnissen der Zahlungsbilanz auf Cash-Basis für das Jahr 2001. Der Leistungsbilanzsaldo konnte um 1'42 auf -4'12 Mrd EUR verbessert werden, wobei sich die Teilbilanzen Güter (+0'86 Mrd EUR) und Dienstleistungen (+0'69 Mrd EUR) besonders positiv entwickelten, während sich die Einkommensbilanz um 0'31 Mrd EUR verschlechterte.

## 6 Höchste Teuerungsrate seit sieben Jahren, Höhepunkt des Preisauftriebs überschritten

Die Teuerungsrate lag im Jahr 2001 gemessen am nationalen VPI bei 2'7%, so hoch wie seit sieben Jahren nicht mehr. Gemäß dem HVPI betrug sie 2'3%. Der Höhepunkt des Preisauftriebs wurde aber bereits überschritten. In der ersten Jahreshälfte 2001 hatte die Dynamik des Preisauftriebs noch zugenommen. Im Mai 2001 erreichte die Inflation mit +2'9% (HVPI) bzw. 3'4% (VPI) ihren Höchstwert. Seither verringert sich der Preisauftrieb wieder; im Dezember nahm der VPI um 1'9%, der HVPI um 1'8% zu.

Wesentlich zum Preisauftrieb trugen im Jahr 2001 indirekte Effekte der Erdölpreiserhöhung, die Preisentwicklung im Dienstleistungsbereich und bei den Lebensmitteln bei. Für den hohen Inflationsbeitrag der Dienstleistungen zeichnen einerseits diskretionäre Maßnahmen wie die Einführung der Ambulanzgebühren im April 2001, andererseits Teuerungen bei medizinischen Dienstleistungen und im Tourismussektor verantwortlich. Der Preisauftrieb bei Lebensmitteln war eine Folge der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche.

Grafik 5



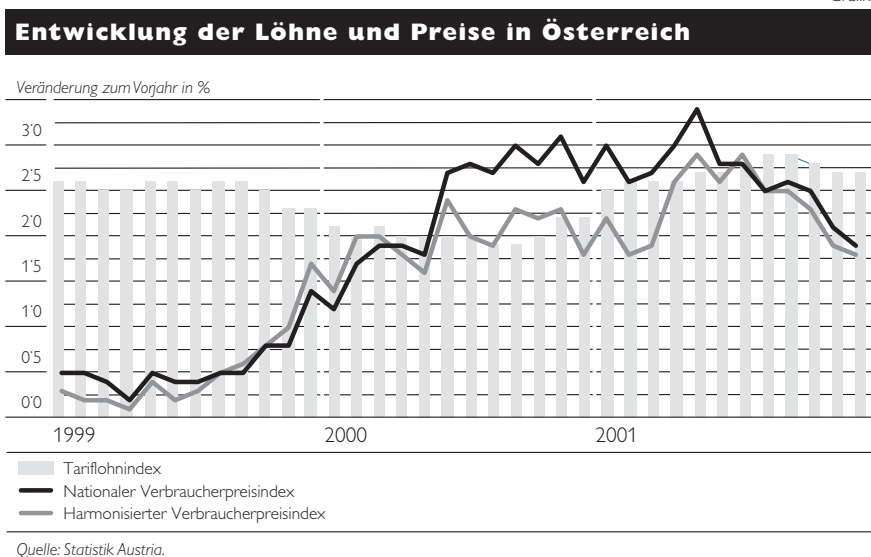
Erste Untersuchungen zur Eurobargeldeinführung zeigen keine signifikanten Effekte auf die Preisentwicklung. Auf Grund der genauen Preiskontrollen und der medialen Berichterstattung ist auch in den ersten Wochen des Jahres 2002 nicht mit einem zusätzlichen Preisauftrieb infolge der Euroumstellung zu rechnen.

Im Lauf des Jahres 2002 wird auf Grund mehrerer Faktoren mit einer weiteren Abnahme des Preisauftriebs gerechnet. Erstens ist wegen der schwachen Konjunktur nachfrageseitig kein Preisdruck zu erwarten. Zweitens dürften die Energiepreise auch in der nahen Zukunft niedrig bleiben. Die auslaufenden Zweitrundeneffekte werden einen dämpfenden Einfluss auf die Preisentwicklung ausüben. Drittens werden die aus der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche resultierenden Preiseffekte auslaufen. Viertens werden mit dem Auslaufen der Preiseffekte verschiedener fiskalpolitischer Maßnahmen – wie der Erhöhung des Preises der Autobahnvignette sowie der Einführung der Studiengebühren und der Ambulanzgebühren – die Inflationsraten auf Grund von Basiseffekten sinken. Und schließlich ist auch von der Liberalisierung des Strommarktes im Oktober 2001 und des Gasmarktes im Oktober 2002 eine gewisse preisdämpfende Wirkung zu erwarten.

Die Arbeitnehmer mussten zwischen Mitte 2000 und Mitte 2001 reale Lohnverluste hinnehmen (Grafik 6). Im Jahr 2000 zeichnete in erster Linie

die Erhöhung der Erdölpreise dafür verantwortlich, während im Jahr 2002 die Folgen der Tierseuchen für einen zusätzlichen Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln sorgten. Zusätzlich machten sich in beiden Jahren Belastungen in Rahmen der Budgetkonsolidierung bemerkbar. Mit dem Nachlassen des Preisauftriebs ab Mai 2001 liegt das Wachstum des Tariflohnindex wieder über dem für die Lohnverhandlungen maßgeblichen nationalen VPI. Über das gesamte Jahr 2001 stagnierten die Reallöhne, der Tariflohnindex und der nationale VPI wuchsen um je 2,7%. Die Schere zwischen Lohn- und Preiswachstum öffnete sich bis zum Jahresende 2001 kräftig. Im Dezember lag die Zunahme des Tariflohnindex, der die Kollektivvertragslöhne erfasst, mit +2,7% über dem nationalen VPI von +1,9%. Die realen Ist-Löhne sind daher wieder im Steigen begriffen.

Grafik 6



Die Abschlüsse im Rahmen der Lohnrunde 2001 für die Ist-Löhne im Jahr 2002 liegen zwischen 2,5 und 3,1% und damit knapp unter den Lohnabschlüssen für 2001. Die Arbeitnehmer haben angesichts der schwachen Konjunkturaussichten auf eine volle Abgeltung der in den Jahren 2000 und 2001 durch Angebotsschocks (Erdölpreis, Tierseuchen) verursachten Reallohneinbußen verzichtet. Angesichts des erwarteten Rückgangs der Inflationsraten im Jahr 2002 dürften die Reallöhne wieder wachsen. Auf Grund der stärkeren Anhebung der Kollektivvertragslöhne ist mit einer negativen Lohndrift (=Differenz des Wachstums der Mindest- zu den Ist-Löhnen) in Höhe von rund 0,2 Prozentpunkten zu rechnen.

## 7 Vertrauensindikatoren deuten auf ein Ende der konjunkturellen Talfahrt

Während sich die konjunkturelle Lage in vielen Bereichen der Wirtschaft noch immer verschlechtert, deuten die Vertrauensindikatoren darauf hin, dass die Talsohle der Konjunktur bereits erreicht sein dürfte. Das allgemeine Vertrauen in die österreichische Wirtschaft – ausgedrückt durch den von der Europäischen Kommission erhobenen Indikator der wirtschaftlichen Ein-

schätzung – hat sich seit seinem Tiefpunkt im Oktober 2001 geringfügig, aber kontinuierlich verbessert. Das Konsumentenvertrauen lag im Jänner 2002 wieder 5 Punkte über dem Oktoberwert 2001. Das Vertrauen in der Industrie, das bis Jahresende 2001 zurückgegangen war, nahm im Jänner 2002 wieder leicht zu. Der Indikator des Vertrauens in der Bauwirtschaft, das sich im Lauf des Jahres 2001 kontinuierlich verschlechtert hatte, konnte im Jänner 2002 gegenüber Dezember 2001 sogar relativ deutlich um 8 Punkte zulegen. Lediglich im Einzelhandel und bei den Dienstleistungen sind noch keine Hinweise auf eine Verbesserung des Vertrauens zu beobachten.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2002 stärken ebenfalls die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Konjunktur. Der Großteil der erhobenen Indikatoren liegt zwar nach wie vor unter dem langjährigen Durchschnitt, der Abwärtstrend dürfte aber beendet sein. Während die Einschätzungen der Bauwirtschaft noch stagnieren, zeigen die Produktions-erwartungen sowie die Einschätzung der zukünftigen Geschäftslage durch die Unternehmen in der Sachgütererzeugung wieder leicht nach oben. Bei den industrienahen Dienstleistungsunternehmen haben sich die Nachfrageerwartungen in den Monaten November 2001 bis Jänner 2002 zwar verbessert, die Einschätzung der Auftragsbestände verschlechterte sich allerdings noch deutlich.

**Entwicklung ausgewählter Konjunkturindikatoren in Österreich**

|  | 2000                         | 2001 <sup>1)</sup> | 2002 <sup>1)</sup> | 2003 <sup>1)</sup> | Letztverfügbare Periode |      |      |
|--|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------|------|------|
|  | Veränderung zum Vorjahr in % |                    |                    |                    | 2000                    | 2001 | 2002 |
| <b>Gesamtwirtschaft, real zu Preisen von 1995</b>                        |                              |                    |                    |                    | 3. Quartal              |      |      |
| BIP  | + 30                         | +11                | +12                | + 28               | + 17                    | +07  | ..   |
| Bruttoinvestitionen  | + 36                         | -01                | +05                | + 37               | + 28                    | -15  | ..   |
| Private Konsumausgaben   | + 25                         | +14                | +16                | + 23               | + 06                    | +08  | ..   |
| Öffentliche Konsumausgaben   | + 09                         | -05                | -03                | + 05               | + 02                    | +02  | ..   |
| Exporte  | +122                         | +39                | +35                | + 73               | + 98                    | +25  | ..   |
| Importe  | +111                         | +28                | +32                | + 66               | + 97                    | +15  | ..   |
| BIP je Erwerbstätigen  | + 25                         | +06                | +12                | + 19               | + 14                    | +08  | ..   |
| <b>Sachgütererzeugung</b>  |                              |                    |                    |                    | Jänner bis November     |      |      |
| Produktionsindex inkl. Bauwirtschaft                                     | + 70                         | x                  | x                  | x                  | + 70                    | +02  | ..   |
| Stundenproduktivität   | + 73                         | +21                | +25                | + 48               | x                       | x    | x    |
| <b>Arbeitsmarkt</b>  |                              |                    |                    |                    | Jänner                  |      |      |
| Unselbstständig Beschäftigte   | + 08                         | +05 <sup>7)</sup>  | -02                | + 08               | + 10                    | +09  | - 03 |
| Vorgemerkte Arbeitslose  | -124                         | +49 <sup>7)</sup>  | +92                | - 36               | - 73                    | -75  | +155 |
|  | in %                         |                    |                    |                    |                         |      |      |
| <b>Arbeitslosenquote</b>   |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| laut EUROSTAT-Definition   | 37                           | 38 <sup>7)</sup>   | 42                 | 40                 | 39                      | 36   | 43   |
| laut nationaler Definition   | 58                           | 61 <sup>7)</sup>   | 66                 | 63                 | 84                      | 77   | 89   |
|  | Veränderung zum Vorjahr in % |                    |                    |                    |                         |      |      |
| <b>Preise</b>  |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| Nationaler VPI   | + 23                         | +27 <sup>7)</sup>  | +14                | + 16               | + 12                    | +31  | ..   |
| HVPI   | + 20                         | +23 <sup>7)</sup>  | +13                | + 16               | + 14                    | +22  | ..   |
| Großhandelspreisindex  | + 40                         | +15 <sup>7)</sup>  | x                  | x                  | + 22                    | +38  | - 04 |
| <b>Löhne</b>   |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| Tariflohnindex   | + 21                         | +27 <sup>7)</sup>  | +25 <sup>8)</sup>  | + 25 <sup>8)</sup> | + 21                    | +25  | ..   |
| <b>Lohnstückkosten</b>   |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| in der Gesamtwirtschaft  | + 06                         | +25                | +09                | + 03               | x                       | x    | x    |
| in der Sachgütererzeugung  | - 51                         | +09                | +05                | - 17               | x                       | x    | x    |
| <b>Relative Lohnstückkosten<sup>2)</sup></b>                             |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| gegenüber den Handelspartnern  | - 58                         | -04                | +02                | - 15               | x                       | x    | x    |
| gegenüber Deutschland  | - 24                         | -01                | +00                | - 17               | x                       | x    | x    |
| <b>Außenhandel laut Statistik Austria</b>                                |                              |                    |                    |                    | Jänner bis Oktober      |      |      |
| Importe, nominell  | +147                         | +65                | +30                | +102               | +149                    | +64  | ..   |
| Exporte, nominell  | +156                         | +66                | +45                | +101               | +171                    | +62  | ..   |
|  | in Mrd EUR                   |                    |                    |                    |                         |      |      |
| <b>Zahlungsbilanz<sup>3)</sup></b>                                       |                              |                    |                    |                    | Jänner bis November     |      |      |
| Leistungsbilanzsaldo   | -571                         | -519               | -510               | -530               | - 55                    | - 45 | ..   |
| Güterbilanz  | -300                         | -310               | -210               | -230               | - 67                    | -64  | ..   |
| Dienstleistungsbilanz  | +100                         | x                  | x                  | x                  | + 37                    | +45  | ..   |
| Reiseverkehrsbalanz  | +160                         | +154 <sup>7)</sup> | +186               | +201               | + 15                    | +15  | ..   |
|  | in %                         |                    |                    |                    |                         |      |      |
| <b>Zinsen</b>  |                              |                    |                    |                    | Jänner                  |      |      |
| EONIA  | 412                          | 439 <sup>7)</sup>  | x                  | x                  | 304                     | 476  | 332  |
| Benchmark <sup>4)</sup>  | 556                          | 507 <sup>7)</sup>  | 460                | 490                | 575                     | 510  | 508  |
|  | Veränderung zum Vorjahr in % |                    |                    |                    |                         |      |      |
| <b>Effektiver Wechselkurs des Euro</b>                                   |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| Nominell   | -104                         | +17                | x                  | x                  | -115                    | -14  | - 13 |
| Real   | -101                         | +31                | x                  | x                  | -111                    | -09  | + 01 |
| Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs <sup>5)</sup> | - 36                         | +01 <sup>7)</sup>  | -03                | - 01               | November<br>- 37        | +14  | ..   |
|  | in % des BIP                 |                    |                    |                    |                         |      |      |
| <b>Budget</b>  |                              |                    |                    |                    |                         |      |      |
| Finanzierungssaldo <sup>6)</sup> des Bundessektors                       | - 14                         | -07                | -10                | - 07               | x                       | x    | x    |
| des Staats   | - 11                         | -00                | -04                | + 00               | x                       | x    | x    |

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, AMS Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

<sup>1)</sup> WIFO-Prognose vom Dezember 2001.

<sup>2)</sup> Relative Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung.

<sup>3)</sup> Jahreswerte gemäß Transaktionsbilanz, unterjährig gemäß Cash-Bilanz.

<sup>4)</sup> Sekundärmarktrendite der zuletzt begebenen zehnjährigen Bundesanleihe.

<sup>5)</sup> Bis Dezember 1998: real-effektiver Wechselkurs des österreichischen Schillings.

<sup>6)</sup> Gemäß Stabilitätsprogramm des BMF vom November 2001.

<sup>7)</sup> Realisierter Wert.

<sup>8)</sup> Veränderung der Bruttoverdienste je Arbeitnehmer.

# Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration

Christian Just,  
Karin  
Olechowski-Hrdlicka,  
Paul Schmidt

Redaktionsschluss:  
8. Februar 2002

## **ESZB**

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) tagte am 11. Oktober 2001 in Wien. EZB-Präsident Wim Duisenberg appellierte an die Finanzpolitiker des Euroraums, die mittelfristigen Konsolidierungspläne trotz der Konjunkturabschwächung nicht fallen zu lassen. Die Nutzung von meistens sehr knappen Freiräumen der nationalen Budgets sollte sehr vorsichtig erfolgen. Langfristig seien aber weitere strukturelle Reformen der Zusammensetzung der öffentlichen Ein- und Ausgaben als auch der Arbeits- und Gütermärkte notwendig, damit das Potenzialwachstum im Euroraum gesteigert werden kann.

Der EZB-Rat beschloss am 8. November 2001, den Leitzinssatz von 3,75 auf 3,25% zu senken. Weiters reduzierte die EZB den Zinskorridor für den Geldmarkt ebenfalls um 1/2 Prozentpunkt, auf 2,25% für Einlagen und auf 4,25% für Overnight-Kredite. Die Gründe für diesen Zinsschritt waren einerseits das Nachlassen des Inflationsdrucks und andererseits die Zunahme der Unsicherheit in der Weltwirtschaft auf Grund der gegenwärtigen politischen Situation. Die Zinssenkung sollte dazu beitragen, das Vertrauen wiederherzustellen und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Die Bank of England senkte ihre Leitzinsen ebenfalls um 50 Basispunkte auf 4,00%.

Im Euroraum begann am 15. Dezember 2001 die Vorverteilung von Euromünzen an die Konsumenten in Form der so genannten Starter-Kits.

Die Einführung des Eurobargelds startete weitgehend reibungslos. Politiker aus den zwölf Ländern des Euroraums würdigten den historischen Erfolg auf dem Weg zu einem politisch und wirtschaftlich geeinten Europa.

Am 16. Jänner 2002 war die Währungsumstellung in den zwölf Ländern des Euroraums weitgehend abgeschlossen. Die EZB berichtete, dass sich der Euro als Bargeld schneller als erwartet durchgesetzt habe. Die Umstellung der Münzautomaten verlaufe wie geplant. Mittlerweile sind rund 8,1 Mrd Eurobanknoten im Umlauf, dies entspricht mehr als 90% des erwarteten Bedarfs.

Die Niederlande haben als erstes Mitglied des Euroraums mit 23. Jänner 2002 nur mehr den Euro als allein gültiges Zahlungsmittel zugelassen.

Wim Duisenberg, Präsident der EZB, gab am 7. Februar 2002 bekannt, dass er am 9. Juli 2003 von seinem Amt zurücktreten wird.

Das irische Pfund verlor mit 9. Februar 2002 seine Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel.

## **ECOFIN-Rat/Euro-Gruppe**

Die Themen des Treffens der Euro-Gruppe am 15. Oktober 2001 in Luxemburg waren die wirtschaftlichen Fundamentaldaten des Euroraums, die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, die Budgetpolitik der Niederlande, Spaniens, Finnlands und Österreichs und die Investitionstätigkeit im Euroraum.

Die Finanzminister sowie die Innen- und Justizminister der EU einigten sich bei der erweiterten Tagung des ECOFIN-Rats am 16. Oktober 2001 in Luxemburg auf verschärfte Regeln gegen die Geldwäsche. Dabei müssen künftig Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Kunsthändler und Spielkasinos den Strafverfolgungsbehörden Meldung über offensichtliche



Versuche von Geldwäsche machen. Weitere Themen des Treffens waren neue Vorschriften gegen den Missbrauch des Finanzsystems, den Insiderhandel sowie das Einfrieren von Guthaben terroristischer Organisationen oder verdächtiger Personen. Die EU-Finanzminister erteilten der Europäischen Kommission (EK) den Auftrag, Verhandlungen mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco und anderen Drittländern zur Übernahme der EU-Vorschriften über die Zinsbesteuerung und zur Verhinderung der Kapitalflucht aufzunehmen.

Die Euro-Gruppe diskutierte am 5. November 2001 die Budgetpolitik Griechenlands, Luxemburgs, Irlands und Belgiens. Auf Grund der konjunkturellen Verlangsamung kommt es zu einer leichten Verschlechterung der nominellen Defizite 2001 und 2002; das konjunkturbereinigte Defizit des Euroraums wird gegenüber 2000 sowohl im Jahr 2001 als auch im Jahr 2002 weitgehend unverändert bleiben. Im Hinblick auf die Eurobargeldeinführung wurde ein Netzwerk zum Informationsaustausch eingerichtet.

Der ECOFIN-Rat befasste sich am 6. November 2001 mit folgenden Themen: haushaltspolitische Herausforderungen auf Grund der Bevölkerungsalterung, Methoden zur Beurteilung der Output-Gaps, statistische Anforderungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie steuerliche Hindernisse auf dem Binnenmarkt im Jahr 2001. Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussion der von Irland gesetzten budgetpolitischen Maßnahmen infolge der Ratsempfehlung vom 12. Februar 2001. Die EK stellte den kürzlich erschienenen dritten Zwischenbericht über die Umsetzung des Risikokapital-Aktionsplans vor.

Die Euro-Gruppe erörterte am 3. Dezember 2001 die Wirtschaftslage, die wirtschaftlichen Aussichten sowie die weitere Vorgangsweise betreffend die Behandlung der Stabilitätsprogramme. Die EK führte dazu aus, dass die meisten Mitgliedstaaten gegenüber ihren Stabilitätsprogrammen konjunkturbedingte Abweichungen aufweisen, die strukturellen Budgetpositionen jedoch im Wesentlichen unverändert bleiben. Ein Erreichen der 3-Prozent-Defizitgrenze durch einen Mitgliedstaat sei nicht zu erwarten. Die EK erläuterte weiters die Funktionsweise des Informationsnetzwerks zur Euroeinführung.

Im Hinblick auf den Europäischen Rat in Laeken nahm der ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2001 einen Bericht über Ziele und Arbeitsmethoden im Bereich der Altersversorgung sowie einen Bericht über Strukturindikatoren an. Im Mittelpunkt der Diskussion über die Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen stand die Frage des Automatismus des Übergangs zum allgemeinen Informationsaustausch nach Ablauf einer siebenjährigen Übergangsfrist. Eine erste formelle Verhandlungsrunde mit Drittstaaten soll in den kommenden Monaten stattfinden. Im Zuge der Diskussion über Finanzdienstleistungen skizzierte die EK einen möglichen Ausweg in der institutionellen Auseinandersetzung mit dem Europäischen Parlament hinsichtlich dessen Wunsch nach einem Rückrufrecht bei Umsetzungsmaßnahmen durch das Wertpapierkomitee. Weitere Themen waren die wirtschaftliche Lage des Luftfahrtsektors (Versicherungen) und die Konferenz über Entwicklungsfinanzierung.

Beim informellen ECOFIN-Rat am 14. Dezember 2001 am Rand des Europäischen Rats von Laeken, an dem auch IWF-Direktor Horst Köhler teilnahm, wurden die Wirtschaftslage sowie – auf Grundlage eines Kommissionsberichts – die Herausforderungen der Globalisierung diskutiert. Die internationale Rolle des Euro kam dabei ebenfalls zur Sprache. IWF-Direktor Horst Köhler sprach sich in seiner Rede „The Euro – An Emblem of the Success and Challenges of European Integration“ vor dem informellen ECOFIN-Rat in Laeken lobend über den Euro aus und erklärte, dass die EZB ihren Auftrag bisher sehr gut erfüllt hat. Der Euro sei ein bedeutender Beitrag für mehr Stabilität des internationalen Währungssystems; seine Unterbewertung sei auf strukturelle Probleme in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat und staatliche Subventionen zurückzuführen. Köhler begründete seine Beobachtungen mit der Feststellung, dass die wirtschaftliche Integration vernachlässigt worden sei und es an politischem Moment wie auch an Visionen für die Zukunft Europas mangle.

Im Rahmen ihres Treffens am 21. Jänner 2002 beurteilte die Euro-Gruppe den derzeitigen Policy-Mix angesichts der Wirtschaftslage als angemessen. Die Wirtschaftspolitik müsse sich nunmehr langsam an den sich abzeichnenden Wirtschaftsaufschwung anpassen. Zur erfolgreichen Euroeinführung wurde eine resümierende Erklärung der Euro-Gruppe, der EZB und der EK abgegeben.

Im Rahmen des ECOFIN-Rats am 22. Jänner 2002 wurden die Prioritäten des Spanischen Präsidentschaftsprogramms für den ECOFIN-Rat erörtert. Diese betreffen unter anderem die Euroaußenvertretung, den Abschluss des Steuerpakets mit Drittstaaten sowie die politische Einigung zu Richtlinienvorhaben im Finanzdienstleistungsbereich betreffend Pensionsfonds, Börsenprospekte und Finanzkonglomerate; weiters die endgültige Verabschiedung der Richtlinien die Finanzsicherheit und den Marktmissbrauch betreffend sowie der Verordnung hinsichtlich der Anwendung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze. Die EK legte für den Europäischen Rat in Barcelona ein Konzept vor, wie die EU das ehrgeizige Ziel der Vollbeschäftigung bis 2010 erreichen kann. Insbesondere Maßnahmen wie die Überprüfung der Sozialsysteme, ein größeres Betreuungsangebot für Kinder und die Abschaffung des Vorruhestands sollen den EU-Arbeitsmarkt stimulieren. Argentinien wurde aufgefordert, ein umfangreiches Stabilitätsprogramm zu erstellen. In der Erklärung des ECOFIN-Rats hieß es, dass die neue argentinische Regierung vor der Herausforderung stehe, die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum mit niedriger Inflation zu schaffen und zugleich die sozialen Spannungen abzubauen.

Im Mittelpunkt des Treffens der Euro-Gruppe am 11. Februar 2002 stand die Diskussion der Stabilitätsprogramme Deutschlands und Portugals im Hinblick auf eine allfällige Aktivierung des Frühwarnsystems.

Der ECOFIN-Rat befasste sich bei seiner Tagung am 12. Februar 2002 mit der Vorbereitung des Europäischen Rats von Barcelona. In diesem Zusammenhang wurde der so genannte Cardiff-Bericht der EK über die Funktionsweise der Güter- und Kapitalmärkte zur Kenntnis genommen, und es erfolgte eine Orientierungsdebatte über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die der Präsidentschaft Anhaltspunkte für die Erstellung des Key-

Issues-Paper liefern soll. Weiters wurden die aktualisierten Stabilitätsprogramme Griechenlands, Spaniens, Frankreichs, Irlands und Italiens sowie das aktualisierte Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs (mit den im Wirtschafts- und Finanzausschuss vereinbarten Änderungen) gebilligt. Im Hinblick auf Deutschland und Portugal verzichtete der ECOFIN-Rat auf eine Frühwarnung und nahm einstimmig jeweils eine Erklärung über die budgetäre Lage in diesen beiden Ländern an, in denen die von der deutschen und portugiesischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich ihrer künftigen Budgetpolitik (für Deutschland unter anderem bis 2004 ausgeglichene Budgetposition) begrüßt wurden. Eine ausgiebige Diskussion erfolgte schließlich noch über den von der EK vorgeschlagenen finanziellen Rahmen für die Erweiterung.

### **EU - weitere Ereignisse**

Der Finne Johnny Akerholm wurde am 5. Oktober 2001 zum Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschusses gewählt.

Das britische Unterhaus ratifizierte am 17. Oktober 2001 den EU-Vertrag von Nizza.

Der deutsche Bundestag ratifizierte am 18. Oktober 2001 den EU-Vertrag von Nizza.

Bei dem informellen Treffen des Europäischen Rats am 19. Oktober 2001 im belgischen Gent bekräftigten die EU-Staats- und Regierungschefs das generelle Einverständnis über die Einberufung eines Konvents mit Vertretern der Regierungen und Parlamente, der EU-Staaten und der Kandidatenländer sowie des EU-Parlaments und der EK. Dieser Konvent solle einen Bericht über notwendige institutionelle Reformen der EU erstellen. Weitere wirtschaftspolitische Schwerpunkte des Treffens waren die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, der Stand der Vorbereitungen der Euroumstellung und die Aufforderung an den ECOFIN-Rat, noch vor dem Treffen des Europäischen Rats in Laeken eine Verordnung zur Angleichung der Auslands- an die Inlandsüberweisungsgebühren zu verabschieden.

Der österreichische Nationalrat ratifizierte am 23. Oktober 2001 den EU-Vertrag von Nizza.

Die EK veröffentlichte am 13. November 2001 ihre jährliche Beurteilung über die von den Kandidatenländern auf dem Weg zum EU-Beitritt erzielten Fortschritte. Die EU ist aus Sicht der EK grundsätzlich ausreichend für den Beitritt von bis zu zehn neuen Mitgliedsländern im Jahr 2004 vorbereitet bzw. wird die noch erforderlichen Schritte zeitgerecht setzen. Die Beitrittsverhandlungen werden mit jenen Kandidatenländern abgeschlossen werden, die alle Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllen. In der aktuellen Phase liegt der Fokus nicht mehr nur auf der Übernahme des Acquis, sondern auch auf dessen Umsetzung und Anwendung (Hervorhebung der Verwaltungskapazität und der Kapazität des Rechtssystems). Zu diesem Zweck wird die EK einen Aktionsplan zum „institution building“ vorschlagen. Entscheidend für die Einhaltung des Zeitplans wird die erfolgreiche Fortführung der Beitrittsverhandlungen sein, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Regionalpolitik und Budget, für die die EK Anfang des Jahres 2002 Vorschläge präsentieren wird.

Die EK stellte am 21. November 2001 die Herbstprognose für 2001 bis 2003 vor. Nachdem das BIP-Wachstum im Euroraum im Jahr 2000 noch 3,4% erreicht hatte, würde das reale Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 gemäß der Prognose nur mehr 1,6% und 2002 nur 1,3% betragen (gegenüber 2,8 bzw. 2,9% in der Frühjahrsprognose). Als Hauptursachen der konjunkturellen Verlangsamung, die allen wichtigen Wirtschaftsregionen gemeinsam sind, wurde angeführt: das Platzen der spekulativen Blase in der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche, das Stagnieren des Welthandels und das Wirken der im Zuge des Erdölpreisanstiegs von 1999 bis 2000 vorgenommenen Zinserhöhungen, wodurch die Gesamtnachfrage gelitten hat. Dazu kommt die Verunsicherung der Wirtschaftsakteure durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie gestiegene Transportkosten und Versicherungsprämien, die das Wachstum des Welthandels bremsen. Eine konjunkturelle Verbesserung im Euroraum könnte nach Ansicht der EK schon relativ früh im Jahr 2002 einsetzen.

Der EU-Binnenmarktrat einigte sich am 26. November 2001 auf eine Preisverordnung, mit der die Banken verpflichtet werden, die Kosten für Auslandsüberweisungen und Barabhebungen im Ausland auf das Niveau von Inlandstransaktionen zu senken. Demnach dürfen ab 1. Juli 2002 Euroabarhebungen im EU-Ausland nicht mehr kosten als im Inland. Ab 1. Juli 2003 dürfen außerdem Euroüberweisungen ins EU-Ausland nicht teurer sein als Inlandsüberweisungen. Diese Bestimmung gilt vorerst nur für Beträge bis 12.500 EUR. Ab 1. Jänner 2006 soll die Obergrenze auf 50.000 EUR steigen.

Im Zuge des wirtschaftspolitischen Dialogs mit den Beitrittskandidaten auf Ministerienebene legte die EK am 4. Dezember 2001 die Ergebnisse der fiskalischen Notifikationen und der Vorbeitrittsprogramme (PEPs) der Kandidatenländer dar. Insgesamt ist die Qualität der Programme gestiegen und die darin enthaltenen Zahlen sind aussagefähiger geworden. Hinsichtlich der PEPs ist jedoch noch eine Verbesserung der Ausgestaltung der makroökonomischen Szenarien erforderlich. Als wesentliche wirtschaftspolitische Herausforderungen für die Beitrittskandidaten wurden die reale Konvergenz, die Disinflation, die hohen Leistungsbilanzdefizite und die nachhaltige Budgetkonsolidierung bezeichnet. Es wurde ein gemeinsames Kommuniqué verabschiedet, in dem die Beitrittskandidatenländer unter anderem zu einer Fortsetzung ihrer Reformbemühungen im Hinblick auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft ermutigt werden.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Bundesrepublik Jugoslawien unterzeichneten am 13. Dezember 2001 ein Rahmenprogramm, durch das die Bedingungen für ein langfristiges finanzielles Engagement der EIB in Jugoslawien geschaffen wurden.

Das Europäische Parlament stimmte am 13. Dezember 2001 in zweiter Lesung dem Gemeinsamen Standpunkt des Rats betreffend die Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in Europa zu.

Beim Europäischen Rat in Laeken am 14. und 15. Dezember 2001 betonten die Staats- und Regierungschefs hinsichtlich der Erweiterung ihre Entschlossenheit, die Verhandlungen mit den auf einen Beitritt ausreichend

vorbereiteten Ländern bis Ende 2002 abzuschließen, um diesen als Mitgliedstaaten die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 zu ermöglichen. Es wurde eine Erklärung zur Zukunft der EU angenommen, in der zur Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz die Einberufung eines Konvents unter Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing vorgesehen ist. Parallel dazu soll ein Forum errichtet werden, in dessen Rahmen die bereits eingeleitete öffentliche Diskussion zur Zukunftsfrage strukturiert und erweitert werden kann.

Spanien hat am 1. Jänner 2002 turnusgemäß die Ratspräsidentschaft in der EU übernommen. Für die kommenden sechs Monate setzt sich die spanische Ratspräsidentschaft unter dem Motto „Mehr Europa“ zahlreiche Ziele: Oberste Priorität soll die Bekämpfung des Terrorismus haben. Darüber hinaus sollen bis Jahresende die Beitrittsverhandlungen mit den „am weitesten fortgeschrittenen“ Aufnahmekandidaten beendet werden; das sind Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Ein weiterer Schwerpunkt der spanischen Präsidentschaft soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas sein. Für das Gipfeltreffen Mitte März 2002 in Barcelona stehen die Liberalisierung des Strom- und des Gasmarktes sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem Programm. Bei dem zum zweiten Mal stattfindenden Gipfel der Staaten der EU und Lateinamerikas im Mai 2002 will Spanien zudem seine Brückenfunktion nutzen und die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten stärken. Zum Ende des spanischen Ratsvorsitzes soll beim Europäischen Rat in Sevilla ein erster Bericht des Konvents vorgelegt werden.

Als Teil der EU-Strategie, im Mittelmeerraum bis zum Jahr 2010 eine Freihandelszone zu schaffen, unterzeichnete die EU am 10. Jänner 2002 einen Assoziierungsvertrag mit dem Libanon.

Der Ire Pat Cox, bisheriger Fraktionschef der Liberalen im Europäischen Parlament, wurde am 15. Jänner 2002 als Nachfolger von Nicole Fontaine in das Amt des Parlamentspräsidenten gewählt.

Die EK hat am 15. Jänner 2002 das im Dezember 2001 vorgelegte österreichische Stabilitätsprogramm bewertet und als konform mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU befunden. Gleichzeitig hat die EK aber auch auf den hohen Anstieg der Steuerbelastung als Preis für das Erreichen des Nulldefizits hingewiesen. Die Programme Schwedens, Finnlands, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande wurden ebenfalls als problemlos angesehen.

Die EK gab am 21. Jänner 2002 bekannt, dass sie sich an dem internationalen Wiederaufbauplan für Afghanistan mit 600 Mio EUR im Jahr 2002 beteiligen wird.

Deutschland und Finnland haben am 21. Jänner 2002 ihre in vier Jahren anstehenden EU-Ratspräsidentschaften, und zwar auf Grund der angesetzten Parlamentswahlen in beiden Staaten, getauscht.

Die EK empfahl am 30. Jänner 2002, wegen des hohen Haushaltsdefizits eine Frühwarnung an Deutschland zu richten. Die Lücke zwischen den Zielen und den Ergebnissen im deutschen Haushalt vergrößere sich. Neben Deutschland solle auch Portugal Adressat einer so genannten Frühwarnung

sein. Es war das erste Mal, dass die EK dieses Vorgehen empfahl, wovon letztendlich jedoch Abstand genommen wurde.

Die EK legte am 30. Jänner 2002 ihren Vorschlag für ein „Common financial framework 2004-2006 for the accession negotiations“ vor. Demnach sollen den zehn Beitrittskandidaten von 2004 bis 2006 40 Mrd EUR zugesprochen werden, wovon aber nur 28 Mrd EUR in diesen drei Jahren ausbezahlt werden; der Rest ist für langfristige Projekte vorgesehen, für die das Geld erst später ausbezahlt wird. Damit sagte die EK den Kandidatenländern für die drei Jahre um knapp 2,5 Mrd EUR weniger an Mitteln zu als die Staats- und Regierungschefs im Jahr 1999 beim Europäischen Rat in Berlin in Aussicht gestellt hatten.

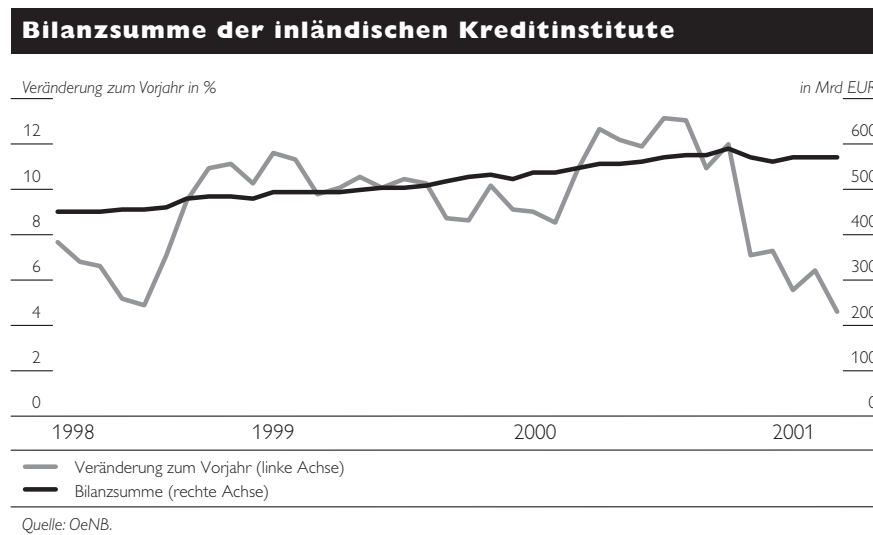
M O N E T Ä R E   E N T W I C K L U N G  
I N   Ö S T E R R E I C H

# Geschäftstätigkeit der inländischen Kreditinstitute im Jahr 2001

Ralf Dobringer<sup>1)</sup>

## Abgeschwächtes Bilanzsummenwachstum

Nach einem sehr erfolgreichen Jahr 2000 gestaltete sich das Jahr 2001 für die in Österreich tätigen Kreditinstitute unter anderem auf Grund der internationalen Konjunkturabschwächung vor allem im Kreditgeschäft deutlich schwieriger. Das Bilanzsummenwachstum verlangsamte sich nach einem Zuwachs von 38'07 Mrd EUR oder 7'3% im Jahr 2000 auf 25'04 Mrd EUR bzw. 4'5% im Jahr 2001, wofür aber vor allem die Umstrukturierungsmaßnahmen der Bank Austria AG (BA) im Zuge der Integration mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB)<sup>2)</sup> einen wesentlichen Faktor bildeten. Ohne Berücksichtigung der BA wäre das Bilanzsummenwachstum mit rund 8% sogar über dem Wert des Vorjahres gelegen.



Auf Grund der Umstrukturierungen der BA musste der Sparkassensektor als einziger Sektor im Jahr 2001 einen Marktanteilsverlust verzeichnen. So reduzierte sich dessen Bilanzsumme seit 2000 um 4'7%. Alle anderen Kreditinstitutssektoren wiesen Zuwächse auf: Prozentuell am stärksten wuchs der Volksbankensektor (+19'3%), gefolgt von den Landes-Hypothekbanken (+12'2%) und den Raiffeisenbanken (+10'5%).

Unterdurchschnittlich entwickelten sich lediglich die Bausparkassen, die ihre Bilanzsumme nur um 2'9% erhöhen konnten.

Auch im Jahr 2001 lag der Anteil des Zwischenbankverkehrs an der Gesamtbilanzsumme auf Grund der sektorinternen Zusammenarbeit bei den mehrstufigen Sektoren über dem Durchschnitt. Wegen seiner Geschäftsstruktur war der Bausparkassensektor im Ranking der Anteile der Direktkredite und Einlagen an der Bilanzsumme führend.

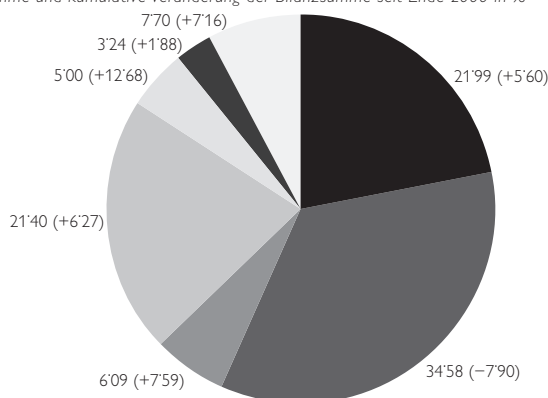
<sup>1)</sup> Unter Mitwirkung von Gudrun Mauerhofer und Walter Wäschiczek.

<sup>2)</sup> Im Zuge dieser Umstrukturierungsmaßnahmen wurden folgende Auslandsfilialen geschlossen: Filiale Mailand (mit 31. März 2001), Filiale London (mit 3. Juni 2001), Filiale München (mit 30. Juni 2001) sowie die Filialen Singapur (mit 12. Dezember 2001) und Hongkong (mit 1. Jänner 2002).



### Marktanteil der in Österreich tätigen Kreditinstitute

in % der Bilanzsumme und kumulative Veränderung der Bilanzsumme seit Ende 2000 in %



|  |                         |  |               |
|--|-------------------------|--|---------------|
|  | Aktienbanken            |  | Volksbanken   |
|  | Sparkassen              |  | Bausparkassen |
|  | Landes-Hypothekenbanken |  | Sonderbanken  |
|  | Raiffeisenbanken        |  |               |

Quelle: OeNB.

Die fünf größten (Einzel)Kreditinstitute wuchsen, vor allem wegen der bereits erwähnten Umstrukturierungen bei der BA, mit einem Plus von 3,6% deutlich langsamer als die Gesamtbilanzsumme (+4,5%). Daher reduzierte sich auch deren Marktanteil gegenüber Dezember 2000 um 0,4 Prozentpunkte auf 45,5%.

### Anteil ausgewählter Bilanzposten an der Bilanzsumme der Sektoren

|                         | Direktkredite | Einlagen | Zwischenbankverkehr |              |
|-------------------------|---------------|----------|---------------------|--------------|
|                         |               |          | aktivseitig         | passivseitig |
| in %                    |               |          |                     |              |
| Aktienbanken            | 45,42         | 38,63    | 24,39               | 29,78        |
| Sparkassen              | 33,45         | 27,29    | 37,18               | 38,89        |
| Landes-Hypothekenbanken | 58,25         | 21,34    | 17,25               | 11,72        |
| Raiffeisenbanken        | 39,80         | 37,39    | 35,74               | 41,76        |
| Volksbanken             | 45,63         | 39,12    | 28,47               | 36,03        |
| Bausparkassen           | 74,03         | 87,78    | 13,70               | 6,38         |
| Sonderbanken            | 16,96         | 2,83     | 58,10               | 24,88        |
| Globalsektor            | 39,61         | 32,25    | 33,26               | 33,57        |

Quelle: OeNB.

### Cash-Changeover wird in Bankbilanz sichtbar

Am auffälligsten gestaltete sich aktivseitig die Kassenliquidität der Kreditinstitute, die mit 31. Dezember 2001 bei 10,35 Mrd EUR und somit um 62,6% über dem Vergleichswert des Vorjahres lag. Dafür war die Unterposition „Guthaben bei der Oesterreichischen Nationalbank“ verantwortlich, die relativ deutlich um 3,92 Mrd EUR oder 105,2% anwuchs. Dies war im Zusammenhang mit der Einführung des Eurobargelds zu sehen, da die Kreditinstitute refinanzierungsfähige Sicherheiten (so genannte „cash collaterals“) in Höhe der vorab („frontloading“) verteilten – aber noch nicht den

Girokonten der Kreditinstitute angelasteten – Eurobargeldbestände als Sicherheit bei der OeNB zu stellen hatten.

### Bankstellenanzahl geht weiter zurück

Seit Beginn des Jahres 2001 ging die Anzahl der Bankstellen um 26 Standorte auf 5.453 zurück. Die Anzahl der Hauptanstalten reduzierte sich um 16 auf 907, die Anzahl der Zweigstellen verringerte sich um 10 Standorte.

#### Bankstellen zum 31. Dezember 2001

|                         | Aktienbanken und Bankiers |     | Sparkassen-<br>sektor |       | Landes-<br>Hypotheken-<br>banken |     | Raiffeisen-<br>sektor |       | Volksbanken-<br>sektor |     | Bausparkassen |    | Sonderbanken |   | Insgesamt |       |
|-------------------------|---------------------------|-----|-----------------------|-------|----------------------------------|-----|-----------------------|-------|------------------------|-----|---------------|----|--------------|---|-----------|-------|
|                         | H                         | Z   | H                     | Z     | H                                | Z   | H                     | Z     | H                      | Z   | H             | Z  | H            | Z | H         | Z     |
| Österreich              | 61                        | 738 | 67                    | 1.380 | 9                                | 164 | 617                   | 1.725 | 70                     | 475 | 5             | 59 | 78           | 5 | 907       | 4.546 |
| Österreich H+Z          | 799                       |     | 1.447                 |       | 173                              |     | 2.342                 |       | 545                    |     | 64            |    | 83           |   | 5.453     |       |
| Veränderung zum Vorjahr | -13                       |     | -20                   |       | +10                              |     | -24                   |       | +2                     |     | +25           |    | -6           |   | -26       |       |

Quelle: OeNB.

H = Hauptanstalten.

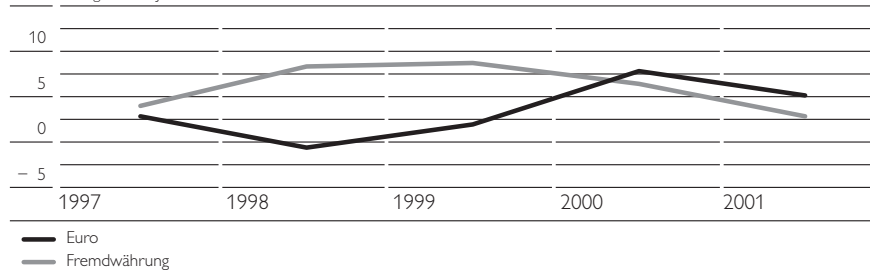
Z = Zweiganstalten und Wechselstuben.

### Spürbare Verlangsamung des Kreditwachstums

Parallel zur schlechten Konjunktorentwicklung schwächte sich 2001 auch das Direktkreditwachstum relativ deutlich ab. Betrag der Zuwachs im Jahr 2000 noch 14'09 Mrd EUR (6'7%), so halbierte er sich 2001 auf 7'92 Mrd EUR (3'5%). Auch die im vierten Quartal angefallenen debitorischen Zinsen reduzierten sich geringfügig auf 2'46 Mrd EUR. Während im Jahr 2000 noch rund 45% des Kreditwachstums aus Fremdwährungskrediten resultierten, verringerte sich deren Anteil 2001 auf rund 36%. In absoluten Zahlen ausgedrückt stand einer Zunahme der Kredite in Fremdwährung von 6'40 Mrd EUR im Vorjahr ein Plus von nur mehr 2'83 Mrd EUR im Jahr 2001 gegenüber. Der Anteil der Kredite in Fremdwährungen an den insgesamt vergebenen Direktkrediten erhöhte sich somit seit Beginn des Jahres 2001 nur geringfügig um 0'7 Prozentpunkte auf 18'2%. Noch im Jahr 2000 war eine Erhöhung um 1'8 Prozentpunkte feststellbar gewesen.

#### Direktkredite an inländische Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

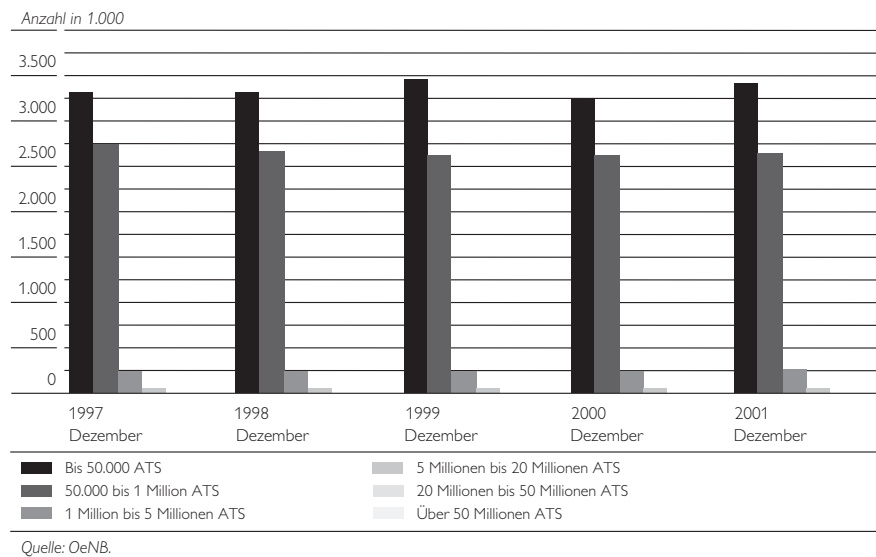
Auch das Wachstum der in Euro vergebenen Direktkredite schwächte sich ab, wenn auch nicht so stark. Betrag der Anstieg im Jahr 2000 noch

7'69 Mrd EUR (4'3%), so reduzierte er sich 2001 auf 5'09 Mrd EUR (2'7%).

Die sektorale Betrachtungsweise zeigt bezüglich der Fremdwährungskredite ein sehr unterschiedliches Bild. Absoluter Spitzenreiter war der Sparkassensektor, der über 95% seines gesamten Kreditzuwachses aus Fremdwährungskrediten lukrierte. Auf Platz zwei rangierten die Volksbanken mit rund 42%, gefolgt vom Raiffeisensektor mit etwas über 36%. Die Sonderbanken konnten im Jahr 2001 hingegen mit 12'6% den stärksten prozentuellen Zuwachs bei den gesamten Direktkrediten (Euro- und Fremdwährungskredite) erzielen. An zweiter Stelle befanden sich die Volksbanken (+7'0%), gefolgt von den Bausparkassen (+6'0%). Die Aktienbanken und Sparkassen wuchsen in diesem Bereich unterdurchschnittlich.

Aufschlussreich ist eine Betrachtung der Kredite nach Größenklassen. Im Bereich der Eurokredite dominierten kleinere Beträge bis zu 50.000 ATS<sup>1)</sup> (dies sind unter anderem Überziehungen von Girokonten), gefolgt von Krediten zwischen 50.000 und 1 Mio ATS, wogegen Fremdwährungskredite am häufigsten in einer Größe zwischen 1 und 5 Mio ATS vergeben wurden. Das deutet darauf hin, dass Fremdwährungsausleihungen derzeit bei privaten Haushalten sowie Klein- und Mittelbetrieben besonders populär sind.

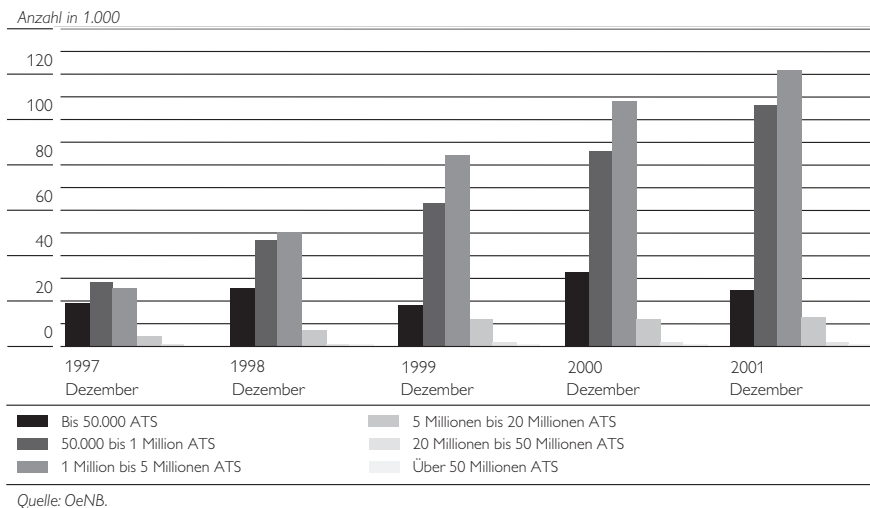
#### Kredite an inländische Nichtbanken in Euro



Im Dezember 2001 waren etwas mehr als die Hälfte (50'6%) aller Fremdwährungsausleihungen in Schweizer Franken denominiert. Noch zum Jahresresultimo 2000 waren es 58'7% gewesen. Obwohl der Wechselkurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro gestiegen ist, reduzierte sich der Stand der Kredite in Schweizer Franken um 8%. Die Kredite in japanischen Yen erfreuten sich hingegen weiterhin großer Nachfrage: Ihr Anteil an den gesamten Fremdwährungsausleihungen erhöhte sich seit Beginn des Jahres 2001 auf Grund eines Zuwachses um rund ein Drittel von 34'0 auf 42'1%.

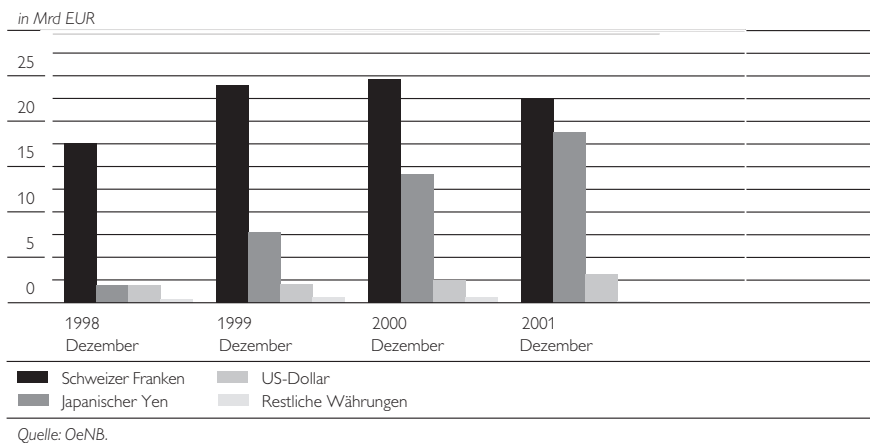
<sup>1)</sup> Bis Berichtstermin Dezember 2001 waren die Kreditgrößenklassen nach ATS gegliedert.

### Kredite an inländische Nichtbanken in Fremdwährung



Da sich der Wechselkurs des japanischen Yen im selben Zeitraum um etwa 5% verringerte, war der reale Anstieg noch höher. Der Anteil der Kredite in US-Dollar an den gesamten Fremdwährungsausleihungen erhöhte sich seit Jahresbeginn 2001 um 1 Prozentpunkt auf 6,9%; zumindest ein Teil dieses Zuwachses war aber auf Wechselkursschwankungen zurückzuführen.

### Struktur der Fremdwährungskredite



Der Anteil der Fremdwährungskredite an den gesamten Ausleihungen lag im Osten Österreichs<sup>1)</sup> mit einem Wert von 15,3% deutlich niedriger als im Westen (31,2%), auch wenn der Zuwachs der Fremdwährungskredite in den östlichen Bundesländern im Jahr 2001 (+12,6%) stärker ausfiel als in den westlichen (+7,9%).

Innerhalb der Direktkredite wuchsen die Einmalkredite, das sind nicht wieder ausnutzbare Kredite, mit 3,63 Mrd EUR (+3,6%) betragsmäßig am

1 Als östliche Bundesländer werden Niederösterreich und das Burgenland definiert. Die Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg werden als „Österreich West“ eingestuft.

stärksten. Diese Kreditart machte rund die Hälfte aller vergebenen Direktkredite aus. Mit einem Zuwachs von 3,34 Mrd EUR (+5,6%) waren die Kontokorrentkredite<sup>1)</sup> die zweitwichtigste Direktkreditform. Im Gegensatz dazu reduzierten sich die Barvorlagen seit Beginn des Jahres 2001 um 1,08 Mrd EUR (5,4%), wogegen sie noch in der Vergleichsperiode 2000 um 1,78 Mrd EUR (9,9%) gewachsen waren.

Eine Betrachtung nach volkswirtschaftlichen Sektoren zeigt, dass die Unternehmen auch Ende 2001 mit rund 56% Anteil am gesamten Ausleihungsvolumen die größte Schuldnergruppe darstellten. Ihr Kreditstand erhöhte sich seit Beginn des Jahres 2001 um 2,7%. Noch im Jahr 2000 war der Zuwachs bei 7,1% gelegen. Rund 80% der Ausleihungen an die Unternehmen wurden in Euro gehalten, die Zuwachsrate war allerdings bei den Fremdwährungskrediten größer. Der durchschnittliche Zinssatz für Kommerzkredite reduzierte sich seit Dezember 2000 um 1,15 Prozentpunkte auf 5,80%.

Der Sektor Staat reduzierte als einziger Sektor seine Verbindlichkeiten um 1,6%, während sie im Jahr 2000 noch um 2,5% gewachsen waren. Vor allem die Länder reduzierten ihre Bankverbindlichkeiten um 14,7%, wogegen die Gemeinden ihre Kredite um 4,0% ausweiteten. Auch die Sozialversicherungen und der Bund nahmen gegenüber dem Jahr 2000 um 9,6% bzw. 1,1% mehr Ausleihungen auf. Der durchschnittliche Zinssatz für Kommunaldarlehen reduzierte sich seit Dezember 2000 um 0,97 Prozentpunkte auf 4,31%.

Den größten Kreditzuwachs von allen volkswirtschaftlichen Sektoren erreichten mit 6,1% allerdings die privaten Haushalte. Im Jahr 2000 war deren Ausleihungsvolumen aber noch stärker – nämlich um 9,6% – gestiegen. Im Gegensatz zum Sektor Staat, der seine Kredite zu über 95% in Euro aufnahm, lag der Fremdwährungsanteil bei den privaten Haushalten bei über 23% – mit stark steigender Tendenz. Die Unternehmen hielten zum Ultimo 2001 bei einem Fremdwährungsanteil von rund 19%. Der durchschnittliche Zinssatz für Privatkredite reduzierte sich seit Dezember 2000 um 0,92 Prozentpunkte auf 6,89%.

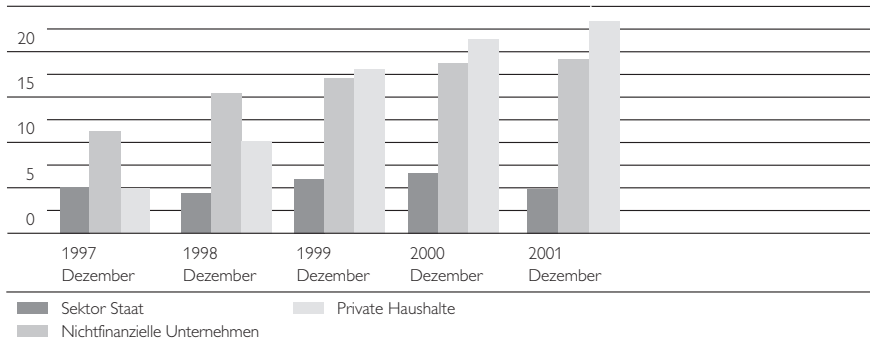
Der Anstieg der für Beschaffung und Erhalt von Wohnraum verwendeten Kredite verlief im Jahr 2001 mit 2,29 Mrd EUR (5,6%) prozentuell stärker als jener der Direktkredite. Der Anteil der Fremdwährungskredite an den gesamten Krediten in dieser Kreditform stieg von 8,0 auf 9,3%. Zum Vergleich: 18,2% aller vergebenen Direktkredite waren Ende 2001 in Fremdwährungen denominiert; ihr Zuwachs betrug allerdings nur 0,7 Prozentpunkte. Der durchschnittliche Zinssatz für Wohnraumbeschaffungskredite in Euro sank seit Dezember 2000 um 0,74 Prozentpunkte auf 5,64%.

Auf Grund der schwierigen konjunkturellen Situation im In- und Ausland und damit einhergehender vermehrter Konkurse erhöhte sich der Wertberichtigungsbedarf, bezogen auf die Kundenforderungen, gegenüber Dezember 2000 um 0,14 Prozentpunkte auf 3,06%. Traditionell hatten die

*1) Das sind Kredite, bei der die zeitlich und betragsmäßig beliebige Ausnützung während der Dauer eines Vertragsverhältnisses bis zu einem vereinbarten Kreditlimit möglich ist. Somit fallen auch Überziehungen von Girokonten in diesen Bereich.*

### Anteil der Fremdwährungskredite

in % des Gesamtvolumens der Kredite

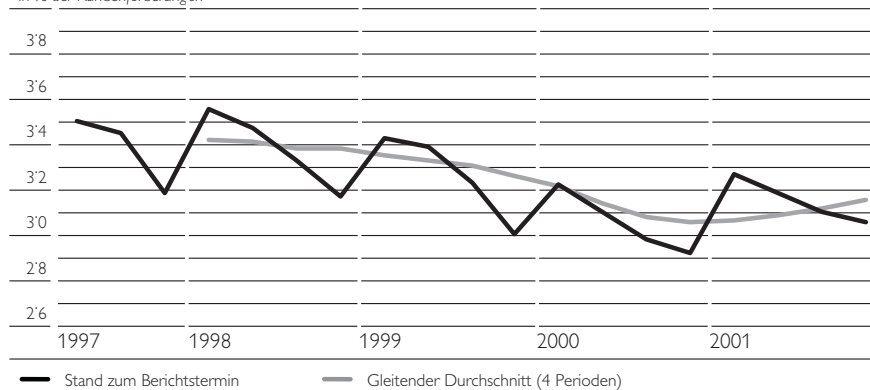


Quelle: OeNB.

dezentralen Sektoren die meisten Wertberichtigungen zu bilden (Volksbankensektor: 4'36%, Raiffeisensektor: 3'64%, Sparkassensektor: 3'45%). Am anderen Ende der Skala rangierten die Bausparkassen mit 0'36% und die Sonderbanken mit 1'00%.

### Wertberichtigungen

in % der Kundenforderungen



Quelle: OeNB.

Anders als die Direktkredite reduzierte sich das Volumen der verbrieften Kredite seit Beginn des Jahres 2001 um 12'2%. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren sie hingegen nur um 3'3% gesunken. Innerhalb der verbrieften Kredite reduzierten sich die anderen Schuldtitel öffentlicher Stellen mit 12'8% und die Bundesschatzscheine (-75'4%) besonders stark. Sektoral reduzierten die Sparkassen ihr Portefeuille am stärksten (-23'1%). Die Volksbanken konnten ihre verbrieften Kredite hingegen um 21'1% erhöhen. Rund 1% aller verbrieften Kredite waren im Dezember 2001 in Fremdwährung denominiert.

### Einlagen

Im Jahr 2001 war das Einlagenaufkommen von inländischen Nichtbanken so stark wie schon seit Beginn der Neunzigerjahre nicht mehr: Erhöhten sich die Einlagen im Jahr 2000 nur um 3'99 Mrd EUR oder 2'3%, so lag der

Zuwachs im Jahr 2001 bei 13,77 Mrd EUR oder 7,8%. Während sich aber die Fremdwährungseinlagen um 19,1% reduzierten, stiegen die Einlagen in Euro um 8,4%. Noch im Jahr zuvor hatten die Kreditinstitute einen Fremdwährungszuwachs von 7,3% gemeldet.

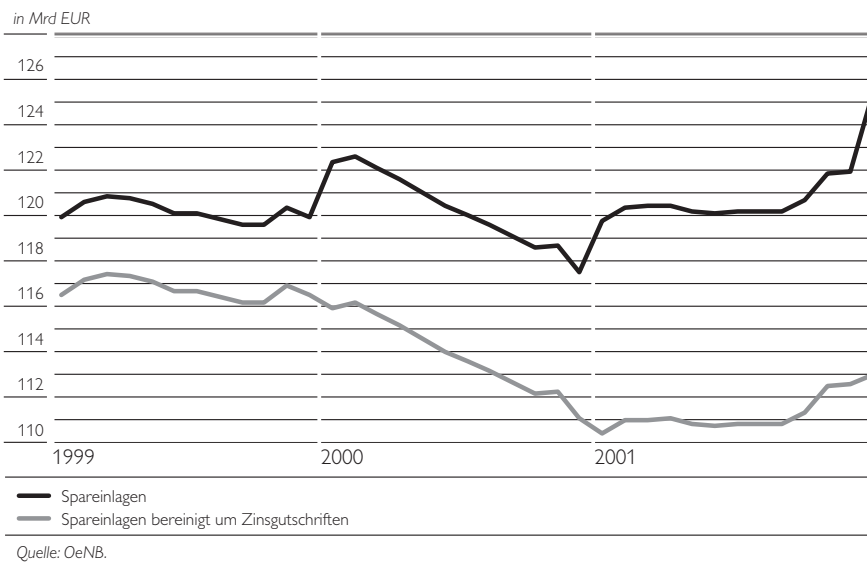
Den größten prozentuellen Einlagenanstieg verzeichneten die Sonderbanken (+27,4%), die Landes-Hypothekenbanken (+21,9%) und die Volksbanken (+10,9%), gefolgt vom Raiffeisensektor (+9,4%) und dem Aktienbankensektor (+8,5%). Unter dem Durchschnitt lagen der Sparkassensektor (+4,9%) sowie der Bausparkassensektor (+2,9%).

Innerhalb der Einlagen war das betragsmäßige Wachstum der Sichteinlagen, zu denen auch die Gehalts- und Pensionskonten zählen, mit 2,97 Mrd EUR (8,3%) von allen Einlagenarten am geringsten. Noch im Jahr 2000 war der Anstieg bei 4,53 Mrd EUR (14,4%) gelegen. Etwas weniger als die Hälfte aller Sichteinlagen in Euro wurde von den privaten Haushalten gehalten, die diese geringfügig schwächer als 2000 um 11,5% steigerten. Der durchschnittliche Zinssatz für Einlagen auf Gehalts- und Pensionskonten wurde seit Beginn Dezember 2000 um 0,08 Prozentpunkte gesenkt und betrug 0,25%. Auch die Unternehmen, die im Besitz von rund 38% aller Sichteinlagen waren, und der Sektor Staat erhöhten diese mit 3,3 bzw. 10,2% langsamer als im Vorjahr.

Konträr dazu verlief die Entwicklung der Termineinlagen. Betrug deren Wachstum im Jahr 2000 2,09 Mrd EUR oder 11,6%, so stiegen sie im Jahr 2001 um 5,07 Mrd EUR oder 25,1%. Etwas mehr als die Hälfte aller Termineinlagen in Euro waren zum Ultimo 2001 im Besitz der Unternehmen. Diese erhöhten ihre Termineinlagen in Euro mit 30,4% deutlich schneller als im Jahr 2000 (+6,9%). Auch der Sektor Staat, der rund 30% aller Termineinlagen in Euro hielt, erhöhte diese wieder um 49,5%, nachdem sie im Jahr 2000 noch geringfügig gesunken waren. Die privaten Haushalte senkten als einziger volkswirtschaftlicher Sektor ihre Termineinlagen in Euro (-7,5%).

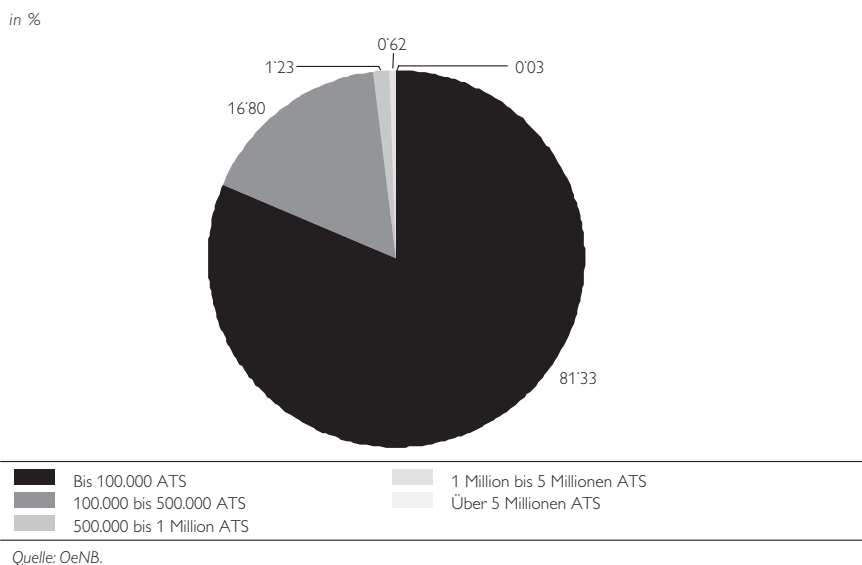
Trotz der Abschaffung der Sparbuchanonymität und sinkender Zinsen erlebte das klassische Sparbuch im Jahr 2001 eine Renaissance. Nach einem äußerst schlechten Vorjahr (-2,63 Mrd EUR bzw. -2,2%), das auf Grund höherer Renditeerwartungen von Umschichtungen in Richtung Investmentfonds geprägt war, belief sich der Zuwachs im Jahr 2001 auf 5,73 Mrd EUR oder 4,8%, ein seit vielen Jahren nicht mehr erreichtes Ergebnis. Obwohl sich der durchschnittliche Zinssatz für Spareinlagen verringerte, erhöhte sich durch den großen Einlagenzuwachs der Stand der zum 31. Dezember 2001 kapitalisierten Spareinlagenzinsen um 0,18 auf 3,12 Mrd EUR. Dadurch wird ersichtlich, dass die Spareinlagen auch ohne Zinsgutschriften um rund 2,80 Mrd EUR gestiegen wären.

### Spareinlagen inländischer Nichtbanken



Angesichts der angespannten Situation auf den internationalen Kapitalmärkten war es vielen Anlegern offensichtlich ein Bedürfnis, weniger, dafür aber sichere Erträge zu lukrieren.

### Gliederung der Spareinlagen nach ihrer Höhe



Bei Betrachtung der Spareinlagen nach der Höhe fallen keine großen Veränderungen im Vergleich zum Dezember 2000 auf. Mehr als 80% aller Spareinlagen lauteten nach wie vor auf Beträge bis 100.000 ATS<sup>1)</sup>. Die Anzahl der Spareinlagenkonten bis 100.000 ATS bzw. zwischen 100.000 und 500.000 ATS erhöhte sich geringfügig, während die Anzahl der Spareinlagen

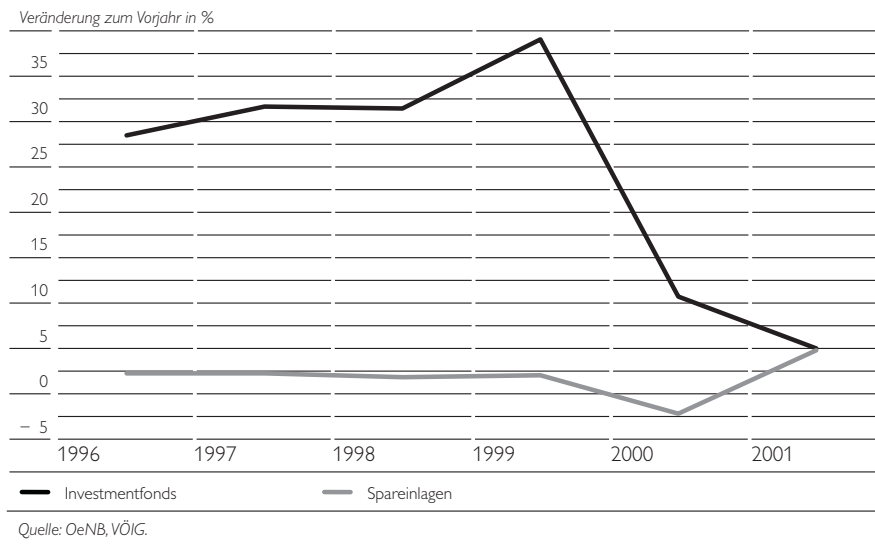
1 Bis Berichtstermin Dezember 2001 waren die Einlagengrößenklassen nach ATS gegliedert.



über 1 Mio ATS etwas gesunken ist. Diese leichte Verschiebung könnte aus der Abschaffung der Sparbuchanonymität resultieren; bis zu einem Betrag von 200.000 ATS können Sparbücher nämlich als so genannte „Lösungswortsparbücher<sup>1)</sup>“ geführt werden.

Im Gegensatz zu den Spareinlagen verlief die Entwicklung der Investmentfonds<sup>2)</sup> im Jahr 2001 weniger gut: Nach einem Zuwachs von 8'02 Mrd EUR (+10'7%) im Vorjahr belief sich der Zuwachs im Jahr 2001 nur mehr auf 4'15 Mrd EUR (+5'0%). Somit hatten die heimischen Kapitalanlagegesellschaften mit Dezember 2001 ein Vermögen von 87'37 Mrd EUR zu verwalten.

### Vergleich der Spareinlagen mit den Investmentfonds



Die eigenen Inlandemissionen der in Österreich tätigen Kreditinstitute erhöhten sich im Gesamtjahr 2001 um 2'29 Mrd EUR oder 4'4%. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das aber mehr als eine Halbierung (+5'17 Mrd EUR oder +11'0%). Rund die Hälfte des gesamten Zuwachses beruhte auf Emissionen in Euro. Noch im Vorjahr hatte der Anstieg zu mehr als 80% aus Euroemissionen resultiert. Innerhalb der eigenen Emissionen war der Zuwachs der begebenen Schuldverschreibungen (+7'6%) am größten. Im Jahr 2000 war die Steigerung ähnlich ausgefallen.

### Auslandsgeschäft

Nachdem die Auslandsaktivitäten der in Österreich tätigen Kreditinstitute Mitte 2001 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, reduzierten sich die Forderungen an das Ausland im Gesamtjahr 2001 – auch auf Grund der bereits erwähnten Schließung einiger Filialen der BA – um 1'47 Mrd EUR (0'9%). Ohne Berücksichtigung der BA wären die Auslandsforderungen hingegen um rund 16% gestiegen. Noch im Jahr 2000 erreichten die Banken

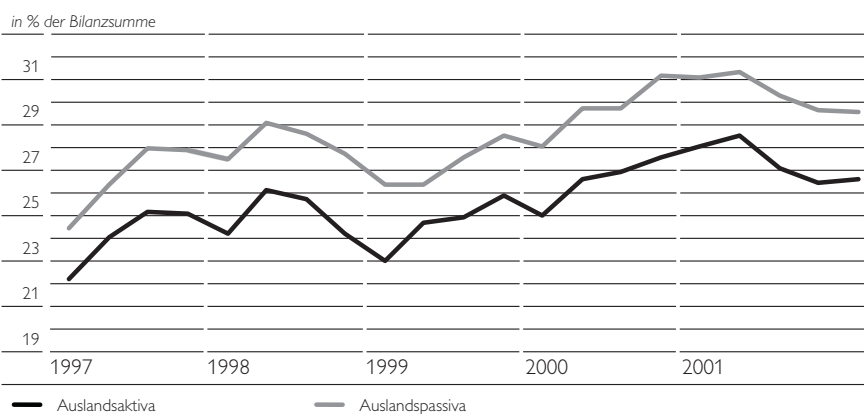
1 Die Identität des Kunden ist dem Kreditinstitut aber in jedem Fall bekannt.

2 Quelle: VÖIG.

allerdings Zuwächse von mehr als 20%. Der Anteil der Auslandsaktiva an der Gesamtbilanzsumme reduzierte sich von 28'0 auf 26'6%. Auch die Bilanzsumme der Auslandsfilialen der österreichischen Kreditinstitute halbierte sich auf 19'50 Mrd EUR – das waren 3'3% der Gesamtbilanzsumme aller Kreditinstitute. Innerhalb der Auslandsforderungen reduzierten sich die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere ausländischer Emittenten mit 24'3% am stärksten. Noch im Jahr 2000 war diese Position um 55'2% gestiegen. Der ausländische Zwischenbankverkehr wurde hingegen weiter ausgebaut (+3'5%), wenn auch bei weitem nicht mehr so dynamisch wie im Jahr 2000 (+18'9%).

Auch auf der Passivseite reduzierten die Kreditinstitute ihre Auslandspositionen um 0'6% gegenüber 18'7% im Jahr 2000. Beinahe analog zur Aktivseite wäre der Zuwachs ohne BA bei rund 15% gelegen. Innerhalb der Auslandsverbindlichkeiten reduzierten sich die ausländischen verbrieften Verbindlichkeiten mit 2'9% am stärksten. Die Kennzahl der Auslandsverbindlichkeiten der inländischen Kreditinstitute in Prozent der Bilanzsumme reduzierte sich gegenüber Dezember 2000 um 1'3 Prozentpunkte auf 29'6%.

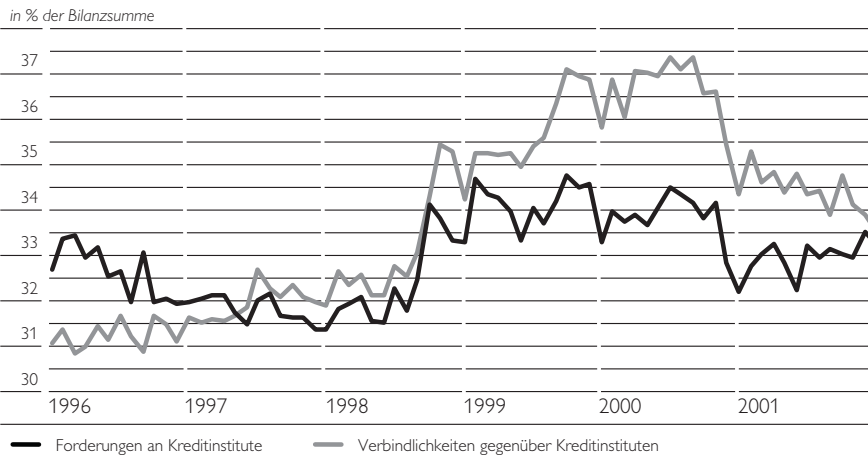
### Auslandsgeschäft der inländischen Kreditinstitute



### Zwischenbankverkehr

Während die Forderungen an inländische Kreditinstitute im Jahr 2000 mit 6'08 Mrd EUR (-5'6%) noch rückläufig waren, erhöhten sie sich im Jahr 2001 um 11'47 Mrd EUR (+11'2%) und somit von allen Aktivposten am stärksten. Dagegen verlief der Anstieg der Forderungen an ausländische Kreditinstitute im Jahr 2001 mit 3'5% deutlich flacher als im Jahr 2000 (+18'9%). Auf der Passivseite verringerte sich der ausländische Zwischenbankverkehr sogar von 11'0% im Jahr 2000 auf 0'1% im Jahr 2001. Die Ursache für diesen Einbruch lag hauptsächlich in der bereits erwähnten Schließung einiger Auslandsfilialen der BA. Generell lag der Zwischenbankverkehr Ende 2001 zwischen 33 und 34% der Bilanzsumme und somit etwas niedriger als in den Vorjahren.

### Zwischenbankverkehr

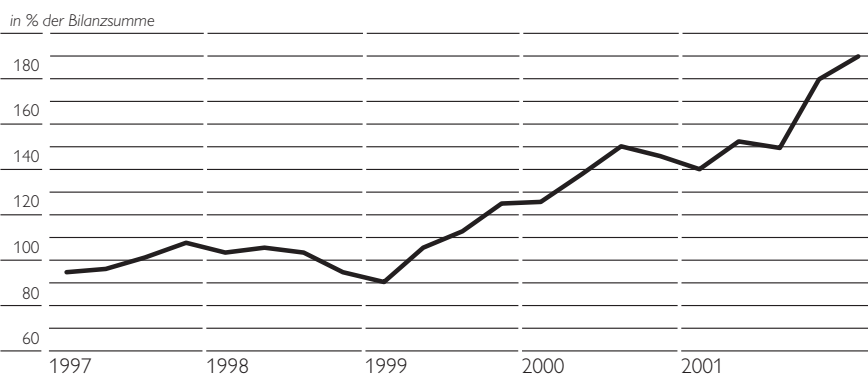


Quelle: OeNB.

### Derivatgeschäft

Seit Beginn der WWU war eine deutliche Ausweitung der Derivatgeschäfte, insbesondere bei Zinnsatzgeschäften, bemerkbar. Allein im Jahr 2001 wuchs das Volumen um 323'67 Mrd EUR oder 41'1%. Somit erhöhte sich das Verhältnis der Derivatgeschäfte zur Bilanzsumme seit Dezember 2000 um 49 Prozentpunkte auf 189%.

### Besondere außerbilanzmäßige Geschäfte



Quelle: OeNB.

### Eigenmittel

Die Kreditinstitute hielten mit 31. Dezember 2001 41'98 Mrd EUR an Eigenmitteln, das waren um 4'55 Mrd EUR (+12'1%) mehr als noch zu Beginn des Jahres 2001. Somit erhöhte sich auch die (unkonsolidierte) Eigenmittelausstattung in Prozent der Bemessungsgrundlage um 0'7 Prozentpunkte auf 14'6%. Sektorale betrachtet lagen die Sonderbanken und Sparkassen über diesem Durchschnitt, alle anderen Sektoren befanden sich darunter. Rund 65% der gesamten Eigenmittel bestanden aus dem qualitativ

hochwertigsten Kapital, dem Kernkapital. Die Kernkapitalquote<sup>1)</sup> der Kreditinstitute erhöhte sich gegenüber Dezember 2000 geringfügig um 0,4 Prozentpunkte auf 9,5%. Die anrechenbaren Eigenmittel, bestehend aus Kernkapital und ergänzenden Eigenmitteln abzüglich der Abzugsposten, wuchsen im Jahr 2001 um 11,9% auf einen Stand von 39,56 Mrd EUR. Das nur für das Marktrisiko verwendbare Tier 3-Kapital stieg relativ deutlich um 53,2% auf 2,41 Mrd EUR.

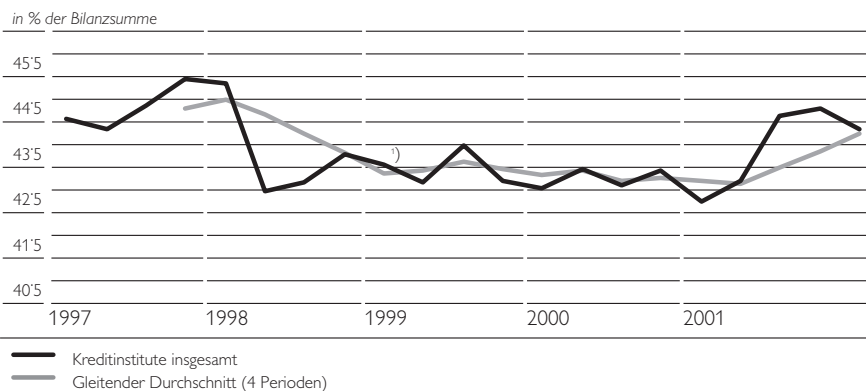
### Eigenmittel

|                         | Eigenmittel in % der Bemessungsgrundlage | Kernkapitalquote in % | Risikogewichtete Aktiva in % der Bilanzsumme |
|-------------------------|--|-----------------------|--|
| Aktienbanken            | 12,7                                     | 8,4                   | 48,0   |
| Sparkassen              | 17,7                                     | 9,8                   | 41,0   |
| Landes-Hypothekenbanken | 11,0                                     | 7,0                   | 45,1   |
| Raiffeisenbanken        | 12,9                                     | 9,4                   | 52,9   |
| Volksbanken             | 12,9                                     | 9,5                   | 57,1   |
| Bausparkassen           | 9,7                                      | 8,0                   | 40,1   |
| Sonderbanken            | 25,7                                     | 22,1                  | 18,0   |
| Globalsektor            | 14,6                                     | 9,5                   | 44,3   |

Quelle: OeNB.

Da im Jahr 2001 die risikogewichteten Aktiva<sup>2)</sup> mit einem Plus von 20,04 Mrd EUR (+8,3%) prozentuell doppelt so stark wie die Bilanzsumme (+4,5%) wuchsen, stieg auch die Kennzahl der risikogewichteten Aktiva in Prozent der Bilanzsumme um 1,6 Prozentpunkte auf 44,3%. Volksbanken, Raiffeisenbanken, Aktienbanken sowie die Landes-Hypothekenbanken befanden sich bei dieser Kennzahl über dem Gesamtdurchschnitt.

### Risikogewichtete Aktiva



Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> BWG-Änderung.

- 1 Die Kernkapitalquote errechnet sich aus dem Kernkapital dividiert durch die Bemessungsgrundlage. Die Mindestausstattung gemäß BWG liegt bei 4%.
- 2 Es handelt sich dabei um jene um Wertberichtigungen gekürzten Aktiva, die gemäß § 22(3) BWG nach Risikoklassen zu gewichten sind.

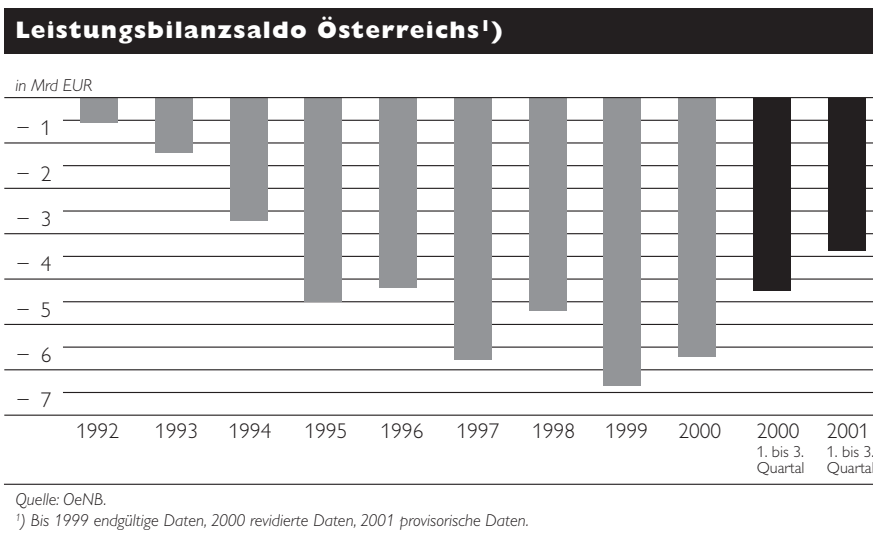
# Zahlungsbilanz in den ersten drei Quartalen 2001<sup>1)</sup>

- Geringeres Leistungsbilanzdefizit als in den ersten drei Quartalen 2000.
- Vermögenseinkommen: Abflüsse in den Euroraum, aber Erträge aus Osteuropa.
- Direktinvestitionsaktivitäten Österreichs in Mittel- und Osteuropa weiterhin rege.
- Deutlich gesunkene Dynamik bei Portfolioinvestitionen und sonstigen Investitionen.

René Dell'mour,  
Patricia Fahrngruber,  
Christine Stecyna,  
Patricia Walter,  
Isabel Winkler,  
Robert Zorzi

## I Leistungsbilanz

Die österreichische Leistungsbilanz auf Transaktionsbasis (Tabelle 1) zeigte in den ersten drei Quartalen 2001 mit 3.370 Mio EUR im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum 2000 eine Abnahme des Defizits um 880 Mio EUR.<sup>2)</sup> Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung war das günstigere Ergebnis der Güter- und Dienstleistungsbilanz. Generell war die Konjunkturabschwächung Österreichs und wichtiger Handelspartnerländer über das Jahr 2001 für die Leistungsbilanz bestimmend. Im Jahresverlauf betrachtet war die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2001 noch positiv, vergleichbar mit dem letzten Vorjahresquartalswert, und wurde nach einer Stagnation bereits im dritten Quartal negativ. Für das Gesamtjahr 2001 wird ein deutlich abgeschwächtes Wirtschaftswachstum von nur 1,2% erwartet (OeNB-Herbstprognose).



Die Leistungsbilanz Österreichs mit den Ländern des Euroraums zeigte im Berichtszeitraum eine Verringerung des Passivums von 5.830 auf 5.240 Mio EUR, während die Bilanz mit dem Extra-Euroraum eine Erhöhung des Aktivums von 1.580 auf 1.880 Mio EUR aufweist; Letztere

1 Transaktionsbilanz. Redaktionsschluss: 15. Februar 2002.

2 Die Transaktionsbilanz folgt – anders als die monatliche Cash-Bilanz, die eine erste Schnellinformation darstellt – einem hohen Qualitätsstandard, der Periodenberichtigungen und andere Adaptierungen verlangt. Die in der Cash-Bilanz für den Beobachtungszeitraum signalisierte Ergebnisverbesserung wird nunmehr auch durch die Transaktionsbilanz bestätigt.

resultierte insbesondere aus einer Verbesserung der Dienstleistungen (+650 Mio EUR). Das Leistungsbilanzdefizit des gesamten Euroraums verringerte sich gemäß der EZB um 26 auf 23 Mrd EUR, wofür eine Erhöhung des Aktivums der Güter und Dienstleistungen maßgebend war.

### 1.1 Güter und Dienstleistungen

Das positive Ergebnis der Güter- und Dienstleistungsbilanz resultierte aus – im Durchschnitt – schwächeren Import- als Exportzuwachsrate, wobei sich die im ersten Quartal 2001 beobachtete starke Expansion der Exporte und Importe nachfolgend deutlich abschwächte (erstes Quartal 2001: Exporte +13%, Importe +12%; zweites Quartal 2001: Exporte +5%, Importe +6%; drittes Quartal 2001: Exporte +2%, Importe –2%). Dadurch drehte das im gleichen Zeitraum 2000 gemessene Passivum von 1.080 Mio EUR in einen Überschuss von 80 Mio EUR.

#### 1.1.1 Güter

Der österreichische Außenhandel verzeichnete nach vorläufigen Berechnungen der Statistik Austria in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 zwar weiterhin Zunahmen gegenüber dem Vergleichszeitraum 2000, wies im Jahresverlauf aber eindeutig rückläufige Tendenzen auf. Die Wachstumsabschwächung der österreichischen Exporte lässt sich aus der zunehmenden Konjunkturverflachung in wichtigen Handelspartnerländern erklären, während die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Lieferanten gut war. Auf der Importseite kam in zunehmendem Maß die schwache Inlandskonjunktur zum Tragen.

Die folgende Analyse des österreichischen Außenhandels *nach Ländern* (Tabelle 2) basiert auf den Außenhandelsdaten der Statistik Austria:

Die Außenhandelsverflechtung mit den *Ländern des Euroraums*<sup>1)</sup> ergab Zuwachsraten für Exporte und Importe von 7 bzw. 5%. In absoluten Zahlen wurden Warenlieferungen in den Euroraum in Höhe von 29.850 Mio EUR und österreichische Einfuhren aus den Ländern des Euroraums in Höhe von 35.030 Mio EUR verzeichnet, wodurch sich das österreichische Defizit gegenüber diesen Ländern um 500 auf 5.180 Mio EUR verringerte. Österreich verzeichnete dabei gegenüber allen Handelspartnern mit Ausnahme von Irland, Spanien und Portugal Saldenverbesserungen.

Gegenüber den *Ländern außerhalb des Euroraums* betragen im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2000 die Zuwachsraten der Exporte 6% und jene der Importe 8%. Österreichs Exporte in Länder außerhalb des Euroraums betragen 24.430 Mio EUR und Österreichs Importe 22.770 Mio EUR; der Aktivsaldo nahm damit um 440 auf 1.660 Mio EUR ab. Die Ausfuhren in die osteuropäischen Länder stiegen im Berichtszeitraum neuerlich und zwar um 8% bzw. 660 Mio EUR. Dagegen nahmen die Exporte in die restlichen europäischen Länder – darunter vor allem in die Schweiz – ab.

Die Importe aus Ländern außerhalb des Euroraums stiegen um 8%. Dabei kam es vor allem mit +32% zu einem deutlichen Anstieg bei Waren

1 Seit 1. Jänner 2001 inklusive Griechenland; die Vergleichswerte für 2000 wurden rückgerechnet.

aus den Entwicklungsländern (exklusive der OPEC-Länder) sowie aus den osteuropäischen Ländern (+10%).

### 1.1.2 Dienstleistungen

Der Überschuss der Teilbilanz Dienstleistungen stieg in den ersten drei Quartalen 2001 um 560 auf 1.450 Mio EUR. Der in der Teilbilanz enthaltene negative Saldo der „Nicht aufteilbaren Leistungen“ (NAL)<sup>1)</sup> erhöhte sich in den ersten drei Quartalen 2001 um 420 auf –3.080 Mio EUR.

#### 1.1.2.1 Reiseverkehr

Auch im Jahr 2001 setzt sich die uneinheitliche Entwicklung des Incoming-Tourismus fort: Nach einer guten Wintersaison (Ausländernächtigungen: +3,9%) haben vor allem die schwachen Monate Juni (–5,1%) und September (–8,3%) dazu geführt, dass die Sommersaison insgesamt (Mai bis Oktober) erneut sinkende Nächtigungszahlen ausländischer Gäste aufweist. Damit waren die Sommernächtigungen in der abgelaufenen Dekade mit Ausnahme des Jahres 1998 durchwegs rückläufig. In Absolutzahlen ist der Schwund innerhalb von zehn Jahren von mehr als 59 Mio (1991) auf weniger als 41 Mio Nächtigungen erheblich. Im dritten Quartal 2001 ist die Zahl der Ausländernächtigungen um 500.000 auf 28,3 Mio Nächtigungen gesunken, womit der Abstand zur Winterspitze (Jänner bis März 2001: 29,7 Mio Nächtigungen) merklich größer geworden ist. Für die ersten neun Monate des Jahres 2001 ergab sich aber insgesamt immer noch eine leichte Zunahme um 0,9% auf 71,9 Mio Ausländernächtigungen (Tabelle 4).

Zuwächse von mehr als 100.000 Nächtigungen meldete die Statistik Austria für Niederländer (+26.000), Schweizer (+135.000) und Italiener (+115.000). Nennenswerte Rückgänge gab es in erster Linie bei Gästen aus den USA (–210.000) und anderen Überseemärkten. Die Ereignisse vom 11. September 2001 haben deutliche Spuren in der Nächtigungsstatistik hinterlassen, doch waren die Besucherzahlen aus Fernmärkten auch schon in den Monaten davor rückläufig.

Wesentlich günstiger als die Nächtigungen entwickelten sich die Reiseverkehrseinnahmen mit +11% im dritten Quartal, nach 5,9% im ersten und 9,4% im zweiten Quartal. Die Einnahmen der ersten neun Monate beliefen sich auf 9.260 Mio EUR, das waren 720 Mio EUR mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (Tabelle 3). Da Preissteigerungen und gehobene Qualitätsansprüche die Diskrepanz zwischen Nächtigungszahlen und Deviseneinnahmen nicht zur Gänze erklären können, ist ein verzerrender Einfluss der Umstellung des Bargeldumlaufs auf Euro nicht auszuschließen.<sup>2)</sup> Mit Revisionen bei der Erstellung der Jahresbilanz ist zu

1 Die Position „Nicht aufteilbare Leistungen“ (NAL) ergibt sich daraus, dass von den Banken mehr Import- und Exportzahlungen für Güter gemeldet wurden, als die Summe der Güterimporte und -exporte der Außenhandelsstatistik der Statistik Austria ergaben. Nach internationaler Konvention werden für die Position Güter der Zahlungsbilanz die Außenhandelszahlen der Statistischen Ämter verwendet. Die Position NAL enthält damit die Differenz zwischen Güterzahlungen und Außenhandelswerten.

2 Die Auflösung von gehorteten Valutenbeständen bei Inländern kann zu einer Überhöhung der Reiseverkehrseinnahmen führen, da sie als eine Variable für Einnahmen betrachtet werden.

rechnen. Die nicht mehr im Reiseverkehr enthaltenen Einnahmen aus dem internationalen Personentransport stiegen um 15,7% auf 1.450 Mio EUR.

Auch das starke Wachstum der Reiseverkehrausgaben der Österreicher könnte durch die Bargeldumstellung leicht überhöht dargestellt sein.<sup>1)</sup> Die Ausgaben nahmen im dritten Quartal 2001 um mehr als 11% bzw. in der Periode Jänner bis September um 10,5% auf annähernd 7.730 Mio EUR zu. Der Überschuss der Reiseverkehrsbilanz blieb mit 1.520 Mio EUR gegenüber dem Vergleichszeitraum 2000 nahezu unverändert. Keine Änderung ergab sich auch bei den Aufwendungen für den internationalen Personentransport, die sich wie im Jahr 2000 auf 640 Mio EUR beliefen.

#### 1.1.2.2 Andere Dienstleistungen

In Summe verringerte sich der negative Saldo der anderen Dienstleistungen in den ersten drei Quartalen 2001 um 580 auf 70 Mio EUR. Eine Reihe von Einzelpositionen (Tabelle 1) wies dabei im Beobachtungszeitraum Saldenverbesserungen auf: Der positive Saldo der Positionen *internationaler Personentransport* (+210 Mio EUR), *Transithandelserträge* (+110 Mio EUR), *technische Beratungstätigkeit* (+380 Mio EUR) sowie *Regierungsleistungen* (+220 Mio EUR) erhöhte sich, der negative Saldo der Position *sonstige Handelsleistungen* (+120 Mio EUR) sowie *Versicherungsdienstleistungen* (+180 Mio EUR) verringerte sich bzw. drehte sogar ins Plus.

#### 1.3 Einkommen

Die Teilbilanz Einkommen schloss nach den ersten drei Quartalen 2001 mit einem Nettodefizit in Höhe von 2.350 Mio EUR und erreichte somit den bisher höchsten über die ersten drei Quartale kumulierten Wert. Das *Erwerbseinkommen* ergab wie schon in den Vorperioden einen volumenmäßig wenig veränderten Überschuss; der Saldo des *Vermögenseinkommens* war neuerlich negativ (-2.740 Mio EUR), wobei der Anstieg gegenüber der Vergleichsperiode 2000 nahezu 20% betrug.

Die regionale Analyse des Nettovermögenseinkommens zeigt, dass der Großteil der Erträge in den Euroraum floss und die höchsten Nettokapitalerträge aus Osteuropa eingingen. Der Saldo des gesamten Vermögenseinkommens (Grafik „Komponenten des Vermögenseinkommens Österreichs“) war in den ersten drei Quartalen 2001 zu zwei Dritteln von den Erträgen aus zinstragenden<sup>2)</sup> Finanzanlagen und zu einem Drittel von Erträgen aus risikokapitalorientierten<sup>3)</sup> Veranlagungen bestimmt.

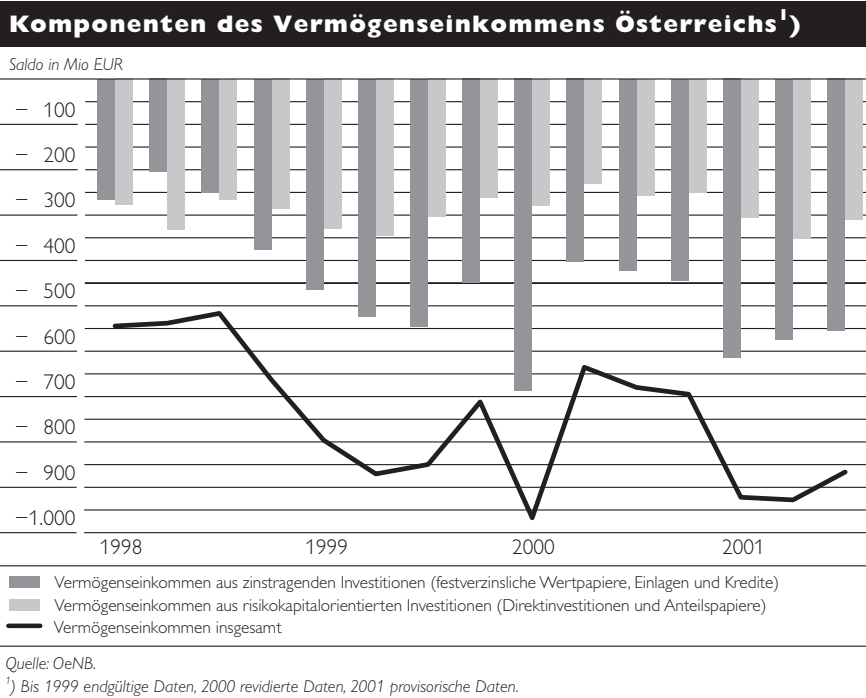
Strukturiert nach den wichtigsten Teilaggregaten (Tabelle 5) zeigten sich Nettodefizite bei den Einkommen aus Direktinvestitionen in Höhe von 890 Mio EUR sowie bei den Einkommen aus Portfolioinvestitionen von 2.590 Mio EUR, ein Überschuss hingegen bei den Einkommen aus sonstigen

1 Der Rückfluss von Schillingbanknoten ist eine Variable für die Bestimmung der Reiseverkehrausgaben der Österreicher. Insofern es sich dabei um Beträge handelt, die aus Hortungen von Ausländern stammen, verzerrt dieses Phänomen das Ergebnis nach oben.

2 Erträge aus Schultiteln (festverzinsliche Wertpapiere, Einlagen und Kredite, unabhängig davon, ob sie in den funktionellen Kategorien Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, sonstige Investitionen oder Währungsreserven enthalten sind).

3 Alle Einkünfte aus der Veranlagung in Form von Beteiligungen und Anteilspapieren.





Investitionen von 740 Mio EUR. Die Verschlechterung im Bereich Einkommen aus Portfolioinvestitionen gegenüber der Vorjahresperiode von 640 Mio EUR wurde nur teilweise durch eine Verbesserung (220 Mio EUR) bei Einkommen aus Einlagen- und Kreditgeschäften sowie der Veranlagungstätigkeit der OeNB kompensiert.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 erwirtschafteten österreichische Direktinvestitionsunternehmen im Ausland Erträge in Höhe von netto 1.240 Mio EUR und damit um rund 210 Mio EUR mehr als im Vergleichszeitraum 2000. Gleichzeitig stiegen die Erträge aus ausländischen Direktinvestitionen in Österreich um 230 auf 2.140 Mio EUR an, sodass sich das vorläufige Defizit der *Einkommen aus Direktinvestitionen* geringfügig auf 890 Mio EUR vergrößerte. Trotz relativ hoher Gewinnausschüttungen auf beiden Seiten ergaben sich auf Grund der vorliegenden Schätzungen Reinvestitionen von 380 Mio EUR bei aktiven und 950 Mio EUR bei passiven Direktinvestitionen.

Auf Grund des in den letzten Jahren erfolgten deutlichen Aufbaus von grenzüberschreitenden Wertpapierbeständen spielen die Einkommen aus *Portfolioinvestitionen* innerhalb des Vermögenseinkommens nunmehr eine zentrale Rolle. Das aus den Auslandsinvestitionen erzielte Einkommen erreichte in den ersten drei Quartalen 2001 einen Wert von 3.610 Mio EUR (erstes bis drittes Quartal 2000: 3.380 Mio EUR). Im selben Zeitraum lagen die Aufwände aus der Verschuldungsposition Österreichs gegenüber dem Ausland mit 6.200 Mio EUR (erstes bis drittes Quartal 2000: 5.330 Mio EUR) deutlich darüber.

Entscheidend ist in beiden Fällen die Position Erträge aus langfristigen festverzinslichen Wertpapieren. In den ersten neun Monaten 2001 flossen Österreich Zinserträge in Höhe von 3.410 Mio EUR zu, denen Zins-

zahlungen österreichischer Schuldner in Höhe von 5.760 Mio EUR gegenüberstanden. Dabei handelt es sich jeweils um den bisher höchsten über die ersten drei Quartale kumulierten Wert. Eine sektorale Analyse dieser Positionen zeigt den Staat und die Banken als Nettozahler und den sonstigen Sektor, vor allem institutionelle Anleger, als Nettoempfänger.

Bei den *Einkommen aus sonstigen Investitionen und Währungsreserven* kam es in den ersten drei Quartalen 2001 zu einem Überschuss von 740 Mio EUR, um 220 Mio EUR mehr als im Vergleichszeitraum 2000. Eine sektorale Analyse dieser Position zeigt, dass das Bankensystem (OeNB und Banken) Nettoempfänger und das Nichtbankensystem (Staat und sonstiger Sektor) Nettozahler sind. Eine Analyse nach Finanzierungsinstrumenten für die Sektoren Banken, Staat und sonstiger Sektor in Summe ergibt folgendes Bild: Bei Krediten wurden Nettoeinnahmen erzielt, Einlagen führten zu Nettoausgaben.

#### **1.4 Laufende Transfers**

Der negative Saldo aus den laufenden Transfers war in den ersten drei Quartalen 2001 mit 1.100 um 180 Mio EUR niedriger als in den ersten drei Quartalen 2000 (Tabelle 1).

In den laufenden Transfers des öffentlichen Sektors von –950 Mio EUR dominieren die Transaktionen mit der EU. Die Beiträge Österreichs an die EU beliefen sich in der Berichtsperiode auf 1.600 Mio EUR, die Rückflüsse (exklusive Beiträgen der EU zu Infrastrukturmaßnahmen) auf 790 Mio EUR, woraus eine Nettzahlung in Höhe von 810 Mio EUR (gegenüber 990 Mio EUR im Vergleichszeitraum 2000) resultierte.

Das Defizit aus den privaten Transfers belief sich auf 150 gegenüber 130 Mio EUR in der Vergleichsperiode.

## **2 Vermögensübertragungen**

Die Vermögensübertragungen schlossen im Berichtszeitraum sowie im Vergleichszeitraum 2000 mit einem negativen Saldo von 290 Mio EUR.

Die unentgeltlichen Vermögensübertragungen des *öffentlichen Sektors* beinhalten vor allem jene Rückflüsse aus der EU, die Infrastrukturmaßnahmen dienen und daher nicht den laufenden Transfers zuzurechnen sind; diese betragen in den ersten drei Quartalen 2001 rund 60 gegenüber 120 Mio EUR im Vergleichszeitraum.

Die unentgeltlichen Vermögensübertragungen des *privaten Sektors* bestehen im Wesentlichen aus Forderungsverzichten. Da diese Forderungsverzichte Österreichs in der Berichtsperiode geringer ausfielen, kam es mit 210 Mio EUR zu geringeren Abflüssen (370 Mio EUR im Vergleichszeitraum).

Die *entgeltlichen* Vermögensübertragungen spielen in der österreichischen Zahlungsbilanzstatistik volumenmäßig keine Rolle.

## **3 Kapitalbilanz**

Die österreichische Kapitalbilanz (Tabelle 6) zeigte in den ersten drei Quartalen 2001 eine deutliche Reduktion der Nettoumsätze: Sowohl die österreichischen Investitionen im Ausland als auch jene des Auslands in

Österreich haben sich in der Berichtsperiode im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2000 halbiert. Wurden in den Jahren 1999 und 2000 die grenzüberschreitenden Investitionen durch Internationalisierung bzw. Umschichtung der Portefeuilles im Rahmen der Euroeinführung noch stark erhöht, war diese Initialzündung im Jahr 2001 abgeschlossen. Der grenzüberschreitende Forderungsaufbau betrug in den ersten drei Quartalen 2001 nur noch 20.770 Mio EUR (erstes bis drittes Quartal 2000: 40.710 Mio EUR), der Verpflichtungsaufbau 22.030 Mio EUR (erstes bis drittes Quartal 2000: 44.630 Mio EUR).

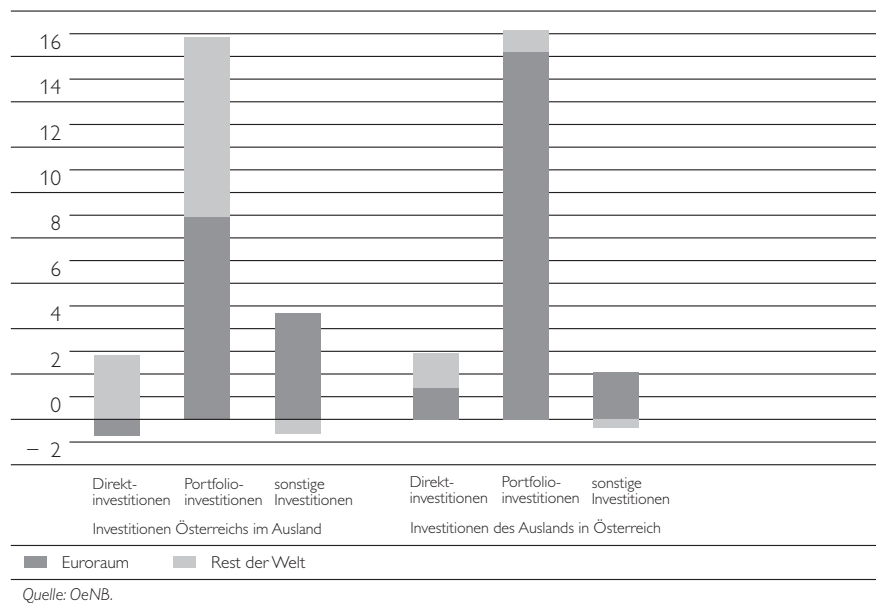
Eine regionale Analyse der grenzüberschreitenden Kapitalströme in den ersten drei Quartalen 2001 zeigt, dass die Vergleichsperiode einen deutlich abgeschwächten Nettokapitalzufluss aus dem Euroraum in Höhe von 7.750 Mio EUR ausweist (Tabelle 7). Der Forderungsaufbau Österreichs gegenüber den Ländern des Euroraums wurde bei einem Volumen von 11.910 Mio EUR um rund 50% reduziert, der Aufbau der Verbindlichkeiten inländischer Schuldner gegenüber dem Euroraum um rund 45% verringert (Transaktionsvolumen: 19.660 Mio EUR).

Bei den Investitionen Österreichs gegenüber den Ländern außerhalb des Euroraums wurde in der Berichtsperiode ein Nettokapitalexport in Höhe von 6.490 Mio EUR beobachtet (Vergleichszeitraum 2000: 8.620 Mio EUR). Damit zeigt sich, dass auch das Interesse österreichischer Anleger, Investitionen in Ländern außerhalb des Euroraums zu tätigen, in den ersten drei Quartalen 2001 rückläufig war. Dies führte zu einem Kapitalabfluss in Höhe von 8.860 Mio EUR, während der Nettokapitalabfluss in den ersten drei Quartalen 2000 17.880 Mio EUR betragen hatte. Bei den grenzüberschreitenden Kapitalzuflüssen aus den Ländern außerhalb des Euroraums war

### Kapitalbilanztransaktionen nach ausgewählten Teilbilanzen

#### in den ersten drei Quartalen 2001

in Mrd EUR



das geringere Volumen noch deutlicher: Im Beobachtungszeitraum betrug der Nettokapitalzufluss 2.370 Mio EUR, im Vergleich zu 9.260 Mio EUR in der Vergleichsperiode 2000.

Eine Analyse der Kapitalbilanz nach *volkswirtschaftlichen Sektoren* zeigt in den ersten drei Quartalen 2001 einen Kapitalexport des Bankensystems (OeNB und Banken) von 230 Mio EUR und einen Kapitalimport des Nichtbankensystems (Staat und sonstige Sektoren) von 1.500 Mio EUR. Die geringeren Umsätze waren in dieser Darstellung insbesondere bei den Auslandsforderungen und Auslandsverbindlichkeiten des Sektors *OeNB und Banken* zu beobachten: Die Forderungen wurden in der Berichtsperiode 2001 um 4.030 Mio EUR erhöht, die Verbindlichkeiten wuchsen um 3.800 Mio EUR (Vergleichszeitraum 2000: 16.960 bzw. 27.450 Mio EUR). Der Sektor *Staat* baute seine Forderungsposition in den ersten drei Quartalen 2001 um 4.620 Mio EUR aus, während er gleichzeitig seine Kapitalaufnahmen im Ausland reduzierte (11.800 gegenüber 13.290 Mio EUR in den ersten drei Quartalen 2000). Per saldo wurde somit vom Staat Kapital in Höhe von 7.180 Mio EUR importiert. Der *sonstige Sektor*<sup>1)</sup> exportierte in der Berichtsperiode netto Kapital in Höhe von 5.680 Mio EUR, das ist rund ein Drittel im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2000. Zurückzuführen ist dies auf den wesentlich geringeren Forderungsaufbau von 12.110 Mio EUR und den gleichzeitig stärkeren Aufbau von Verbindlichkeiten im Ausmaß von 6.430 Mio EUR.

Unterscheidet man Auslandsforderungen und Auslandsverpflichtungen nach *zinstragenden*<sup>2)</sup> und *risikokapitalorientierten*<sup>3)</sup> Investitionen, zeigt sich, dass inländische Anleger in den ersten drei Quartalen 2001 mit einem Volumen von 13.500 Mio EUR vor allem in zinstragende Finanzanlagen investierten. Der Anteil an den gesamten österreichischen Investitionen im Ausland betrug 65% und war somit niedriger als im Vergleichszeitraum 2000. In den ersten drei Quartalen 2000 hatte der Anteil noch 75% bei einem Investitionsvolumen von 30.290 Mio EUR betragen.

Zinstragende Veranlagungen dominierten auch die ausländischen Investitionen in Österreich. In diese Form der Finanzanlage investierte das Ausland im Ausmaß von 17.730 Mio EUR (80% des Gesamtvolumens). Bei den risikokapitalorientierten Veranlagungen war in der Berichtsperiode ein Nettokapitalabfluss von 2.970 Mio EUR zu verzeichnen.

### 3.1 Direktinvestitionen

Entgegen manchen Erwartungen, wonach das ungünstige weltwirtschaftliche Umfeld zu einem merklichen Nachlassen der Direktinvestitionsaktivitäten führen würde, wurden sowohl zahlreiche aktive als auch passive Direktinvestitionen getätigt.

1) Dieser umfasst sonstige Finanzinstitute, Vertragsversicherungsunternehmen und Pensionskassen sowie Unternehmen und private Haushalte.

2) Festverzinsliche Wertpapiere, Einlagen und Kredite, unabhängig davon, ob sie in den funktionellen Kategorien Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, sonstige Investitionen oder Währungsreserven enthalten sind.

3) Veranlagung in Form von Beteiligungen und Anteilspapieren.

Die *aktiven* Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland beliefen sich im dritten Quartal auf 760 Mio EUR bzw. in den ersten drei Quartalen 2001 auf netto 2.130 Mio EUR (Tabelle 6). Sie liegen damit nur 10% unter dem Vergleichswert 2000 und stellen auch bei längerfristiger Betrachtung das dritthöchste Periodenergebnis dar. Dieser Betrag setzt sich zu 1.770 Mio EUR aus Beteiligungen und zu 380 Mio EUR aus reinvestierten Gewinnen zusammen, während die konzerninternen Kreditgewährungen zu einer Abnahme der Position Direktinvestitionen um 30 Mio EUR führten. Im Beteiligungskapital enthalten sind Bruttoneuinvestitionen von rund 3.430 Mio EUR, denen 1.650 Mio EUR an Desinvestitionen gegenüberstanden. Die relativ hohen Desinvestitionen stehen in Zusammenhang mit der Restrukturierung eines europäischen Finanzkonzerns. Diese Restrukturierung führte zu Nettodesinvestitionen innerhalb der EU von 690 Mio EUR und umgekehrt zu hohen Beteiligungen in Übersee (Offshore-Financial Centers) von 670 Mio EUR.

Ein größerer Anteil als je zuvor (1.670 Mio EUR) floss nach Mittel- und Osteuropa. Schon zur Jahresmitte 2001 war der Betrag höher als alle bisherigen Jahresgesamtergebnisse mit Ausnahme des Jahres 2000: Spitzenreiter war die Slowakische Republik (570 Mio EUR) vor Ungarn (290 Mio EUR), Slowenien (230 Mio EUR), Polen (150 Mio EUR), Kroatien (140 Mio EUR) und der Tschechischen Republik (130 Mio EUR). Neben Osteuropa waren nur noch die Investitionen in Deutschland und der Schweiz bzw. Liechtenstein mit 220 und 150 Mio EUR erwähnenswert. Unter Branchengesichtspunkten dominierten mit Abstand die Finanzdienstleistungen, gefolgt von Telekommunikation und Handel. Aber auch im Bereich der Sachgütererzeugung gab es eine Vielzahl kleinerer bis mittlerer Neu- oder Erweiterungsinvestitionen im Ausland.

Vor allem der Verkauf der ÖIAG-Anteile an der Austria Tabak AG an die britische Gallaher Gruppe erklärt die hohen *passiven* Direktinvestitionen im dritten Quartal 2001 (1.710 Mio EUR sind das vierthöchste jemals erzielte Quartalergebnis). In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 erreichten die passiven Direktinvestitionen des Auslands in Österreich damit 2.920 Mio EUR und lagen nur knapp unter dem Maximalwert vom Jahr 2000 (Jänner bis September: 3.010 Mio EUR). Die Nettoneuinvestitionen resultieren aus Bruttoinvestitionen an Beteiligungskapital in Höhe von 2.600 Mio EUR, denen Desinvestitionen von 450 Mio EUR gegenüberstehen, geschätzten reinvestierten Gewinnen von 950 Mio EUR und konzerninternen Kreditbeziehungen, die zu einem Abzug finanzieller Mittel im Ausmaß von 180 Mio EUR führten.

Größter Investor war – wie fast immer – Deutschland mit 33% des investierten Kapitals (das sind 970 Mio EUR), knapp gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 28% bzw. 810 Mio EUR. Berücksichtigt man weiters die Vereinigten Staaten (440 Mio EUR; 15%), die Niederlande (360 Mio EUR; 12%) und die Schweiz (240 Mio EUR; 8%), so sind mehr als 96% der Direktinvestitionsflüsse nach Österreich abgedeckt. Die größte Einzelinvestition neben der Privatisierung der Austria Tabak AG war die Beteiligung des deutschen Stromkonzerns RWE an der Kärntner Landeselektrizitätsgesellschaft. Weitere Projekte betrafen unternehmensbezogene

Dienstleistungen und Banken, im produzierenden Bereich waren die Sparten Elektronik, Steinwaren, Druck- und Verlagswesen, Chemie und Maschinenbau Ziel ausländischer Engagements.

### 3.2 Portfolioinvestitionen

Die grenzüberschreitenden Transaktionen aus Wertpapierkäufen und -verkäufen im In- und Ausland zeigten in den ersten drei Quartalen 2001 per saldo einen Kapitalimport in Höhe von 300 Mio EUR. Betrachtet man die entsprechenden Bruttowerte, so zeigt sich, dass sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2000 sowohl die Investitionen von Inländern in ausländische Wertpapiere (um 6.150 Mio EUR oder 27%) als auch das Engagement der ausländischen Investoren in inländische Wertpapiere (um 11.830 Mio EUR, das sind 41%) deutlich verringert haben. Die Auswirkungen der Ereignisse vom 11. September 2001 auf die Finanzmarktsituation lassen sich aus den vorliegenden Daten nicht ablesen; das Jahresergebnis bleibt abzuwarten.

Österreicher erwarben ausländische Wertpapiere mit einem Marktwert von 16.920 Mio EUR, dabei entschieden sie sich zu 71% für festverzinsliche Wertpapiere. Eine sektorale Betrachtung der Portfolioinvestitionen im Ausland ergab, dass mehrheitlich institutionelle Anleger<sup>1)</sup> als Investoren tätig waren.

Inländische Emittenten konnten Wertpapiere im Ausmaß von 17.220 Mio EUR im Ausland absetzen. Zu 93% handelte es sich dabei um festverzinsliche Wertpapiere; dabei kauften ausländische Investoren mehrheitlich Wertpapiere, die vom österreichischen Staat und von den Banken emittiert wurden.

#### 3.2.1 Portfolioinvestitionen im Ausland

In den ersten drei Quartalen 2001 erwarben österreichische Anleger *ausländische Anteilspapiere* im Ausmaß von 4.960 Mio EUR und damit um 41% weniger als in der Vergleichsperiode des Jahres 2000.

Für inländische Investoren waren in allen drei Quartalen *ausländische Aktien* (4.270 Mio EUR) attraktiver als ausländische Investmentzertifikate, dabei handelte es sich vor allem um börsennotierte Aktien des Finanz-, Industrie- und Technologiesektors. Es wurde überwiegend in Aktien von Unternehmen aus den Vereinigten Staaten und der EU (jeweils 47%) investiert. Auf den Euroraum entfielen 38% mit dem Schwerpunkt auf Unternehmensaktien aus Deutschland, den Niederlanden und Frankreich. Mehrheitlich wurden diese Wertpapierkäufe von institutionellen Anlegern getätigt.

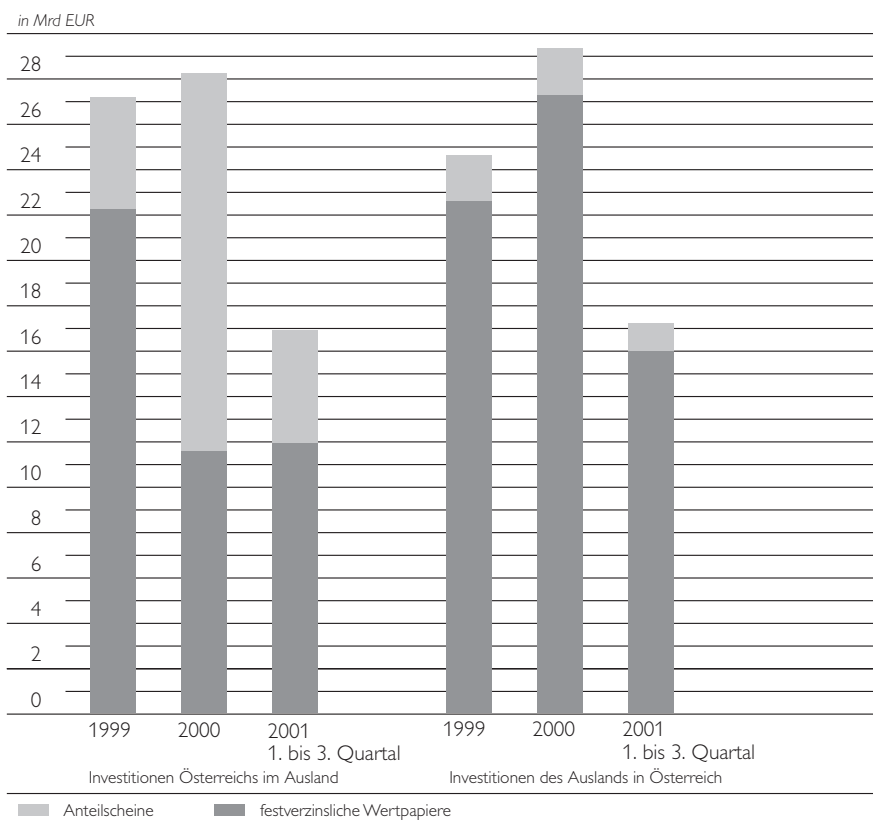
Die Veranlagungen in *ausländische Investmentzertifikate* betragen in den ersten drei Quartalen 2001 650 Mio EUR und waren damit um 85% niedriger als in der Vergleichsperiode des Jahres 2000. Regional gesehen konzentrierte sich das Kaufinteresse der Österreicher weiterhin vor allem auf Investmentzertifikate aus Luxemburg, gefolgt von irischen und britischen Papieren. Eine sektorale Analyse dieser Wertpapierart zeigt, dass das öster-

<sup>1)</sup> Diese umfassen sonstige Finanzinstitute (z. B. Investmentfonds), Vertragsversicherungsunternehmen und Pensionskassen.

reichische Bankensystem (OeNB und Banken) seinen Portefeuillebestand verringerte und die Nichtbanken, mehrheitlich inländische Investmentfonds, ihr Portefeuille weiter aufbauten. Inländer veranlagten vor allem in ausländische Aktienfonds und gemischte Fonds und gaben ausländische Rentenfonds ab.

Der Erwerb ausländischer Wertpapiere durch österreichische Anleger erfolgte überwiegend in Form festverzinslicher Wertpapiere (11.950 Mio EUR). In den ersten drei Quartalen 2001 entfielen 60% der grenzüberschreitenden Wertpapierinvestitionen auf *langfristige festverzinsliche Wertpapiere* (9.900 Mio EUR). Rund zwei Drittel des investierten Kapitals entfielen auf Schuldverschreibungen aus dem Euroraum; insbesondere waren deutsche, französische, italienische und niederländische Emissionen für Österreicher von Interesse. Daneben investierten Inländer vor allem in den Vereinigten Staaten (17%) und im Vereinigten Königreich (7%). Die dominierenden Anlegergruppen waren der sonstige Sektor (55%) – vorwiegend institutionelle Anleger – und die österreichischen Banken (rund 40%), wobei Letztere ihr Portefeuille im dritten Quartal 2001 annähernd um jenen Wert verringerten, den sie im zweiten Quartal 2001 zugekauft hatten. Die Investitionen wurden fast ausschließlich in Eurowertpapieren getätigt. US-Dollar-Schuldverschreibungen verloren an Bedeutung und hatten einen

### Wertpapiertransaktionen nach Finanzierungsinstrumenten<sup>1)</sup>



Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> 1999 endgültige Daten, 2000 revidierte Daten, 2001 provisorische Daten.

Anteil von 3%; sie entsprechen damit den Denominierungen in ungarischen Forint (ebenfalls 3-Prozent-Anteil).

*Ausländische Geldmarktpapiere*, mehrheitlich Commercial Papers und Depotzertifikate, wurden von Österreichern im Ausmaß von 2.050 Mio EUR erworben, davon entfielen rund 64% auf kurzfristige festverzinsliche Wertpapiere der EU. Geldmarktpapiere aus dem Euroraum fanden in den ersten drei Quartalen 2001 nur zu 15% Absatz in Österreich, wobei im ersten Halbjahr 2001 noch sehr starke Zukäufe stattfanden, während im dritten Quartal 2001 der Großteil wieder abgegeben wurde. An das Ausland zurückverkauft wurden vor allem irische und deutsche Wertpapiere. Neben Geldmarktpapieren aus dem Vereinigten Königreich und Dänemark waren vor allem jene aus den Vereinigten Staaten und den Kaimaninseln für inländische Anleger von Interesse. Der dominierende Anleger bei dieser Wertpapierart war der österreichische Staat, wobei dieser im ersten Halbjahr 2001 sein Portefeuille erweiterte und im dritten Quartal wieder etwas verringerte; dies deutet auf eine kurzfristige Zwischenveranlagung zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hin.

### 3.2.2 Portfolioinvestitionen in Österreich

Im Berichtszeitraum wurden österreichische Wertpapiere in Höhe von 17.220 Mio EUR von ausländischen Anlegern erworben und damit – wie auch auf der Aktivseite – deutlich weniger als in den ersten drei Quartalen 2000.

Ausländische Investoren kauften um 1.200 Mio EUR *österreichische Anteils-papiere*, wobei in allen drei Quartalen 2001 Aktien und Investmentzertifikate gleichermaßen attraktiv waren. *Inländische Aktien* fanden im Ausmaß von 660 Mio EUR Absatz im Ausland und damit um 47% mehr als im Vergleichszeitraum 2000. Die Mehrheit des investierten Kapitals ging auf den inländischen Emittentensektor Wirtschaftsunternehmen zurück, 14% entfielen auf die Banken.

*Österreichische Investmentzertifikate* wurden um 550 Mio EUR ans Ausland verkauft und damit um 39% weniger als in den ersten drei Quartalen 2000. Das Kaufinteresse konzentrierte sich vor allem auf Aktienfonds.

Am attraktivsten für ausländische Anleger waren in den ersten drei Quartalen 2001 wie schon in der Vergangenheit die *inländischen langfristigen festverzinslichen Wertpapiere* (17.870 Mio EUR). Neben in Euro denominierten

### Tender- und Syndikatsanleihen der Republik Österreich in den ersten drei Quartalen 2001<sup>1)</sup>

|                                  | ISIN         | Auslandstransaktionen<br>in Mio EUR |
|----------------------------------|--------------|-------------------------------------|
| 5'875% Bundesanleihe 1996–2006/7 | AT0000383518 | 1.393                               |
| 5'25% Bundesanleihe 2001–2011/1  | AT0000385067 | 6.457                               |
| 3'4% Bundesanleihe 1999–2004/3   | AT0000384862 | 1.409                               |
| 6'25% Bundesanleihe 1997–2027/6  | AT0000383864 | 665                                 |
| 5'0% Bundesanleihe 1998–2008/1   | AT0000384227 | 1.119                               |
| Insgesamt                        |              | 11.043                              |

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Transaktionswerte; positives Vorzeichen = Verkauf ins Ausland.



Emissionen waren vor allem in US-Dollar denominierte Wertpapiere für ausländische Investoren von Interesse. Eine sektorale Analyse der Schuldverschreibungen ergibt, dass 57% der Investitionen von ausländischen Anlegern auf Emissionen des Staats und 33% auf Bankenemissionen entfielen. Von den in den ersten drei Quartalen 2001 durch die Republik Österreich emittierten oder aufgestockten Anleihen (11.760 Mio EUR) betrug der Absatz an das Ausland 11.040 Mio EUR (94%).

Die Verbindlichkeiten aus *inländischen Geldmarktpapieren* haben abgenommen (-1.860 Mio EUR). Kurzfristige festverzinsliche Wertpapiere, vor allem Commercial Papers und Depotzertifikate, emittiert vom österreichischen Staat, wurden in allen drei Quartalen 2001 ans Ausland abgegeben. Gleichzeitig wurden Emissionen österreichischer Banken in dieser Wertpapierkategorie an Österreich verkauft bzw. getilgt.

### 3.3 Sonstige Investitionen

In der Teilbilanz sonstige Investitionen ergab sich in den ersten drei Quartalen 2001 ein Nettokapitalexport von 2.360 Mio EUR (Tabelle 6). Damit war der Kapitalexport um ein Drittel geringer als im Vergleichszeitraum 2000 (3.835 Mio EUR). Auch bei diesen Instrumenten war die – in Summe über alle Sektoren und Finanzierungsinstrumente – geringere Ausweitung der grenzüberschreitenden Engagements sowohl auf der Forderungs- als auch auf der Verpflichtungsseite zu bemerken. Die Nettokapitalexporte bei Forderungen stiegen nur noch um 4.100 Mio EUR, im Vergleich zu 16.160 bzw. 15.120 Mio EUR in den ersten drei Quartalen 2000 bzw. 1999. Auf der Verpflichtungsseite ergaben sich im Beobachtungszeitraum Kapitalimporte von 1.740 Mio EUR im Vergleich zu 12.320 Mio EUR im Jahr 2000 und 20.680 Mio EUR im Jahr 1999.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklung waren die österreichischen Banken, die ihre Forderungen aus Krediten nur noch um 3.990 Mio EUR erhöhten (erstes bis drittes Quartal 2000: +7.814 Mio EUR) und ihre Einlagen um 3.390 Mio EUR reduzierten (erstes bis drittes Quartal 2000: +7.630 Mio EUR). Verpflichtungsseitig wurden von den Banken Kredite im Ausmaß von 1.850 Mio EUR abgebaut, während im Jahr 2000 bis zum dritten Quartal die Kreditverpflichtungen noch um 1.370 Mio EUR angestiegen waren. Die Verpflichtungen der österreichischen Banken aus Einlagen zeigten einen Kapitalimport von 6.430 Mio EUR im Vergleich zu 10.500 Mio EUR im Jahr 2000.

Die TARGET-Verpflichtungen der OeNB verringerten sich in den ersten drei Quartalen 2001 um 3.730 Mio EUR. Damit fand von Jahresbeginn bis Ende September 2001 eine Reduktion der TARGET-Verpflichtungen von 5.020 auf 1.290 Mio EUR statt.

Der öffentliche Sektor tätigte in den ersten drei Quartalen 2001 relativ hohe Kapitalexporte durch den Forderungsaufbau bei kurzfristigen Termineinlagen in Höhe von 1.920 Mio EUR. Im Vergleichszeitraum 2000 waren lediglich Kapitalimporte von 10 Mio EUR angefallen. Dabei sollte wie bei den Geldmarktpapieren das Phänomen des Liquiditätsausgleichs nicht außer Acht gelassen werden.

### 3.4 Finanzderivate

Die Position Finanzderivate umfasst im Wesentlichen Optionen, Futures-Kontrakte und Swaps, die sowohl auf Kapitalprodukten (z. B. Devisen, Wertpapiere) als auch auf Zinsprodukten basieren können. Als Transaktionswerte werden einerseits die Käufe bzw. Verkäufe der in Wertpapieren verbrieften Finanzderivate erfasst, andererseits die Transaktionen, die sich aus Optionszahlungen (inklusive Prämien) im Zuge des OTC-Handels bzw. aus den Nachschusszahlungen bei Futures-Kontrakten sowie aus Swapzahlungen ergeben.

Die Position Finanzderivate schloss in den ersten drei Quartalen 2001 mit einem Nettokapitalzufluss von 490 Mio EUR: Die zinsbasierenden Derivate führten zu einem Kapitalimport im Ausmaß von 710 Mio EUR, die nicht zinsbasierenden Derivate ergaben einen Kapitalexport von 220 Mio EUR.

### 3.5 Offizielle Währungsreserven

Die offiziellen Währungsreserven verringerten sich in den ersten drei Quartalen 2001 transaktionsbedingt um 2.030 Mio EUR (Tabelle 6).

Dieser Rückgang der Währungsreserven ist vor allem auf den Abbau von Wertpapieren im Ausmaß von 2.230 Mio EUR und auf den Verkauf von Gold im Wert von 270 Mio EUR zurückzuführen. Der überwiegende Teil dieser Transaktionen fand bereits im ersten Quartal 2001 statt. Bei Einlagen und Sonderziehungsrechten zeigte sich im Beobachtungszeitraum ein Anstieg von 400 Mio EUR. Die Reserveposition gegenüber dem IWF erhöhte sich um 70 Mio EUR.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Gold sowie von Wertpapieren wurden zum überwiegenden Teil für eine Reduktion der Intra-ESZB-Verpflichtungsposition genutzt (TARGET).

## 4 Tabellenanhang

Tabelle 1

### Gesamtübersicht

|   | 1. bis 3. Quartal<br>2000 <sup>1)</sup> | 1. bis 3. Quartal<br>2001 <sup>2)</sup> | Veränderung<br>zum Vorjahr |
|---|---|---|----------------------------|
| <i>in Mio EUR</i>   |   |   |                            |
| <b>Leistungsbilanz</b>  | -4.248                                  | -3.366                                  | + 882                      |
| <b>Güter, Dienstleistungen und Einkommen</b>  | -2.971                                  | -2.270                                  | + 701                      |
| <b>Güter und Dienstleistungen</b>   | -1.078                                  | + 76                                    | +1.154                     |
| <b>Güter</b>  | -1.966                                  | -1.376                                  | + 590                      |
| <b>Dienstleistungen</b>   | + 889                                   | +1.452                                  | + 563                      |
| Reiseverkehr  | +1.542                                  | +1.525                                  | - 17                       |
| Andere Dienstleistungspositionen  | - 654                                   | - 73                                    | + 581                      |
| Transport   | +1.141                                  | +1.324                                  | + 183                      |
| <i>davon internationaler Personentransport</i>  | + 607                                   | + 814                                   | + 207                      |
| Bauleistungen   | + 160                                   | + 154                                   | - 6                        |
| Finanzdienstleistungen  | + 76                                    | - 19                                    | - 95                       |
| Patente und Lizenzen  | - 283                                   | - 360                                   | - 77                       |
| Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen  | + 983                                   | +1.580                                  | + 597                      |
| <i>davon Transithandelserrträge</i>   | + 893                                   | +1.000                                  | + 107                      |
| Restliche Dienstleistungen  | - 65                                    | + 330                                   | + 395                      |
| NAL   | -2.666                                  | -3.082                                  | - 416                      |
| <b>Einkommen</b>  | -1.894                                  | -2.346                                  | - 452                      |
| Erwerbseinkommen  | + 412                                   | + 397                                   | - 15                       |
| Vermögenseinkommen  | -2.306                                  | -2.743                                  | - 437                      |
| <b>Laufende Transfers</b>   | -1.277                                  | -1.096                                  | + 181                      |
| öffentlicher Sektor   | -1.149                                  | - 949                                   | + 200                      |
| privater Sektor   | - 128                                   | - 146                                   | - 18                       |
| <b>Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz</b>   | +3.631                                  | + 976                                   | -2.655                     |
| <b>Vermögensübertragungen</b>   | - 288                                   | - 286                                   | + 2                        |
| öffentlicher Sektor   | + 114                                   | - 34                                    | - 148                      |
| privater Sektor   | - 374                                   | - 213                                   | + 161                      |
| Erwerb/Veräußerung von nicht produzierten<br>oder nichtfinanziellen Vermögensgegenständen | - 27                                    | - 39                                    | - 12                       |
| <b>Kapitalbilanz</b>  | +3.918                                  | +1.262                                  | -2.656                     |
| Direktinvestitionen   | + 659                                   | + 792                                   | + 133                      |
| Portfolioinvestitionen  | +5.982                                  | + 303                                   | -5.679                     |
| Sonstige Investitionen  | -3.835                                  | -2.359                                  | +1.476                     |
| Finanzderivate  | + 625                                   | + 495                                   | - 130                      |
| Offizielle Währungsreserven <sup>3)</sup>   | + 487                                   | +2.031                                  | +1.544                     |
| <b>Statistische Differenz</b>   | + 617                                   | +2.386                                  | +1.769                     |

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Revidierte Daten.

<sup>2)</sup> Provisorische Daten.

<sup>3)</sup> Oesterreichische Nationalbank: Gold, Devisen, IWF-Position, Sonderziehungsrechte etc. Zunahme: - / Abnahme: +.

Tabelle 2

**Warenverkehr gemäß Außenhandelsstatistik**

**Gliederung nach Ländergruppen<sup>1)</sup>**

| 1. bis 3. Quartal 2001           |                         |                         |                         |                         |                         |        |
|----------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|--------|
|                                  | Export                  |                         | Import                  |                         | Saldo                   |        |
|                                  | Veränderung zum Vorjahr | Anteil am Gesamt-export | Veränderung zum Vorjahr | Anteil am Gesamt-import | Veränderung zum Vorjahr |        |
|                                  | in %                    |                         |                         |                         | in Mio EUR              |        |
| EU                               | + 8'1                   | 62'2                    | +4'0                    | 65'2                    | -3.905                  | +1.074 |
| Euroraum <sup>2)</sup>           | + 7'2                   | 55'0                    | +4'5                    | 60'6                    | -5.180                  | + 503  |
| davon:                           |                         |                         |                         |                         |                         |        |
| <i>Deutschland</i>               | + 5'8                   | 33'3                    | +3'9                    | 40'2                    | -5.173                  | + 118  |
| <i>Italien</i>                   | + 5'4                   | 8'7                     | +6'0                    | 7'2                     | + 551                   | + 5    |
| <i>Frankreich</i>                | +13'1                   | 4'6                     | +0'2                    | 4'2                     | + 94                    | + 286  |
| Länder außerhalb des Euroraums   | + 5'6                   | 45'0                    | +8'3                    | 39'4                    | +1.659                  | - 439  |
| davon:                           |                         |                         |                         |                         |                         |        |
| <i>Schweiz und Liechtenstein</i> | -16'4                   | 5'6                     | +2'2                    | 3'0                     | +1.281                  | - 633  |
| <i>Osteuropa<sup>3)</sup></i>    | + 7'8                   | 16'7                    | +9'9                    | 13'6                    | +1.225                  | - 46   |
| <i>USA</i>                       | +10'2                   | 5'2                     | +0'1                    | 5'2                     | - 169                   | + 259  |
| <i>Japan</i>                     | + 0'9                   | 1'2                     | -9'8                    | 2'4                     | - 709                   | + 154  |
| Insgesamt                        | + 6'5                   | 100'0                   | +6'0                    | 100'0                   | -3.521                  | + 64   |

Quelle: Statistik Austria.

<sup>1)</sup> Ländergruppen gemäß WIFO-Definition.

<sup>2)</sup> Inklusive Griechenland. Seit 1. Jänner 2001 ist Griechenland – als zwölfter EU-Staat – Mitglied der dritten Stufe der WWU und somit im Aggregat Euroraum inkludiert.

<sup>3)</sup> Albanien, Bulgarien, Estland, Nachfolgestaaten Jugoslawiens, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

Tabelle 3

**Reiseverkehr und internationaler Personentransport**

|  | 1. bis 3. Quartal 2000 <sup>1)</sup> | 1. bis 3. Quartal 2001 <sup>2)</sup> | Veränderung zum Vorjahr |       |
|--|--------------------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------|
|  | in Mio EUR                           |                                      | in %                    |       |
| <b>Reiseverkehr</b>                      |                                      |                                      |                         |       |
| Eingänge                                 | 8.537                                | 9.259                                | +722                    | + 8'5 |
| Ausgänge                                 | 6.995                                | 7.734                                | +739                    | +10'6 |
| Saldo                                    | 1.542                                | 1.525                                | - 17                    | - 1'1 |
| <b>Internationaler Personentransport</b> |                                      |                                      |                         |       |
| Eingänge                                 | 1.252                                | 1.451                                | +199                    | +15'9 |
| Ausgänge                                 | 645                                  | 637                                  | - 8                     | - 1'2 |
| Saldo                                    | 607                                  | 814                                  | +207                    | +34'1 |
|  | in 1.000                             |                                      | in %                    |       |
| Ausländernächtigungen                    | 71.328                               | 71.937                               | +609                    | + 0'9 |

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

<sup>1)</sup> Revidierte Daten.

<sup>2)</sup> Provisorische Daten.

Tabelle 4

**Ausländernächtigungen in Österreich nach Herkunftsländern**

1. bis 3. Quartal 2001

|                                | Über-         | Veränderung zum Vorjahr |              | Anteil       |
|--------------------------------|---------------|-------------------------|--------------|--------------|
|                                | nachtungen    | in %                    |              |              |
|                                | in 1.000      |                         |              |              |
| Deutschland                    | 45.065        | + 28                    | + 0,1        | 62,6         |
| Niederlande                    | 6.938         | +265                    | + 4,0        | 9,6          |
| Vereinigtes Königreich         | 2.669         | - 62                    | - 2,3        | 3,7          |
| Belgien, Luxemburg             | 2.040         | + 35                    | + 1,7        | 2,8          |
| Schweiz, Liechtenstein         | 2.556         | +135                    | + 5,6        | 3,6          |
| Dänemark                       | 892           | + 71                    | + 8,7        | 1,2          |
| Italien                        | 2.237         | +115                    | + 5,4        | 3,1          |
| Frankreich                     | 1.306         | - 30                    | - 2,3        | 1,8          |
| Schweden                       | 582           | - 29                    | - 4,8        | 0,8          |
| Spanien                        | 404           | + 26                    | + 6,8        | 0,6          |
| Polen                          | 705           | + 30                    | + 4,4        | 1,0          |
| Ungarn                         | 653           | + 35                    | + 5,6        | 0,9          |
| Tschechische Republik          | 648           | + 51                    | + 8,5        | 0,9          |
| Kroatien                       | 212           | - 1                     | - 0,2        | 0,3          |
| GUS                            | 374           | + 72                    | +23,9        | 0,5          |
| Slowenien                      | 160           | - 11                    | - 6,6        | 0,2          |
| Slowakische Republik           | 129           | + 6                     | + 4,5        | 0,2          |
| USA                            | 1.362         | -208                    | -13,2        | 1,9          |
| Japan                          | 448           | - 4                     | - 0,9        | 0,6          |
| Sonstige Länder                | 2.559         | + 86                    | + 3,5        | 3,6          |
| <b>Insgesamt</b>               | <b>71.937</b> | <b>+609</b>             | <b>+ 0,9</b> | <b>100,0</b> |
| <i>Nachrichtlich: Inländer</i> | 26.475        | - 58                    | - 0,2        | x            |

Quelle: Statistik Austria.

Tabelle 5

| <b>Vermögenseinkommen</b>   |   |   |                            |
|---|---|---|----------------------------|
|   | 1. bis 3. Quartal<br>2000 <sup>1)</sup> | 1. bis 3. Quartal<br>2001 <sup>2)</sup> | Veränderung<br>zum Vorjahr |
| <i>in Mio EUR</i>   |   |   |                            |
| Vermögenseinkommen, Saldo <sup>3)</sup>   | - 2.306                                 | - 2.743                                 | - 437                      |
| Vermögenseinkommen vom Ausland  | 8.580                                   | 9.621                                   | +1.041                     |
| Vermögenseinkommen an das Ausland   | 10.886                                  | 12.365                                  | +1.479                     |
| Erträge aus Direktinvestitionen, Saldo <sup>3)</sup>  | - 880                                   | - 894                                   | - 14                       |
| Erträge aus Direktinvestitionen im Ausland  | 1.028                                   | 1.241                                   | + 213                      |
| Erträge aus Direktinvestitionen in Österreich   | 1.908                                   | 2.135                                   | + 227                      |
| Erträge aus Portfolioinvestitionen, Saldo <sup>3)</sup>                                       | - 1.952                                 | - 2.591                                 | - 639                      |
| Erträge aus ausländischen Anteilspapieren   | 322                                     | 144                                     | - 178                      |
| Erträge aus inländischen Anteilspapieren  | 192                                     | 183                                     | - 9                        |
| Erträge aus ausländischen langfristigen<br>festverzinslichen Wertpapieren                     | 2.981                                   | 3.408                                   | + 427                      |
| Erträge aus inländischen langfristigen<br>festverzinslichen Wertpapieren                      | 4.923                                   | 5.758                                   | + 835                      |
| Erträge aus ausländischen Geldmarktpapieren   | 76                                      | 59                                      | - 17                       |
| Erträge aus inländischen Geldmarktpapieren  | 216                                     | 262                                     | + 46                       |
| Erträge aus Sonstigem, Saldo <sup>3)</sup>  | 526                                     | 742                                     | + 216                      |
| Erträge aus Sonstigem, Aktiva <sup>4)</sup>   | 4.172                                   | 4.769                                   | + 597                      |
| Erträge aus Sonstigem, Passiva  | 3.647                                   | 4.027                                   | + 380                      |
| Vermögenseinkommen<br>aus ausländischen zinstragenden Investitionen <sup>5)</sup>             | 7.258                                   | 8.289                                   | +1.031                     |
| Vermögenseinkommen<br>aus inländischen zinstragenden Investitionen <sup>6)</sup>              | 8.788                                   | 10.053                                  | +1.265                     |
| Vermögenseinkommen<br>aus ausländischen risikokapitalorientierten Investitionen <sup>7)</sup> | 1.322                                   | 1.332                                   | + 10                       |
| Vermögenseinkommen<br>aus inländischen risikokapitalorientierten Investitionen <sup>7)</sup>  | 2.098                                   | 2.312                                   | + 214                      |
| <i>Nachrichtlich:</i>   |   |   |                            |
| Finanzderivate basierend auf Zinskontrakten, Saldo <sup>8)</sup>                              | 249                                     | 714                                     | + 465                      |

Quelle: OeNB.  
<sup>1)</sup> Revidierte Daten.  
<sup>2)</sup> Provisorische Daten.  
<sup>3)</sup> Erträge aus ausländischen Investitionen minus Erträgen aus inländischen Investitionen.  
<sup>4)</sup> Erträge aus Einlagen, Krediten und Währungsreserven.  
<sup>5)</sup> Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren, Einlagen, Krediten und Währungsreserven.  
<sup>6)</sup> Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren, Einlagen und Krediten.  
<sup>7)</sup> Erträge aus Direktinvestitionen und Anteilspapieren.  
<sup>8)</sup> Bestandteil der Kapitalbilanz, Finanzderivate.

Tabelle 6

| <b>Kapitalbilanz</b>                            | 1999 <sup>1)</sup>   | 2000 <sup>2)</sup> | 1. bis 3.<br>Quartal<br>2000 <sup>2)</sup> | 1. bis 3.<br>Quartal<br>2001 <sup>3)</sup> |
|---|----------------------|--------------------|--|--|
|   | Nettowert in Mio EUR |                    |  |  |
| <b>Kapitalbilanz</b>                            | 6.614                | 5.584              | 3.918                                      | 1.262                                      |
| Forderungen                                     | -39.421              | -47.343            | -40.713                                    | -20.769                                    |
| Verbindlichkeiten                               | 46.034               | 52.926             | 44.631                                     | 22.031                                     |
| <b>Direktinvestitionen</b>                      | - 306                | 6.537              | 659  | 792  |
| im Ausland                                      | - 3.098              | - 3.642            | - 2.353                                    | - 2.128                                    |
| Beteiligungen                                   | - 2.591              | - 3.213            | - 2.070                                    | - 1.773                                    |
| Reinvestitionen                                 | - 666                | - 140              | 1  | - 385                                      |
| sonstiges Kapital                               | 159                  | - 288              | - 284                                      | 29   |
| im Inland                                       | 2.792                | 10.179             | 3.012                                      | 2.920                                      |
| Beteiligungen                                   | 1.309                | 9.463              | 2.003                                      | 2.153                                      |
| Reinvestitionen                                 | 1.431                | 667                | 873  | 946  |
| sonstiges Kapital                               | 51                   | 49                 | 136  | - 178                                      |
| <b>Portfolioinvestitionen</b>                   | - 2.553              | 1.085              | 5.982                                      | 303  |
| ausländische Wertpapiere                        | -27.207              | -28.276            | -23.066                                    | -16.916                                    |
| Anteils-papiere                                 | - 4.935              | -16.684            | - 8.473                                    | - 4.962                                    |
| langfristige festverzinsliche Wertpapiere       | -22.114              | -10.775            | -10.713                                    | - 9.903                                    |
| Geldmarktpapiere                                | - 158                | - 816              | - 3.881                                    | - 2.051                                    |
| inländische Wertpapiere                         | 24.654               | 29.360             | 29.048                                     | 17.219                                     |
| Anteils-papiere                                 | 2.002                | 2.039              | 1.359                                      | 1.205                                      |
| langfristige festverzinsliche Wertpapiere       | 19.120               | 25.529             | 23.511                                     | 17.872                                     |
| Geldmarktpapiere                                | 3.532                | 1.792              | 4.178                                      | - 1.857                                    |
| <b>Sonstige Investitionen</b>                   | 7.925                | - 2.884            | - 3.835                                    | - 2.359                                    |
| Forderungen                                     | -10.571              | -16.012            | -16.156                                    | - 4.096                                    |
| Handelskredite                                  | - 639                | - 959              | - 683                                      | - 76                                       |
| Kredite   | -11.452              | - 9.963            | - 8.055                                    | - 5.029                                    |
| Sicht- und Termineinlagen                       | 1.589                | - 5.175            | - 7.655                                    | 1.529                                      |
| sonstige Forderungen                            | - 69                 | 84                 | 236  | - 520                                      |
| Verbindlichkeiten                               | 18.496               | 13.129             | 12.322                                     | 1.737                                      |
| Handelskredite                                  | 1.181                | 156                | 91   | - 527                                      |
| Kredite   | 1.863                | 3.514              | 1.507                                      | - 466                                      |
| Sicht- und Termineinlagen                       | 14.924               | 9.329              | 10.874                                     | 2.699                                      |
| sonstige Verbindlichkeiten                      | 527                  | 129                | - 151                                      | 31   |
| <b>Finanzderivate</b>                           | - 415                | 6                  | 625  | 495  |
| <b>Offizielle Währungsreserven<sup>4)</sup></b> | 1.963                | 839                | 487  | 2.031                                      |
| <i>Nachrichtlich:</i>                           |                      |                    |  |  |
| Zinstragende Investitionen                      | 10.675               | 13.353             | 10.106                                     | 4.230                                      |
| Forderungen                                     | -31.597              | -27.404            | -30.290                                    | -13.498                                    |
| Verbindlichkeiten                               | 42.272               | 40.757             | 40.396                                     | 17.728                                     |
| <b>Sektorale Gliederung</b>                     |                      |                    |  |  |
| <b>OeNB und Banken</b>                          | 7.204                | 18.275             | 10.486                                     | - 234                                      |
| Forderungen                                     | -17.014              | -16.779            | -16.961                                    | - 4.031                                    |
| Verbindlichkeiten                               | 24.219               | 35.054             | 27.447                                     | 3.797                                      |
| <b>Öffentlicher Sektor</b>                      | 15.087               | 8.941              | 9.733                                      | 7.177                                      |
| Forderungen                                     | 440                  | - 2.487            | - 3.555                                    | - 4.626                                    |
| Verbindlichkeiten                               | 14.646               | 11.427             | 13.289                                     | 11.802                                     |
| <b>Sonstige Sektoren</b>                        | -15.676              | -21.632            | -16.300                                    | - 5.681                                    |
| Forderungen                                     | -22.846              | -28.077            | -20.197                                    | -12.112                                    |
| Verbindlichkeiten                               | 7.170                | 6.445              | 3.896                                      | 6.431                                      |

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Endgültige Daten.

<sup>2)</sup> Revidierte Daten.

<sup>3)</sup> Provisorische Daten.

<sup>4)</sup> Oesterreichische Nationalbank: Gold, Devisen, IWF-Position, Sonderziehungsrechte etc. Zunahme: - / Abnahme: +.

**Kapitalbilanz – Regionalgliederung<sup>1)</sup>**

|   | Investitionen in den/aus dem Euroraum <sup>2)</sup> |   |   | Investitionen gegenüber dem/ vom Rest der Welt |   |   |
|---|---|---|---|--|---|---|
|   | 2000 <sup>3)</sup>                                  | 1. bis 3. Quartal<br>2000 <sup>3)</sup> | 1. bis 3. Quartal<br>2001 <sup>4)</sup> | 2000 <sup>3)</sup>                             | 1. bis 3. Quartal<br>2000 <sup>3)</sup> | 1. bis 3. Quartal<br>2001 <sup>4)</sup> |
| Nettowert in Mio EUR                            |   |   |   |  |   |   |
| <b>Kapitalbilanz</b>                            | 14.133  | 12.542                                  | 7.754                                   | – 8.549  | – 8.624                                 | –6.492                                  |
| Forderungen                                     | –31.493   | –22.830                                 | –11.910                                 | –15.850  | –17.883                                 | –8.859                                  |
| Verbindlichkeiten                               | 45.626  | 35.371                                  | 19.664                                  | 7.300  | 9.260                                   | 2.367                                   |
| <b>Direktinvestitionen</b>                      | 8.471   | 2.044                                   | 2.114                                   | – 1.934  | – 1.385                                 | –1.322                                  |
| im Ausland                                      | – 214   | 47                                      | 731                                     | – 3.428  | – 2.400                                 | –2.859                                  |
| im Inland                                       | 8.685   | 1.997                                   | 1.382                                   | 1.494  | 1.015                                   | 1.538                                   |
| <b>Portfolioinvestitionen</b>                   | 7.920   | 11.940                                  | 7.294                                   | – 6.835  | – 5.958                                 | –6.991                                  |
| ausländische Wertpapiere                        | –20.142   | –13.587                                 | – 8.976                                 | – 8.134  | – 9.479                                 | –7.940                                  |
| inländische Wertpapiere                         | 28.062  | 25.527                                  | 16.270                                  | 1.298  | 3.521                                   | 949                                     |
| <b>Sonstige Investitionen</b>                   | – 3.342   | – 2.603                                 | – 2.587                                 | 458  | – 1.232                                 | 228                                     |
| Forderungen                                     | –10.176   | – 8.879                                 | – 4.705                                 | – 5.836  | – 7.277                                 | 609                                     |
| Verbindlichkeiten                               | 6.835   | 6.276                                   | 2.118                                   | 6.294  | 6.046                                   | – 381                                   |
| <b>Finanzderivate</b>                           | 1.083   | 1.160                                   | 672                                     | – 1.077  | – 535                                   | – 177                                   |
| <b>Offizielle Währungsreserven<sup>5)</sup></b> | x   | x                                       | x                                       | 839  | 487                                     | 2.031                                   |

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Während bei Direktinvestitionen und sonstigen Investitionen von Ausländern in Österreich der ausländische Kapitalgeber identifiziert werden kann, kann bei Portfolioinvestitionen nur das Land, über das die Transaktion abgewickelt wird, festgestellt werden. Dadurch ergibt sich für Portfolioinvestitionen keine aktuelle bzw. nicht durchgehend verlässliche Gliederung der Gläubiger. Allerdings zeigen laufende Untersuchungen, dass ein großer Anteil der Wertpapiere, die in den Euroraum gegangen sind, Anleihen der Republik Österreich sind, die im Rahmen des Tender- bzw. Syndikatsverfahrens an ausländische Teilnehmerbanken verkauft wurden. Da in diesem Fall der Sekundärmarkt relativ geringe grenzüberschreitende Transaktionsvolumina verursachte, kann hier die regionale Struktur der Basisdaten als hinreichend aussagekräftig betrachtet werden.

<sup>2)</sup> Inklusiv Griechenland. Seit 1. Jänner 2001 ist Griechenland – als zwölfter EU-Staat – Mitglied der dritten Stufe der WWU und somit im Aggregat Euroraum inkludiert.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

<sup>5)</sup> Oesterreichische Nationalbank: Gold, Devisen, IWF-Position, Sonderziehungsrechte etc. Zunahme: – / Abnahme: +.



# INTERNATIONALE WIRTSCHAFT

# Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU

Markus Arpa

Redaktionsschluss:  
12. Februar 2002

## **USA**

### **US-Wirtschaft wuchs 2001 um real 1·1%**

Nach einem Rückgang des realen BIP (gegenüber dem Vorquartal) um annualisierte 1·3% im dritten Quartal 2001 stagnierte die US-Wirtschaft im vierten Quartal 2001. Gemäß vorläufigen Daten erhöhte sich das reale BIP um lediglich 0·2%. Diese Entwicklung basierte vor allem auf einem stark steigenden privaten Konsum (+5·4%). Auch die erhöhten Ausgaben der öffentlichen Hand stützten die US-Wirtschaft (+9·2%). Die privaten Investitionen waren hingegen, unter anderem auf Grund der zunehmenden Unsicherheiten infolge der Terroranschläge, deutlich rückläufig (-23·7%). Zudem dämpften der Außenhandelsbeitrag (-0·9 Prozentpunkte) und der abermals beschleunigte Lagerabbau (-2·2 Prozentpunkte) das BIP-Wachstum im vierten Quartal.

Für das Gesamtjahr 2001 bedeutet dies ein reales BIP-Wachstum in den USA von 1·1%, nach je 4·1% in den Jahren 1999 und 2000. Damit ging eine seit 1991/92 anhaltende Aufschwungphase zu Ende.

### **Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung mehren sich**

Die jüngsten wirtschaftlichen Daten aus den USA unterstützen die Einschätzung, dass die Talsohle der Konjunkturentwicklung mit Ende 2001/Anfang 2002 durchschritten worden sein könnte. Allgemein werden nach einem noch schwachen ersten Quartal wieder deutlich positive BIP-Wachstumswahlen ab dem zweiten Quartal 2002 erwartet. Gemäß „The Economist poll of forecasters“ wurden die Prognosen für die USA im Februar auf 1·2% für das Jahr 2002 nach oben revidiert, nachdem man noch im Jänner 2002 ein Wachstum von nur 0·7% erwartet hatte.

Der Konjunkturausblick für die USA ist jedoch weiterhin mit großen Unsicherheiten behaftet. Die nach unten gerichteten Risiken liegen z. B. in einer steigenden Sparquote und einem sinkenden Konsum sowie in einem anhaltenden „Investitionsstopp“ der Industrie. Die Risikoverteilung dürfte jedoch in den letzten Wochen symmetrischer geworden sein, womit Prognoserevisionen sowohl nach unten als auch nach oben möglich erscheinen.

### **Kräfte des Aufschwungs: Geld- und Fiskalpolitik, Lagerabbau, Erdölpreis**

Der erwartete wirtschaftliche Aufschwung in den USA würde vor allem auf einer stark expansiven Geldpolitik, der lockeren Fiskalpolitik, einem gesunkenen Erdölpreis, dem sich abzeichnenden Ende des Lagerabbaus sowie einer voraussichtlich wieder leicht steigenden nationalen und internationalen Nachfrage bei Investitionsgütern basieren. Letzteres wurde sowohl durch entsprechende Meldungen einzelner Unternehmen aus der Hochtechnologiebranche als auch durch etwas bessere Industrieproduktions- und Exportdaten aus Ländern mit intensiver Hochtechnologieproduktion wie Singapur und Taiwan unterstützt.

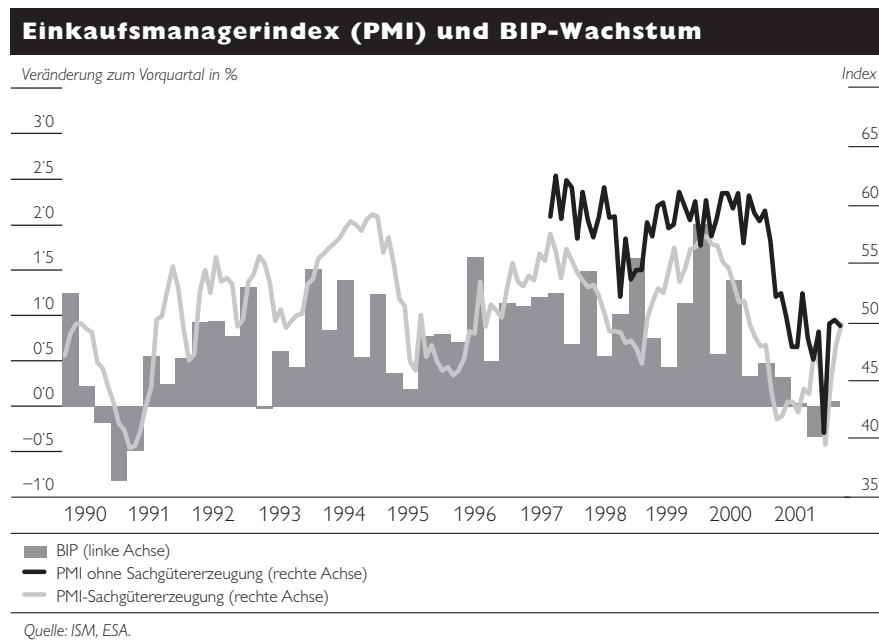
### **Erholungstendenzen im Industrie- und Dienstleistungssektor**

Der Purchasing Manager Index (PMI) von „ISM“ (Institute Supply Management; vormals NAPM) für die Industrie stieg im Jänner 2002 auf 49·9 an.

Damit befindet sich der Index auf dem höchsten Stand seit Juli 2000 und signalisiert ein Auslaufen der Industrierezession.

Positiv an den jüngsten ISM-Umfragen ist vor allem, dass die Auftrags-eingänge wieder zunahmen, die Industrieproduktion geringfügig ausgeweitet und gleichzeitig der Lagerabbau weniger rasch als zuvor fortgesetzt wurde. Die Exportaufträge stiegen im Jänner 2002 wieder leicht an, nachdem sie im Dezember 2001 noch rückläufig waren. Zudem waren die Preise im Industriesektor weiter rückläufig, was auf geringe Inflationsgefahren von der Angebotsseite schließen lässt.

Der PMI für den Dienstleistungssektor hatte sich bereits im November 2001 deutlich von seinem Einbruch infolge der Terroranschläge erholt und stagniert seither bei rund 50.



### Wachstum des privaten Konsums dürfte sich verlangsamen

Der private Konsum, der rund  $\frac{2}{3}$  des BIP der USA ausmacht und in unmittelbarer Folge der Terroranschläge sehr volatil und kurzfristig rückläufig war, wuchs im vierten Quartal 2001 wieder kräftig (+5,4% annualisiert zum Vorquartal). Dies lag an stark steigenden Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter (+38,4%) auf Grund attraktiver Sonderaktionen der Händler, insbesondere seitens des Autohandels. Zum Teil dürfte es sich dabei um vorgezogene Käufe gehandelt haben, sodass sich der private Konsum im ersten Quartal 2002 verhalten entwickeln dürfte. Zudem könnten auf mittlere Sicht die gestiegene Arbeitslosigkeit, der negative Vermögenseffekt (niedrigere Aktienkurse) und eine steigende Sparquote den privaten Konsum dämpfen. Auf Grund gesenkter Einkommensteuern und einer rückläufigen Inflationsrate (stützen das Realeinkommen) sowie des weiterhin sehr robusten Immobilienmarktes (positiver Vermögenseffekt), der relativ niedrigen Zinsen (trotz hoher Verschuldung keine ungewöhnlich hohe Belastung aus dem Schuldendienst) und des zuletzt wieder steigenden

Konsumentenvertrauens (der Index stieg im Jänner 2002 auf 97·3) sollte der private Konsum auf mittlere Sicht moderat weiterwachsen.



### Zusätzliches Fiskalpaket für 2002 ist gescheitert

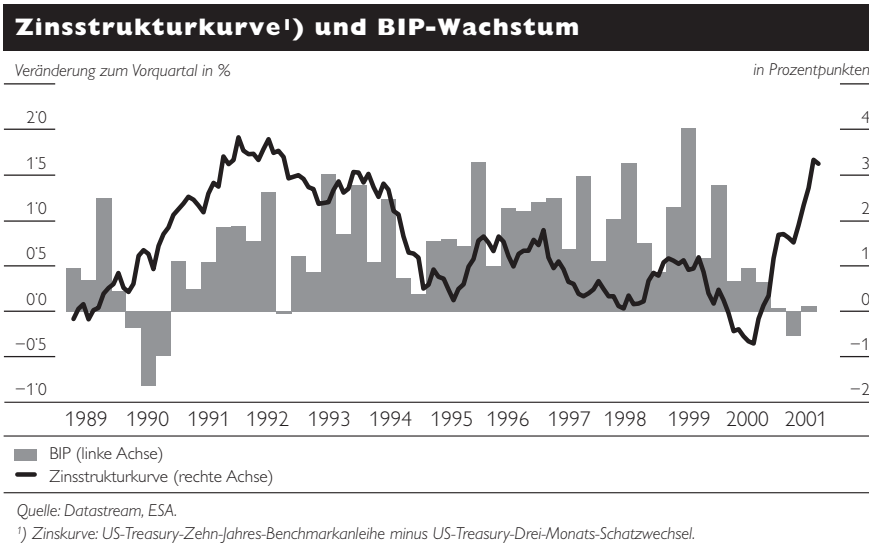
Wegen unüberwindbarer politischer Differenzen scheiterte die Verabschiedung des unmittelbar nach den Terroranschlägen angekündigten zusätzlichen Fiskalpakets in Höhe von bis zu 75 Mrd USD für 2002. Davon nicht betroffen sind die bereits im Herbst 2001 verabschiedeten 55 Mrd USD (0·5% des BIP) Staatshilfe für die materielle Bereinigung der Terrorfolgen sowie die Unterstützung der Luftfahrtindustrie. Der fiskalpolitische Impuls ist trotz der Nichtverabschiedung des zusätzlichen Pakets im Jahr 2002 sehr stark. Neben gesteigerten öffentlichen Ausgaben z. B. im Sicherheitsbereich tragen die im Sommer 2001 getroffenen, zum Teil dauerhaften Steuersenkungen zu einer expansiven Budgetpolitik bei.

Infolge der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten sind die aktuellen Budgetprognosen von außerordentlich großen Unsicherheiten geprägt. Das Budgetbüro des Kongresses ging im Jänner von einem Budgetdefizit von 21 Mrd USD (0·2% des BIP) für das Jahr 2002 und von 14 Mrd USD (0·1% des BIP) für 2003 aus; ab dem Jahr 2004 sollten die USA wieder Budgetüberschüsse erwirtschaften.

### US-Geldpolitik hält den Leitzinssatz bei 1·75%

Die US-Notenbank reduzierte zuletzt am 11. Dezember 2001 den Zielsatz der Federal Funds Rate auf 1·75%, womit der Leitzinssatz seit dem 3. Jänner 2001 um 475 Basispunkte gesenkt wurde. Bei der letzten regulären FOMC-Sitzung am 29./30. Jänner 2002 wurde der Leitzinssatz konstant gehalten. Die US-Notenbank teilte jedoch mit, dass die Risiken einer wirtschaftlichen

Schwäche weiter vorherrschend sind. Die Finanzmarktteilnehmer gehen zumeist von stabilen Leitzinsen im ersten Halbjahr 2002 aus.



Die stark gesenkten Leitzinsen und ein Anstieg der langfristigen Zinsen auf rund 5% führten zu einer deutlich steileren Zinsstrukturkurve. Dies dürfte im derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld die Erwartung der Finanzmärkte widerspiegeln, wonach es in den USA bald zu einem Konjunkturaufschwung kommen sollte. Die Entwicklung der Aktienmärkte seit Ende September 2001 scheint diese Einschätzung zu unterstützen.

#### Weiterhin hohes Produktivitätswachstum

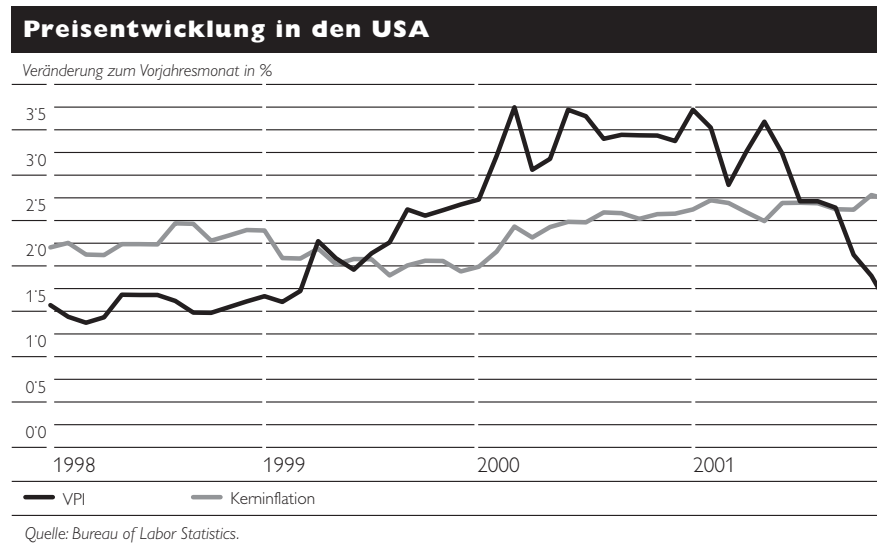
Die Produktivität der US-Wirtschaft (Produktion pro Stunde des nicht landwirtschaftlichen Sektors) stieg im vierten Quartal 2001 gemäß den vorläufigen Zahlen um annualisierte 3,5% und im Gesamtjahr 2001 um 1,8%. Damit blieb das Produktivitätswachstum in den USA trotz der Rezession im Jahr 2001 sehr hoch. Diese Entwicklung war vor allem auf den raschen Abbau von geleisteten Arbeitsstunden und somit auf die hohe Flexibilität des US-Arbeitsmarktes zurückzuführen.

Dem steht eine bis Dezember 2001 auf 5,8% stark gestiegene Arbeitslosigkeit gegenüber. Im Jänner 2002 verringerte sich die Arbeitslosenquote auf 5,6%, was jedoch in erster Linie auf einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots und nicht auf steigende Beschäftigungszahlen zurückzuführen war. Die rückläufige Arbeitslosenquote kann daher nicht als Indiz eines frühen und kräftigen Konjunkturaufschwungs gewertet werden.

#### Inflationsgefahren dürften auf mittlere Sicht gering sein

Die Inflationsgefahren dürften auf mittlere Sicht wegen der sehr niedrigen Kapazitätsauslastung von zuletzt 74,4% (7,7 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt von 1967 bis 2000), der gestiegenen Arbeitslosenquote, der rückläufigen Produzentenpreise und der voraussichtlich weiterhin hohen Produktivitätssteigerungsraten relativ gering sein. Lediglich die stark wach-

sende Geldmenge könnte dieser Einschätzung widersprechen (Jahreswachstumsrate von M2: 10%).



Die jüngste Entwicklung der Verbraucherpreise entspricht der vorher erwähnten Einschätzung. Die Inflationsrate stieg im Dezember 2001 nur noch um 1,6%, bei der Kerninflationsrate war noch keine Entspannung zu erkennen. Der IWF prognostizierte zuletzt eine Verbraucherpreis-inflation von 1,6% für das Gesamtjahr 2002.

Johann Elsinger

Redaktionsschluss:  
12. Februar 2002

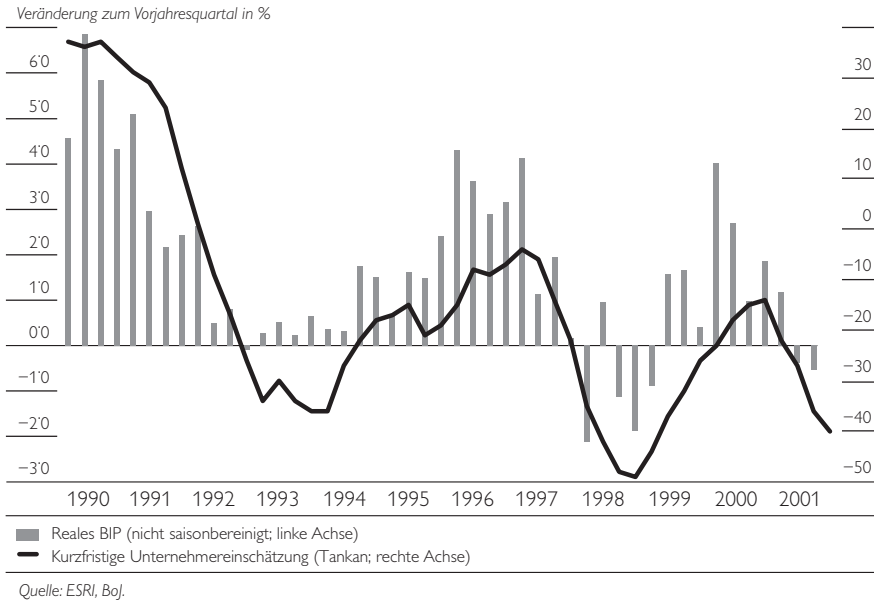
## Japan

### Kein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt in Sicht

Die japanische Wirtschaft weist, bedingt durch die schwache Inlandsnachfrage, sowohl im zweiten (-1,2%) als auch im dritten Quartal 2001 (-0,5%) im Vorquartalsabstand ein negatives Wachstum auf. Damit befindet sich das Land zum dritten Mal innerhalb eines Jahrzehnts in einer Rezession. Der IWF schätzte zuletzt für das Gesamtjahr 2001 den Rückgang des realen BIP auf 0,9% (Prognose 2002: -1,3%). Die japanische Regierung hat Mitte Dezember 2001 ebenfalls ihre Wachstumsprognose für das Fiskaljahr 2001 – das am 31. März 2002 endet – nach unten korrigiert. Demnach wird mit einem Rückgang der realen Wirtschaftsleistung um 1% (nominelles BIP: -2,4%) und im Fiskaljahr 2002 mit einer Stagnation gerechnet. Die Risiken werden in den stark gesunkenen Aktienkursen (der Aktienindex Nikkei 225 fiel auf ein 18-Jahres-Tief), den steigenden Kapitalmarktzinsen und dem angeschlagenen Finanzsektor gesehen.

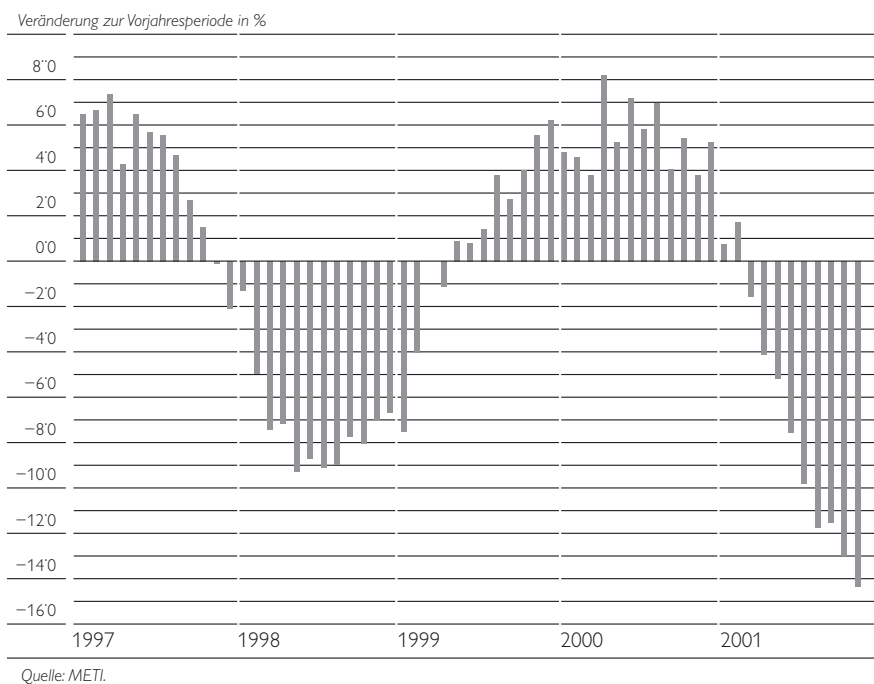
Wie die Umfrage (Tankan) der Bank of Japan (BoJ) von Mitte Dezember 2001 ergab, hat sich das Geschäftsklima für Japans Unternehmen in den vergangenen drei Monaten weiter abgekühlt. Die Ursachen dafür sind der stetige Nachfragerückgang im Inlands- und Exportgeschäft, der anhaltende Druck auf die Erzeugerpreise sowie der Anstieg der Finanzierungskosten; daraus ergibt sich eine Drosselung der Investitionen. Gleichzeitig hat der Anteil der Unternehmen, die ihr Beschäftigungsniveau als „überdimensioniert“ bezeichnen, zugenommen.

### Tankan und Wirtschaftswachstum



Die Industrieproduktion weist im Vorjahresabstand (unbereinigt) einen Abwärtstrend auf. Diese fiel im Gesamtjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 7,9%. Im Dezember 2001 wurde mit einem Rückgang von 14,9% der stärkste jemals gemessene Einbruch registriert; die Auslieferungen sanken gegenüber dem Vorjahresmonat um 14%, die Lagerbestände gingen zurück (-1,6%). Die Gründe dafür sind insbesondere die weltweit gesunkene Nachfrage nach Halbleitern und Elektronik sowie eine schwache Inlandsnachfrage.

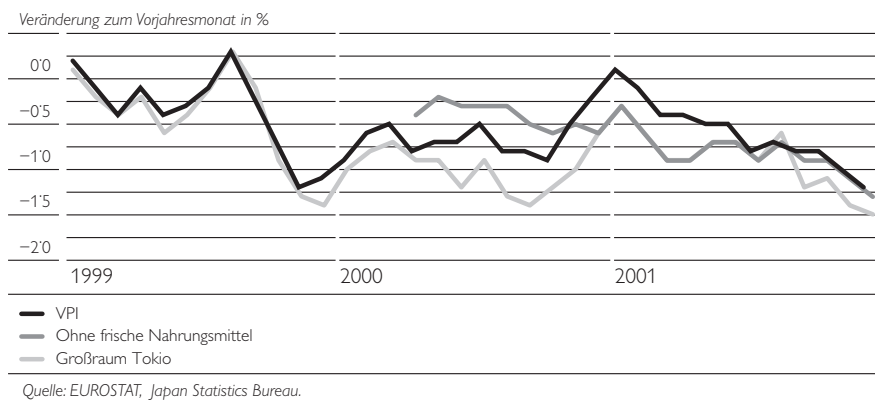
### Entwicklung der Industrieproduktion



### Seit zwei Jahren anhaltende Deflation verschärft sich

Die Verbraucherpreise sind im Dezember 2001 – im Vergleich zum Vorjahresmonat – mit 1,2% stärker gesunken als im November (–1,0%). Die frischen Nahrungsmittel nicht eingerechnet, fiel der Rückgang noch deutlicher aus. Die Verbraucherpreise im Großraum Tokio (ein vorauseilender Indikator für die landesweite Entwicklung) sinken bereits seit mehr als zwei Jahren in Folge, wobei der Rückgang im Jänner 2002 mit 1,7% kräftig ausfiel. Die Deflation wird auf Restrukturierungs- und Deregulierungseffekte, auf eine schwache Konsumnachfrage, auf den technologischen Fortschritt und einen höheren Liberalisierungsgrad bei den Importen zurückgeführt. Für das Fiskaljahr 2001 rechnet die BoJ mit einem Rückgang der Preise um rund 1%. Auch im Fiskaljahr 2002 geht sie von einem Anhalten der Deflation (1,3 bis 0,9%) aus, da vor allem eine Nachfragerücke besteht.

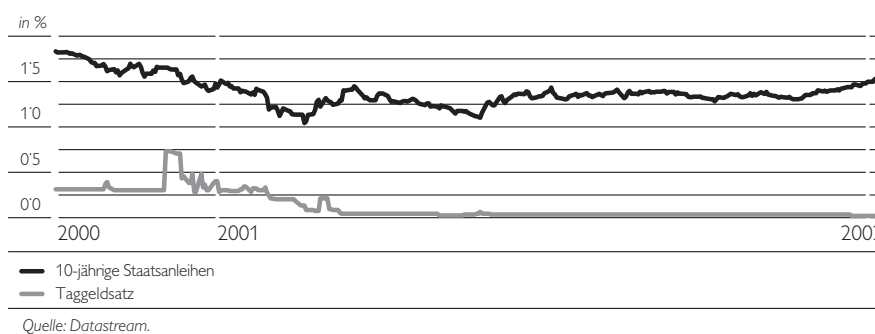
#### Entwicklung der Verbraucherpreise



### Taggeldsatz durch geldpolitische Maßnahmen seit März 2001 bei null, jedoch anziehende Kapitalmarktzinsen

Seit März 2001 steuert die BoJ die Höhe der Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken bei der BoJ und kehrte damit wieder zur faktischen Nullzinspolitik zurück.

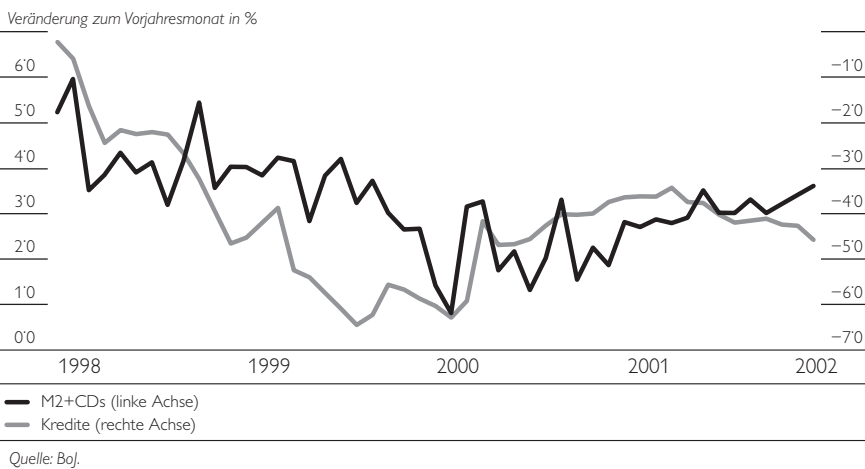
#### Zinsentwicklung vom 1. November 2000 bis 7. Februar 2002





Zusammen mit den anderen geldpolitischen Änderungen legte die BoJ eine „Verbraucherpreisindex-Richtlinie“ fest, die Einführung eines expliziten mittelfristigen Inflationsziels<sup>1)</sup> lehnte sie jedoch wiederholt ab. Im Rahmen dieser Richtlinie erklärte die BoJ die expansive Politik so lange beizubehalten, bis der Rückgang der Verbraucherpreise zum Stillstand gekommen ist. Der Zielbereich des Liquiditätsangebots wurde mehrmals angehoben; im Dezember 2001 wurde ein breit definiertes flexibles Band zwischen 10.000 bis 15.000 Mrd JPY eingeführt. Die Schwierigkeit ist, dass der Kreditmechanismus angesichts verschärfter Kreditkonditionen, des steigenden Volumens an Not leidenden Krediten und der extrem niedrigen Nominalzinsen leidet und die Bankausleihungen seit etwa fünf Jahren rückläufig sind, sodass die zusätzlich geschaffene Liquidität nicht effizient wirken kann. Daher stellt die BoJ den Märkten verstärkt Zentralbankmittel über aktive Repo-Geschäfte sowie Commercial Papers (CP) zur Verfügung. Auch mit der zuletzt verstärkten Monetisierung der Staatsschulden konnte die Deflation bislang nicht erfolgreich bekämpft werden. Trotz des erheblichen Drucks der Regierung weitere geldpolitische Lockerungen vorzunehmen, beschloss die BoJ bei ihrer Sitzung am 8. Februar 2002, ihre Politik unverändert zu lassen.

#### Geldmenge und Kreditvergabe



#### Kürzung beim Budgetentwurf 2002/03 trotz Rezession und markant fallender Steuereinnahmen

Die Sanierung der stark gestiegenen Staatsverschuldung soll mit Hilfe des Reformpakets vom Juni 2001 erfolgen, das eine Reduzierung nahezu aller Budgetlinien zur Folge hat.

Im November 2001 wurde ein vergleichsweise bescheidener Nachtragshaushalt über 3.000 Mrd JPY (27,4 Mrd EUR bzw. 0,6% des BIP) für Reformen gebilligt, wobei mehr als die Hälfte der Mittel über neue japanische Staatsanleihen (JGB) aufgebracht wird, der Rest stammt aus zwar

<sup>1</sup> Die BoJ argumentiert, dass Inflationserwartungen automatisch das langfristige Zinsniveau erhöhen, womit die Bedienung der hohen Staatsschuld gefährdet wird. Außerdem gäbe es kein historisches Beispiel dafür, mit dieser Politik erfolgreich Deflation bekämpft zu haben.

budgetierten, bislang jedoch nicht geleisteten Transferzahlungen an die Gebietskörperschaften. Damit ist beabsichtigt, die Unsicherheiten über die Arbeitsmarktlage – die Arbeitslosenquote bewegt sich auf historischen Höchstständen (Dezember 2001: 5,6%) – zu bekämpfen, kleinere Unternehmen zu fördern sowie das wirtschaftliche Reformprogramm und die zur Terrorbekämpfung notwendigen Maßnahmen zu unterstützen. Mit dem zweiten Konjunkturimpulspaket über 4.100 Mrd JPY (32 Mrd EUR bzw. 0,8% des BIP) soll das Wirtschaftswachstum im Fiskaljahr 2002 um 1 Prozentpunkt angekurbelt werden. Die Finanzierung erfolgt aus den Privatisierungserlösen der Telekom (NTT) sowie durch überregionale Gebietskörperschaften.

Ende Dezember 2001 wurde der Haushaltsentwurf 2002/03 verabschiedet. Erschwerend für die Erstellung des Budgets wirkt das relativ niedrige Steueraufkommen (-7,7% gegenüber den laufenden Einnahmen). Daher ist eine Verringerung der Staatsausgaben (-1,7%) gegenüber dem Vorjahr vorgesehen, wobei allein ein Fünftel für den Schuldendienst aufgewendet werden muss. Mit dem Ziel, die staatlichen Geldströme in verstärktem Maß aus unproduktiven in ökonomisch wirkungsvollere Bereiche umzulenken, sieht das „Reformbudget“ markante Einsparungen bei öffentlichen Bauaufträgen vor. Das Budgetdefizit soll laut Voranschlag bei rund 6,7% des BIP zu liegen kommen. Die Verschuldungsobergrenze (Ausgabe von JGB) wurde auf 30.000 Mrd JPY (6% des BIP) festgelegt, womit die Neuverschuldung auf 5,9% begrenzt wird.

Gemäß Budgetvoranschlag wird sich die Verschuldungsquote bis Ende März 2003 auf rund 140% erhöhen und ist damit die mit Abstand höchste aller OECD-Länder. Der IWF erwartet bis zum Kalenderjahr 2006 – trotz reduzierter Budgetdefizite – eine Ausweitung der Verschuldungsquote auf 150% des BIP (2001: 131%), da die Deflation die Verschuldungsproblematik verschärft und das rückläufige nominelle BIP die Staatsschuldenquote automatisch erhöht. Das niedrige japanische Kapitalmarktzinsniveau von rund 1,5% mindert das Finanzierungsproblem. Bei einer weiteren Bonitäts-herabstufung öffentlicher Anleihen könnte es sich jedoch verschärfen.

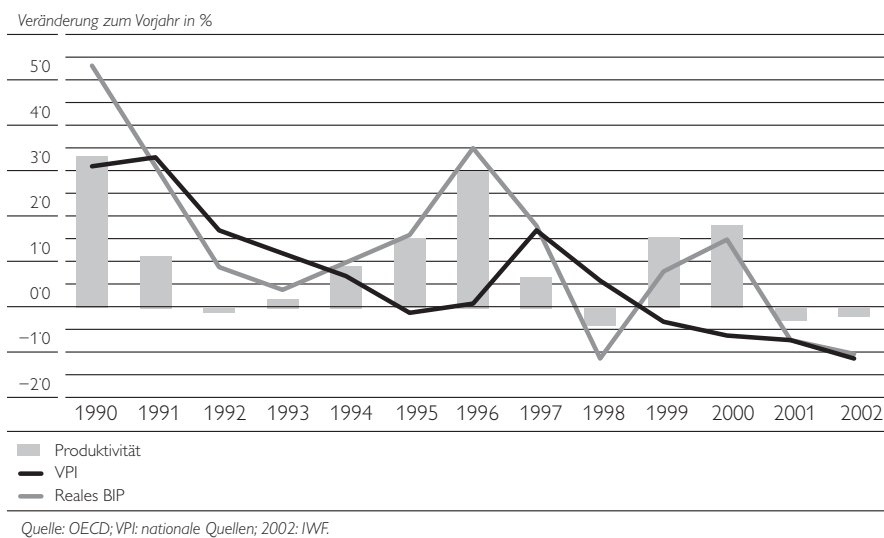
### **Notwendige Reformmaßnahmen schwer durchsetzbar**

Zentrale Elemente des im Juni 2001 beschlossenen Reformpakets sind die Verschärfung der Bankenaufsicht und der rasche Abbau des hohen Volumens an Non Performing Loans (NPLs). Strukturreformen werden angemahnt, obwohl der schwache japanische Yen strukturkonservierend wirkt. Die Realisierung dürfte auch auf Grund der derzeit vorherrschenden schwachen Wirtschaftslage schwer durchsetzbar sein. Ein Grund für die verschleppten Reformen im Unternehmenssektor wird darin gesehen, dass die Banken das tatsächliche Volumen ihrer NPLs verschleiern und in der Vergangenheit mit ihrer Kreditvergabepraxis bonitätsmäßig schwache Unternehmen „gesund“ erscheinen ließen.

Die rasche Sanierung des schwachen Finanzsektors wird nun von der Politik als prioritär erachtet. Die Bankenreform muss gleichzeitig von Reformen im Unternehmensbereich begleitet werden, da die Gefahr besteht, Finanzmittel weiter in Wirtschaftsbereiche mit niedriger Pro-

duktivität fließen zu lassen. Unternehmen aus diesen Bereichen sind dadurch in der Lage, mit einem niedrigen – deflationär wirkenden – Preisniveau auf dem Markt zu überleben. Sollte diese Kreditvergabepolitik weiter aufrecht erhalten werden, besteht weiter die Gefahr des raschen Anwachsens von NPLs, insbesondere wenn der eingeleitete Strukturprozess im Unternehmensbereich greift bzw. Marktliberalisierungen zu wirken beginnen und nicht konkurrenzfähige Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden.

### Produktivität und Inflation



### Herabstufung der Bonität japanischer Großbanken; Risiken aus fallenden Renditen japanischer Staatsanleihen steigen an; Staatszuschuss soll bedrohlich anwachsendes Volumen Not leidender Kredite begrenzen

Die zunehmende Gefahr der Instabilität im zweitgrößten Finanzsystem der Welt hat Anfang Februar 2002 die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) veranlasst, ihre Bewertungen für sieben der elf untersuchten größten japanischen Banken abwärts zu revidieren. Den Ausblick für alle überprüften Banken beließ S&P auf negativ (das heißt, es wird keine Bonitätsverbesserung erwartet) und räumte damit die Möglichkeit für weitere Abwertungen ein: Die japanischen Banken operierten in einem schwierigen Umfeld, und viele von ihnen seien technisch gesehen zahlungsunfähig. Ein Zuschuss öffentlicher Gelder sei daher unvermeidlich.<sup>1)</sup> Die Bewertungen wären ohne die zu erwartende staatliche Unterstützung für die Banken<sup>2)</sup> noch schlechter ausgefallen, sodass sich deren Mittelbeschaffung auf dem Kapitalmarkt nur moderat verteuern wird.

Die japanischen Banken, die in den letzten Jahren ihr Engagement bei den JGB verstärkten – sie erhöhten im April 2001 ihren Anteil auf 15% des Umlaufs der JGB – reagieren seither mit Zurückhaltung. Diese versuchen,

1 Die Banken wurden zuletzt im Fiskaljahr 1998 massiv mit staatlicher Hilfe unterstützt.

2 Diskutiert wird ein Volumen über 10.000 Mrd JPY (2% des BIP).

Gewinne zu realisieren, einerseits zum Ausgleich wachsender Buchverluste aus ihren Aktienbeständen und um die Eigenkapitalerfordernisse erfüllen zu können. Andererseits könnte eine weitere Herabstufung der Bonität der Staatsschuld am Ende des Fiskaljahres 2001 die Banken dazu veranlassen, den zu erwartenden Kursverlusten bei JGB<sup>1)</sup> in ihren Beständen durch Umschichtungen auszuweichen.<sup>2)</sup>

Das Gesamtvolumen an NPLs wird von den Banken mit 30.600 Mrd JPY bzw. 6% des BIP bewusst niedrig angegeben, um den hohen Wertberichtigungsbedarf gering zu halten. Das tatsächliche viel höher geschätzte Volumen an NPLs stellt für die japanische Finanzstabilität ein ernsthaftes Problem dar. Der Resolution and Collection Corporation (RCC), der Auffanggesellschaft für den Kauf und die Verwertung von Problemkrediten der Geschäftsbanken, deren Anteile zu 100% bei der staatlichen Gesellschaft für Einlagensicherung liegen, können nun neu entstandene NPLs der partiell verstaatlichten Banken zum Buchwert übertragen werden. Dazu sind öffentliche Mittel von 15.000 Mrd JPY (3% des BIP) vorgesehen.

Hintergrund der Spekulation über eine Bankenkrise ist unter anderem die Tatsache, dass ab 1. April 2002 der bisher staatlich abgesicherte, unbegrenzte Einlegerschutz zunächst für Termineinlagen auf 10 Mio JPY begrenzt wird, ab 2003 soll diese Obergrenze auf alle Konten ausgedehnt werden. Dies hat bereits bei Regionalbanken und schwächeren Geschäftsbanken zu einem Abzug bzw. zu Umschichtungen von Termin- zu Sichteinlagen bzw. zu Goldanlagen geführt, sodass eine Verlängerung des unbegrenzten Einlegerschutzes erwogen wird. Daneben wird die verschärfte Sonderprüfung der Kreditportefeuilles der führenden Geschäftsbanken durch die FSA (Bankenaufsicht) erstmals auch die Bonität der Kreditnehmer sowie deren Bewertung durch den Aktienmarkt berücksichtigen.

### **Schwacher Wechselkurs des japanischen Yen gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte von asiatischen Nachbarländern**

Im Jahr 2001 büßte der japanische Yen – im Vergleich zu allen Hartwährungen – 9% seines Werts ein und blieb in beiden Richtungen volatil. Die seit November 2001 anhaltende Schwäche des japanischen Yen, vor allem gegenüber dem US-Dollar, aber auch gegenüber dem Euro wird von japanischen Wirtschaftspolitikern als ein Instrument zur Bekämpfung der Deflation in Japan betrachtet.

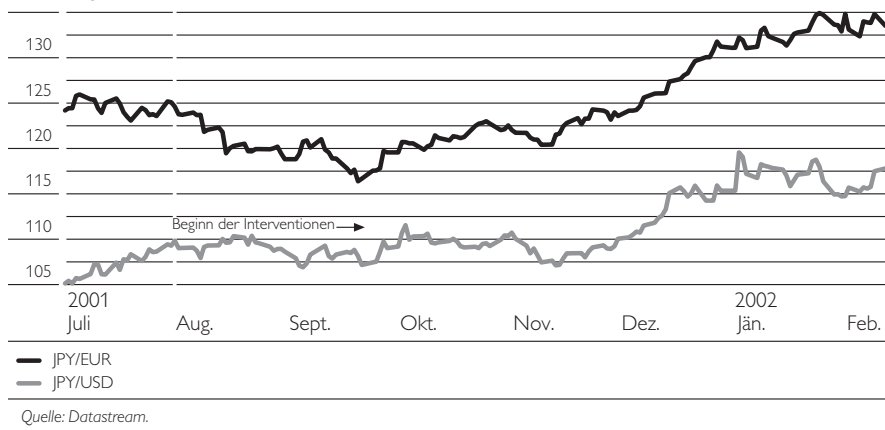
Die asiatischen Nachbarn reagierten auf diese Schwäche besorgt, da sie einen Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit befürchten. Südkorea und China kündigten an, im Fall einer weiteren deutlichen Abwertung des japanischen Yen Maßnahmen setzen zu wollen.

1 Ausländische Banken, die zuletzt rund 5% der JGB hielten, sind dabei ihre Bestände abzubauen, da sie neben den erwarteten Kursverlusten bei einer weiteren Bonitätsherabstufung auch höhere Wertberichtigungen bilden müssen.

2 Die japanische Finanzaufsichtsbehörde hat erhoben, dass sich bei einem schärfen Anstieg der Kapitalmarktzinsen um 2 Prozentpunkte die Buchverluste nur aus dem JGB-Bestand bei Großbanken auf 4.000 Mrd JPY (0,8% des BIP) belaufen würden.

### Wechselkurs des japanischen Yen

vom 1. Juli 2001 bis 7. Februar 2002



# Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem

Christian Just,  
Karin  
Olechowski-Hrdlicka,  
Paul Schmidt

Redaktionsschluss:  
8. Februar 2002

## **IWF**

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte sich am 11. Oktober 2001 gegenüber dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, Horst Köhler, dazu bereit, einen Kredit in Höhe von 4,8 Mrd USD (5,22 Mrd EUR/71,8 Mrd ATS) im Jahr 2001 und von 2,7 Mrd USD im Jahr 2002 abzuführen. Insgesamt schuldete Russland dem IWF zu Beginn des Jahres 2001 noch rund 11 Mrd USD, wobei 2 Mrd USD im Jahr 2001 zur Rückzahlung anstanden.

Der IWF veröffentlichte am 15. Oktober 2001 die „Guidelines for Foreign Exchange Reserve Management“.

Der IWF und die Weltbank gaben am 19. Oktober 2001 bekannt, dass die Jahrestagung am 17. und 18. November 2001 in Ottawa stattfindet.

Der IWF stuft am 26. Oktober 2001 seine Liquiditätsposition noch als komfortabel ein. Den ausstehenden Krediten von 53,8 Mrd SZR stehen verfügbare Ressourcen in Höhe von 62,7 Mrd SZR gegenüber. Die „liquidity ratio“ verringerte sich von 164,9% (erstes Quartal 2001) auf 109,7%.

Die Jahrestagung des IWF, der Weltbank sowie der G-20 thematisierte am 17. November 2001 den durch die Ereignisse vom 11. September verschärften Konjunkturabschwung. Das Kommuniqué des International Monetary and Financial Committee (IMFC) wies darauf hin, dass die getroffenen wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen Anlass geben könnten, die weltweite Wirtschaftsentwicklung zuversichtlich zu beurteilen – wenn gleich der strukturelle Handlungsspielraum in Europa bzw. Japan besser auszuschöpfen sei. Das IMFC betonte weiters die verschärften wirtschaftlichen Probleme in den Entwicklungsländern. Der IWF kündigte an, eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung spielen zu wollen. Im Rahmen seiner Expertise möchte der IWF sein Geldwäschemandat erweitern und die Terrorismusbekämpfung einbeziehen. Bei seiner Jahrestagung prognostizierte der IWF ein BIP-Wachstum der Weltwirtschaft von 2,4% für 2001 und 2,5% für 2002. Für die entwickelten Wirtschaften wurde ein Wachstum von 1 bzw. 0,8% für 2002 vorhergesagt. Auf Grund der raschen und intensiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Zinssenkungen und fiskalpolitische Maßnahmen in den USA sowie Zinssenkungen in Europa) erwartete der IWF einen eher kurzen Wachstumseinbruch. Die Risiken bleiben aber nach wie vor hoch, sodass die internationalen Finanzorganisationen sowie die Industriestaaten zu besonderer Wachsamkeit und hoher Reaktionsbereitschaft aufgerufen sind.

Der IWF gewährte Pakistan am 6. Dezember 2001 einen neuen Kredit in Höhe von 1,3 Mrd EUR, mit dessen Hilfe die Armut abgebaut und das Wachstum gefördert werden soll.

Im neuen World Economic Outlook vom 18. Dezember 2001 revidierte der IWF seine Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft erneut nach unten. Während der IWF im Oktober 2001 noch von einer Zunahme des globalen BIP von 2,6% im Jahr 2001 und 3,5% im Jahr 2002 ausgegangen war, prognostizierte er nunmehr ein BIP-Wachstum von jeweils 2,4%. Auch die wirtschaftlichen Aussichten für den Euroraum wurden mit einem BIP-Wachstum von 1,5% für 2001 und 1,2% für 2002 schlechter beurteilt als noch im Oktober 2001 (1,7 bzw. 2,1%). Ab der zweiten Jahreshälfte 2002

kann mit einer beginnenden Erholung der Konjunktur in den USA und Europa gerechnet werden.

Am 16. Jänner 2002 wurde bekannt gegeben, dass Argentinien einen Kredit in Höhe von 933 Mio USD (1'05 Mrd EUR) erst ein Jahr später an den IWF zurückzahlen muss. Der IWF begründete den Aufschub mit dem Interesse, dem Land bei der Überwindung seiner Schwierigkeiten zu helfen.

Wie am 21. Jänner 2002 bekannt wurde, hat Russland im Jahr 2001 beim IWF Zinsen und Schulden in Höhe von 4'3 Mrd USD (4'9 Mrd EUR) abgetragen. Damit sind die Schulden des Landes beim IWF auf nunmehr 7'5 Mrd USD zurückgegangen.

### **OECD**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) revidierte am 19. Oktober 2001 die Prognosen für das BIP-Wachstum ihrer Mitgliedstaaten. Im Jahr 2002 wird ein Wirtschaftswachstum von 1'2% erwartet, für die USA prognostiziert die OECD ein BIP-Wachstum von 1'3%, für die EU ein Wachstum von rund 1'5% und für Japan einen Rückgang von 0'8%.

Die OECD veröffentlichte am 20. November 2001 den halbjährlichen Economic Outlook. Darin rechnet sie mit einem Rückgang des BIP-Wachstums in den OECD-Mitgliedstaaten um 0'3%. Für den Euroraum geht die OECD für das Jahr 2002 von einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums aus (2001: 1'6% des BIP, 2002: 1'4% des BIP). Für das Jahr 2003 prognostiziert sie für den Euroraum die Rückkehr zu einem robusten Wachstumspfad.

Die OECD rechnet in ihrem am 17. Dezember 2001 veröffentlichten Länderbericht mit einem Wirtschaftswachstum von 1'2% des BIP im Jahr 2001 für Österreich. Eine spürbare Erholung der Konjunktur soll erst im zweiten Halbjahr 2002 eintreten, weshalb die Prognose für 2002 mit 1'5% des BIP weiterhin niedrig bleibt. Für 2003 wird mit einem deutlichen BIP-Anstieg um 2'7% gerechnet. Im Jahr 2001 wird wahrscheinlich ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden; für 2002 ist hingegen ein Budgetabgang von 0'4% zu erwarten. Für eine dauerhafte Beseitigung des Defizits wird die rasche Durchführung von Strukturreformen gefordert (unter anderem Steuersenkungen bei gleichzeitigen staatlichen Ausgabenkürzungen, Pensionsreform).

### **BIZ**

Der Präsident der niederländischen Zentralbank, Nout Wellink, wurde am 7. Jänner 2002 neuer Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Der Niederländer wurde für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt und löst den Schweden Urban Bäckström ab.

Wie der britische Notenbankgouverneur und Sprecher der G-10-Gruppe, Eddie George, nach einem Treffen der Notenbanken bei der BIZ am 7. Jänner 2002 erläuterte, wird sich die Weltwirtschaft nach Ansicht der Notenbanker im Verlauf des Jahres 2002 leicht erholen.

### **Sonstige internationale Gruppen und Gremien**

Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), Mike Moore, bestätigte am 22. Oktober 2001 den 9. November als Termin für die WTO-Konferenz in Qatar.

Nach Einschätzung der sieben führenden Industrieländer (G-7) vom 6. Oktober 2001 seien die Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft trotz der Terroranschläge in den USA nicht getrübt. Die G-7-Finanzminister beschlossen bei ihrem Treffen in Washington kein gemeinsames Konjunkturprogramm vorzulegen. Die Minister verabschiedeten einen Aktionsplan zum Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus. Die Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche (FATF) wurde beauftragt, neue Richtlinien für die Transparenz von Finanztransaktionen zu entwickeln, Finanzinstitute anzuweisen, wie Geldwäsche unterbunden werden kann und Offshore-Finanzplätze zu identifizieren, die dubiose Finanzierungen ermöglichen.

Am 20. Oktober 2001 wurde in Shanghai das zweitägige Gipfeltreffen der 21 Staats- und Regierungschefs der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) eröffnet.

Die Ministerkonferenz der WTO beschloss bei ihrer vom 9. bis 14. November 2001 abgehaltenen Tagung, eine dreijährige Handelsrunde zu starten und stimmte der Aufnahme der Volksrepublik China und Taiwans als 143. und 144. Mitglied der Organisation zu. Weitere Schwerpunkte der Konferenz waren ein TRIPS (Trade-related aspects of intellectual property rights)-Übereinkommen, das den Zugang von Entwicklungsländern zu Arzneimitteln verbessert, und die Aufnahme von Verhandlungen über das Verhältnis zwischen WTO-Regeln und multilateralen Umweltabkommen. Ein vollständiger Abbau der EU-Agrarsubventionen wurde von der EU vorläufig hintangehalten.

Nach einem Bericht der Weltbank vom 5. Dezember 2001 über „Globalisierung, Wachstum und Armut“ haben in den vergangenen zehn Jahren rund 3 Milliarden Menschen in 24 Ländern vom wachsenden Welthandel profitiert (Wachstumsraten von rund 5%, steigende Lebenserwartung und bessere Ausbildung). Für rund 2 Milliarden Menschen, vor allem in Afrika südlich der Sahara und in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, hat die Globalisierung hingegen keine Vorteile gebracht. Die Weltbank forderte daher die internationale Gemeinschaft auf, diese Länder verstärkt in die Globalisierung einzubeziehen. In einem Sieben-Punkte-Plan schlug die Weltbank unter anderem vor, dass die reichen Länder die bestehenden Handelsbarrieren für Produkte aus Entwicklungsländern sowie Agrarsubventionen abbauen sollen.

Die Vereinten Nationen rechneten am 10. Jänner 2002 für das Jahr 2002 mit einer leichten Erholung der Weltwirtschaft. Das Wachstum dürfte 1,5% des BIP betragen.

Bei dem Gipfel der „Andean Community of Nations“ (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela) in Santa Cruz (Kolumbien) am 30. Jänner 2002 vereinbarten die fünf anwesenden Präsidenten die Gründung einer Freihandelszone in der Andenregion sowie die Implementierung von einheitlichen Einfuhrzöllen.



Bei einem Treffen asiatischer Staaten (China, Bangladesh, Indien, Myanmar) am 6. Februar 2002 in Dhaka (Bangladesh) wurde eine verbesserte Zusammenarbeit dieser Staatengruppe in den Bereichen Kommunikation und Transport beschlossen. Ziel ist die Errichtung einer Freihandelszone.

Die Finanzminister und Notenbankchefs der sieben wichtigsten Industrieländer (G-7) berieten am 8. und 9. Februar 2002 über den Stand der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung, die Finanzkrise in Argentinien, die weltweiten Konjunkturaussichten, über internationale Entwicklungshilfe und die anhaltende Rezession in Japan.

Beim Weltwirtschaftsforum Davos, das vom 1. bis 4. Februar 2002 in New York abgehalten wurde, wurden vor allem die Themen Kampf gegen Armut und Terrorismus, Entwicklungspolitik und Globalisierung behandelt.

Parallel und gleichsam als „Gegenveranstaltung“ zum Weltwirtschaftsforum Davos fand vom 1. bis 4. Februar 2002 das Weltsozialforum in Porto Alegre statt. Die Themen waren unter anderem der Erlass aller Schulden der Dritten Welt, die Abschaffung von Steuerparadiesen, der Umweltschutz sowie der Einfluss internationaler Finanzorganisationen.



S T U D I E N

# Die Herausforderung der Informationsgesellschaft für die Notenbanken – Auf dem Weg zur e-ZB?

Peter Achleitner

## I Die Notenbank als Spiegelbild der Zeit

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld der Notenbanken ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts erneut stark in Bewegung geraten (Mundell, 2000). Verantwortlich dafür sind die Beschleunigung des Globalisierungs- und des Regionalisierungsprozesses sowie im besonderen Maße die Informationsrevolution. Viele Beobachter sprechen daher bereits vom Ende des Industriezeitalters und vom Beginn der Informationsökonomie. Gleichzeitig ging die Nachkriegsordnung der zweigeteilten Welt des Kalten Kriegs zu Ende. Die regionale Wirtschaftsintegration, wie z. B. die europäische Integrationsbewegung oder die Bildung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) schreitet über weite Strecken Hand in Hand mit der globalen Integration (Padoa-Schioppa, 1999). Als Beispiel aus dem unmittelbaren Notenbankumfeld kann die Harmonisierung der Bankenaufsichtsstandards herangezogen werden. Natürlich gibt es hier entgegengesetzte Entwicklungsrichtungen. Der regionale Vertiefungsprozess wird vereinzelt als Abschottungsstrategie gegenüber dem globalen Wandel eingesetzt.

Dieser tektonische Bruch lässt sich seit Mitte der Achtzigerjahre anhand einer Reihe von Indikatoren deutlich ablesen. So hat der internationale bzw. innereuropäische Waren- und Dienstleistungsverkehr einen gravierenden Anstieg verzeichnet, der deutlich über den nationalen Wirtschaftswachstumsraten liegt. Weiters können in den letzten zwei Jahrzehnten eine verstärkte Internationalisierung des Produktionsprozesses, ein Strukturwandel in der internationalen Produktionsorganisation und eine sichtbare Ausweitung des internationalen Kapitalverkehrs diagnostiziert werden. Ermöglicht wurde diese verstärkte Integration durch Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, durch den weltweiten Trend in Richtung Marktwirtschaft, durch deutlich verbesserte Verkehrs- und Transportstrukturen, durch neue Wege der Venture-Finanzierung und ganz besonders durch einen Qualitätssprung in der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Dies hat in den letzten 20 Jahren zu einer Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und zu einer stärkeren Spezialisierung der Produktion geführt und letztlich eine effizientere Weltwirtschaft zur Folge gehabt.<sup>1)</sup>

Der vorher beschriebene gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbruch stellt kein historisches Novum dar. Bereits um die Jahrhundertwende des 19. und 20. Jahrhunderts war eine weltweite Integration des Wirtschafts- und Währungssystems im Gang. Damals wie heute standen dabei technische Neuerungen im Informations- und Kommunikationsbereich im Zentrum der Entwicklung. Waren es im Zug der Zweiten Industriellen Revolution in erster Linie die Erfindung des Telegrafen und des Telefons, so steht der gegenwärtig weltweit stattfindende Integrationsprozess im Zeichen des Computers und des Internets.

Zum Unterschied von damals könnte allerdings nunmehr die Ablöse des Industriezeitalters durch das Informationszeitalter bevorstehen. Diese Entwicklung stellt für das informationsorientierte Geld- und Finanzsystem natürlich eine große Herausforderung dar.

1 Siehe dazu UNCTAD (2000), Dresdner Bank (2000), Mrak (2000), Shirakawa (1997).

Es ist daher anzunehmen, dass der Übergang zur Informationsökonomie nicht ohne Auswirkung auf die Strategie und die Struktur des Notenbankwesens bleiben wird.

Die Notenbanken waren immer ein Spiegelbild ihrer Zeit, die institutionelle Ausgestaltung und die theoretische Konzeption der Geldpolitik reflektieren die jeweils vorherrschenden wirtschaftspolitischen Sicht- und Denkweisen (Graydon, 2000). Dementsprechend haben sich die Notenbanken in ihrer mehr als 300-jährigen Geschichte von speziellen Kommerzbanken, mit einer gewinnmaximierenden und wettbewerbsorientierten Ausrichtung über verstaatlichte Zentralbanken bis hin zu unabhängigen, sowie teilweise sogar supranationalen wirtschaftspolitischen Institutionen, transformiert (Goodhart, 1988, S. 8). Allerdings blieb davon die grundsätzliche Ausrichtung der Zentralbanken weitgehend unberührt. Über all die Jahre stand die Aufrechterhaltung des inneren und äußeren Werts der Währung im Vordergrund. Die Wahl der Mittel bildete ebenso eine Konstante; denn im Prinzip baut das geldpolitische Instrumentarium bis heute auf der Variation des Diskontsatzes auf (Capie, Goodhart und Schnadt, 1994).

Die wesentliche Rolle für die funktionale Ausgestaltung der Notenbank als Stabilitäts- und Vertrauensgarant spielt dabei, wie Giannini (1994, S. 18f.) zeigt, die Technologie des Zahlungssystems. Im Zug der Etablierung eines neuen Zahlungssystems kam es in der Vergangenheit regelmäßig zu einer institutionellen Anpassung des Notenbanksystems.

Dabei hat in der Vergangenheit der technische Fortschritt, insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich, die Notenbankfunktionen entscheidend mitgeprägt. Eichengreen (1999, S. 35) erinnert, dass der Übergang zum Goldstandard letztlich erst durch die Dampfprägewerke, eine Errungenschaft der Ersten Industriellen Revolution, machbar wurde. Die Bedeutung von Telefon und Telegraf für die weitere Entwicklung des Bank- und Zahlungsverkehrs darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Es kann daher angenommen werden, dass eine fortschreitende Informationsökonomie die traditionelle Notenbankwelt ebenfalls entscheidend verändern wird. Angesichts der Bedeutung von Information und Wissen für den monetären Sektor könnte dieser Wandel, im Vergleich zu früheren Übergangsperioden, noch tiefer greifend ausfallen.

Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang sich die Informationsökonomie bereits sichtbar gemacht hat, welchen Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien ihre Entwicklung gehorcht, und ob sich die Notenbanken bereits auf dem Weg zur „elektronischen Zentralbank“ befinden.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit den makroökonomischen Belegen der Informationsökonomie. Insbesondere wird auf die kontroverielle Diskussion rund um die New Economy und das Produktivitätsparadoxon eingegangen. Das dritte Kapitel wendet sich der mikroökonomischen Ebene zu. Es wird gezeigt, welche Mechanismen hinter der rasanten Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) stehen und in welcher Form der elektronische Geschäftsverkehr die wirtschaftliche Effizienz verbessern helfen kann. Das vierte Kapitel beschreibt das vielfältige

Bild, das durch die Auswirkungen des elektronischen Geschäftsverkehrs im Bereich des Geld-, Bank- und Zahlungsverkehrssystems in nur kurzer Zeit entstanden ist. Im fünften Kapitel werden die Auswirkungen der Informationsökonomie auf die Effizienz und die Effektivität der Geld- und Finanzmarktpolitik eingegangen. Die in diesem Zusammenhang wiederum sehr kontroversielle Diskussion rund um die Zukunft des Geldes findet dabei besondere Berücksichtigung. Darüber hinaus behandelt dieses Kapitel, welche Reaktionen die Notenbanken und die Bankenaufsicht auf diese Entwicklung gezeigt haben und welche weiteren Schritte zur Aufrechterhaltung der Geldwert- und Finanzmarktstabilität in Zukunft noch denkbar wären. Schließlich werden im sechsten Kapitel die unmittelbaren Auswirkungen auf den Notenbankbetrieb beleuchtet.

## **2 Makroökonomische Aspekte der Informationsökonomie**

Im März 1991 begann die längste Aufschwungphase der amerikanischen Wirtschaft (Baily, 2001). Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im vergangenen Jahrzehnt durchschnittlich um 3,2% zu, in den Jahren zwischen 1995 und 2000 sogar um 4,1%. Aber nicht nur das Wirtschaftswachstum zeigte historische Höchstwerte, auch die Inflationsrate und die Arbeitslosenrate verliefen moderat. Die Börsen, allen voran die Technologiewerte, erlebten einen unvergleichlichen Höhenflug.

Was war nun die Ursache für diese außergewöhnliche wirtschaftliche Performanz?

Für viele Beobachter waren strukturelle Veränderungen auf der Angebotsseite der Wirtschaft und nicht etwa konjunkturelle Gründe verantwortlich. Der wirtschaftliche Wandel wurde als so tief greifend empfunden, dass bereits vom Beginn einer New Economy gesprochen wurde.<sup>1)</sup>

Eine der gängigen Erklärungen für die New Economy lautet vereinfacht dargestellt folgendermaßen: Der rasante Fortschritt im Bereich der IKT führt in erster Linie sowohl zu einer deutlichen Erhöhung der Leistungsfähigkeit dieser Produkte als auch zu einem drastischen Preisverfall der Produkte und Dienstleistungen in diesem Bereich. Damit wird eine starke Nachfrage nach den IKT entfacht, die wiederum eine weit verbreitete Anwendung – vor allem in Form des elektronischen Geschäftsverkehrs – in allen Wirtschaftssektoren eröffnet.

Diese breite Nutzung der IKT führt – und das ist der entscheidende Punkt – über den Weg einer tief greifenden Restrukturierung zu einer effizienteren Wirtschaft. Es wird davon ausgegangen, dass im Rahmen dieser New Economy die Struktur und die Funktionsweise des Einzelunternehmens und der Aufbau der Wirtschaftssektoren eine Veränderung erfährt. Die breite Nutzung der IKT löst Produktivitätsgewinne aus. Die Verbesserung der ökonomischen Effizienz wird durch reduzierte Transaktions- und Suchkosten, durch einen verstärkten Wettbewerbsdruck und durch die

<sup>1</sup> Der Begriff wird allerdings in unterschiedlichster Form definiert, zudem werden Begriffe wie Informationswirtschaft und wissensbasierte Wirtschaft – vor allem seit den Einbrüchen der Technologiewerte an den Börsen – synonym verwendet.

Bildung schlankerere Unternehmensstrukturen erreicht. Der Einsatz der neuen Technologien überwindet nicht nur die Grenzen der Unternehmen, sondern auch die der Geografie. Elektronische Zahlungsformen verändern zusätzlich die Wirtschaftsstrukturen; traditionelles Geld verliert an Bedeutung. Schließlich schlägt sich diese erhöhte mikroökonomische Effizienz auf gesamtwirtschaftlicher Ebene als ein nicht inflationäres und damit nachhaltiges Wachstum nieder.

Die These der New Economy fand in den Neunzigerjahren breite Aufmerksamkeit, durch die wirtschaftliche Abkühlung im Jahr 2000 hat das Thema allerdings erheblich an Glanz eingebüßt (OECD 2001a). In der Fachwelt wurde jedenfalls eine umfangreiche und vielschichtige Diskussion entfacht, die bis zum heutigen Tag sehr kontrovers geführt wird.

Es stehen dabei zwei Lager, jenes der Technologieoptimisten und jenes der Technologieskeptiker, einander gegenüber. Die Verfechter der New-Economy-These, also die Gruppe der Optimisten, teilen sich wiederum in zwei Flügel. In einen „vorsichtig optimistischen“ Flügel, der mit gewissen Einschränkungen die vorher skizzierten Auswirkungen der IKT auf die Wirtschaft als gegeben ansieht. Dieses Lager hat sicherlich die meisten Anhänger gefunden, darunter befinden sich die meisten Regierungen und Notenbanken (Meier, 2001). Daneben existiert allerdings auch ein „radikaler“ Flügel, der durch das Wirken der IKT bereits das Ende des traditionellen Wirtschaftssystems und den Beginn einer neuen Epoche herannahen sieht. Die Ablöse der Old Economy durch die New Economy führt zum Ende traditioneller Wirtschaftsmuster, wie z. B. des Konjunkturzyklus. Gleichzeitig wird das Auftreten neuer ökonomischer Spielregeln prophezeit (Kelly, 1998). In die gleiche Kerbe schlagen eine Reihe von Beobachtern, die durch das Auftreten von elektronischem Geld die bargeldlose Gesellschaft in greifbare Nähe rücken sehen. Nicht nur das traditionelle Bank- und Finanzsystem ist aus der Perspektive dieser Position bedroht, sondern auch die Existenz der Notenbanken erscheint durch die technologischen Fortschritte in Frage gestellt.

Diese radikale Position spiegelt bis zu einem gewissen Grad den Zeitgeist der Neunzigerjahre wider, der angesichts der zweifelsfrei großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen und womöglich auch in Anbetracht des bevorstehenden Millenniumswechsels bzw. des Jahr-2000-Problems, eine Vorliebe für Endzeit- bzw. Neuzeitmodelle an den Tag gelegt hat. Es sei in diesem Zusammenhang nur an Fukuyamas These „Ende der Geschichte“ verwiesen. Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte wiederum zeigt, dass derartige Spekulationen über einen bevorstehenden wirtschaftlichen Paradigmenwechsel allerdings schon öfter beobachtet werden konnten (Hämäläinen, 2001 bzw. Orlikowski und Iacono, 2000).

Auf der anderen Seite steht eine ebenfalls sehr heterogene Gruppe von „Techno-Skeptikern“. Diese Gruppe, zu der eine Reihe von namhaften Ökonomen gehört, sieht die Auswirkungen der IKT als weniger gravierend an. Sie verweisen auf die komplexen Strukturen der Wirtschaft, in denen technologische Veränderungen kaum in der Lage sind, in kurzer Zeit eine derartige Veränderungsdynamik zu entwickeln (NZZ, 2000).

Die Skepsis gegenüber den Effekten der IKT hat in der Welt der Ökonomen durchaus eine lange Tradition. Obwohl die Computer in den letzten Jahrzehnten zum unverzichtbaren Bestandteil unserer Wirtschaft geworden sind, war die ökonomische Fachwelt doch lange davon überzeugt, dass die IKT keinen messbaren Effekt auf die Produktivität und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben. Dies ist deshalb von Bedeutung, da grundsätzlich betrachtet eine steigende Produktivität der entscheidende Treiber für ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum darstellt, vorausgesetzt der Arbeitseinsatz kann nicht unbegrenzt erhöht werden.

Diese Meinung gipfelte im viel zitierten Solow'schen Produktivitätsparadoxon, wonach sich die Computer überall wiederfinden, nur nicht in den Produktivitätsstatistiken. Mit dem seit Mitte der Neunzigerjahre diagnostizierten beschleunigten Anstieg der Produktivität in den USA setzte allerdings ein Meinungsumschwung in der Fachwelt ein. Ein Beleg für einen empirischen Zusammenhang zwischen den IKT und dem Produktivitätswachstum könnte allerdings nicht nur die wirtschaftlichen Erfolgsdaten in den USA aufklären helfen, sondern auch ein Indiz liefern, dass es sich bei den IKT bereits um eine so genannte Basis- oder Querschnittstechnologie handelt. Dies würde eine Effizienzsteigerung der Gesamtwirtschaft und in der Folge eine höhere Wachstumsrate des Produktionspotenzials nach sich ziehen. Damit wäre der Computer als „große Erfindung“ zu qualifizieren, die vielleicht gemeinsam mit den jüngsten Durchbrüchen bei den Bio- und Nanotechnologien die Qualität besitzen würde, eine „Dritte Industrielle Revolution“ einzuleiten.

Auf theoretischer Ebene spiegelt die These der New Economy auch die Auseinandersetzung zweier wachstumstheoretischer Denkschulen wider. Auf der einen Seite steht die traditionelle neoklassische Sichtweise, wonach exogener technischer Fortschritt für das langfristige Wachstum verantwortlich ist, da das Kapital sinkende Ertragsraten aufweist. Auf der anderen Seite steht die „Neue Wachstumstheorie“, die das langfristige Wirtschaftswachstum durch endogene Faktoren zu erklären versucht. Trotz der unterschiedlichen Ansätze haben, wie Stiroh bemerkt, beide Sichtweisen wesentlich zur Aufhellung des Produktivitätsparadoxons geführt (Stiroh, 2001a).

Ironischerweise leidet besonders die aufstrebende Informationswirtschaft unter erheblichen Daten- und Messproblemen.<sup>1)</sup> In jenen Bereichen, die Information und Wissen produzieren, versagen unsere traditionellen Analyseinstrumente weitgehend. Goldfinger (2001, S. 7) bezeichnet dieses Phänomen als Griliches Paradox. Nach Berechnungen von Griliches ist die Aussagekraft von Statistiken in der Nachkriegszeit deutlich zurückgegangen.

Diese Problematik sei anhand der Messung für Computerpreise kurz erläutert. Bei der Ermittlung von IKT-Preisen sind die Statistiker mit der Schwierigkeit konfrontiert, im Zeitablauf zumeist keine adäquaten Produkte zur Verfügung zu haben. Einerseits sind die Qualitätsunterschiede so dramatisch, andererseits ist der Lebenszyklus bestimmter Produkte sehr kurz. Die Preisveränderung kann daher nicht in der traditionell üblichen Form

*1 Siehe dazu Visco (2000) und Federal Reserve Bank of Cleveland (2000). Einen kurzen Überblick zu dieser Problematik liefert die Europäische Zentralbank (2001), S. 49f.*



durch Produktvergleiche erfolgen. Um die Gefahr von Verzerrungen zu vermeiden, wird daher ein Vergleich von Qualitätsmerkmalen der IKT angestrebt. Dazu werden in den USA und vereinzelt auch in Europa vermehrt so genannte hedonische Methoden zur Preisveränderungsermittlung herangezogen. Bei diesem sehr komplexen und aufwendigen Verfahren werden IKT-Produkte nach bestimmten technischen Merkmalen kategorisiert (Rechenleistung, Speicherkapazität usw.) und der Wert von jedem dieser Produktmerkmale mittels Regressionsanalysen geschätzt. Diese Verfahren verzeichnen daher einen weit dramatischeren Preisverfall vieler IKT als die traditionellen Methoden. Dies erklärt zu einem großen Teil auch die unterschiedlichen Ergebnisse von Länderstudien.

Die Suche nach geeigneten Indikatoren hat seitens der verantwortlichen Stellen bereits mit Nachdruck begonnen. So hat das EUROSTAT entsprechende Arbeitsgruppen für die Statistik der Informationsgesellschaft ins Leben gerufen. Auch die OECD hat ein dreistufiges Indikatorensystem in Entwicklung, das in Zukunft eine bessere Aussage über den Stand der Infrastruktur, über den Grad der Verbreitung sowie die Auswirkungen auf die Effizienz und den Wohlstand ermöglichen soll (OECD, 2000a).

Die meisten Studien zur New-Economy-Debatte basieren auf einem neoklassischen Wachstumsbuchhaltungsansatz. Im Zentrum dieser traditionellen Produktivitätsanalyse steht die Arbeitsproduktivität, die als eine Zunahme der Produktionsleistung je Beschäftigten bzw. je geleisteter Arbeitsstunde gemessen wird. Die Aufgliederung des Arbeitsproduktivitätszuwachses erfolgt in drei Bereichen: der Kapitalvertiefung, der Arbeitsqualität und der so genannten Gesamtfaktorproduktivität. Letztere, sie wird auch „Solow-Residualgröße“ genannt, ist für die Beurteilung der New Economy von entscheidender Bedeutung, denn sie subsumiert den technischen Fortschritt. Allerdings kann dieser Parameter nicht direkt gemessen werden. Zudem sind darin nur schwer quantifizierbare Größen wie Wissen oder Messfehler beinhaltet. Darüber hinaus verhält sich diese Größe erfahrungsgemäß prozyklisch (Europäische Kommission, 2001).

Um ein klareres Bild über die Auswirkungen der IKT auf die Produktivität zu erhalten, ist eine Unterteilung in IKT produzierende und IKT nutzende Branchen üblich.

In den Nachkriegsjahren verlief die Arbeitsproduktivitätszuwachsrate in den USA auf einem jährlichen Niveau von rund 3%. In den Siebzigerjahren sank dieser Wert auf durchschnittlich 1,4%. Erst in den Jahren seit 1995 hat sich die Arbeitsproduktivität wiederum deutlich beschleunigt. Neueste Berechnungen zeigen, dass die Produktivität in diesem Zeitraum nur um 2,5% und nicht, wie ursprünglich angenommen, um 2,8% durchschnittlich pro Jahr zugenommen hat (The Economist, 2001).

Aus den empirischen Untersuchungen lässt sich ablesen, dass Investitionen in IKT-Kapital zu den wichtigsten Determinanten des Produktivitätszuwachses zählen. Mit anderen Worten, die Kapitalvertiefung hat zu einer beträchtlichen Erhöhung des Kapitalstocks und damit zu einer Erhöhung des Produktionspotenzials geführt; das heißt, bis zu 50% des Produktivitätswachstums können dadurch erklärt werden.

Veränderungen in der Arbeitsqualität können hingegen als Erklärung für den Produktivitätsanstieg in diesem Zeitraum auf Grund der Ergebnisse nicht verantwortlich gemacht werden.

Der zweite Hauptfaktor der Produktivitätsbeschleunigung ist auf Grund dieser Analysen die Gesamtfaktorproduktivität. Eine Aufgliederung der Gesamtfaktorproduktivität in produzierende und nutzende IKT-Sektoren zeigt, dass die Arbeitsproduktivität stark durch den technischen Fortschritt bei der IKT-Produktion beeinflusst wurde. Dies ist bemerkenswert, wenn bedacht wird, dass dieser Sektor nur rund 8% der US-Produktion umfasst.

Die Gesamtfaktorproduktivität in den IKT nutzenden Sektoren (sonstige Bereiche außer Landwirtschaft) zeigt einen deutlichen Anstieg, bei der Interpretation treten jedoch die unterschiedlichen Auffassungen über die New Economy zu Tage. Jorgenson und Stiroh (2000) und Oliner und Sichel (2000) sowie Stiroh (2001b,c) kommen zu der Auffassung, dass die Anwendung der IKT einen wesentlichen Beitrag zur Produktivitätserhöhung geleistet hat. Auf der anderen Seite sieht Gordon (2000) keine eindeutigen Belege für Spillover-Effekte der Verwendung von IKT-Kapital auf das Produktivitätswachstum der übrigen Teile der Wirtschaft. Aus seiner Sicht lässt sich der Anstieg daher primär nachfragebedingt erklären. Die IKT hätten somit außerhalb des IKT-Sektors bzw. des Sektors der dauerhaften Güter keine produktivitätssteigernde Wirkung gezeigt.

Die bereits angesprochenen ungelösten Mess-, Definitions- und Datenerfassungsprobleme tragen natürlich entscheidend zu diesen unterschiedlichen Interpretationen bei. So ist es nicht sehr plausibel, dass jene Sektoren, die zu den größten IKT-Investoren gehören, nicht ident mit jenen sind, die ein hohes sektorales Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität aufweisen. Darüber hinaus gestaltet sich eine Unterscheidung zwischen zyklischem und trendmäßigem Wachstum bei Vorliegen von nur sehr kurzen Zeitreihen als schwieriges analytisches Unterfangen.

Ein Indiz für die Existenz einer New Economy wäre ohne Zweifel, wenn auch außerhalb der USA zwischen dem Produktivitätswachstum und den IKT ein Zusammenhang beobachtet werden könnte. Eine Reihe von Studien (Schreyer, 2000, Europäische Kommission, 2001 und Europäische Zentralbank, 2001) findet für Japan, Kanada und Europa auch entsprechende Belege, allerdings sind die Ergebnisse auf Grund der Vergleichsproblematik entsprechend vorsichtig zu behandeln. Eine von der Europäischen Kommission (EK) durchgeführte Studie sieht für Europa eine ähnliche Produktivitätsbeschleunigung wie in den USA, wenngleich mit fünfjähriger Verzögerung voraus (Europäische Kommission, 2001, Issing, 2000). Eine aktuelle Untersuchung der Europäischen Zentralbank (EZB) geht in dieselbe Richtung. Im Eurowährungsgebiet werden nur sehr begrenzte positive Impulse aus der Nutzung der IKT beobachtet. Im europäischen Kontext müssen zudem der zu den USA unterschiedliche Verlauf der Produktivität und der kleinere IKT-Sektor berücksichtigt werden. Zwar wuchs die Arbeitsproduktivität in den letzten beiden Jahrzehnten im Durchschnitt in Europa schneller als in den USA, hingegen verlangsamte sich in dieser Periode die Produktivität in Europa, während sich diese in den USA beschleunigte.

Von einigen Autoren, wie z. B. David (1990), wird hingewiesen, dass alle großen Erfindungen der Ersten und Zweiten Industriellen Revolution erst mit sehr großer Verzögerung in der Produktivität der Wirtschaft zum Tragen gekommen sind. So bewirkte die Elektrizität erst rund 40 Jahre nach dem ersten kommerziellen Einsatz, nachdem mehr als die Hälfte der industriellen Produktion mit Strom betrieben wurde, einen merklichen Anstieg der Produktivität. Das Erreichen einer kritischen Masse dürfte somit für Produktivitätseffekte wichtiger sein als die hohen Zuwachsraten, die üblicherweise zu einem früheren Zeitpunkt des Technologiezyklus festzustellen sind.

Schließlich wird von einigen Beobachtern zu Bedenken gegeben, dass die Errungenschaften der Technologie die physiologischen und psychologischen Grenzen des Menschen bei der Informationserfassung und Informationsverarbeitung übersteigen. Viele der Vorzüge, wie z. B. Informationsvielfalt oder rasche Verfügbarkeit, können daher nicht voll genutzt werden (Streissler, 2001, Gordon, 2000).

Die Belege für einen positiven Zusammenhang zwischen den neuen IKT und dem Produktivitätswachstum sind auf makroökonomischer Ebene nur schwach ausgeprägt bzw. widersprüchlich. Auf mikroökonomischer Ebene zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Es gibt eine Vielzahl von Indizien, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz durch den Einsatz von IKT nahe legen.

### **3 Mikroökonomische Aspekte der Informationsgesellschaft**

#### **3.1 Entwicklung der Informationsinfrastruktur**

Weltweit stiegen die Ausgaben in der Hardwareproduktion, der Kommunikation und der Software – gemessen am BIP im Jahr 2000 – auf 7,3%, nachdem diese im Jahr 1992 noch 5,6% betragen hatten (Credit Suisse First Boston, 2000). Im Spitzenfeld liegen die anglo-amerikanischen Staaten Japan und vor allem Skandinavien. Europa konnte insgesamt seinen Rückstand gegenüber den USA und Japan im letzten Jahrzehnt verringern, die Ausgaben in Europa variieren allerdings erheblich. Österreich befindet sich übrigens mit einer Quote von 6,5% im europäischen Mittelfeld (Europäische Kommission, 2000, S. 118).

Auf Grund der massiven Ausgaben bzw. Investitionen im IKT-Bereich, die Ende der Neunzigerjahre durch das Jahr-2000-Problem offensichtlich stark mitbeeinflusst wurden, hat sich der Aufbau der Informationsinfrastruktur in den letzten Jahren weltweit deutlich beschleunigt. Die ersten Computer gab es zwar bereits seit den Vierzigerjahren, aber erst mit einiger Verzögerung ist das Computerzeitalter im Lauf der Siebzigerjahre in das allgemeine Bewusstsein getreten. Die Entwicklung des Personal Computers in den Achtzigerjahren führte erstmals zu einer weiten Verbreitung der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV). In den Neunzigerjahren hat das Internet schließlich einen weiteren Quantensprung der Informationsinfrastruktur vollzogen, nachdem es bereits seit Ende der Sechzigerjahre – von der Öffentlichkeit unbemerkt – entwickelt wurde. In zehn Jahren wird das Internet in den USA und Europa bereits in jedem Haushalt anzutreffen sein.

Das Internet wird dann wahrscheinlich alle traditionellen IKT (TV, Radio, Fax, Computer, Mobilfunk usw.) in sich vereinen. Möglicherweise wird sich zu diesem Zeitpunkt das Internet zum so genannten GRID<sup>1)</sup> weiterentwickelt haben.

Hatten noch vor zehn Jahren weltweit erst einige wenige Millionen einen Zugang zum Internet, so sind derzeit bereits an die 400 Millionen Menschen via Internet vernetzt. Das Internet setzt sich dabei aus einer ständig steigenden Zahl von Computern, gegenwärtig bereits mehr als 100 Mio verbundenen Hosts zusammen, das sind Netzwerkcomputer, die eine koordinierende Rolle einnehmen. Diese Rechner sind auf die einzelnen Staaten relativ ungleich verteilt. Die höchste Dichte ist wieder in den USA und in den nordischen Staaten Europas festzustellen.

Gleichzeitig stehen den Benutzern Millionen von Internetseiten für private und kommerzielle Anwendungen zur Verfügung. In Europa haben derzeit bereits 28% aller Haushalte einen Internetanschluss, zählt man auch die Zugangsmöglichkeiten in den Schulen und an den Arbeitsplätzen hinzu, dann dürfte die Gesamtzahl der Internetnutzer Ende des Jahres 2000 bereits auf 40% angestiegen sein. Europa hat damit den Anschluss an die USA gefunden, die bis dato auf diesem Gebiet führend waren. Die Unterschiede sind innerhalb Europas zwar noch hoch, nicht zuletzt wegen der öffentlichen Initiativen auf diesem Gebiet ist der Aufholprozess auch in Ländern mit einem geringen Verbreitungsgrad beachtlich.

Obwohl die Einführung schneller Zugangstechniken erst am Beginn steht, ist der Preisverfall beim Internetzugang ebenfalls bereits voll im Gang. Erhebungen zeigen aber deutlich, dass die Sicherheitsprobleme, sei es im Zahlungsbereich oder bezüglich Computerviren, seitens der Bevölkerung noch als großer Hemmschuh für eine intensivere Nutzung der neuen Technologien gesehen werden (Europäische Kommission, 2001). Daher werden in allen Staaten Initiativen in Richtung höherer Sicherheitsstandards (z. B. elektronische Signatur) oder verbesserter Konsumentenschutzbestimmungen gesetzt.

Der dramatische Anstieg der Konnektivität, also der Intensität der Anbindung an das Netz, hat dabei ganz wesentlich zum Erfolg des Internets beigetragen (Evans und Wurster, 1997). Die treibende Kraft dabei ist in erster Linie der rasante Fortschritt im IKT-Sektor, der zu einer kontinuierlichen Verbesserung im Bereich von Leistung, Geschwindigkeit und Verfügbarkeit geführt hat und der Umstand, dass auf Basis universeller, das heißt allgemein gültiger Standards, kommuniziert wird.

Zentraler Motor dieser Entwicklung ist das Moore'sche Gesetz. Es besagt, dass sich alle 18 Monate die Zahl der Transistorschaltungen auf einem Computerchip verdoppeln lassen. Aus dem Moore'schen Gesetz kann eine Verzehnfachung der Speicher- und Verarbeitungskapazitäten alle fünf Jahre, eine Verhundertfachung alle zehn Jahre und eine Vertausendfachung alle fünfzehn Jahre abgeleitet werden.<sup>2)</sup> Dieser Trend wird sich auch in den

1 Im Rahmen des GRID wird auf die Computerleistung des Gesamtsystems zurückgegriffen; eine Vorstufe findet heute schon im so genannten Computerpooling (peer-to-peer) statt (The Economist, 2001).

2 Siehe dazu U.S. Department of Commerce (2000) sowie Evans und Wurster (1997).

kommenden Jahre fortsetzen, allerdings verweisen Fachleute auf die physikalischen Grenzen, die in einigen Jahren eine weitere Miniaturisierung möglicherweise beenden werden.

Die wesentliche Konsequenz des Moore'schen Gesetzes ist die rasante Verbilligung der Produkte im Hard- und Softwarebereich. Seit den Sechzigerjahren fielen die um die Qualität bereinigten Investitionskosten für Computer um jährlich rund 17%. Seit 1995 erhöhte sich diese Rate auf über 32% pro Jahr. Im Vergleich dazu blieben die relativen Softwarepreise lange Zeit unverändert und fielen erst im Laufe der Achtzigerjahre. Ähnlich verhält es sich mit der Kommunikationsausstattung (Jorgenson, 2001).

Es kann also davon ausgegangen werden, dass diese dynamischen Antriebsfaktoren auch noch die nächsten Jahre wirken und den Ausbau der Informationsinfrastruktur in allen Ländern weiter begünstigen werden. In den letzten Jahren hat diese Infrastruktur einen Schwellenwert erreicht, der erstmals eine flächendeckende kommerzielle Nutzung ermöglichte.

### **3.2 Elektronischer Geschäftsverkehr**

Obwohl der elektronische Handel via Internet gegenwärtig im Vergleich zu den allgemeinen Wirtschaftstransaktionen noch relativ unbedeutend ist, kann davon ausgegangen werden, dass er in absehbarer Zeit einen signifikanten Anteil am internationalen Handel erreichen wird. Eine Vielzahl von Schätzungen kommt zu diesem Ergebnis, wenngleich die Prognosewerte durchaus divergieren. Darüber hinaus sind die meisten Prognosen noch vor der Abschwächung der New Economy erstellt worden. Es ist daher anzunehmen, dass Neuschätzungen zu entsprechenden Korrekturen nach unten kommen werden.

Forrester Research (2000) ist im Jahr 2000 noch von einer jährlichen Verdoppelung der Umsätze des elektronischen Geschäftsverkehrs ausgegangen. Demnach würde der elektronische Handel im Jahr 2004 rund 6,8 Billionen Dollar oder 8,6% der weltweit getätigten Handels- und Dienstleistungen umfassen. Nordamerika wird nach dieser Studie die Hälfte des Weltmarktes auf sich vereinen können. Dies würde bedeuten, dass im Jahr 2004 bereits 12,8% aller Geschäfte über das Internet abgewickelt werden. Sowohl Asien als auch Europa zeigen auf Grund dieser Prognose einen stürmischen Aufholprozess.<sup>1)</sup> Ein deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut hat zum Thema elektronischer Geschäftsverkehr mehr als 40 Prognosen von Unternehmensberatern analysiert (RWI Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2000). Aus den Studien lässt sich ablesen, dass die Unternehmen die Möglichkeiten des E-Commerce vor allem im Bereich der Rationalisierung des Geschäftsverkehrs und der effizienteren Abstimmung der Beschaffungsvorgänge im Unternehmensbereich, den so genannten Business-to-Business-Aktivitäten, sehen. Hingegen werden dem Business-to-Customer-Segment, der elektronischen Abwicklung des Einzel- bzw. Versandhandels, nur mäßige Wachstumsraten zugeordnet.

*1* Einen Überblick über die Entwicklung des E-Commerce in den Entwicklungsländern liefert eine Studie der UNCTAD (2000).

Dieses Ergebnis ist auf den ersten Blick überraschend, da in der öffentlichen Diskussion der Sparte B2C, also dem Verkauf an Konsumenten, bisher eine größere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Dafür dürften vor allem der erfolgreiche Vertrieb von Multimediaprodukten via Internet – wie z. B. durch Firmen wie Amazon – oder auch das Online-Banking verantwortlich sein. In den nächsten Jahren wird allerdings der Bereich B2B, Geschäfte auf reiner Unternehmensebene, mehr als drei Viertel des E-Commerce-Marktes beanspruchen können und damit B2C deutlich in den Schatten stellen (Goldman Sachs, 2000). Das hängt damit zusammen, dass die Transaktionsvolumina zwischen den Unternehmen im Vergleich zu den Umsätzen auf den elektronischen Konsumgütermärkten bis auf weiteres noch deutlich höher sein werden. Diese Zahlen unterschätzen aber ohne Zweifel die Bedeutung von B2C. Der weitere Erfolg von B2C wird nicht zuletzt davon abhängen, wie rasch es gelingen wird, bestehende rechtliche, sicherheitstechnische wie auch psychologische Vorbehalte bei den Konsumenten auszuräumen. Langfristig wird dieses E-Commerce-Segment, schon auf Grund des ungebrochenen Anstiegs der Internetanschlussdichte sowie der zunehmend einfacheren und bequemereren Abwicklung des Geschäftsverkehrs, ein beträchtliches Potenzial besitzen.

Da im Internet grundsätzlich drei Gruppen von Akteuren, die Konsumenten, die Unternehmen und die öffentliche Hand sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite auftreten können, unterscheidet man in der Literatur bis zu neun unterschiedliche Beziehungsmuster (Merz, 1999, Coppel, 2000). Wobei für Überlegungen im Zusammenhang mit Notenbankfragen neben B2B und B2C noch die Verbindung von Regierung und Konsumenten (E-Government, G2C) von Interesse erscheint.

In Fortsetzung der New-Public-Management-Initiativen des vergangenen Jahrzehnts, die unter dem Schlagwort „re inventing government“ bekannt geworden sind, versuchen staatliche Einrichtungen auf den unterschiedlichsten Ebenen mit Hilfe des Internets die Ideen von bürgernaher und zugleich wirtschaftlicher Verwaltung mit dem Instrumentarium des 21. Jahrhunderts zu verwirklichen. Zum Beispiel hat sich die Regierung des Vereinigten Königreichs, die hier eine Vorreiterrolle eingenommen hat, zum Ziel gesetzt, dass jedem Bürger mit dem Jahr 2005 die Abwicklung aller Amtswege online offensteht.<sup>1)</sup>

### 3.3 Ökonomische Effekte

Die Erfolgsaussichten des elektronischen Geschäftsverkehrs beruhen auf der Annahme, dass der Einsatz der innovativen Technologien über eine Senkung der Transaktionskosten und niedrige Marktzutrittsbarrieren zu effizienteren Märkten und Institutionen führen. Dies gilt natürlich ganz besonders für den stark informations- und kommunikationsabhängigen monetären Bereich der Wirtschaft, auf den in den folgenden Kapiteln noch gesondert eingegangen wird. Da Transaktionskosten zu einem wesentlichen Teil aus Informationskosten bestehen, ist das Einsparungspotenzial entsprechend groß. Noch dazu, wenn bedacht wird, dass die Transaktionskosten, also jene Kosten, die

1 Siehe dazu *The Economist* (2000b) oder *Deloitte Consulting and Deloitte & Touche* (2000a).

für den Betrieb eines Wirtschaftssystems anfallen, Schätzungen zufolge mehr als 50% des Nettosozialprodukts umfassen können (Richter und Furubotn, 1999). Eine fortgeschrittene Informationswirtschaft würde daher den neoklassischen Vorstellungen einer „friktionsfreien“ Ökonomie ein gutes Stück näher kommen (OECD, 1999).

Bei ökonomischen Betrachtungen im Zusammenhang mit dem elektronischen Geschäftsverkehr wird zumeist zwischen Informationsgütern und traditionellen Gütern bzw. Dienstleistungen unterschieden. Traditionelle Güter weisen einen U-förmigen Verlauf der Grenzkosten auf. Die Kosten für eine zusätzliche Einheit sinken auf Grund von Lerneffekten sowie einer besseren Ausnutzung der Kapazitäten. Nach einiger Zeit bewirkt aber das Überschreiten der optimalen Kapazitätsausschreitung wiederum einen Anstieg der Kosten.

Informationsgüter hingegen weisen einen sehr hohen Fixkostenanteil auf, z. B. die Programmierung eines Softwareprodukts. Auf Grund der sehr geringen Reproduktionskosten liegen hingegen die variablen Kosten bzw. die Grenzkosten bei null. Dieser Kostenverlauf ergibt positive Skalenerträge (Deutsche Bank Research, 2000).

Diese Art der Kostenstruktur begünstigt eine differenzierte Preisgestaltung. Da sich der Preis des Produkts auf Grund dieser Eigenschaft nicht von den Herstellungskosten ableiten lässt, muss primär die individuelle Wertmessung durch den Verbraucher herangezogen werden. Wegen der unterschiedlichen Verbraucherpräferenzen bietet sich dem Anbieter von Informationsprodukten nun die Möglichkeit der Abschöpfung der Konsumentenrente. Shapiro und Varian (Shapiro und Varian, 1999a, Varian, 2001) unterscheiden in Anlehnung an Pigou<sup>1</sup>) drei Gruppen der Preisdifferenzierung:

Erstens eine kundenindividuelle Preisgestaltung, bei der jeder Verbraucher das Produkt zu einem unterschiedlichen Preis bezieht. Zweitens eine Preisgestaltung durch Schaffung von unterschiedlichen Produktversionen. In diesem Fall kann der Verbraucher zwischen einer Palette von Produktversionen auswählen. Eine bevorzugte Strategie der Anbieter ist in diesem Zusammenhang die „Verzögerungstaktik“. So bieten Verlage Bücher zuerst in einer gebundenen Version und erst einige Zeit später in einer günstigeren Taschenbuchversion an. Drittens eine Gruppenpreisgestaltung, bei der seitens des Anbieters unterschiedliche Kundengruppen festgelegt werden. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Studentenermäßigung.

Darüber hinaus können erhebliche Skalenerträge auf Grund des Auftretens von Netzwerkexternalitäten bzw. Netzwerkeffekten auftreten. Diese werden sichtbar, sofern es einem Anbieter gelungen ist, einen Industriestandard (z. B. Softwareprodukte) oder einen Handelsstandard (elektronische Marktplätze) zu etablieren. In diesem Zusammenhang wird sehr oft das so genannte Metcalfe'sche Gesetz zitiert. Es besagt, dass die Kosten eines Netzwerks linear mit seiner Größe steigen, der Wert dieses Netzwerks allerdings exponentiell wächst (Papows, 2000, S. 57). Anhand

1 *Pigou's klassisches Schema sieht eine Preisgestaltung 1., 2. und 3. Grades vor.*

der sehr raschen Verbreitung des Faxgeräts kann dieses Phänomen deutlich veranschaulicht werden.

Diese Überlegungen haben sehr viele Unternehmen veranlasst, einen frühen Markteintritt anzustreben, um den so genannten First-Mover-Vorteil für sich in Anspruch nehmen zu können. Mit massiven Investitionen im Marketingbereich sollen dabei sehr rasch hohe Umsätze erwirtschaftet und ein großer Kundenstock erworben werden. Allerdings zeigt das Scheitern vieler Internetprojekte, dass das Erreichen einer kritischen Masse offensichtlich doch noch andere Faktoren voraussetzt. Porter (2001) verweist vor allem auf das fehlende strategische Management vieler so genannter Dotcom-Unternehmen.

Ein weiteres Charakteristikum der IKT ist die Systemabhängigkeit. Stärker als in der übrigen Wirtschaftswelt treffen wir in diesem Sektor auf Komplementärunternehmen. Das heißt, die Wettbewerbsstrategie des einzelnen Unternehmens wird nicht nur durch den Mitbewerber, sondern sehr stark auch durch die Geschäftspartner beeinflusst. Das bekannteste Beispiel dafür sind wohl Microsoft und Intel. Das Entstehen von Produktsystemen hat vor allem für den Anwender erhebliche Konsequenzen, denn die Umstellungskosten von einem System auf das andere können erheblich sein. Die Konsumenten versuchen zwar diesen Lock-In-Effekt zu vermeiden, am einfachen Beispiel von Musikträgern (Platten, Kassetten, Mini-Disks, CDs) zeigt sich allerdings die Schwierigkeit eines solchen Unterfangens.

Im B2B-Segment kann durch den Einsatz von Electronic-Commerce-Technologien, das heißt primär den elektronischen Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Unternehmen, eine Optimierung der Steuerung von Produktion, Lagerhaltung und des Vertriebs erreicht (Wenninger, 1999) und damit erhebliche Produktivitätsgewinne erzielt werden (Lucking-Reiley und Spulber, 2001).

Erstens können durch die Automatisierung von Transaktionen die Beschaffungskosten vor, während und nach der Transaktion erheblich gesenkt werden. Davon betroffen sind vor allem Such- und Kommunikationskosten. Es gibt anekdotische Evidenz, dass die Ersparnisse einen Faktor von 5, 10 oder mehr erreichen können. So betragen die Gebühren für das Online-Brokerage, auf das später noch näher eingegangen wird, nur etwa  $\frac{1}{10}$  des traditionellen Brokergeschäfts.

Zweitens verändert B2B die traditionellen Intermediationsmuster. Grundsätzlich weisen Intermediäre<sup>1)</sup> gegenüber einer direkten Geschäftsabwicklung zwischen Käufer und Verkäufer zumeist den Vorteil von geringeren Transaktionskosten auf. Das Internet beeinflusst alle Kategorien von Intermediären, wie Broker, Auktionen, Händler und Börsen. Obwohl in der öffentlichen Diskussion mit E-Commerce sehr oft der Wegfall der Intermediärfunktion verbunden wird, kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass in Zukunft auf Grund der kostengünstigeren Intermediationsprozesse bzw. der niedrigeren Transaktionskosten sogar eine größere Zahl von Intermediären zu beobachten sein wird.

1 *Einen Überblick über die Intermediation im Informationszeitalter bietet Rose (1999).*



Drittens kann elektronisches Supply-Chain-Management durch eng abgestimmte Planung und Materialdisposition einen wesentlichen Beitrag zur Optimierung des Materialflusses vor allem bei produktionsorientierten Unternehmen leisten. Entlang der Wertschöpfungskette lassen sich Lagerkosten senken, die Flexibilität bei der Produktentwicklung erhöhen und Durchlaufzeiten beträchtlich reduzieren (Shaw, 2000). In diesem Zusammenhang ist die Einführung so genannter ERP (Enterprise Resource Planning)-Systeme oder MRP (Material Resource Planning)-Systeme zu nennen.

Mittlerweile erstrecken sich die Einsatzmöglichkeiten von E-Commerce im B2B-Segment zusätzlich auf den Bereich der Beschaffung indirekter Produkte. Darunter versteht man so genannte MRO-Produkte (Maintenance Repair Operating), also Instandhaltung, Reparaturen und operatives Geschäft (Dolmetsch, 2000). Diese gehen nicht direkt in das Endprodukt ein und waren in der Vergangenheit kaum Gegenstand von Automatisierungsvorhaben. Die Transaktionskosten waren daher relativ hoch. An dieser Stelle setzt nun das so genannte „eProcurement“, die elektronische Beschaffung an. Applikationen, die zur Beschaffung von MRO-Gütern dienen, sind unter dem Namen Desktop-Purchasing-Systeme bekannt. Das Einsparungspotenzial dieser Instrumente wird als sehr hoch eingestuft (Nenninger, 1999).

Die IKT, allen voran das Internet, verfügen damit auch über das Potenzial, eine „Dekonstruktion“ vieler traditioneller Wirtschaftsstrukturen herbeizuführen. Dies würde nicht nur einen Abbau bzw. die Neustrukturierung von Wertschöpfungs- und Lieferketten, sondern auch den Wandel traditioneller Organisationsstrukturen ermöglichen. Die Beschleunigung einer großen Zahl von Produktions- und Geschäftszyklen wäre die Folge. Zudem könnte eine Vielzahl von neuen Produkten, Märkten sowie Geschäftsmodellen geschaffen werden (Evans und Wurster, 2000, OECD, 1999). Die Veränderungskraft der IKT wird daher sehr oft in Verbindung mit Schumpeters Begriff der „schöpferischen Zerstörung“ gebracht (Greenspan, 2000b).

Der technologische Wandel beschleunigt offensichtlich den Konzentrationsprozess der letzten Jahre. Viele der Großfusionen und strategischen Partnerschaften sind vor diesem Hintergrund zu sehen (Greenspan, 2000a). Der World Investment Report (2000) der Vereinten Nationen zeigt ein deutliches Ansteigen der internationalen Fusionen und Zusammenschlüsse, wobei in den letzten Jahren der Anteil der horizontalen Zusammenschlüsse bereits 70% umfasst, wohingegen die Bildung von Konglomeraten auf unter 30% gefallen ist. Vertikale Zusammenschlüsse haben bereits seit Jahren keinen nennenswerten Anteil am Gesamtvolumen.

Es ist daher auch nicht überraschend, dass der Einfluss der IKT auch in der Management- und Organisationslehre zunehmend ihren Niederschlag findet.<sup>1)</sup> Nachdem noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts die vertikale Integration dominiert hatte, wurde in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Diversifikation zum vorherrschenden Credo. Als Reaktion auf die „Informationsrevolution“ wird eine Ablöse der hierarchischen Strukturen durch „virtuelle“ Netzwerkstrukturen prognostiziert. Desintegrations- und Migra-

1 Einem Überblick über diese Fragestellung liefern Picot und Reichwald (2001).

tionsprozesse sprengen herkömmliche Branchengrenzen und eröffnen neue Formen der Arbeitsteilung. Tendenziell erhöht sich der Spezialisierungsgrad der einzelnen Unternehmen. Durch die Reduktion von Komplexität innerhalb der Unternehmensgrenze soll die Möglichkeit für eine Konzentration der Kräfte auf so genannte Kernkompetenzen geschaffen werden. Sourcing-Entscheidungen werden daher auf betrieblicher Ebene zur strategischen Schlüsselfrage. Die stärkere Spezialisierung im Rahmen des so genannten Wertschichtenwettbewerbs erhöht allerdings die Verwundbarkeit der Unternehmen gegenüber Marktschwankungen.

Evans und Wurster (2000) haben weiters darauf hingewiesen, dass das Internet den Trade-off zwischen der Reichhaltigkeit und der Reichweite von Informationen aufzuheben beginnt. Bisher mussten Unternehmen zwischen der Informationsfülle und der Reichweite abwägen, z. B. im Marketingbereich der Unterschied zwischen einem persönlichen Verkaufsgespräch und dem Einsatz von Fernsehspots. Das Internet führt nun zu einer erheblichen Erweiterung des Informations- und Wissensangebots. Damit können auf der einen Seite eine Reihe von traditionellen Informationsasymmetrien eliminiert werden. Auf der anderen Seite wird vielen Entscheidungen auf betrieblicher Ebene ein wesentlicher Teil ihrer Unsicherheit genommen (Greenspan, 2000b).

Empirische Untersuchungen auf Betriebsebene haben einen sehr hohen Zusammenhang zwischen der Produktivität und der IKT festgestellt (OECD, 2000). Die positiven Auswirkungen der IKT kommen vor allem dann zum Tragen, je stärker der Technologieeinsatz mit organisatorischen Veränderungen einhergeht. Eine verstärkte Aus- und Weiterbildung und dezentrale Entscheidungsstrukturen in den Unternehmen wirken offensichtlich ähnlich (Brynjolfsson und Hitt, 2000).

Durch das Auftreten erheblicher Skalen- und Verbundeffekte, die schwindende Bedeutung des Standorts („death of distance“) sowie die Verschärfung des Wettbewerbs auf Grund sinkender Markteintrittsbarrieren wird von vielen Beobachtern eine nachhaltige Beeinflussung der Markt- und Wirtschaftsstruktur erwartet. Durch die Möglichkeit des direkten Zugangs wird allgemein auch eine Verlagerung von Verkäufer- zu Käufermärkten erwartet.

### 3.4 Wirtschaftspolitische Reaktionen

Dementsprechend hat das Thema Internet für die politische Agenda vieler Staaten in den letzten Jahren oberste Priorität eingenommen. Viele Industriestaaten<sup>1</sup>), allen voran die USA (Council of Economic Advisers, 2001) und Europa sowie eine Reihe von internationalen Organisationen (Dryden, 2000) haben die Förderung des Internets dementsprechend in ihren Förderungskatalog aufgenommen. So hat z. B. das Projekt e-Europa (Europäische Kommission, 2001) der Europäischen Union zum Ziel, einen schnellen, billigen und sicheren Internetzugang, sowie entsprechende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sicherzustellen. Ebenso sollen Anreize für eine intensivere Internetnutzung geschaffen werden.

<sup>1</sup> Siehe etwa die Okinawa-Charta der G-8 zur globalen Informationsgesellschaft.

Das stärkere staatliche Engagement ist auch auf den Umstand zurückzuführen, dass die Gefahr einer globalen und einer gesellschaftlichen „digitalen Kluft“ gesehen wird. Die Verbreitung des Internets ist, wie bereits erwähnt, derzeit noch hauptsächlich auf die Industriestaaten, allen voran Nordamerika und die nordischen Staaten Europas beschränkt. Innerhalb dieser Länder nutzen das Internet vor allem einkommensstarke und gebildete Schichten sowie Teile der jüngeren Generation.

Entsprechende Förderungs- und Ausbildungsprogramme wurden daher ins Leben gerufen. Einerseits sollen diese die Verknappung des IT-Arbeitsmarktes mildern helfen und andererseits könnten gerade die IKT einen wesentlichen Beitrag im Aufholprozess von weniger entwickelten Staaten, z. B. durch „distance learning“, leisten.

Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass der elektronische Geschäftsverkehr auch verstärkt die Aufmerksamkeit der Wettbewerbsbehörden auf sich gezogen hat. Auf Grund der vorher beschriebenen ökonomischen Effekte, wie z. B. Systembildung, Standardisierung, Preisdiskriminierung, sind ein verstärktes Auftreten von Monopolbildung, unlauterem Wettbewerb, Absprachen und Kartellbildung nicht auszuschließen. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit hat in diesem Zusammenhang sicherlich das Anti-Trust-Verfahren, das die amerikanische Justiz gegen Microsoft angestrengt hat, auf sich gezogen.<sup>1)</sup>

#### **4 Elektronischer Geschäftsverkehr und seine Auswirkungen auf Banken und Finanzmärkte**

Die Finanzdienstleistungsindustrie gehört von Beginn an zu den intensivsten Anwendern von Computern. Bereits in den Fünfzigerjahren finden Buchungsautomaten bei Banken erste Anwendung. In den Sechziger- und Siebzigerjahren setzt dann die erste Phase der flächendeckenden Anwendung von elektronischer Datenverarbeitung ein. Diese konzentrierte sich auf die Automatisierung des internen Informationsmanagements und des elektronischen Zahlungsverkehrs. Die zweite Phase legt hingegen bis heute großen Wert auf die Automatisierung der Kundenbeziehungen. Die IT-Budgets bei den Finanzdienstleistern haben vor allem in den letzten Jahren zugenommen und liegen damit deutlich über jenen der Industrie (Europäische Zentralbank, 1999, Ferguson, 2000a). Nach einer Studie von Gartner Research lagen die Aufwendungen des IT-Budgets bei den Banken bereits bei über 7% des Gesamtbudgets, während die Industriebetriebe rund 4% für Informationstechnologien ausgaben.<sup>2)</sup> Eine Analyse des amerikanischen Finanzmarktes zeigt, dass die Ausgaben für die IT innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche sowie zwischen großen und kleinen Instituten erheblich schwanken können. Demnach geben Kommerzbanken bzw. größere Institute tendenziell mehr für die IT aus (Cooke, 1997).

Die Bedeutung der IKT für die Finanzdienstleistungsindustrie wird klar ersichtlich, wenn man bedenkt, dass in der ökonomischen Theorie die Banken primär durch das Auftreten von Transaktionskosten erklärt werden.

1 Einen Überblick über die ökonomischen Aspekte dieses Falls bietet Klein (2001).

2 Gartner Research zitiert nach Imo (2000).

Im weitesten Sinn gehören alle Finanzprodukte zu den Informationsgütern. Damit hängen diese sehr eng mit der Verarbeitung, Interpretation und Vermittlung von Informationen zusammen, das heißt, die gesamte Wertschöpfungskette von der Erstellung bis zur Verteilung kann durch IKT erstellt werden. Dazu kommt der Umstand, dass sich Finanzprodukte auf Grund des hohen Standardisierungsgrads und des globalen Bekanntheitsgrads relativ leicht via Internet vermarkten lassen (Imo, 2000). Die prognostizierte Reduktion der Informations- und Kommunikationskosten durch den elektronischen Geschäftsverkehr wird daher die Finanzdienstleistungsindustrie wahrscheinlich stärker als andere Industrie- und Dienstleistungssektoren verändern.<sup>1)</sup> Manche Beobachter sprechen daher bereits von einer virtuellen Bedrohung (The Economist, 2000a). Auf der anderen Seite eröffnen die neuen Technologien den Finanzinstituten ein verbessertes Risiken- und Informationsmanagement, die Erschließung neuer Märkte und die Entwicklung neuer Finanzprodukte. So wäre der Erfolg des Derivativgeschäfts und der starken Ausweitung der verbrieften Forderungen (Securitization) ohne den Einsatz modernster IKT undenkbar gewesen.

Der weltweit diagnostizierbare Konzentrationsprozess der Finanzdienstleistungsindustrie wird durch den verstärkten Einsatz von IKT ebenfalls zusätzlich beschleunigt (Group of Ten, 2001). Dies gilt ebenso für den Prozess der Desintermediation, das heißt, die seit längerem feststellbare Abwanderung von Dienstleistungen und Bankaufgaben an andere Wirtschaftsbereiche wird sich fortsetzen. Ob durch den Einsatz der IKT der Trend zur Spezialisierung oder Universalisierung verstärkt wird, scheint aus heutiger Sicht noch nicht eindeutig feststellbar.

Die dynamische Entwicklung der IKT, die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und das Auftreten von Lock-In- und Netzwerkeffekten verändern die Risikoposition (Europäische Zentralbank, 1999) der Finanzdienstleister erheblich. Auf Grund des beschleunigten Wandels in der Finanzdienstleistungsindustrie steigen die strategischen Risiken für alle Teilnehmer. Dazu gehören Fehleinschätzungen der Marktentwicklung und der technologischen Zyklen. Neben diesen strategischen Anpassungsrisiken treten allerdings auch rechtliche Risiken, z. B. Fragen des Datenschutzes, Reputationsrisiken und vor allem operative Risiken auf. Die Sicherheits- und Ausfallproblematik der sehr komplexen IKT-Strukturen ist erheblich, hier ist ohne Zweifel Murphy's Law<sup>2)</sup> gültig. Andererseits führt der Einsatz der neuen Technologien zu einer Reduktion der Risiken, da sowohl interne als auch externe Informationsasymmetrien reduziert werden können. In diesem Zusammenhang sind vor allem moderne Managementinformationssysteme und eine Reihe von neuen Methoden der Bewertung von Kredit- und Marktrisiken zu nennen.

#### 4.1 Electronic Finance

Der Einsatz der IKT hat in den letzten Jahren die Finanzdienstleistungsindustrie auf vielfältige Weise zu verändern begonnen. Im Zuge der

1 Siehe dazu Foresight (2000), Vartanian, Ledig und Bruneau (1998).

2 „If anything can go wrong, it will.“

Automatisierung der Kundenbeziehungen reichen die Entwicklungen von Selbstbedienungsmodellen (Kiosk-Banking), über das Telefon-Banking bis hin zum Online-Banking. Das Online-Banking stellt sicherlich eines der bisher erfolgreichsten Beispiele des elektronischen Geschäftsverkehrs insgesamt und des B2C im Besonderen dar. Dafür ist eine Reihe von Gründen verantwortlich. In den USA haben im Jahr 2000 bereits rund  $\frac{1}{3}$  aller Banken Geschäfte via Internet angeboten. Für 2001 wird erwartet, dass bereits mehr als die Hälfte aller Banken „online“ ist. Die Investmentbank J. P. Morgan (2000) prognostiziert für das Jahr 2004, dass bereits 15% aller Finanzprodukte via Internet gehandelt werden. Die Internetaktivitäten werden vor allem seitens der Großbanken angeboten, die den überwiegenden Teil der Spareinlagen und Aktiva repräsentieren. Der überwiegende Teil der kleinen Geldinstitute bleibt diesem neuen Medium offensichtlich nach wie vor fern. Internetbanken, darunter versteht man in diesem Zusammenhang nicht nur Banken, die ausschließlich virtuell existieren, sondern traditionelle Banken, die einen Teil ihrer Geschäftsaktivitäten nun zusätzlich über diesen Vertriebskanal abwickeln („clicks and mortar“). Eine der wenigen Untersuchungen auf diesem Gebiet<sup>1)</sup> zeigt überdies, dass Internetbanken generell profitabler sind und eine aggressivere Geschäftsstrategie verfolgen.

Der größte Vorteil des Internetbankings liegt ohne Zweifel im Kostensenkungspotenzial. Schätzungen für die USA gehen davon aus, dass die Kosten für eine Transaktion im Internet nur rund  $\frac{1}{100}$  einer Transaktion am Bankschalter,  $\frac{1}{50}$  einer Transaktion via Telefon und rund  $\frac{1}{30}$  via ATM betragen (OECD, 2000a, S. 110). Wenngleich die Such- und Transaktionskosten erheblich gesunken sind, so zeigt sich, dass die Wechselkosten („switching costs“) von einem Anbieter zum anderen für die Konsumenten nach wie vor sehr hoch sind. Die Aufweichung der Kundenloyalität wird daher nicht so rasch einsetzen, wie vielerorts bereits vorhergesehen wurde.

Ein weiterer Punkt ist der Komfortgewinn im Vergleich zu traditionellen Vertriebskanälen (Hauser, Crameri und Hoffmann, 2001), darum wird Online-Banking auch „Martini-Banking“ (any time, any place, anywhere) genannt. Weiters erschließt das Internet neue Kundenbereiche, die nunmehr über einen Informationszugang verfügen, der früher nur professionellen Nutzern vorbehalten war. Die damit verbundene Verlagerung der Marktmacht in Richtung Kunden und der Abbau von Informationsasymmetrien lässt einige Beobachter (D’Avolio, Gildor und Shleifer, 2001) bereits von der „Demokratisierung der Finanzmärkte“ sprechen.

Die Banken haben auf die Herausforderung des elektronischen Geschäftsverkehrs und vor allem auf den steigenden Wettbewerb (Morgan Stanley Dean Witter Research, 1999, Claessens et al., 2001) aus dem Nichtbankenbereich mit einer Vielzahl von Strategien geantwortet.<sup>2)</sup> Als ersten Schritt haben viele Banken Web-Sites einzurichten begonnen. In erster Linie wird im Rahmen einer Mehrkanalkonzeption das Internet als alternativer Vertriebskanal für viele der traditionellen Bankdienstleistungen

1 Siehe dazu Carlson, Furst, Lang und Nolle (2001).

2 Siehe dazu Deloitte Consulting and Deloitte & Touche (2000b), The Economist (2000a), Wenninger (2000), Deutsche Bundesbank (2000).

(z. B. Kontenmanagement, Informationsbeschaffung und Wertpapiergeschäft) gesehen. Beratungsintensive Geschäfte wie Hypothekarkredite, Vermögensverwaltung oder Versicherungsdienstleistungen erfolgen zumeist noch in traditioneller Form. Eine Reihe von Banken haben für den Internetauftritt selbstständige Banken gegründet, andere operieren hingegen als Hybridunternehmen und treten im Internet unter dem gleichen Markennamen auf.

Direktbanken haben sich vor allem in Form des E-Brokerage als eine der erfolgreichsten Sparten des elektronischen Geschäftsverkehrs herausgestellt. Die elektronische Abwicklung von Wertpapiergeschäften hat vor allem in Nordamerika im Zuge des Aktienbooms einen ungeheuren Aufschwung erlebt (OECD, 2001b). Eine ähnliche Entwicklung hat das Direct-Brokerage in Europa erfahren, hier haben Privatisierungsvorhaben und die Umstellung der Pensionssysteme zusätzliche Impulse verliehen. Das wesentlichste Erfolgskriterium ist, dass das E-Brokerage im Gegensatz zu vielen anderen Zweigen des elektronischen Geschäftsverkehrs auch tatsächlich zu einer wesentlichen Reduktion der Abwicklungskosten geführt hat. Der Einbruch an den Börsen und die damit verbundene erhöhte Volatilität des Marktes hat den Höhenflug vorerst gebremst. Angesichts eines konservativeren Anlegerverhaltens und geringerer Handelsumsätze sehen sich die Online-Anbieter gezwungen, ihre Strategien zu überdenken und ein qualitativ höheres Serviceangebot für längerfristig orientierte Investoren anzubieten (Deloitte & Touche, 2001).

Das E-Brokerage hat auch die Automatisierung der Börsen- und Handelssysteme weiter vorangetrieben (Fan, Stallaert und Whinston, 2000).

Durch die Einbeziehung von Produkten von anderen Anbietern wurden als nächster Schritt so genannte Finanzportale entwickelt. Über Finanzportale kann sich der Kunde nicht nur einen Überblick über die Konditionen eines Instituts, sondern auch über andere Anbieter verschaffen.

Bei diesen Organisationsformen kommt es zu Kooperationen von Finanzdienstleistern mit Unternehmen aus dem Informations- und Telekommunikationsbereich, seien es große Hard- und Softwarehersteller, Telekommunikationsdienstleister oder reine Internetprovider. Dabei unterscheidet man zwischen der Errichtung von vertikalen Portalen, die sich auf ein Themengebiet spezialisieren, und horizontalen Portalen, die ein breites Angebot abzudecken versuchen.

Einen anderen Weg beschreitet das Aggregatorenmodell. Wie bei einer Anzeigenseite einer Zeitung kommt es zur Bündelung von Angebot und Nachfrage, der Aggregator bekommt für seine Tätigkeit eine Vermittlungsprovision.

Der Markt befindet sich insgesamt betrachtet noch in einer Experimentierphase. Welches der Geschäftsmodelle sich längerfristig durchsetzen wird, ist aus heutiger Sicht nur schwer zu beurteilen. Möglicherweise stellen diese ohnehin nur Zwischenstufen in Richtung eines universellen Internetbankenmodells dar.

Im Rahmen ihrer Neuausrichtung dehnen die Finanzdienstleister ihr Aktivitätsfeld auf andere Bereiche des E-Commerce aus. Angefangen von der Einrichtung von Zertifizierungsstellen, der Beratung von Klein- und Mittel-

betrieben bei der Entwicklung von E-Commerce-Strategien, der Bereitstellung einer B2B-Infrastruktur, bis hin zur Einbindung von ATMs (Automated Teller Machines) in das Internet. Dazu gehört auch das weite Feld der Rechnungsabwicklung. Electronic Bill Presentment and Payment (EBPP)-Modelle sehen sowohl eine elektronische Rechnungslegung wie auch eine elektronische Rechnungsbegleichung vor. Die Finanzdienstleister profitieren im E-Commerce vor allem von ihrem traditionellen komparativen Vorteil im Bereich von Sicherheit und Vertrauen.

#### 4.2 Elektronisches Geld (E-Geld)

Der technologische Wandel der IKT ist für das Zahlungsverkehrssystem von besonderer Bedeutung. In diesem Schlüsselbereich der Wirtschaft haben die IKT eine Vielzahl von Innovationen hervorgebracht, sodass Solomon (1997) bereits von einer kambrischen Revolution innerhalb der Geldwirtschaft spricht. Bereits in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts sahen viele Experten durch die zunehmende „Bankenautomatisierung“ die bargeldlose Gesellschaft in greifbare Nähe gerückt. Doch so wie der PC keineswegs das papierlose Büro gebracht hat, so wenig wurde bis dato das Bargeld durch die zahlreichen Zahlungsverkehrsinnovationen überflüssig.

Zudem hat sich gezeigt, dass für die weitere Zukunft des elektronischen Geschäftsverkehrs die Entwicklung sicherer und kostengünstiger elektronischer Zahlungsverkehrssysteme zum Schlüsselfaktor wird.

Im Zentrum dieser Innovationen steht die Entwicklung von E-Geld. Auf Grund der überragenden Rolle des Mediums Geld im Rahmen des gesamten Wirtschaftssystems hat das enorme Entwicklungspotenzial von E-Geld nicht nur die Aufmerksamkeit der Wirtschaft, sondern auch jene der Notenbanken, Aufsichtsbehörden und der Welt der Ökonomen auf sich gezogen.

In den Neunzigerjahren wurde dem E-Geld von vielen Fachleuten zugetraut, dass diese alternative Zahlungsform die rund zweieinhalbtausendjährige Geschichte der Münzen bzw. die nunmehr 300-jährige Geschichte des Papiergeldes beenden wird können. Auf Grund der großen Anzahl von E-Geld-Modellen entstand auch eine Vielzahl von Definitionen<sup>1)</sup>, die die laufende Diskussion oft sehr unübersichtlich machten. Die Definition der EZB aus dem Jahr 1998 hat einen wesentlichen Beitrag zur Klärung geleistet. Die Europäische Union (EU) hat sich daher bei der Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Rahmenwerks auch weitgehend an diese Abgrenzung gehalten.<sup>2)</sup> Laut EZB-Definition ist E-Geld eine auf einem Medium elektronisch gespeicherte Werteinheit, die allgemein genutzt werden kann, um Zahlungen an Unternehmen zu leisten, die nicht die Emittenten sind. Dabei erfolgt die Transaktion nicht notwendigerweise über Bankkonten, die Werteinheiten auf dem Speichermedium fungieren vielmehr als vorausbezahltes Inhaberinstrument (Europäische Zentralbank, 1998). Damit unter-

1 Einen Überblick liefert Hartmann (2000).

2 Die EU definiert in der Richtlinie 2000/46/EG E-Geld als „einen Geldwert in Form einer Forderung gegen die ausgebende Stelle, der auf einem Datenträger gespeichert ist, gegen Entgegennahme eines Geldbetrages ausgegeben wird, dessen Wert nicht geringer ist als der ausgegebene monetäre Wert, (und) von anderen Unternehmen als der ausgebenden Stelle als Zahlungsmittel akzeptiert wird.“

scheidet sich E-Geld von so genannten Zugangsprodukten, z. B. Debitkarten. Nicht unter die Definition der EZB fallen einfunktionale elektronische Zahlungen, wie z. B. Telefonwertkarten.

Aus technischer Sicht können E-Geld-Modelle in hardware- und softwaregestützte Modelle unterteilt werden. Bei Hardwaresystemen ist der Datenträger ein in der Regel in eine Plastikkarte eingebrachter Computerchip, dessen gesicherter Zugriff über eine spezielle Hardware erfolgt. Dagegen wird bei Softwaresystemen das E-Geld via Datennetze mittels eines speziellen Softwareprogramms übermittelt. In diesem Fall spricht man daher auch von „Netzgeld“.<sup>1)</sup> Unterscheidet man die Zahlungsmittel nach dem Zeitpunkt, zu dem es aus der Sicht des Zahlungserbringers zu einer Liquiditätswirkung kommt, dann ist Netzgeld der Kategorie „pay before“ zuzuordnen. Im Unterschied dazu erfolgt beim elektronischen Scheckverfahren die Zahlung zum Zeitpunkt des Übergangs einer Ware – „pay now“. Zu einer Stundung der Zahlung, also „pay later“ kommt es z. B. bei den traditionellen Kreditkarten (Deutsche Bundesbank, 1999).

Weiters ist eine Unterscheidung zwischen geschlossenen und offenen E-Geld-Kreisläufen möglich. Dabei ist entscheidend, ob die elektronische Werteinheit vom Begünstigten wieder weitergegeben oder nur beim Emittenten eingelöst werden kann.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Entwicklung der elektronischen Zahlungsformen sehr stark mit der Entwicklung der Kryptografie verläuft. Doch kann durch die Verschlüsselung von Daten nur eine relative, niemals eine absolute Sicherheit hergestellt werden. Letztlich kann nur eine „wirtschaftliche Sicherheit“ angestrebt werden. Das heißt, die Kosten der Entschlüsselung müssen den Wert der verschlüsselten Information übersteigen (Schuster, Färber und Eberl, 1997, S. 10ff.).

E-Geld ist in seiner Entwicklung in den letzten Jahren allerdings hinter seinen Erwartungen zurückgeblieben. Laut Erhebung der EZB betrug der E-Geld-Umlauf im Jahr 2000 rund 140 Mio EUR, das entspricht nur einem Bruchteil der gesamten Geldhaltung, gemessen am Bargeldumlauf 0,04 und 0,003% der Geldmenge M3. Dafür sind sicherlich die noch unbefriedigenden technischen Lösungen und offenen Sicherheitsfragen verantwortlich. Darüber hinaus fallen bei E-Geld die für Informationsgüter so typisch hohen Fixkosten stark ins Gewicht.

Keines der Modelle konnte bisher eine kritische Masse erreichen und bei keinem sind die entsprechenden Netzwerkeffekte zum Tragen gekommen. Zudem dürfte der Wechsel von einer Zahlungsform zu einer anderen auf Grund der sehr eingepprägten Zahlungsgewohnheiten der Bevölkerung nur sehr langsam möglich sein (Kamihachi, 1999).

Weiters dürfte die fehlende Anonymität eine zusätzliche Verbreitungsbarriere darstellen. Zwar sind theoretisch auch anonyme E-Geld-Systeme konstruierbar, doch wird es noch längere Zeit dauern, bis diese Systeme mit traditionellem Geld vergleichbar sind.

*1) Darunter sind auch hardwaregestützte E-Geld-Systeme zu subsumieren, sofern die Zahlungen über Telekommunikationsnetze erfolgen.*



Schließlich sind alle gegenwärtig bekannten Modelle jeweils nur auf ein System beschränkt und können daher ihm Rahmen anderer Netze, wie z. B. im Ausland, nicht verwendet werden.

Entgegen den Erwartungen der frühen Neunzigerjahre werden E-Geld-Systeme aller Voraussicht nach noch längere Zeit keine echte Alternative zu Bargeld bzw. Debit- und Kreditkartensystemen darstellen. Die weitere Zukunft wird also davon abhängen, mit welchen relativen Kosten und Vorteilen der Einsatz verbunden sein wird. Ein sehr ehrgeiziges Projekt wird gegenwärtig in Singapur verfolgt. Die zuständigen Behörden (Board of Commissioners of Currency, 2001) beabsichtigen bereits ab dem Jahr 2008 den Umlauf von Bargeld vollständig durch E-Geld zu ersetzen.

## **5 Auswirkungen der Informationsökonomie auf die geld- und finanzmarktpolitische Rolle der Notenbank**

Wie gezeigt wurde, kann in einer fortgeschrittenen Informationsgesellschaft von einer zunehmenden mikroökonomischen Effizienz gesprochen werden. Damit verbunden kommt es zu einem Bedeutungsverlust der Finanzintermediation und der traditionellen Zahlungsmittel. In diesem Zusammenhang wurde in einer Reihe von Beiträgen die Besorgnis geäußert, dass in Zukunft die Arbeit der Notenbanken beeinträchtigt würde und damit auch die Effektivität der Geldpolitik leiden könnte. Längerfristig wird sogar das traditionelle Geld- und Finanzsystem insgesamt in Frage gestellt. Diese Einwände haben die Diskussion über die Zukunft des Geldes wiederbelebt. Eine Diskussion, die übrigens so alt ist wie das Geldwesen selbst und die durchaus mit ähnlichen Argumenten das letzte Mal Ende der Achtzigerjahre im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung von Finanzinnovationen auf den internationalen Finanzmärkten stattfand (Mayer und Kneeshaw, 1989). Wie bei der Debatte rund um das Produktivitätsparadoxon stehen bei dieser Fragestellung wiederum „Technologieoptimisten“ und „Technologieskeptiker“, in all ihren Schattierungen, einander gegenüber.

### **5.1 Auswirkungen auf Effizienz und Effektivität der Geldpolitik**

Ein Teil der Befürchtungen geht in die Richtung, dass die IKT generell und das E-Geld im Besonderen den Informationsgehalt und damit die Aussagekraft von ökonomischen Indikatoren stark beeinflussen können. Dies könnte wiederum Fehleinschätzungen der Notenbanken begünstigen und eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Effektivität nach sich ziehen (Hoenig, 2000).

Die Unsicherheit über die zukünftige Produktivitätsentwicklung als Folge der Informationsrevolution kann ein erhebliches Beurteilungsproblem für die Notenbanken darstellen. Die Angebotseffekte einer Produktivitätserhöhung führen zu einer Dämpfung des Inflationsauftriebs. Auf der anderen Seite begünstigen die Nachfrageeffekte als Resultat gesteigener Erträge und Wohlfahrtsgewinne einen Preisauftrieb. Ein langfristiger Produktivitätsanstieg würde einen Anstieg des realen Sozialprodukts und damit eine Erhöhung der Grenzertragsrate des Kapitals nach sich ziehen. Dies würde wiederum einen Anstieg des realen Gleichgewichtszinssatzes bewirken. Im Zuge der Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität müssten die Noten-

banken ihre Leitzinsen entsprechend diesem höheren Niveau anpassen (Ferguson 2000b, Hämäläinen, 2001). Vor allem die Unterscheidung zwischen einer dauerhaften oder einer temporären Erhöhung der Geschwindigkeitsbeschränkung („speed limit“) der Wachstumsmöglichkeiten der Volkswirtschaft stellt sich als schwieriges Unterfangen dar. Beobachter schlagen daher vor, dass die Notenbanken ihre Einschätzung über den Entwicklungsstand der New Economy klar kommunizieren sollten, um etwaige Missinterpretationen seitens der Wirtschaft und damit verbundene Ineffizienzen zu vermeiden (Centre for European Policy Studies, 2001).

Weiters könnte es durch die Verbreitung von E-Geld zu statistischen Verzerrungen kommen.<sup>1)</sup> E-Geld könnte einen Einfluss auf die Abgrenzung jener Finanzanlagen haben, die bei Transaktionen als enge Substitute für Zentralbankgeld dienen. Bei der Formulierung der Geldpolitik müssten daher die Auswirkungen dieser Technologien Berücksichtigung finden und die Geldmengenaggregate neu definiert werden. Darüber hinaus kann E-Geld in seiner Entwicklungsphase zu einem instabilen Geldmultiplikator führen. Bereits Ende der Achtzigerjahre wurden bei einer Reihe von Finanzinnovationen, wie z. B. bei kurzfristigen marktgängigen Instrumenten, wie Depositenzertifikaten, ähnliche Befürchtungen geäußert. Die Erfahrungen mit diesen Innovationen haben gezeigt, dass sich die resultierenden Risiken durch diese Instrumente durchaus begrenzen ließen und es daher zu keiner Beeinträchtigung der Finanzmarktstabilität gekommen ist.

Die Informationswirtschaft erzeugt natürlich nicht nur Unschärfen in der statistischen Abbildung der Wirtschaft, sondern ermöglicht mehr Transparenz und damit auch eine schärfere Sichtweise der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Dies hat Beobachter allerdings die Befürchtung äußern lassen, dass die Notenbankpolitik damit einen wesentlichen Teil ihrer Überraschungseffekte und damit an Effektivität einbüßen könnte. Wie Woodford (2001, S. 18f.) anmerkt, gibt es auch gute Gründe, dass die gestiegene Transparenz im Gegenteil sogar zu einer Erhöhung der Effektivität der Geldpolitik, durch die Reduktion der Prognosefehler bei den Wirtschaftssubjekten, führen kann.

Eine weitere Einschränkung des geldpolitischen Handlungsspielraums könnte von der weitgehenden Substituierung von Zentralbankgeld durch privat emittiertes E-Geld ausgehen. Es wird nun befürchtet, dass die Notenbanken in letzter Konsequenz nicht mehr in der Lage wären, die Geldmarktsätze zu steuern. Die sinkende Nachfrage nach Zentralbankgeld würde eine Verkürzung der Notenbankbilanzen nach sich ziehen. Die Notenbanken würden in der Folge zu „an army with only a signal corps“ mutieren (Friedman, 1999 und 2000).

King geht noch einen Schritt weiter und sieht in der Informationswirtschaft auch die Rolle der Notenbank insgesamt bedroht. Denn wenn der technische Fortschritt alle elektronischen Transaktionen in Realzeit ermöglicht, dann könnte die Wirtschaft theoretisch ohne die Settlement- und Clearingfunktion einer Notenbank und in letzter Konsequenz ohne das

<sup>1</sup> Siehe dazu *Forum on the Development of Electronic Payment Technologies and Its Impact on Monetary Policy* (2000) und *Europäische Zentralbank* (1998).

Medium Geld auskommen. Das hätte zur Folge, wie King (1999, S. 48f.) weiter ausführt: „*The need to limit excessive money creation would be replaced by a concern to ensure the integrity of the computer systems used for settlement purposes.*“ und an anderer Stelle „*The successors to Bill Gates would have put the successors to Alan Greenspan out of business.*“ (King, 1999, S. 48f.)

Zu der Gruppe der „extremen“ Technologieoptimisten sind auch die Vertreter der Neuen Geldtheorie und der Free-Banking-Schule zu zählen (Goodhart und Frueger, 2001). Dies ist nicht weiter überraschend, entspricht doch die Vorstellung einer fortschreitenden Informationswirtschaft mit ihren sinkenden Transaktionskosten und abnehmender staatlicher Regulierung weitgehend den Annahmen der Neuen Geldtheorie (Krueger, 1999 und 2000). Zum Unterschied von keynesianischen oder monetaristischen Sichtweisen ist in der Welt der Neuen Geldtheorie eine Unterscheidung zwischen Geld und anderen Aktiven ohne staatliche Regulierung nicht mehr möglich. Geld in unserem bekannten Sinn wäre obsolet. Gleiches gilt für die Anhänger der Free-Banking-Theorie, die in einem unregulierten Geldwesen ebenfalls Stabilitäts- und Effizienzvorteile sehen. Allerdings gehen die Vertreter dieser Denkschule davon aus, dass Geld in unserer heutigen Form auch in einer unregulierten Welt weiterbesteht.

Schließlich wurden im Rahmen dieser Diskussion auch Gedanken von Hayek aufgegriffen und postuliert, dass die Zahlungsverkehrsinnovationen im Zusammenhang mit dem Internet das staatliche Geldmonopol unterminieren und einer wettbewerblichen Lösung für die private Geldproduktion den Weg frei machen würden.<sup>1)</sup>

Eine Reihe von Ökonomen, darunter vor allem Goodhart (2000) oder Woodford (2001) haben viele dieser Befürchtungen zu entkräften versucht und sich gegenüber den extremen Auswirkungen der Informationsgesellschaft eher skeptisch geäußert:

Erstens zeige die Geschichte des Geldes, dass die Verbreitung neuer Zahlungssysteme relativ lange Zeit in Anspruch nimmt und zudem die bestehenden Systeme bis dato nie vollständig verdrängt wurden. Ein Grund für das Weiterbestehen von Bargeld könnte, wie Goodhart und Krueger (2001) zeigen, vor allem die Präferenz der Währungsverwender für anonyme Transaktionen sein. Dafür verantwortlich könne der Schutz der Intimsphäre bis hin zur Verwendung in der grauen bzw. schwarzen Wirtschaft sein.

Zweitens weist z. B. Woodford darauf hin, dass Notenbanken in einer Welt ohne Zentralbankgeldnachfrage durchaus in der Lage wären, die kurzfristigen Zinssätze zu beeinflussen (Henckel, Ize und Kovanen, 1999). Bereits in den letzten Jahren hat es in vielen Ländern einen Übergang von der Reservensteuerung zur Zinssteuerung und der damit verbundenen Aufhebung bzw. Lockerung der Mindestreserven-Regelung gegeben, ohne dass die Effizienz der Geldpolitik darunter gelitten hätte (Sellon und Weiner, 1996). Theoretisch könnte die Notenbank in jedem Fall durch den An- bzw. Verkauf von Finanztiteln die Zinsstruktur beeinflussen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass etwaige Verluste der Notenbanken durch den öffentlichen

1 Einen kurzen Überblick bieten Duwendag, Ketterer, Kösters, Pohl und Simmert (1999).

Haushalt abgedeckt werden. Dies könnte wiederum die Unabhängigkeit der Notenbank einschränken. Zu dieser Einschränkung kann es verstärkt auch durch den Rückgang der Seignorage und damit der Notenbankgewinne, die eine Folge der Substitution des Zentralbankgeldes durch E-Geld sind, kommen.

Drittens besteht jederzeit die Möglichkeit, durch entsprechende Regulierungsmechanismen die Aufrechterhaltung des geldpolitischen Instrumentariums sicherzustellen. So könnten die E-Geld-Bestände der Mindestreserven-Haltung unterworfen werden. Ein anderer Vorschlag sieht vor, dass alle Steuerzahlungen auf Notenbankkonten zu erfüllen wären. In weiterer Folge könnten die Notenbanken dazu übergehen, E-Geld selbst zu emittieren.

Viertens wird angemerkt<sup>1)</sup>, dass Geld ein sozio-ökonomisches Konstrukt ist und damit die politische Dimension einen hohen Stellenwert hat. Demnach können technologische Errungenschaften den universellen Charakter des Geldwesens allein nicht in Frage stellen. Vor allem wenn die Geschichte des Geldes als das Streben von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet wird, sichere und vorhersehbare Institutionen zu schaffen, mit dem vorrangigen Zweck, dem Medium Geld entsprechendes Vertrauen verleihen zu können.

Von besonderem Interesse ist, dass in diesem Zusammenhang eine der beiden geldpolitischen Grundsatzdebatten<sup>2)</sup> wieder aufgegriffen wurde. Es handelt sich dabei um die Frage, ob eine Notenbank für die Funktionsweise eines Geldwesens überhaupt notwendig bzw. wünschenswert ist. Diese Debatte geht bis zur Auseinandersetzung zwischen Metallisten, die Geld aus dem substantziellen Wert ableiten, und den Nominalisten, für die das Geld Ausdruck einer Konvention ist, zurück.

## **5.2 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der geldpolitischen Effizienz und der Finanzmarktstabilität**

Die Notenbanken und Aufsichtsbehörden haben auf die Herausforderung durch die IKT bereits sehr früh reagiert.

Seit dem Jahr 1996 wurden auf Initiative der G-10-Notenbanken die Auswirkungen von E-Geld auf die Geldpolitik, die Zahlungsverkehrsaufsicht und die Notenbankgewinne durch die Zentralbanken genau beobachtet.<sup>3)</sup>

Vor allem die EK und die EZB haben sich für eine frühzeitige und angemessene Regulierung von E-Geld ausgesprochen. Zur Verringerung von Ungewissheiten soll bereits in einem frühen Stadium eine klare Regelung vorliegen (Duisenberg, 2001). Neben den geldpolitischen Überlegungen stand dabei auch das Interesse an einem reibungslosen und effizienten Funktionieren des Zahlungssystems im Vordergrund. Darüber hinaus sollen die technische Sicherheit und die „Interoperabilität“ der Systeme sichergestellt werden. Diese proaktive Strategie wird, wie eine Untersuchung der

1 Siehe dazu Aglietta (2001), Goodhart (2000), S. 30 sowie Henckel, Ize und Kovanen (1999), S. 35.

2 Die zweite Grundsatzdebatte regelgebundener versus diskretionärer Geldpolitik hat in diesem Kontext weniger Bedeutung.

3 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2000 und 1996).

Bank of Finland zeigt, auch von vielen Marktteilnehmern im Hinblick auf sichere Rahmenbedingungen begrüßt.<sup>1)</sup>

Um zu verhindern, dass

- die Preisstabilität und die Funktion des Geldes als Recheneinheit,
- das effiziente Funktionieren der Zahlungsverkehrssysteme und das Vertrauen in die Zahlungsverkehrsinstrumente,
- der Schutz der Kunden und Händler,
- die Stabilität der Finanzmärkte sowie
- der Schutz vor Missbrauch

beeinträchtigt wird, hat die Europäische Zentralbank (2000a) sieben Regeln für die Ausgabe von E-Geld vorgeschlagen:

1. Die Emittenten von E-Geld müssen der Bankenaufsicht unterliegen.
2. Die Rechte und Pflichten der jeweiligen Teilnehmer an einem E-Geld-System müssen genau festgelegt und bekannt gegeben werden.
3. E-Geld-Systeme müssen angemessene technische, organisatorische und verfahrensmäßige Sicherungen aufweisen.
4. Bereits bei der Entwicklung und Implementierung muss dem Schutz vor Missbrauch Rechnung getragen werden.
5. Die Zentralbanken müssen zum Zweck der Geldpolitik über alle entsprechenden Informationen verfügen können.
6. Die Emittenten müssen E-Geld auf Wunsch des E-Geld-Inhabers zum Nennwert gegen Zentralbankgeld zurückerstatten.
7. Zentralbanken müssen die Möglichkeit haben, Mindestreserve-Pflichten für alle Emittenten von E-Geld einführen zu können.

Aus Sicht der europäischen nationalen Zentralbanken sind unter Berücksichtigung dieser Regeln – selbst bei einer starken Verbreitung von E-Geld – die geld- und aufsichtspolitischen Ziele nicht gefährdet.

Die Empfehlungen der EZB haben in den entsprechenden Richtlinien der EU auch weitgehend Berücksichtigung erfahren. Die Richtlinien 2000/46/EG und 2000/28/EG stecken den aufsichtsrechtlichen Rahmen für E-Geld-Institute ab und stellen die Integrität und eine sorgfältige Geschäftsführung von Emittenten sicher. Die Ausgabe von E-Geld bleibt dabei auf traditionelle Kreditinstitute und auf die Emission von E-Geld spezialisierte Institute beschränkt.

In den USA und Japan haben die zuständigen Stellen stärker eine Politik des „wait and see“ verfolgt, mit dem Argument, dass zu diesem frühen Zeitpunkt eine staatliche Regulierung möglicherweise eine Beeinträchtigung der für eine Innovationsphase so unverzichtbaren Experimente darstellen würde (Greenspan, 1997).

Elektronischer Geschäftsverkehr und E-Geld können, wie gezeigt wurde, in Zukunft auch einen erheblichen Einfluss auf die Finanzintermediation ausüben. Damit steht das traditionelle Bank- und Finanzsystem unter erheblichem Veränderungsdruck. Ein sich stark wandelndes Bank- und Finanzsystem stellt, wie die Vergangenheit gezeigt hat, die Finanzmarktaufsicht vor eine große Herausforderung. Denn ohne Zweifel verändert sich durch diese technischen und finanziellen Innovationen das Risikoprofil auf

<sup>1</sup> Siehe dazu Gormez, Capie (2000), S. 20.

den Bank- und Finanzmärkten. Viel schwieriger dürfte die Frage zu beantworten sein, ob und wenn ja, in welchem Umfang, sich das Gesamtrisikoniveau durch die neue Informationswirtschaft verändert hat. So ist anzunehmen, dass es durch die zunehmende Standardisierung von Produkten und Prozessen sowie die verstärkte Spezialisierung der Finanzinstitute zu einer Erhöhung des Systemrisikos kommen könnte. Dies gilt auch für das Ansteckungsrisiko infolge des zunehmenden Netzwerkcharakters des Systems. Auf der anderen Seite erweist sich gerade diese Netzwerkorganisation als sehr krisenresistent. Bei einer Funktionsstörung in Teilbereichen des Systems übernehmen andere Teile dessen Aufgabe und vermeiden eine Störung des Gesamtsystems. Ähnlich dürfte die zunehmende Transparenz durch den Abbau von Informationsasymmetrien systemstabilisierend wirken.

Dementsprechend hat sich der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht mit diesem Problemfeld auseinander gesetzt und mit der Entwicklung harmonisierter Aufsichtskonzepte begonnen. Auf Grund der ersten Arbeitsergebnisse<sup>1)</sup> zeigt sich, dass die gegenwärtig gültigen Aufsichtsstrukturen generell als ausreichend empfunden werden. Zudem befinden sich die Innovationen in einem frühen Stadium, in dem es für konkrete Vorschriften und technische Standards noch nicht der richtige Zeitpunkt ist. Eine Adaption des Aufsichtsrahmens auf das veränderte Risikoprofil von E-Banking erscheint allerdings empfehlenswert. Die Arbeitsgruppe für E-Banking empfiehlt daher, dass die Aufsichtsbehörden gemeinsam mit der Finanzdienstleistungsindustrie entsprechend solide Risikomanagementkonzepte ausarbeiten sollen. Besondere Bedeutung haben dabei Fragen der technischen Sicherheit und der organisatorischen Ausgliederung von IT-Betrieben. Auf Grund des grenzüberschreitenden Charakters des E-Banking ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und eine intensivere IT-Orientierung der Aufsichtsbehörden notwendig (Schilder, 2001). Damit wird der Trend zur qualitativen Ausrichtung der Aufsicht weiter verstärkt.

Wie schon bei der Geldpolitik dürften die neuen Technologien zu erheblichen statistischen Verzerrungen der Indikatoren führen. Bewertungsfragen werden in den kommenden Jahren daher verstärkt im Blickfeld der Finanzmarktaufseher stehen müssen. Diese beziehen sich auf das Feld „intangible assets“ oder die Produktivitätsmessung.

## **6 Auswirkungen auf die Notenbankstruktur**

Eine fortschreitende Informationswirtschaft wird allerdings nicht nur auf den Ziel- und Strategiebereich der Notenbank einen großen Einfluss ausüben, sondern auch die Organisationsstruktur erheblich beeinflussen. Erstens gilt natürlich auch Chandlers These, wonach die Struktur der Strategie folgt. Zweitens sind Notenbanken Institutionen, die sich primär mit der Produktion, Verarbeitung und Vermittlung von Informationen beschäftigen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Effekte des Internets eine ebenso tief greifende Wirkung auf die Aufbau- und Ablauforganisation einer Notenbank haben werden.

*1) Siehe dazu Basel Committee on Banking Supervision (2000) und Deutsche Bundesbank (2000).*

Da sowohl das Federal Reserve System (FED) als auch das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) eine netzwerkähnliche Organisationsstruktur<sup>1</sup>) aufweisen, erscheinen die Einsatzmöglichkeiten des Internets besonders vielversprechend. Bereits jetzt erleichtert das Internet die Arbeit der geografisch sehr weit voneinander entfernten Notenbanken deutlich. Vor allem in dem noch am Beginn seiner Entwicklung stehenden europäischen Notenbanksystem könnten die IKT die Arbeit erheblich erleichtern. Um der schnelllebigeren Zeit gerecht zu werden, könnte der konsequente Einsatz der IKT die notwendigen Verkürzungen der Informations-, Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungs-lags ermöglichen.

Schließlich könnte der konsequente Einsatz der IKT einen Beitrag zu einer optimalen Allokation der Mittel und damit erhebliche Kosteneinsparungen leisten. Das Internet bietet in diesem Zusammenhang die große Chance, dass Notenbanken kunden- und vor allem bürgernäher auftreten können.

Im Bereich von Wissenschaft und Forschung hat sich das Internet schon seit langem etabliert. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs- und Analysebereiche der Zentralbanken werden daher vom Fortschritt des Internets weiter profitieren können, da trotz eines steigenden Informationsangebots die Informations- und Suchkosten weiter drastisch sinken werden (Taylor, 1998). Dies gilt wahrscheinlich auch für den Bereich der Erhebung und Aufbereitung von Statistiken, wo erstmals ein interaktives Zusammenwirken zwischen Datenmeldern und Datenanalytikern in kostengünstiger Form möglich erscheint. Generell wird dem Feld der zeitgemäßen Datenmessung und Datenauswertung verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken sein. Die Entwicklung neuer Bewertungsmethoden für Informations- und Wissensgüter bzw. die Erstellung von Wissensbilanzen, wie sie bereits von einigen Unternehmen praktiziert wird, könnte wegweisend sein.

Der Einsatz der neuen IKT wird die traditionell hierarchisch ausgerichteten Organisationsstrukturen aufweichen. Der Bedarf an flexiblem und hoch qualifiziertem Personal wird ebenfalls weiter steigen. Dies erfordert den forcierten Einsatz moderner Managementmethoden, insbesondere im Human-Resource- und Wissensbereich (KPMG Consulting, 1999); gleichzeitig wird der Betrieb technologieorientierter. Eine intensivere Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen, insbesondere dem technologischen Fortschritt und dessen Folgewirkungen, erscheint erforderlich (Kováts, 2000). Szenariomanagement, strategische Frühaufklärung und Technologiefolgenabschätzung machen zudem eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Forschung und den internationalen Organisationen notwendig (Stewart, 2000).

Notenbanken sind nicht nur wirtschaftspolitische Administrationen, sondern auch große Logistikunternehmen. Der Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit der Einführung des Euro zeigt dies recht deutlich. Wenngleich das direkte Engagement von Land zu Land divergiert, so sind letztlich alle

<sup>1</sup> Als strategische Netzwerke können Organisationsformen bezeichnet werden, die rechtlich selbstständige, wirtschaftlich aber interdependente Unternehmen sind, die sich auf Teilaspekte einer Wertschöpfungskette spezialisiert haben und gemeinschaftliche Strategien verfolgen. Sydow (1993).

Notenbanken für die Produktion bzw. Verteilung von Bargeld verantwortlich. Der Einsatz des Internets, insbesondere von B2B-Anwendungen könnte in diesem Bereich in den nächsten Jahren zu erheblichen Einsparungen führen. B2B-Anwendungen, insbesondere eProcurement bieten sich darüber hinaus im gesamten Notenbankbereich an. Gerade in dieser Sparte könnten neue Kooperationsfelder zwischen den Notenbanken eröffnet werden.

## **7 Schlussbemerkungen**

Es ist aus derzeitiger Sicht wahrscheinlich noch verfrüht, ein endgültiges Urteil darüber abzugeben, welche Auswirkungen der Eintritt in die Wissensgesellschaft für die Notenbanken hat. Einige Schlussfolgerungen lassen sich allerdings bereits ziehen:

1. Mit dem Fortschreiten der Informationsgesellschaft werden sich die Notenbanken zunehmend in Richtung einer „elektronischen Zentralbank“ wandeln. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Notenbanken bereits zu den intensivsten Nutzern der modernen IKT gehören. Die strategische Bedeutung der Technologie wird dennoch in Zukunft deutlich ansteigen. Im Zusammenhang mit der Informationsökonomie wird weiters der Bedarf einer integrierten Kommunikationspolitik deutlich zunehmen.
2. Die Einschätzung der Entwicklung der Informationsökonomie seitens der Notenbanken hat sich bisher im Großen und Ganzen als richtig erwiesen. Auf Grund der makro- und mikroökonomischen Evidenz hat sich nicht nur bei Notenbanken, sondern auch in breiten Teilen der Fachwelt die Meinung durchgesetzt, dass die Produktivität sowohl durch den großen Fortschritt im IKT-Sektor als auch durch eine verstärkte Nutzung dieser Technologien in der restlichen Wirtschaft positive Impulse bekommt. Damit ist bis zu einem gewissen Grad das Produktivitätsparadoxon widerlegt worden. Allerdings dürften die makroökonomischen Auswirkungen geringer sein als ursprünglich vielfach erwartet (DeLong und Summers, 2001). Vielleicht kann das Produktivitätsrätsel erst endgültig durch die kommende Wirtschaftshistorikergeneration geklärt werden (Blinder, 2000).

Es ist anzunehmen, dass die New Economy nicht nur ein temporäres Phänomen der Neunzigerjahre war, das in engem Zusammenhang mit der „irrationalen Übertreibung“ der Aktienbörsen gestanden ist. Allerdings dürfte die kommende Entwicklung bei weitem nicht so dynamisch und einheitlich verlaufen wie noch vor einigen Jahren angenommen. Darum müssen sich die Notenbanken verstärkt mit technologischen Fragen auseinandersetzen. Um die in Zukunft sehr komplexen und vernetzten Problemfelder abschätzen zu können, sollten neben dem traditionellen Prognoseinstrumentarium auch verstärkt alternative Wege, wie z. B. die Technologiefolgenabschätzung, gegangen werden.

3. Die Debatte rund um die Informationsökonomie zeigt, welche Grenzen dem traditionellen Analyseinstrumentarium der Wirtschaftswissenschaften und der Statistik nach wie vor gesetzt sind. Die Federal Reserve Bank of Cleveland hat dies mit dem Motto „we are what we measure“ sehr treffend zum Ausdruck gebracht (Federal Reserve Bank of Cleveland,



2000). Die Notenbanken sind daher bei der Entwicklung zeitgemäßer Mess- und Analyseinstrumente gefordert, damit in Zukunft die Effizienz der geldpolitischen Instrumente aufrecht erhalten bzw. verbessert werden kann.

4. Die Debatte rund um die New Economy hat als Katalysator gewirkt und zu einer Reihe von wirtschaftstheoretischen Diskussionen geführt. Zur Vermeidung von Unsicherheiten sollten die Notenbanken auch an diesem Diskurs verstärkt teilnehmen.
5. Obwohl einige Szenarien bereits das Ende des traditionellen Geld- und Bankwesens anbrechen sehen, dürfte diese Zeit – wenn überhaupt – noch lange nicht gekommen sein. Vielmehr ist anzunehmen, dass gerade in der Übergangsphase von der Industrie- zur Informationsgesellschaft der Bedarf an Institutionen, die traditionell ein Garant für Stabilität, Sicherheit und Vertrauen sind, entsprechend hoch sein wird.

### Literaturverzeichnis

- Aglietta, M. (2001).** Whence and Wither Money? OECD Forum for the Future Conference on „The Future of Money“, Luxemburg.
- Baily, M. N. (2001).** Macroeconomic Implications of the New Economy. Institute for International Economics, Symposium on Economic Policy for the Information Economy, Jackson Hole, Wyoming.
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (1996).** Implications for Central Banks of the Development of Electronic Money, Basel.
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2000).** Survey of Electronic Money Developments, Basel.
- Basel Committee on Banking Supervision (2000).** Electronic Banking Group Initiatives and White Papers, Basel.
- Blinder, A. (2000).** The Internet and the New Economy. The Internet Policy Institute, [www.brook.edu](http://www.brook.edu).
- Board of Commissioners of Currency (2001).** Singapore Electronic Legal Tender. OECD Forum „The Future of Money“, Singapur.
- Brynjolfsson, E., Hitt, L. (2000).** Beyond Computation: Information Technology, Organizational Transformation and Business Practices. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 14, Nr. 4, 23–48.
- Capie, F., Goodhart, C., Schnadt, N. (1994).** The Development of Central Banking. Bank of England Central Banking Symposium, 9. Juni.
- Carlson, J., Furst, K., Lang, W. W., Nolle, D. E. (2001).** Internet Banking: Market Developments and Regulatory Issues. Office of the Comptroller of the Currency, Mai.
- Centre for European Policy Studies (2001).** Testing the Speed Limit for Europe, 3rd Annual Report of the CEPS Macroeconomic Policy Group, Brüssel.
- Claessens, S., Glaessner, T., Klingebiel, D. (2000).** Electronic Finance: Reshaping the Financial Landscape Around the World. The World Bank, September.
- Cooke, S. (1997).** Structural Change in the US Banking Industry: The Role of Technology. US Department of Commerce WP ESA OPA 97–106.
- Coppel, J. (2000).** E-Commerce: Impacts and Policy Challenges, Economic Department. In: Working Papers Nr. 252, [www.oecd.org/eco](http://www.oecd.org/eco).
- Council of Economic Advisers (2001).** Annual Report of the Council of Economic Advisers. Washington D.C.

- Credit Suisse First Boston (2000).** The European Digital Economy. Euro 11 Special, Juli.
- D’Avolio, G., Gildor, E., Shleifer, A. (2001).** Technology, Information Production, and Market Efficiency, The Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole, Wyoming.
- David, P. (1990).** The Dynamo and the Computer: An Historical Perspective on the Modern Productivity Paradox. In: American Economic Review (Papers and Proceedings), Vol. 80, Nr. 2, 355–361.
- Deloitte Consulting and Deloitte & Touche (2000a).** At the Dawn of E-Government: The Citizen as Customer; [www.dc.com/research](http://www.dc.com/research).
- Deloitte Consulting and Deloitte & Touche (2000b).** Re-Inventing Financial Services, Business Models, [www.dc.com/research](http://www.dc.com/research).
- Deloitte Consulting and Deloitte & Touche (2001).** Online Securities Trading 2001.
- Delong, J. B., Summers, L. (2001).** The „New Economy“: Background, Questions, and Speculations, Conference Draft.
- Deutsche Bank Research (2000).** Economics, Internet-Revolution und „New Economy“. Mikroökonomische Aspekte der Internet Economy, Frankfurt.
- Deutsche Bundesbank (1999).** Neuere Entwicklungen beim elektronischen Geld, Monatsbericht Juni.
- Deutsche Bundesbank (2000).** Electronic Banking aus bankenaufsichtlicher Perspektive, Monatsbericht Dezember.
- Dolmetsch, R. (2000).** eProcurement, München.
- Dresdner Bank (2000).** Trends Spezial, Wirtschaftsanalysen, April.
- Dryden, J. (2000).** The Work of the OECD on Electronic Commerce, [www.oecd.org](http://www.oecd.org), Paris.
- Duisenberg, W. F. (2001).** E-Economy: Brauchen wir künftig noch Banken? Rede vor dem 17. Deutschen Bankentag in Berlin am 4. April.
- Duwendag, D., Ketterer, K.-H., Kösters, W., Pohl, R., Simmert, D. B. (1999).** Geldtheorie und Geldpolitik in Europa, Springer, Berlin.
- Eichengreen, B. (1999).** Vom Goldstandard zum Euro, Berlin.
- Europäische Kommission (2000).** EU-Wirtschaft, Jahresbilanz 2000.
- Europäische Kommission (2001).** eEurope 2002 Auswirkungen und Prioritäten. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Brüssel.
- Europäische Zentralbank (1998).** Bericht über elektronisches Geld, Frankfurt/Main.
- Europäische Zentralbank (1999).** The Effects of Technology on the EU Banking Systems, Frankfurt/Main.
- Europäische Zentralbank (2000).** Fragen rund um den Einsatz von elektronischem Geld, Monatsbericht November, 55f.
- Europäische Zentralbank (2001).** Neue Technologien und Produktivität im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht Juli, 41f.
- Evans, P., Wurster, T. (1997).** Strategy and the New Economics of Information. In: Harvard Business Review, Nr. 5, September/Okttober.
- Evans, P., Wurster, T. (2000).** Web Att@ck, München, Wien.
- Fan, M., Stallaert, J., Whinston, A. (2000).** The Internet and the Future of Financial Markets, Communications of the ACM, November, Vol. 43, Nr. 11.
- Federal Reserve Bank of Cleveland (2000).** Theory ahead of Rhetoric Measurement and the „New Economy“, Annual Report.
- Ferguson, R. W. Jr. (2000a).** Information Technology in Banking and Supervision, BIS Review 91.
- Ferguson, R. W. Jr. (2000b).** Technology, Macroeconomics, and Monetary Policy, Rochester, New York.

- Foresight (2000).** Financial Services Panel Overview, [www.foresight.gov.uk](http://www.foresight.gov.uk).
- Forrester Research (2000).** North America will Lead Global Ecommerce to \$ in 2004, [www.forrester.com](http://www.forrester.com).
- Forum on the Development of Electronic Payment Technologies and Its Impact on Monetary Policy (2000).** Interim Report. In: IMES Discussions Paper Series, Nr. 2000-E-6, Bank of Japan, Tokio.
- Friedman, B. M. (1999).** The Future of Monetary Policy: The Central Bank as an Army with Only a Signal Corps? In: *International Finance* 2, 321–338.
- Friedman, B. M. (2000).** The Threat to Monetary Policy from the Electronic Revolution in Banking. Harvard University.
- Giannini, C. (1994).** Confidence Costs and the Institutional Genesis of Central Banks. In: *Temi di discussione, Banca d'Italia*, Nr. 226, Mai.
- Goldfinger, C. (2001).** Intangible Economy and Electronic Money. In: OECD Forum for the Future Conference „The Future of Money“.
- Goldman Sachs (2000).** Technology: Internet-Commerce United States, [www.gs.com](http://www.gs.com), New York.
- Goodhart, C. A. E. (1988).** The Evolution of Central Banks. In: MIT Press, London.
- Goodhart, C. A. E. (2000).** Can Central Banking Survive the IT Revolution? In: *International Finance* 3, 189–209.
- Goodhart, C. A. E., Krueger, M. (2001).** The Impact of Technology on Cash Usage. LSE Financial Markets Group. In: Discussion Paper 374, April.
- Gordon, R. J. (2000).** Does the „New Economy“ Measure up to the Great Inventions of the Past? In: *Journal of Economic Perspectives*, Vol.14, Nr. 14, Herbst, 49–74.
- Gormez, Y., Capie, F. (2000).** Surveys on Electronic Money. In: Bank of Finland Discussion Papers, Nr. 7, Helsinki.
- Graydon, Paulin (2000).** The Changing Face of Central Banking in the 1990s. Bank of Canada Review article.
- Greenspan, A. (1997).** Fostering Financial Innovation: The Role of Government. In: Dorn, J. A., *The Future of Money in the Information Age*, Washington D.C.
- Greenspan, A. (2000a).** The Revolution in Information Technology. Boston College Conference on the New Economy, Boston, Massachusetts, 6. März.
- Greenspan, A. (2000b).** Structural Change in the New Economy, Pennsylvania.
- Group of Ten (2001).** Report on Consolidation in the Financial Sector; [www.oecd.org](http://www.oecd.org).
- Hämäläinen, S. (2001).** Is the New Economy really new? European Central Bank, Jaakko Honko Lecture, Helsinki School of Economics.
- Hartmann, M. E. (2000).** Elektronisches Geld und Geldpolitik. Analyse der Wechselwirkungen, Gabler, Karlsruhe.
- Hauser, C., Cramer, M., Hoffmann, O. (2001).** E-Business-Trends im Finanzdienstleistungssektor. In: *Internet & Electronic Business*, Hrsg. Andreas Meier, Orell Füssli, Zürich.
- Henckel, T., Ize, A., Kovanen, A. (1999).** Central Banking Without Central Bank Money. In: IMF Working Paper WP/99/92.
- Hoening, T. M. (2000).** Monetary Policy in a Changing World. In: *Economic Review*, Federal Reserve Bank of Kansas City.
- Imo, C. (2000).** Internet Broking – Status und Trends. In: *Bankarchiv*, 48. Jahrgang, Wien, April.
- Issing, O. (2000).** The New Economy – A European View. Speech by Professor Issing, Nation Conference CBI 2000, Birmingham, 7. November.
- J. P. Morgan (2000).** European Banking: Online Finance Europe, London.

- Jorgenson, D. W. (2001).** Information Technology and the U.S. Economy. In: The American Economic Review, März, Vol. 91, Nr. 1.
- Jorgenson, D. W., Stiroh K. J. (2000).** Raising the Speed Limit: U.S. Economic Growth in Information Age. In: Brookings Papers on Economic Activity 1, 125–211.
- Kamihachi, J. D. (1999).** Testimony of James D. Kamihachi, Senior Deputy Comptroller for Economic and Policy Analyses, Office of the Comptroller of the Currency before the Subcommittee on Capital Markets, Securities and Government-Sponsored Enterprises of the Committee on Banking and Financial Services of the U.S. House of Representatives, 25. März.
- Kelly, K. (1998).** Net Economy, Zehn radikale Strategien für die Wirtschaft der Zukunft. Econ München, Düsseldorf.
- King, M. (1999).** Challenges for Monetary Policy: New and Old. Symposium sponsored by the Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole, Wyoming, [www.kc.frb.org](http://www.kc.frb.org).
- Klein, B. (2001).** The Microsoft Case. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 15, Nr. 2.
- Kováts, F. (2000).** Foresight: A Tool for Pre-accession Countries to Face the Challenges of Globalization and Integration, UNIDO, Wien.
- KPMG Consulting (1999).** Knowledge Management Research Report 2000, [www.kpmg.co.uk](http://www.kpmg.co.uk).
- Krueger, M. (1999).** Towards a Moneyless World? University of Durham, Department of Economics & Finance, Working Paper Nr. 9916, Oktober.
- Krueger, M. (2000).** New Monetary Economics. In: Obst und Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Hrsg. Jürgen von Hagen und Johann von Stein, Stuttgart.
- Lucking-Reiley, D., Spulber, D. F. (2001).** Business-to-Business Electronic Commerce. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 15/1, Winter, 55–68.
- Mayer, H., Kneeshaw, J. (1989).** Struktur des Finanzmarktes und Wandel der Richtlinien und Bestimmungen. In: Heertje Arnold, Technische und Finanzinnovation, Basil Blackwell, Oxford, Campus Verlag, Frankfurt/Main.
- Meier, A. (2001).** Internet & Electronic Business, Orell Füssli, Zürich.
- Merz, M. (1999).** Electronic Commerce: Marktmodelle, Anwendungen und Technologien, Heidelberg, dpunkt.verlag.
- Morgan Stanley Dean Witter Research (1999).** The Internet and Financial Services, [www.msdcw.com/techresearch](http://www.msdcw.com/techresearch).
- Mrak, M. (2000).** Globalization: Trends, Challenges and Opportunities for Countries in Transition, UNIDO, Wien.
- Mundell, R. A. (2000).** A Reconsideration of the Twentieth Century. In: The American Economic Review, Juni.
- Nenninger, M. (1999).** Electronic Procurement – Neue Beschaffungsstrategien durch Desktop Purchasing Systeme, KPMG, München, [www.kpmg.de/services/consulting/ebusiness](http://www.kpmg.de/services/consulting/ebusiness).
- NZZ (2000).** New Economy? Am Ende vom Anfang der New Economy, [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch).
- OECD (1999).** The Economic and Social Impact of Electronic Commerce: Preliminary Findings and Research Agenda, Paris.
- OECD (2000a).** Information Technology Outlook 2000, Paris.
- OECD (2000b).** A New Economy? The Changing Role of Innovation and Information Technology in Growth, Paris.
- OECD (2001a).** Economic Outlook, Vol. 2001/1, Nr. 69, Juni.
- OECD (2001b).** Electronic Finance: Current Trends and Future Prospects, DAFFE, 6. März.

- Oliner, S. D., Sichel, D. E. (2000).** The Resurgence of Growth in the Late 1990s: Is Information Technology the Story? In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 14, Nr. 4, AFII, 3–22.
- Orlikowski, W. J., Iacono, S. C. (2000).** The Truth Is Not Out There: An Enacted View of the „Digital Economy“, Institute of Technology, Massachusetts.
- Padoa-Schioppa, T. (1999).** Reflections on the Globalisation and Europeanisation of the Economy, Lecture, University of Göttingen, www.ecb.int.
- Papows, J. (2000).** enterprise.com, Frankfurt/Main.
- Picot, A., Reichwald, R. (2001).** Die grenzenlose Unternehmung. Gabler; Wiesbaden.
- Porter, M. E. (2001).** Bewährte Strategien werden durch das Internet noch wirksamer. Harvard Business Manager 5.
- Richter, R., Furubotn, E. (1999).** Neue Institutionenökonomik. Mohr Siebeck, Tübingen.
- Rose, F. (1999).** The Economics: Concept and Design of Information Intermediaries. Physica, Heidelberg.
- RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2000).** Wachstums- und Beschäftigungspotentiale der Informationsgesellschaft bis zum Jahre 2010. Endbericht zum Forschungsauftrag Nr. 30/99, Essen.
- Schilder, A. (2001).** Banking in the New Economy: A Supervisory Perspective. Speech at the Take Off Conference, University of Maastricht, 14. Februar.
- Schreyer, P. (2000).** The Contribution of Information and Communication Technology to Output Growth: A Study of the G7 Countries. In: OECD STI Working Paper 2.
- Schuster, R., Färber, J., Eberl, M. (1997).** Digital Cash. Berlin, Heidelberg, New York.
- Sellon, G. H., Weiner S. E. (1996).** Monetary Policy Without Reserve Requirements: Analytical Issues. In: Economic Review, Federal Reserve Bank of Kansas City.
- Shapiro, C., Varian, H. (1999a).** Information Rules: A Strategic Guide to the Network Economy. In: Harvard Business School Press, Boston.
- Shapiro, C., Varian, H. R. (1999b).** Online zum Erfolg. Langen Müller/Herbig, München.
- Shaw, M. J. (2000).** Electronic Commerce: State of the Art. In: Shaw, M., Blanning, R., Strader, T., Whinston, A., Handbook on Electronic Commerce, Berlin, Heidelberg, New York.
- Shirakawa, M. (1997).** Financial Market Globalization: Present and Future. In: IMES Discussion Paper Nr. 97-E-11.
- Solomon, E. H. (1997).** Virtual Money. Oxford, New York.
- Stewart, J. (2000).** Changing Technology and the Payment System. Current Issues in Economics and Finance. Federal Reserve Bank of New York, Oktober.
- Stiroh, K. J. (2001a).** What Dives Productivity Growth? In: Economic Policy Review, Federal Reserve Bank of New York, Vol. 7, Nr. 1, März, 37–60.
- Stiroh, K. J. (2001b).** Information Technology and the U.S. Productivity Revival: What Do the Industry Data Say? In: Federal Reserve Bank of New York Staff Report, Nr. 115, Jänner.
- Stiroh, K. J. (2001c).** Are ICT-Spillovers Driving the New Economy? In: Federal Reserve Bank of New York.
- Streissler, E. (2001).** Financial Institutions and Technological Progress: A Historical Perspective, Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB, Wien.
- Sydow, J. (1993).** Strategische Netzwerke, Wiesbaden.
- Taylor, J. B. (1998).** Information Technology and Monetary Policy. In: Monetary and Economic Studies, Dezember, Bank of Japan, Tokio.
- The Economist (2000a).** A Survey of Online Finance, 20. Mai.
- The Economist (2000b).** A Survey of Government and the Internet, 24. Juni.
- The Economist (2001).** Measuring the New Economy, 11. August, 12f.

- U.S. Department of Commerce (2000).** Digital Economy 2000. Washington D.C.,  
www.ecommerce.gov.
- United Nations Conference on Trade and Development UNCTAD (2000).** Building  
Confidence, Electronic Commerce and Development.
- U.N. World Investment Report (2000).** Cross-border Mergers and Acquisitions and  
Development, New York, Genf.
- Varian, H. R. (2001).** High-Technology Industries and Market Structure. Juli rev. 6. August,  
University of Berkeley.
- Vartanian, T., Ledig, R., Bruneau, L. (1998).** 21st Century Money, Banking and  
Commerce, Washington D.C.
- Visco, I. (2000).** The New Economy: Factor or Fiction? In: Observer Nr. 221/222, OECD, Paris.
- Weninger, J. (1999).** Business to Business Electronic Commerce. In: Current Issues in  
Economic and Finance, Vol. 5, Nr. 10, Federal Reserve Bank of New York.
- Weninger, J. (2000).** The Emerging Role of Banks in E-Commerce. In: Current Issues in  
Economic and Finance, Vol. 6, Nr. 3, Federal Reserve Bank of New York.
- Woodford, M. (2001).** Monetary Policy in the Information Economy. Federal Reserve Bank of  
Kansas City, Kansas City.

# Das Zahlungsverhalten privater Haushalte in Österreich

Ergebnisse einer Untersuchung zur Nutzung von  
Zahlungskarten und zur Struktur der Zahlungstransaktionen  
im Jahr 2000

## I Einleitung

„Bargeld oder Karte? Wie wollen Sie bezahlen?“ Diese Frage stellt sich beim Zahlen immer öfter. „Hole ich mir Bargeld vom Bankomat oder zahle ich mit Karte?“ Hat man sich für die Karte entschieden, besteht meist wieder die Qual der Wahl: Maestro, Quick-Karte, Kreditkarte oder Kundenkarte? In Österreich gibt es, dem internationalen Trend entsprechend, immer mehr unbare Zahlungsmöglichkeiten. Was es jedoch bisher nicht gibt, ist ein umfassendes Bild des aktuellen Zahlungsverhaltens. Die vorliegende Studie füllt diese Lücke, indem versucht wird, aus verschiedenen originären Datenquellen ein rezentes Gesamtbild der „Zahlungskultur“ in Österreich zu gewinnen.

Aus Notenbanksicht ist eine regelmäßige und auf einem ausreichend disaggregierten Datenbestand basierende Betrachtung des Zahlungsverhaltens der Bevölkerung nach geldpolitischen, aufsichtsrechtlichen und bargeldlogistischen Gesichtspunkten unumgänglich. Um Trends aufzuzeigen und um künftige Entwicklungen einzuschätzen, wird – soweit möglich – ein Vergleich zu einer im Jahr 1996 erstellten Studie (Mooslechner und Wehinger, 1997) vorgenommen. Seit dieser Analyse haben mehrere Zahlungssysteme deutlich an Bedeutung gewonnen, vor allem Point-of-Sale (POS)-Kassen. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die zunehmende Verbreitung dieser unbaren Zahlungsformen auf den Bargeldumlauf, aber auch auf andere Zahlungsmöglichkeiten hat.

Die verwendeten Daten reichen bis zum vierten Quartal 2001. Knapp vor der Eurobargeldeinführung bietet sich damit die Gelegenheit, ein letztes Gesamtbild der Zahlungstransaktionen der „Schilling-Ära“ zu dokumentieren. Auf dieser Basis können zu einem späteren Zeitpunkt dadurch die Auswirkungen der Einführung der neuen Währung auf das Zahlungsverhalten und auf die Zahlungstransaktionen untersucht werden.

Die Ergebnisse dieser Studie basieren zum Großteil auf zwei Umfragen, die von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in Auftrag gegeben und vom Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführt wurden. Die Grundlage der Zielpersonenauswahl für beide Umfragen bildet ein repräsentatives Random-Sample der in Österreich lebenden Frauen und Männern ab dem 15. Lebensjahr.

In der ersten Umfrage wird das konkrete Zahlungsverhalten (nachfolgend *Zahlungsverhaltensumfrage* genannt) erhoben. Dazu dokumentierten die befragten Personen eine Woche lang alle persönlich getätigten Einkäufe bzw. Zahlungen nach Zahlungsbetrag, Zahlungsart sowie Branche. Bei diesen Zahlungen wurden Überweisungen ausdrücklich ausgeschlossen. In einem zweiten Teil wurden zusätzlich Großzahlungen (über 5.000 ATS<sup>1</sup>), die innerhalb vier Wochen vor der Befragung angefallen waren, ebenfalls nach Zahlungsbetrag, Zahlungsart sowie Branche erfasst. Diese Umfrage wurde

Peter Mooslechner,  
Helmut Stix,  
Karin Wagner

1 Die Werte werden in der vorliegenden Studie auch nach Einführung des Eurobargelds noch in Schilling angegeben. Dies soll einerseits verdeutlichen, dass sich die Daten auf den Zeitraum beziehen, in dem nur der Schilling in Umlauf war, zum anderen entsprechen diese Schillingbeträge den in den Erhebungen verwendeten Werten.

im September/Oktober 2000 durchgeführt und bildet die Grundlage für die in Kapitel 2 beschriebene Analyse.

Die zweite Umfrage (nachfolgend *Zahlungskartenumfrage* genannt) wird seit 1996 quartalsweise durchgeführt; die aktuellsten Daten aus der Umfrage stammen aus dem vierten Quartal 2001. Dabei werden Daten zum Besitz sowie zur tatsächlichen und geplanten Nutzung von Zahlungskarten erhoben. Die jüngsten Umfragen enthalten auch Daten zu den Zahlungsgewohnheiten in Bezug auf die von Geschäftsbanken angebotenen Zahlungsmittel wie Überweisung, Erlagschein, etc. Diese Daten werden in Kapitel 3 verwendet.

Indem sie die subjektiven Einschätzungen der befragten Personen widerspiegeln, gewähren die Umfragedaten zweifellos interessante Einblicke in das Zahlungsverhalten der österreichischen Bevölkerung. Um das Bild noch zu ergänzen, erscheint es zweckmäßig, die Daten der *Zahlungskartenumfrage* mit der tatsächlichen statistischen Entwicklung zu kontrastieren. Daher werden in Kapitel 3 auch Daten von Europay Austria über die Verbreitung der Zahlungskarten, der Bankomaten und der POS-Kassen analysiert.)

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird in Kapitel 2 die Zusammensetzung der Zahlungstransaktionen privater Haushalte analysiert. Dabei erfolgt eine Unterscheidung sowohl nach Zahlungsform und Zahlungsbeträgen, als auch nach Branchen und Wochentagen. Die Verwendung und Verbreitung diverser Zahlungskarten, insbesondere die Entwicklung von Bankomat- und Quick-Transaktionen, werden in Kapitel 3 behandelt. Die Auswertung von Umfragedaten ermöglicht, neben der deskriptiven Betrachtung auch statistisch fundierte Diskriminanzanalysen über die Wahl der jeweiligen Zahlungskarte durchzuführen. Dies ist ebenfalls Gegenstand des Kapitels 3. Den Abschluss bildet Kapitel 4 mit einer Zusammenfassung der wesentlichsten Gesichtspunkte.

## **2 Zusammensetzung der Zahlungstransaktionen privater Haushalte in Österreich im Jahr 2000**

Wie schon die Erhebung des Jahres 1996 hatte – über den Schwerpunkt der Verbreitung moderner Zahlungsformen in Österreich hinaus – auch die Erhebung für das Jahr 2000 wieder zum Ziel, Informationen über die Struktur der Zahlungstransaktionen privater Haushalte in Österreich zur Verfügung zu stellen. Insbesondere hinsichtlich des Ausmaßes und der Struktur der Bargeldtransaktionen privater Nichtbanken – also im Speziellen von privaten Haushalten – im Gesamtbild der Zahlungstransaktionen gibt es in Österreich keine originären Informationsgrundlagen.

Im leicht veränderten Format der Erhebung des Jahres 2000 steht als Grundlage die Auswertung von 14.805 direkten Zahlungstransaktionen zwischen Nichtbanken (= Zahlungen von privaten Haushalten bei Unternehmen) mit einem gesamten Zahlungsbetrag von 4,7 Mio ATS zur Verfügung. Diese Werte beziehen sich auf ein auswertbares Sample der Transaktionen von 1.204 Personen im Zeitraum einer Woche, wobei Großzahlungen (über 5.000 ATS) gleichzeitig für die vorangegangenen vier

1 Die Autoren danken Europay Austria für die Bereitstellung der Daten.



Wochen erfragt wurden. Damit sind in der Erhebung etwas mehr als 12 Zahlungstransaktionen pro Person und Woche bzw. nicht ganz 2 Transaktionen pro Tag erfasst. Wie zu erwarten, deutet das auf eine Untererfassung der tatsächlich getätigten Transaktionen hin. Der Durchschnittswert pro Zahlungstransaktion liegt bei rund 316 ATS, die erfasste Ausgabensumme pro Woche bei knapp 3.900 ATS.

Mangels makrostatistischer Daten über die Grundgesamtheit der Anzahl und des Volumens an Zahlungstransaktionen zwischen Nichtbanken kann der Erfassungsgrad der Erhebung nicht genau eingeschätzt werden. Einerseits deutet eine durchschnittliche Wochenausgabensumme von 3.900 ATS auf einen vergleichsweise guten Erfassungsgrad hin, andererseits erscheinen durchschnittlich 2 Transaktionen pro Tag eher wenig. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass Klein- und Kleinstzahlungen vermutlich nur sehr eingeschränkt repräsentiert sind. Trotzdem kann für die Zusammensetzung der Zahlungstransaktionen ein aussagekräftiges und plausibles Bild erwartet werden.

Im Vergleich zur Erhebung von 1996 scheint es bei den Großzahlungen – durch die Umstellung auf eine schriftliche Erhebung – gewisse Erfassungsprobleme gegeben zu haben. Weiters könnte auch der Übergang von vorgegebenen Betragskategorien (Umfrage 1996) zur offenen Erfassung der konkreten Beträge (Umfrage 2000) zu Verzerrungen geführt haben. Aus diesen Gründen ist die Vergleichbarkeit mit der 1996 durchgeführten Erhebung nur eingeschränkt gegeben.

## **2.1 Leichter Anteilsrückgang der weiterhin dominierenden**

### **Bargeldzahlungen**

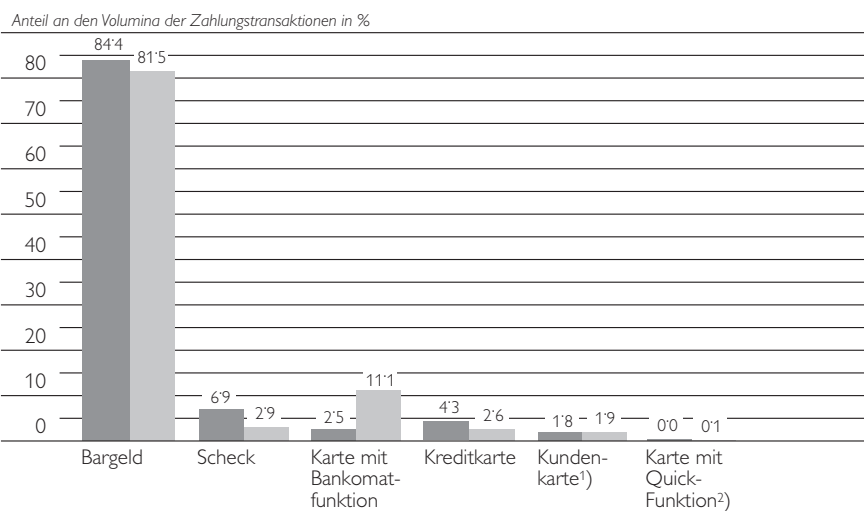
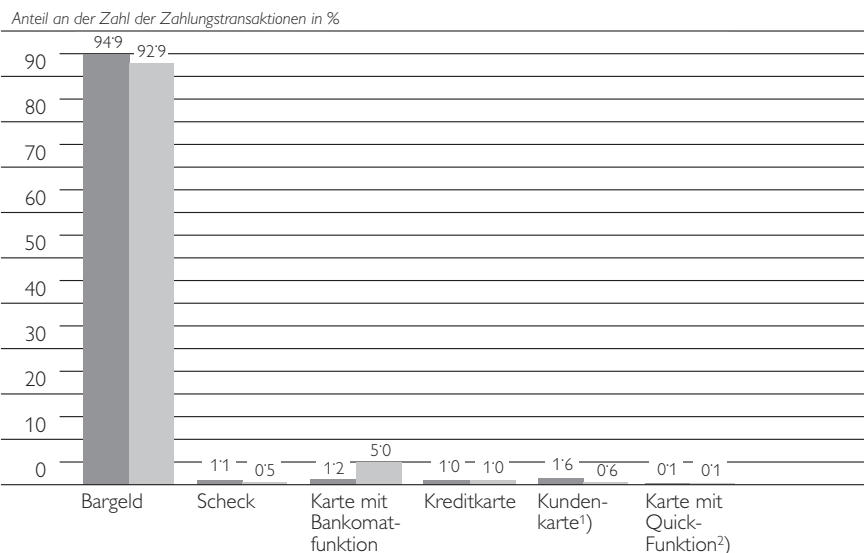
Die Struktur der direkten Zahlungstransaktionen zwischen Nichtbanken in Österreich ist – vor dem Übergang zum Euro – weiterhin durch eine ausgeprägte Dominanz der Bargeldzahlungen gekennzeichnet. Von den erfassten 14.805 Zahlungsvorgängen entfielen 13.750 oder rund 93% auf Bargeldtransaktionen. Gemessen am Zahlungsbetrag liegt der Bargeldanteil mit 81,5% deutlich niedriger (Grafik 1).

Nach der Häufigkeit der Zahlungen rangieren an zweiter Stelle Bankomattransaktionen<sup>1)</sup> mit einem Anteil von 5%, gefolgt von den Kreditkartenzahlungen (1%) und der Zahlung mit Kundenkarten (0,6%). Scheckzahlungen erreichen lediglich einen Anteil von 0,5%, Zahlungen mit der Quick-Funktion rangieren mit 0,1% an letzter Stelle. Nach den Zahlungsbeträgen erreichen die unbaren Zahlungen deutlich höhere Anteile als bei der Anzahl der Zahlungen. Die Bankomatzahlungen kommen mit 11,1% auf einen etwas mehr als doppelt so hohen Wert, bei Schecks (2,9%), Kreditkarten (2,6%) und Kundenkarten (1,9%) liegen die Volumenanteile bei einem Mehrfachen der Transaktionsanteile. Lediglich die Karte mit Quick-Funktion, die überwiegend für Kleinstbetragszahlungen genutzt wird, bleibt im Zahlungsvolumen leicht unter ihrem Anteil an den Transaktionen.

*1 Im Folgenden werden die Bezeichnungen POS-Kassen und Bankomatkassen synonym verwendet. Als Bankomattransaktionen bzw. -zahlungen werden hier vereinfacht Zahlungen mittels Bankomat- bzw. Maestro-Karten an POS-Kassen bezeichnet.*

Grafik 1

### Zahlungsverhalten nach Zahlungsarten



■ 1996  
■ 2000

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

¹) Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „nicht zugeordnet“.

²) Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „Chipkarte“.

Anmerkung: Grafik 1 zeigt den Anteil der verschiedenen Zahlungsarten jeweils an der Gesamtzahl der Transaktionen und am Gesamtbetrag der getätigten Transaktionen. Bei den Kategorien Kundenkarte und Quick-Karte ist zu beachten, dass diese 1996 in einer anderen Abgrenzung erfasst wurden.

Im Vergleich zu 1996 ist der Anteil der Barzahlungen um 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Erwartungsgemäß ist im Jahr 2000 die Zahlungshäufigkeit mit Schecks ebenfalls niedriger (–0,6 Prozentpunkte), was auf die größere Verbreitung von Kartenzahlungen, die höheren Kosten für Schecktransaktionen und die Ankündigung der Abschaffung der internationalen Scheckgarantie zurückgeführt werden kann. Noch stärker ist mit –1% allerdings der Anteilsverlust der Kundenkarten, während dieser für Kreditkarten und Karten mit Quick-Funktion so gut wie unverändert blieb.

Deutlicher Anteilsgewinner sind die Bankomatzahlungen, die einen Zuwachs von 3,8 Prozentpunkten verzeichneten und bereits einen Anteil von 5% aufweisen.

Noch deutlicher fiel der Anteilzuwachs der Bankomattransaktionen beim Zahlungsbetrag aus. Dabei stieg der Anteil um 8,6 Prozentpunkte von 2,5 auf 11,1%, worin sich der forcierte Ausbau der Infrastruktur für Bankomatzahlungen an den POS-Kassen widerspiegelt. Leichte Gewinne – allerdings ausgehend von einem niedrigen Verbreitungsgrad – konnten auch Kundenkarten (+0,1 Prozentpunkt) und Quick-Zahlungen (+0,2 Prozentpunkte) erzielen, alle anderen Zahlungsformen verzeichneten relative Bedeutungsverluste. Am stärksten wirkten sich die Anteilsgewinne der Bankomatzahlungen zulasten der Schecktransaktionen aus, deren Anteil im Vergleich zu 1996 um 4,1 Prozentpunkte zurückging. Das Bargeldzahlungsvolumen (–3 Prozentpunkte) und überraschenderweise auch die Kreditkartenzahlungen (–1,6 Prozentpunkte) verringerten sich deutlich.

Somit zeigen die Erhebungsergebnisse zwar den zu erwartenden Substitutionsprozess von den Bargeldzahlungen zu den unbaren Zahlungsformen, gleichzeitig ist dieser jedoch von signifikanten Nutzungsverchiebungen innerhalb der unbaren Zahlungen überlagert. Ausschlaggebend dafür ist der offensichtliche Erfolg der Bankomatzahlungen. Dieser ist nicht nur, wie nahe liegend, auf Kosten der Bargeld- und Scheckzahlungen erfolgt, vielmehr wurden dadurch auch Kreditkartenzahlungen substituiert, obwohl Kreditkarten heutzutage von einem größeren Personenkreis genutzt werden.<sup>1)</sup>

## **2.2 Zunehmende Verbreitung unbarer Zahlungsformen bei Zahlungsbeträgen über 500 ATS**

Wie bereits 1996 bestätigt auch die Erhebung des Jahres 2000 neuerlich einen Zusammenhang zwischen der Höhe des Zahlungsbetrags und der Zahlungsform (Tabelle A1). Das wird insbesondere anhand der mit Bargeld getätigten Zahlungstransaktionen deutlich. Gemessen an der Anzahl der Zahlungen werden bei Zahlungen bis 99 ATS mehr als 99% der Zahlungen mittels Bargeld getätigt. Ab einem Zahlungsbetrag von 500 ATS sinkt der Bargeldanteil unter 80%, bei Zahlungsbeträgen über 10.000 ATS erreicht er mit 71,8% sein Minimum. Demgegenüber weisen die unbaren Zahlungstransaktionen bei höheren Zahlungsbeträgen tendenziell steigende Anteile auf. Zahlungen mit Scheck erreichen erst ab einem Zahlungsbetrag von über 500 ATS Anteile von mehr als 1% und erreichen in der Kategorie ab 10.000 ATS mit 11,2% ihren Höchstwert. Zahlungen mit der Bankomatfunktion sind auf Beträge zwischen 500 und 5.000 ATS konzentriert, Zahlungen mit Kreditkarte kommen bei Zahlungsbeträgen zwischen 500 und 10.000 ATS auf einen Anteil von 1,6% bis nahezu 8% aller Zahlungstransaktionen.

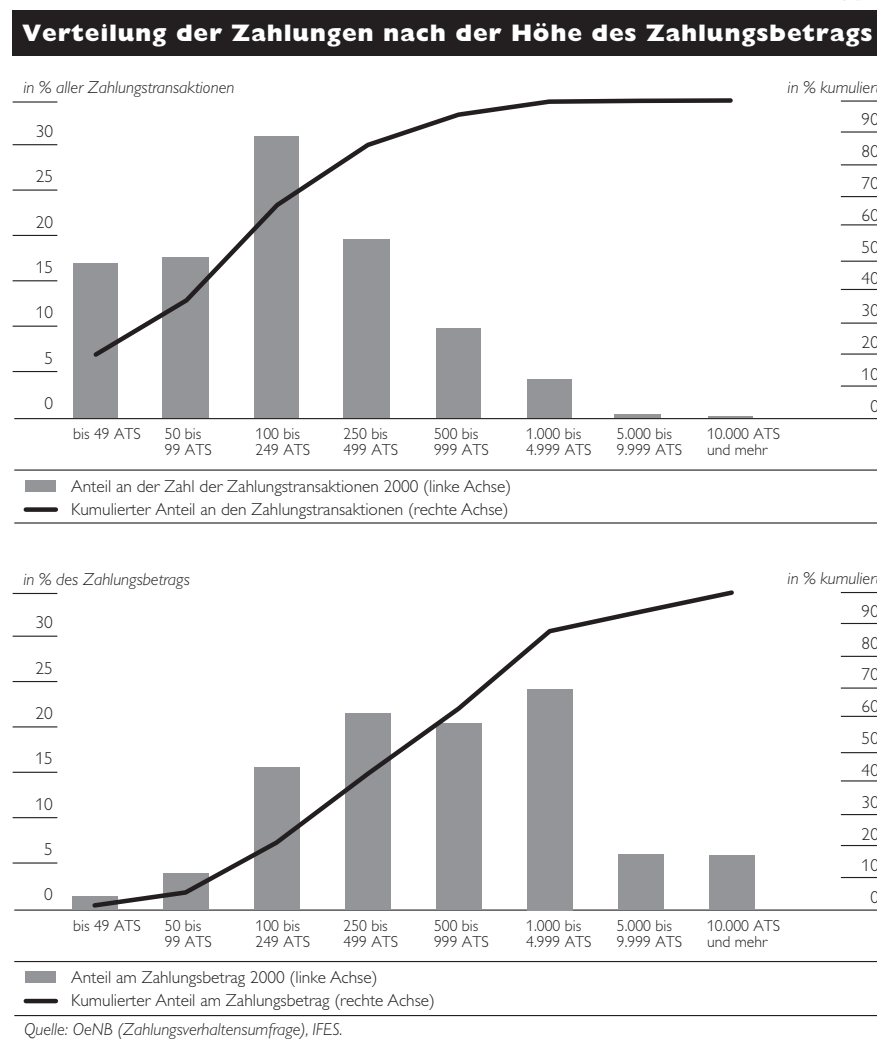
Nur leicht unterschiedlich stellt sich das Bild bezüglich der Zahlungsbeträge dar (Tabelle A2). Auch nach dem Zahlungsvolumen ist der negative Zusammenhang zwischen Zahlungshöhe und Barzahlung sichtbar. Bis zu einem Betrag von 500 ATS erreicht die Verwendung von Bargeld als Zahlungsmedium überdurchschnittliche Anteile, in der niedrigsten Katego-

<sup>1</sup> Siehe dazu die Daten zur Kreditkartennutzung im Abschnitt 3.1.

rie dominieren die Barzahlungen mit einem Anteil von 99,1% fast vollständig. Ab einem Zahlungsbetrag von 500 ATS geht der Bargeldanteil deutlich zurück und erreicht in der Zahlungskategorie über 10.000 ATS nur mehr 61,4%. Während der Barzahlungsanteil gemessen an der Transaktionsanzahl mit dem Volumenanteil ident ist, liegt er bei Zahlungen über 10.000 ATS mehr als 10 Prozentpunkte niedriger. Dieser Unterschied geht vor allem auf die stärkere Verwendung unbarer Zahlungsformen bei der Zahlung größerer Beträge zurück.

Trotz des expliziten Versuchs, in der Erhebung auch Großzahlungen über 5.000 ATS (während der vorangegangenen vier Wochen) adäquat zu erfassen, zeigt sich in der Stichprobe eine Konzentration auf Kleinzahlungen. Von insgesamt 14.805 erfassten Zahlungen entfallen 12.649 oder 85,5% auf Zahlungsbeträge unter 500 ATS (Grafik 2). Zahlungen von weniger als 250 ATS machen bereits mehr als 65% aller Zahlungstransaktionen aus. Demgegenüber machen Zahlungen über 5.000 ATS lediglich 0,4% der gesamten Transaktionen aus. Die größte Häufigkeit weisen mit einem Anteil von 31,1% Zahlungen zwischen 100 und 250 ATS auf.

Grafik 2



Diesem generellen Muster der Gesamttransaktionen entsprechen im Wesentlichen auch die Verteilungen für Bargeldzahlungen und für Zahlungen mit der Karte mit Quick-Funktion nach der Zahlungshöhe. Bei den übrigen Zahlungsmedien konzentrieren sich die Zahlungen auf Zahlungsbeträge zwischen 250 und 5.000 ATS. So weisen Scheckzahlungen die größte Häufigkeit (40·8%) bei Zahlungen zwischen 1.000 und 5.000 ATS auf, bei Kreditkartenzahlungen liegt der häufigste Wert (42·3%) in der Kategorie zwischen 500 und 1.000 ATS. Bankomatzahlungen (33%), Zahlungen mit der Quick-Funktion (28·1%) sowie Zahlungen mit Kundenkarte (25·4%) sind in der Kategorie der Zahlungen zwischen 250 und 500 ATS am stärksten vertreten.

Im Unterschied zur Verteilung der Anzahl der Transaktionen findet der höchste Zahlungsumsatz bei den mittleren Zahlungsbeträgen zwischen 100 und 5.000 ATS statt. Während auf Zahlungen bis 100 ATS immerhin 34·7% der Zahlungstransaktionen entfallen, werden mit diesen Kleinbetragszahlungen nur 5·5% des Zahlungsvolumens abgewickelt (Grafik 2). Zahlungen über 5.000 ATS machen zwar nur 0·5% der Transaktionen, aber 12·1% des Zahlungsvolumens aus. 82·3% des Zahlungsvolumens entfallen auf Zahlungsbeträge zwischen 100 und 5.000 ATS, wofür 64·9% der Transaktionen verantwortlich sind. Noch deutlicher ausgeprägt ist dieser Unterschied bei Zahlungshöhen zwischen 500 und 5.000 ATS, wo mit 14·2% der Zahlungen rund 45% des gesamten Zahlungsvolumens abgewickelt werden.

### **2.3 Deutliche Unterschiede in der Verwendung von Zahlungsformen nach Branchen**

Von der Gesamtzahl der Zahlungstransaktionen entfällt nahezu die Hälfte (mehr als 49%) auf die beiden Branchen Lebensmittel (32·1%) und Gasthaus/Café (17·2%). Signifikante Anteile erreichen außerdem noch Trafiken (9·8%), sowie die Bereiche Apotheken/Parfümerien/Drogerien (6·9%) und Tankstellen/Brennstoffhandel (5·2%). Alle anderen Branchen kommen lediglich auf Anteile unter 4%. Nach dem Zahlungsvolumen dominieren ebenfalls die Branchen Lebensmittel und Gasthaus/Café, jedoch mit deutlich geringeren Anteilen (24·3 bzw. 9·6%). Das Zahlungsvolumen ist somit gleicher verteilt als die Transaktionsanzahl, was auf die Dominanz und Häufigkeit von Kleinbetragszahlungen in bestimmten Branchen zurückzuführen ist. Hohe Zahlungsvolumina fallen etwa zusätzlich in den Branchen Kleider/Textilien (8·4%) und Tankstellen/Brennstoffhandel (7·6%) an.

Nicht nur bei der Anzahl der Zahlungen und den Zahlungsvolumina, auch bei den Zahlungsformen bestehen markante branchenspezifische Unterschiede. So wird Bargeld als Zahlungsmittel in den drei Branchen Trafik sowie Blumenhandlung/Gärtnerei (je 99%) und Gasthaus/Café (98·8%) am häufigsten verwendet. Demgegenüber weisen die Branchen Tankstellen/Brennstoffhandel (73·4%), Kleider/Textilien (77·3%) und Spielwaren/Sportartikel (77·9%) mit Werten unter 80% die geringste Anzahl an Bargeldzahlungen aus. Zahlungen mit Scheck sind im Bereich Urlaub/Reisebüro (8·8%) wichtig, Bankomatzahlungen erreichen ihre höchste Bedeutung bei Tankstellen (15·4%), im Elektrohandel (15·1%) sowie bei Spielwaren/Sportartikel (14·3%) und im Textilhandel (14·2%).

Zahlungen mit Kreditkarte kommen bei Tankstellen und Möbeln (7'2%), im Textilhandel (6'8%), bei Urlaub/Reisebüro (6'7%) und bei Spielwaren/Sportartikel (6'1%) auf beachtenswerte Anteile (Tabelle A3).

Die Branchenstruktur der Zahlungsvolumina weist ein sehr ähnliches Muster mit noch größerer Streuung auf (Tabelle A4). Immerhin werden im Spielwaren- und Sportartikelhandel nur mehr rund 58% der Zahlungsbeträge mit Bargeld beglichen, gefolgt vom Textilhandel mit 63'6% und den Tankstellen mit 68'5%. Im Unterschied dazu dominiert die Barzahlung im Blumenhandel mit einem Anteil von 98%, in der Gastronomie (Gasthaus/Café) mit 97'2% und in Trafiken mit einem Anteil von 96'7% noch sehr deutlich. Scheckzahlungen erreichen in den Branchen Uhren/Schmuck (13'6%) und Urlaub/Reisebüro (12'8%) die höchsten Werte. Umsätze aus Bankomatzahlungen weisen für Spielwaren/Sportartikel (25'9%), im Textilhandel (23'8%) und in Warenhäusern (22'1%) Anteile über 20% aus. Kreditkartenumsätze konzentrieren sich auf die Branchen Spielwaren/Sportartikel (9'7%), den Textilhandel (9%) sowie Tankstellen (8'5%).<sup>1)</sup>

Obwohl der Vergleich mit der Erhebung 1996 nur eingeschränkt möglich ist, erscheint erwähnenswert, dass der Anteil der Barzahlungen in nicht weniger als 16 von 21 unterschiedlichen Branchen mehr oder weniger deutlich zurückgegangen ist (Grafik 3). Am markantesten war die Umschichtung zu unbaren Zahlungsformen bei Urlaub/Reisebüro (-16'2 Prozentpunkte), wobei vor allem Scheckzahlungen und Kreditkarten davon profitieren konnten.<sup>2)</sup> Auffällige Steigerungen der Anteile unbarer Zahlungen sind vor allem auf Bankomatzahlungen konzentriert. Diese erreichen im Textilhandel (+12'2 Prozentpunkte), bei Spielwaren/Sportartikeln (+11'2 Prozentpunkte) und im Möbelhandel (+10'4 Prozentpunkte) zweistellige Werte.

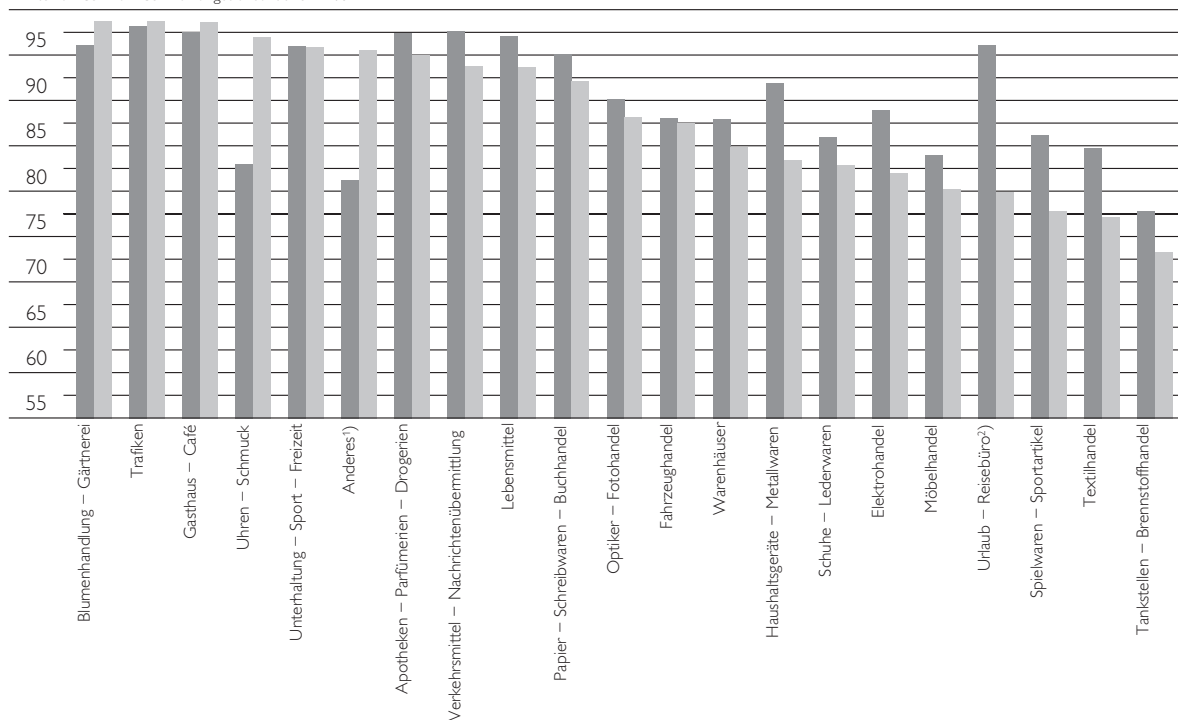
1 Im Anhang finden sich auch zwei Tabellen zur Entwicklung der Zahlungen im Wochenverlauf (Tabellen A5 und A6).

2 Erstaunlicherweise ist in der Branche Uhren/Schmuck ein Anstieg des Barzahlungsanteils um 14 Prozentpunkte zu verzeichnen.

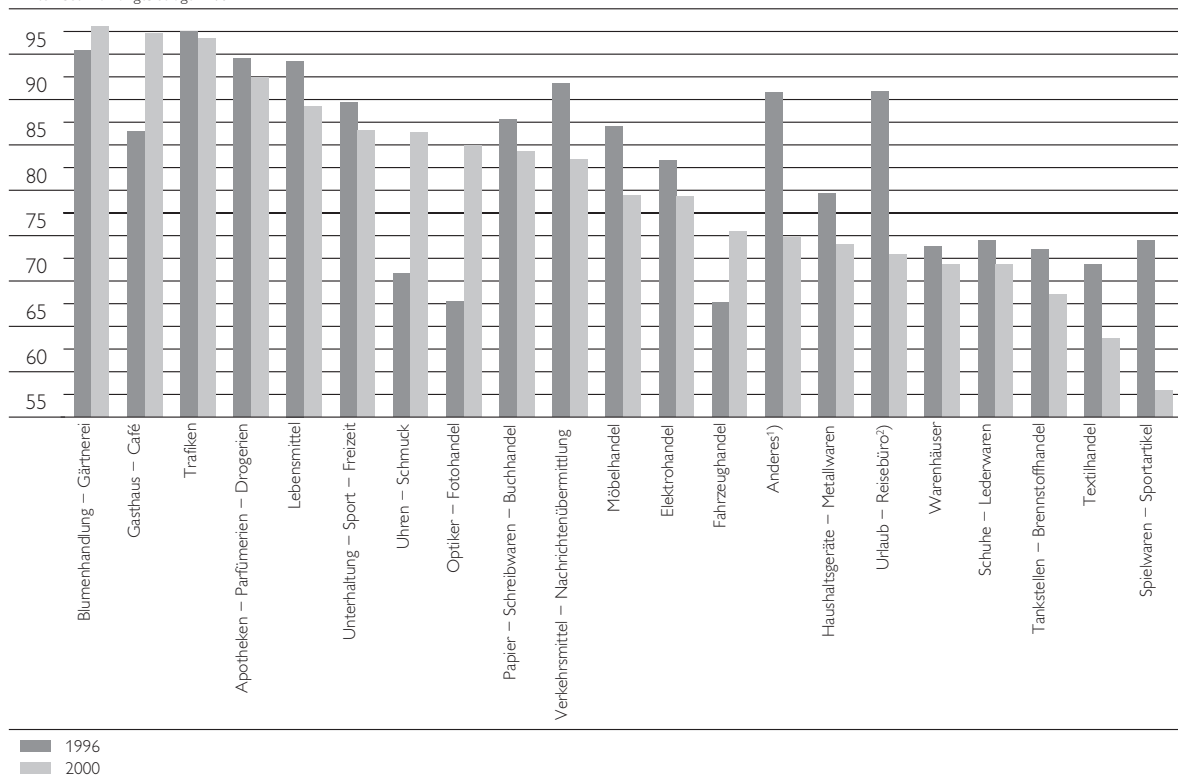
Grafik 3

**Bargeldtransaktionsanteil nach Branchen**

Anteil an der Zahl der Zahlungstransaktionen in %



Anteil des Zahlungsbetrags in %



Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „nicht angegeben“.

<sup>2)</sup> Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „Anderes“.

Anmerkung: Grafik 3 zeigt die branchenmäßige Disaggregation des Bargeldanteils – wiederum nach Transaktionszahl und nach Zahlungsbetrag. Sie sind jeweils absteigend geordnet. Die entsprechenden Werte von 1996 sind zum Vergleich beige gestellt.

### 3 Verwendung und Verbreitung von Zahlungskarten

Wie gezeigt, stieg – hauptsächlich auf Grund der Ausbreitung der Bankomatkarten – die Verwendung unbarer Zahlungsformen in Österreich stark an. In diesem Kapitel soll die Entwicklung der Verwendung und Verbreitung von Zahlungskarten näher betrachtet werden. Im ersten Teil werden die Ergebnisse der regelmäßig stattfindenden Umfragen bezüglich der Verwendung von Zahlungskarten diskutiert. Im Mittelpunkt der Analyse steht somit eine subjektive Einschätzung der Befragten, anschließend werden diese Ergebnisse den Daten über die tatsächliche Verbreitung der Karten gegenübergestellt.

#### 3.1 Zahlungskartenbesitz und -nutzung

In der Zahlungskartenumfrage gaben im vierten Quartal 2001 rund 70% der Befragten an, zumindest eine Zahlungskarte zu besitzen. Untergliedert nach Kartenfunktionen, zeigt sich, dass ungefähr 66% der Befragten angeben, eine Karte mit Bankomatfunktion, 30% eine Kreditkarte, 22% eine Karte mit Quick-Funktion sowie 15% eine Handelskundenkarte mit Zahlungsfunktion zu besitzen. Da die Umfragen bezüglich des Kartenbesitzes bereits seit 1997 quartalsweise durchgeführt werden, ist es möglich, die zeitliche Entwicklung darzustellen (Grafik 4). Demnach zeigt sich ein deutlicher und stetiger Anstieg des Besitzes von Karten mit Bankomatfunktion von 41% im ersten Quartal 1997 auf 66% im vierten Quartal 2001. Einen langfristig positiven Trend weist auch die Entwicklung des Kreditkartenbesitzes auf (von 19 auf 30%). Anders verläuft die Entwicklung bei den Karten mit Quick-Funktion: Bis zum ersten Quartal 2000 stieg der Prozentsatz der Befragten, die angaben über eine Karte mit Quick-Funktion zu verfügen, auf bis zu 25%, um jedoch danach wieder auf unter 20% zu fallen. Erst im vierten Quartal 2001 kam es zu einem erneuten Anstieg. Dieser Anstieg dürfte vermutlich mit der Ausgabe neuer Karten und dem damit verbundenen höheren Wissensstand der Befragten über die Funktionalität

Grafik 4

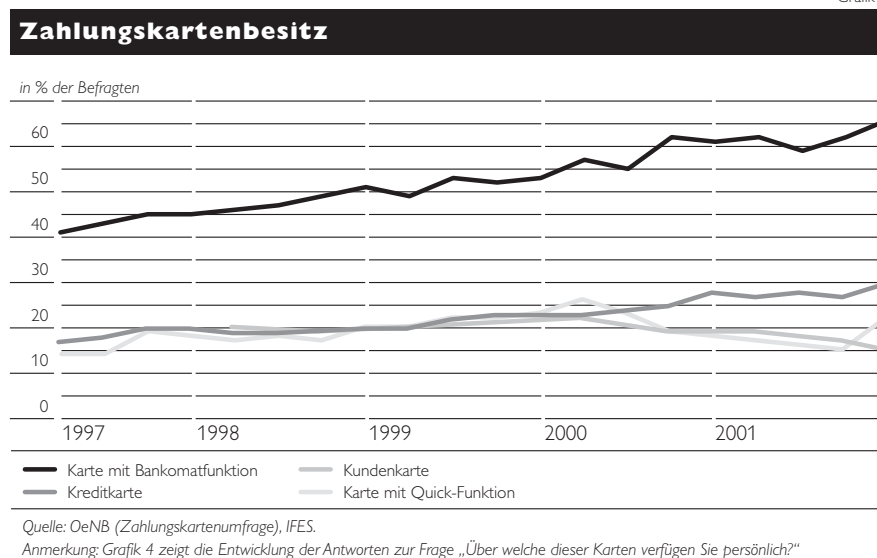




Tabelle 1

| Besitz und Nutzung von Zahlungskarten |                        | Karte mit Bankomat-funktion | Kreditkarte | Karte mit Quick-Funktion | Kundenkarte eines Handelsunternehmens |
|---------------------------------------|------------------------|-----------------------------|-------------|--------------------------|---------------------------------------|
| Besitz                                | 4. Quartal 2001        | 66                          | 30          | 22                       | 15                                    |
| Nutzung                               | mehrmals pro Woche     | 28                          | 9           | 9                        | 13                                    |
|                                       | ca. 1x pro Woche       | 31                          | 18          | 11                       | 23                                    |
|                                       | zumindest 1x pro Monat | 18                          | 37          | 12                       | 32                                    |
|                                       | seltener               | 12                          | 31          | 12                       | 27                                    |
|                                       | gar nie                | 11                          | 4           | 54                       | 5                                     |

Quelle: OeNB (Zahlungskartenumfrage), IFES.  
Anmerkung: Tabelle 1 zeigt sowohl die Antworten (in Prozent der Befragten) bezüglich des Besitzes von Zahlungskarten als auch die Antworten bezüglich der Nutzungshäufigkeit. Rundungen können von 100% abweichende Ergebnisse verursachen.

der neuen Karten verbunden sein. Ein weiterer Grund könnte sein, dass vor der Eurobargeldeinführung verstärkt für Karten mit Quick-Funktion geworben wurde. Der Anteil der Kundenkarten mit Zahlungsfunktion (erst seit sechs Umfragen quartalsweise erhoben – vorher halbjährlich) war zuletzt leicht rückläufig.

Im vierten Quartal 2001 gaben nur etwa 22% der Befragten an, eine Karte mit Quick-Funktion zu besitzen, während, wie später gezeigt wird, die tatsächliche Anzahl der Besitzer von Karten mit Quick-Funktion nahezu dreimal so hoch sein dürfte. Überdies nahm zuletzt die Anzahl der tatsächlich ausgegebenen Karten mit Quick-Funktion deutlich zu. Dieser Anstieg wird in den Antworten aus den Umfragen nur teilweise reflektiert:<sup>1)</sup> Einerseits sind somit immer mehr Menschen mit einer Karte mit Quick-Funktion versorgt. Andererseits zeigen die Umfrageergebnisse auch, dass der Wissensstand über den Besitz der Karte, relativ zur Anzahl der ausgegebenen Karten, rückläufig war.

Neben dem Besitz der Zahlungskarten werden die interviewten Personen auch über die Nutzungshäufigkeit befragt. Die möglichen Antworten sind kategorisiert und in Schritten von „mehrmals pro Woche“ bis „gar nie“ eingeteilt. Die Ergebnisse für das vierte Quartal 2001 sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Am häufigsten wird demnach die Bankomatkarte verwendet. Überhaupt benutzt wird die Bankomatkarte von 89%, die Kreditkarte von 96% und die Handelskundenkarte von 95% der Besitzer. Deutlich dahinter liegt die Quick-Karte, die nur von 46% der Befragten benutzt wird.<sup>2)</sup> Der Anteil der Befragten, die die Bankomatkarte mindestens einmal pro Woche verwenden, stieg von etwas über 20% stetig auf fast 60% (Grafik 5). Ebenfalls deutlich erhöhte sich zuletzt der Prozentsatz bei der Anzahl der Quick- und Kundenkarten:<sup>3)</sup> Bei der Quick-Karte kam es zu einer Verdoppelung von 10% im vierten Quartal 2000 auf 20% im vierten Quartal 2001. Im Gegensatz dazu ist die Nutzungshäufigkeit bei den

<sup>1</sup> Siehe dazu die Ergebnisse bezüglich der tatsächlichen Zahl an ausgegebenen Karten im Abschnitt 3.4.

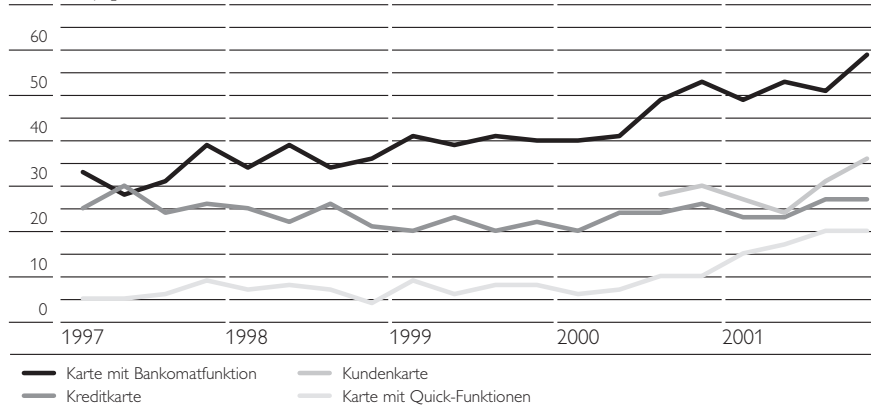
<sup>2</sup> „Quick-Karte“ wird als Synonym für den korrekten Begriff „Karte mit Quick-Funktion“ verwendet.

<sup>3</sup> Im Gegensatz zu den anderen Karten liegt bei den Kreditkarten die Mehrzahl der Antworten bei einer Nutzung von „zumindest einmal pro Monat“. Die zeitliche Entwicklung in dieser Kategorie war zuletzt ungefähr konstant.

### Zahlungskartennutzung:

#### Befragte nutzen die Karte zumindest einmal pro Woche

in % der Befragten



Quelle: OeNB (Zahlungskartenumfrage), IFES.

Anmerkung: Grafik 5 zeigt die Entwicklung der Antworten zur Frage „Wie oft zahlen Sie mit dieser Karte?“

Kreditkarten über die Zeit relativ konstant. Interessanterweise scheinen somit die Daten über die Nutzungshäufigkeit das im Kapitel 2 erwähnte Ergebnis zu bestätigen, demzufolge die Ausbreitung der Bankomatkarte auch zu Substitutionsprozessen innerhalb der unbaren Zahlungsmöglichkeiten geführt hat.

Auf Grund der überragenden Rolle der Bankomatkarten bei den Zahlungskarten soll in den nächsten zwei Abschnitten sowohl die Entwicklung bei der Anzahl der Bankomaten und den Bankomattransaktionen als auch die Entwicklung bei den POS-Kassen, das heißt die tatsächliche Verwendung dieser Karten für Zahlungstransaktionen, näher betrachtet werden. Dabei wird auf Daten von Europay Austria zurückgegriffen.<sup>1)</sup>

### 3.2 Starke Verbreitung von Bankomaten sowie stetiges Wachstum der Bankomattransaktionen

Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Bankomaten sowie die Anzahl der ausgegebenen Karten mit Bankomatfunktion wuchsen von 1989, dem ersten Jahr, für das in dieser Studie Daten verwendet werden, bis 2001 äußerst stark (Tabelle 2). So hat sich etwa die Anzahl der Bankomatkarten seit 1989 von 1,1 auf 4,6 Mio mehr als vervierfacht. In Relation zur österreichischen Gesamtbevölkerung bedeutet dies, dass 1989 14,6%, 1995 bereits 26% sowie 2001 rund 57% der Bevölkerung eine Bankomatkarte besaßen.<sup>2)</sup> In Relation zur Bevölkerung über 15 Jahre entspricht dies einem Anteil von 61% für das Jahr 2001.<sup>3)</sup> Die Anzahl der Bankomaten ist etwa gleich stark gewachsen (1989: 820 Bankomaten, 2001: 2.630 Bankomaten). Das bedeutet, dass im Jahr 1989 im Durchschnitt etwa 1.400 Karten auf einen Bankomaten kamen, während es 2001 rund 1.700 Karten waren.

1 Europay Austria fungiert als Herausgeber der österreichischen Maestro-Karten.

2 Natürlich nur für den Fall, dass jede(r) Österreicher(in) nur eine Karte besitzt.

3 Diese Berechnungen basieren auf Bevölkerungsschätzungen für das gesamte Jahr 2001.

Tabelle 2

| Jahresendstand | Bankomaten in Betrieb |                                 | Anzahl                  |            |       | Veränderung zum Vorjahr | Abhebungen insgesamt | Veränderung zum Vorjahr | Durchschnittlicher Bargeldbezug an Bankomaten |
|----------------|-----------------------|---------------------------------|-------------------------|------------|-------|-------------------------|----------------------|-------------------------|---|
|                | 1                     | 2                               |                         | 4          | 5     | 6                       | 7                    |                         |   |
|                |                       | der Karten mit Bankomatfunktion | der Bankomat-abhebungen |            |       |                         |                      | in %                    |   |
|                | in 1.000 Stück        | in Mio                          | in %                    | in Mrd ATS | in %  | in ATS                  |                      |                         |   |
| 1989           | 820                   | 1.143                           | 34,1                    | x          | 55,7  | x                       | 1.633                |                         |   |
| 1990           | 988                   | 1.246                           | 41,7                    | +22,3      | 69,0  | +23,9                   | 1.655                |                         |   |
| 1991           | 1.130                 | 1.377                           | 48,5                    | +16,3      | 82,2  | +19,1                   | 1.695                |                         |   |
| 1992           | 1.260                 | 1.448                           | 53,3                    | + 9,9      | 95,0  | +15,6                   | 1.782                |                         |   |
| 1993           | 1.564                 | 1.590                           | 57,7                    | + 8,3      | 105,6 | +11,2                   | 1.830                |                         |   |
| 1994           | 1.821                 | 1.639                           | 63,5                    | +10,1      | 118,3 | +12,0                   | 1.863                |                         |   |
| 1995           | 1.993                 | 2.089                           | 68,2                    | + 7,4      | 129,1 | + 9,1                   | 1.892                |                         |   |
| 1996           | 2.164                 | 2.422                           | 74,3                    | + 8,9      | 141,1 | + 9,3                   | 1.900                |                         |   |
| 1997           | 2.337                 | 2.655                           | 78,7                    | + 5,9      | 146,8 | + 4,0                   | 1.866                |                         |   |
| 1998           | 2.424                 | 2.913                           | 81,3                    | + 3,3      | 154,6 | + 5,3                   | 1.903                |                         |   |
| 1999           | 2.570                 | 3.245                           | 84,1                    | + 3,5      | 158,3 | + 2,4                   | 1.882                |                         |   |
| 2000           | 2.600                 | 3.633                           | 87,7                    | + 4,3      | 163,7 | + 3,4                   | 1.866                |                         |   |
| 2001           | 2.630                 | 4.616                           | 90,1                    | + 2,7      | 174,6 | + 6,6                   | 1.938                |                         |   |

Quelle: Europay Austria, OeNB.

Die Anzahl der Bankomatabhebungen ist von 34 (1989) auf 90 Mio (2001) ebenfalls beachtlich gestiegen.<sup>1)</sup> Die Wachstumsraten haben sich jedoch in den letzten Jahren deutlich abgeflacht (Tabelle 2, Spalte 4). Die Summe der Abhebungen pro Jahr (Tabelle 2, Spalte 5) nimmt bereits beträchtliche Ausmaße an: 1989 wurden 55 Mrd ATS, im Jahr 1995 bereits 129 Mrd ATS sowie im Jahr 2001 174 Mrd ATS an Bankomaten behoben. Ausgedrückt in Prozent des Bargeldumlaufs bedeutet dies eine Steigerung von 51% (1989) auf ungefähr 85% im Jahr 2000. Im Jahr 2001 wurden bereits etwas mehr als 100% des durchschnittlichen Bargeldumlaufs behoben.<sup>2)</sup> Bei einer geschätzten Umlaufgeschwindigkeit des Bargelds von 5 (3) würden diese Zahlen implizieren, dass im Jahr 2001 ungefähr 20% (33%) aller baren Transaktionen mittels Bargeld abgewickelt wurden, das zuvor bei Bankomaten behoben wurde. Diese Zahlen unterstreichen die Bedeutung der Bankomaten für die Bargeldlogistik. Die Zuwachsraten sind allerdings, ähnlich wie bei den Transaktionen, seit Beginn der Neunzigerjahre deutlich rückläufig. Interessant ist auch der durchschnittliche Bargeldbezug aus Bankomaten, der sich relativ konstant zwischen 1.800 und rund 1.900 ATS bewegt.

### 3.3 Rasante Entwicklung bei den POS-Kassen

Neben der Verwendung von Bankomatkarten zur Behebung von Bargeld gibt es die Möglichkeit, mittels Bankomatkarte und Code bargeldlos an POS-Kassen zu bezahlen. In diesem Bereich verlief die Entwicklung noch rasanter als bei den Bankomaten (Tabelle 3).

1 Im Jahr 2001 wurden somit rund 94 Abhebungen pro Bankomat pro Tag getätigt.

2 Ausgedrückt in Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts entspricht dies ca. 6%. Die Steigerung von 85 auf 100% fällt unter anderem dadurch so stark aus, weil der Bargeldumlauf im Jahr 2001 auf Grund der Eurobargeldeinführung rückläufig war.

Tabelle 3

| Jahresendstand | POS-Kassen | Umsatz mit<br>der EC-Karte | Veränderung<br>zum Vorjahr | Umsatz an<br>Bankomat-<br>kassen | Umsatz an<br>Food-<br>Terminals |
|----------------|------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------------|---------------------------------|
|                | in Stück   | in Mrd ATS                 | in %                       | in Mrd ATS                       |                                 |
|                |            |                            |                            |                                  |                                 |
| 1989           | 229        | 0,4                        | x                          | x                                | x                               |
| 1990           | 678        | 0,9                        | +99,5                      | x                                | x                               |
| 1991           | 1.109      | 1,5                        | +72,1                      | x                                | x                               |
| 1992           | 1.496      | 2,4                        | +58,4                      | x                                | x                               |
| 1993           | 1.831      | 3,5                        | +47,4                      | x                                | x                               |
| 1994           | 2.410      | 5,1                        | +45,0                      | x                                | x                               |
| 1995           | 3.382      | 7,2                        | +40,0                      | x                                | x                               |
| 1996           | 5.847      | 11,2                       | +56,1                      | x                                | x                               |
| 1997           | 15.860     | 17,8                       | +58,8                      | 15,1                             | 2,6                             |
| 1998           | 21.347     | 27,5                       | +55,0                      | 22,5                             | 5,1                             |
| 1999           | 28.763     | 43,4                       | +57,9                      | 36,4                             | 7,0                             |
| 2000           | 40.170     | 62,2                       | +43,1                      | 47,4                             | 14,8                            |
| 2001           | 58.073     | 80,6                       | +29,6                      | 61,2                             | 19,4                            |

Quelle: Europay Austria.

Bargeldlos mittels Karte konnte 1989 erst an 229 POS-Kassen bezahlt werden. Bis zum Ende des Jahres 2001 wuchs deren Zahl auf über 58.000 an. Dies entspricht einer beachtlichen Steigerung um das 253fache! Ebenso rasant verlief die Entwicklung bei den Umsätzen: von 0,4 Mrd ATS im Jahr 1989 auf 80,6 Mrd ATS im Jahr 2001. In Prozent des Bargeldumlaufs bzw. in Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts ausgedrückt entspricht dies einer Steigerung von 0,37 bzw. 0,02% (1989) auf 47 bzw. 2,7% (2001).

Ab 1997 können Umsätze an POS-Kassen sowie Umsätze, die an Food-Terminals getätigt wurden, unterschieden werden, wobei letztere Kategorie vor allem Terminals in Supermärkten bezeichnet. Wie ersichtlich, sind die Steigerungsraten in beiden Kategorien markant: An den Food-Terminals hat sich der Umsatz von 1999 auf 2000 mehr als verdoppelt; im Jahr 2001 ist er nochmals stark gewachsen. Insgesamt gilt, dass bei den POS-Umsätzen im Gegensatz zu den Behebungen an Bankomaten noch immer erhebliche Zuwachsraten verzeichnet werden. Im oftmals S-kurvigen Verlauf der Wachstumskurve von Innovationen befindet sich die POS-Technologie in einer noch früheren Phase als die Bankomattechnologie. Demnach ist in diesem Bereich weiterhin mit hohen Zuwachsraten zu rechnen.

### 3.4 Entwicklung bei der Benützung von Quick-Karten

Neben den POS-Zahlungen mittels Bankomatkarte, die auf bequeme und einfache Art den Zugriff auf bestehende Konten ermöglicht, ist aus geldpolitischer Sicht besonders die Verwendung von elektronischem Geld von Interesse. Obwohl es in Österreich bereits mehrere E-Money-Systeme gibt, ist derzeit quantitativ nur das Quick-Geldbörsensystem von Bedeutung (Tabelle 4).

Bei der Anzahl der Zahlungs- und Ladeterminals sowie bei den ausgegebenen Karten mit Quick-Funktion hat das Quick-System bereits eine beachtliche Verbreitung erreicht. Obwohl das System erst seit 1996 flächendeckend in Betrieb ist, standen Ende 2001 bereits mehr als 60.000 Zahlungsterminals sowie mehr als 5.400 Ladeterminals zur Verfügung. Diese Ausbreitung kann vor allem damit erklärt werden, dass beim Quick-System

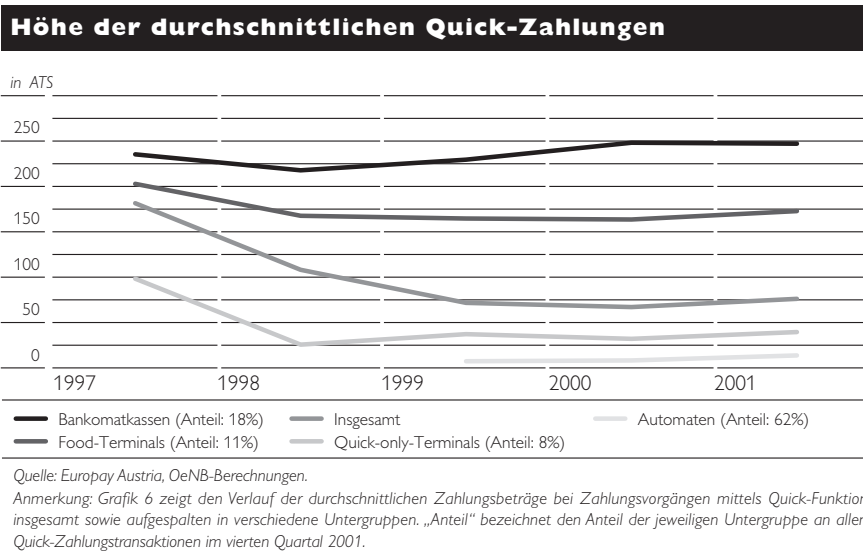
Tabelle 4

| Jahresendstand | Anzahl                       |                          | Ladungen   |                         |                   | Zahlungen  |                         |                   |
|----------------|------------------------------|--------------------------|------------|-------------------------|-------------------|------------|-------------------------|-------------------|
|                | der Quick-Zahlungs-terminals | der Quick-Lade-terminals | Volumen    | Veränderung zum Vorjahr | Durchschnittswert | Volumen    | Veränderung zum Vorjahr | Durchschnittswert |
|                |                              |                          | in Mio ATS | in %                    | in ATS            | in Mio ATS | in %                    | in ATS            |
| 1997           | 12.756                       | 3.495                    | 110        | x                       | 688               | 78         | x                       | 183               |
| 1998           | 19.118                       | 4.954                    | 154        | +40'1                   | 677               | 127        | +62'7                   | 109               |
| 1999           | 29.564                       | 5.225                    | 187        | +21'7                   | 716               | 161        | +26'9                   | 73                |
| 2000           | 41.585                       | 5.162                    | 239        | +27'7                   | 745               | 209        | +30'0                   | 68                |
| 2001           | 60.848                       | 5.419                    | 473        | +97'5                   | 750               | 392        | +87'3                   | 77                |

Quelle: Europay Austria, OeNB-Berechnungen.

auf die Infrastruktur von Bankomaten (für Quick-Ladungen) sowie POS-Kassen (vielfach auch für Quick-Zahlungen geeignet) aufgebaut werden konnte. An Karten wurden etwa 6'4 Mio Stück ausgegeben, diese Zahl übertrifft bereits die Anzahl der Karten mit Bankomatfunktion. Die Gesamtsumme der Zahlungen wuchs – jedoch auf niedrigem Niveau – sehr stark, nämlich von 78 Mio ATS im Jahr 1997 auf 392 Mio ATS im Jahr 2001. Dies entsprach zuletzt einer jährlichen Steigerung von rund 87%.

Grafik 6



Aufschlussreich sind auch die Zahlen bezüglich der durchschnittlichen Ladung bzw. Zahlung (Tabelle 4). Während die durchschnittliche Ladung von 1997 bis 2001 von 688 auf 750 ATS stieg, nahm die durchschnittliche Zahlung von 183 auf 77 ATS ab. Dieser Rückgang bei den Zahlungen spiegelt vor allem eine Verschiebung der Anteile der unterschiedlichen Quick-Transaktionen wider.<sup>1)</sup> Im Speziellen stieg der Anteil der betragsmäßig sehr kleinen Automatentransaktionen an den gesamten Quick-Transaktionen von 0% im Jahr 1997 auf rund 60% im Jahr 2001. Die Durchschnittsbeträge

<sup>1</sup> Die Quick-Karte kann verwendet werden, um an Bankomatkassen, an Food-Terminals, an Quick-only-Terminals oder an Quick-Automaten zu bezahlen.

sowie die Anteile sind in Grafik 6 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Durchschnittsbeträge an den einzelnen Zahlungsstellen deutlich verschieden sind: An den Bankomatkassen beträgt die durchschnittliche Zahlung rund 250 ATS, an den Food-Terminals etwa 150 ATS, bei Quick-only-Terminals etwas unter 50 ATS und bei den Automaten um 10 ATS.

Obwohl nicht unmittelbar Gegenstand dieser Studie, soll dennoch eine knappe Einschätzung bezüglich der zu erwartenden geldpolitischen Bedeutung von elektronischem Geld erfolgen. Das Quick-System ist derzeit das bedeutendste elektronische Geldsystem in Österreich mit einer hohen hardwaremäßigen Marktdurchdringung. Dennoch deuten die Zahlen auf eine (noch) sehr geringe volkswirtschaftliche Relevanz hin. Wie erwähnt wurde (vergleiche mit Tabelle 1), bejahen nur 22% der Befragten eine Quick-Karte zu besitzen. Davon geben wiederum 54% an, die Funktion nie zu benutzen. Nimmt man nun – ausgehend vom Quick-Zahlungsumsatz des Jahres 2001 – an, dass die bisherigen Nichtnutzer ähnliche Zahlungsgewohnheiten wie die bisherigen Nutzer aufweisen und alle Nichtnutzer die Karte plötzlich nutzen, dann stiege die Summe der jährlichen Zahlungen auf ungefähr 850 Mio ATS. Würde die Nutzungsrate hingegen auf rund 66% der Bevölkerung steigen (immerhin eine Verdreifachung), dann nähme der Umsatz ceteris paribus auf 2'55 Mrd ATS zu. Obwohl diese Hochrechnung sehr vereinfachend ist, so veranschaulicht sie dennoch, dass eine Änderung der Benützungsrates des Quick-Systems allein nicht ausreicht, um geldpolitisch bedeutende quantitative Auswirkungen zu zeitigen. Dafür müsste sich zusätzlich das Zahlungsverhalten der Bevölkerung insgesamt erheblich ändern.

### **3.5 Zukünftige Entwicklung des Zahlungsverhaltens in Österreich**

Aussagen über die künftige Entwicklung des Zahlungsverhaltens sind selbstverständlich spekulativ. Als Indiz für das zukünftige Zahlungsverhalten kann jedoch eine Analyse der geplanten Nutzungsabsichten der Zahlungskarten herangezogen werden. Zu diesem Zweck werden die derzeitigen Besitzer von Zahlungskarten in der Erhebung gefragt, wie sie beabsichtigen, die jeweiligen Karten in den nächsten zwölf Monaten einzusetzen.

Bei der beabsichtigten Zahlungskartennutzung der bisherigen Besitzer zeigte sich im vierten Quartal 2000 im Wesentlichen, dass die Befragten die Bankomatkarte (70%), die Kreditkarte (70%) und die Handelskundenkarte (72%) etwa gleich oft einzusetzen planten. Die Quick-Karte stellte insofern eine Ausnahme dar, als nur 36% der Besitzer sie gleich oft nutzen wollten, während 33% angaben, die Karte gar nicht oder nicht mehr nutzen zu wollen. Im Vergleich dazu zeigen die Umfrageergebnisse vom vierten Quartal 2001, dass bei allen Karten dieser Prozentsatz deutlich gesunken ist. Im Gegenzug ist jedoch der Prozentsatz der Personen, die die Karten häufiger als bisher benutzen wollten, deutlich gestiegen: Bei der Bankomatkarte von 17 auf 36%, bei der Kreditkarte von 19 auf 30%, bei der Handelskundenkarte von 11 auf 21% und bei der Quick-Karte von 14 auf 38%. Im Allgemeinen kam es also zu einer Verschiebung von gleich oft zu häufiger. Bei der Quick-Karte ist darüber hinausgehend auch der Anteil derer gefallen, die angaben, die Karte nicht (mehr) benutzen zu wollen (von

33 auf 21%). Aus diesen Daten geht somit hervor, dass mit der weiter zunehmenden Verwendung von Zahlungskarten zu rechnen ist.

### 3.6 Welche Charakteristika bestimmen die Wahl der Zahlungskarte?

Neben einer deskriptiv-empirischen Analyse erlauben die Umfragen auch eine statistische Untersuchung der Beweggründe und der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der Verwender diverser Zahlungsformen. Wie in vergleichbaren Studien (z. B. Mantel, 2000) geht es darum herauszufinden, welche Faktoren für die Entscheidung, eine bestimmte Zahlungsform zu wählen, ausschlaggebend sind. In diesem Abschnitt werden entsprechende Schätzergebnisse aus Diskriminanzanalysen präsentiert. Die detaillierten Resultate sind in tabellarischer Form im Anhang wiedergegeben.

#### 3.6.1 Besitz von Zahlungskarten

Die Analyseergebnisse zeigen, dass der typische *Bankomatkartenbesitzer* tendenziell jünger, berufstätig und höher gebildet ist sowie über ein höheres Einkommen verfügt (Tabelle A7). Darüber hinaus besitzt er parallel zur Bankomat- auch eine Kreditkarte. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind gering (es zeigt sich eine – allerdings kleine – Tendenz der Männer zum Kartenbesitz) und nicht signifikant. Positiv korreliert mit dem Bankomatkartenbesitz ist die Verwendung der Möglichkeit, Zahlungen über Einziehungsaufträge bzw. Überweisungsaufträge zu tätigen.

Aus Notenbanksicht interessant scheint die Feststellung, dass die Besitzer von Bankomatkarten mehr Bargeld bei sich tragen als Personen ohne Bankomatkarte. Allerdings tragen die Bargeldhaltung sowie das persönliche Einkommen nicht signifikant zur Bildung der Gruppen Kartenbesitzer und Nichtkartenbesitzer bei.<sup>1)</sup>

Der Beitrag der einzelnen Variablen zur Trennschärfe der beiden Gruppen ist am Ausmaß der Abnahme von Wilks' Lambda ersichtlich. Während nach Einbeziehung der Variable „Kreditkartenbesitz“ Wilks' Lambda um 0'056 reduziert wird, ist dies nach der Quick-Karte noch 0'04, ab dem fünften Schritt jedoch nur mehr 0'005 – also rund ein Zehntel. Eine vergleichbare Betrachtung der Wilks'-Lambda-Werte ist für jede der angegebenen Kartenkategorien möglich. Eine ähnliche Methode der Untersuchung der diskriminatorischen Bedeutung der einzelnen Variablen ist auch mit Hilfe der kanonischen Koeffizienten möglich. So wird an den prozentualen Gewichten der standardisierten kanonischen Diskriminanzkoeffizienten deutlich, dass 4 Faktoren für die Entscheidung für oder gegen eine Bankomatkarte entscheidend sind: der Besitz einer Kreditkarte, der einer Karte mit Quick-Funktion, die Tätigkeit von Überweisungsaufträgen und das Alter (diese 4 Faktoren machen rund 64% des diskriminatorischen Einflusses aller unabhängigen Variablen aus).<sup>2)</sup>

1 *Das bedeutet: Bei der Einbeziehung anderer erklärender Variablen kommt der Bargeldhaltung kein signifikanter Trenneinfluss mehr zu. Für die Einbeziehung der Variablen in die stufenweise Diskriminanzmethode wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.*

2 *Es soll hier daran erinnert werden, dass die Variable „Karte mit Quick-Funktion“ nicht den tatsächlichen Besitz, sondern das Wissen der Befragten darüber bezeichnet.*

Beim *Kreditkartenbesitz* zeigen sich ähnliche Resultate (Tabelle A8). Dabei tragen der Bankomatkartenbesitz, die höhere Schulbildung, das Alter, die Berufstätigkeit und eine städtische Umgebung, aber auch das persönliche Einkommen<sup>1)</sup> signifikant zur Entscheidung zum Besitz einer Kreditkarte bei. Dieser signifikante Beitrag des persönlichen Einkommens war bei der Bankomatkarte nicht zu verzeichnen. Nur bei den Kreditkarten ergibt sich auch ein signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied zwischen Besitzern und Nichtkartenbesitzern: Kreditkarten werden stärker von Männern verwendet.

Ausschlaggebend für den *Besitz von Karten mit Quick-Funktion* sind der Besitz einer Bankomatkarte, der einer Kreditkarte, das deutlich niedrigere Alter und bemerkenswerterweise die Nutzung von Internetbanking. Bankomatkarte, Alter und Internetbanking machen bereits 68% des Einflusses auf die Trennung zwischen Quickkartennutzern und -nichtnutzern aus (Tabelle A9).

Zahlungsverkehrspolitisch interessant ist die Fragestellung, welche Zielgruppe das *Internetbanking* hat und welche Faktoren für die Nutzung dieses Zahlungsmediums bestimmend sind. Tendenziell sind es eher jüngere Kreditkartenbesitzer, die auch eine Karte mit Quick-Funktion verwenden und über eine deutlich höhere Schulbildung verfügen – die Schulbildung allein macht 23% des Trennungseinflusses der Gruppen aus (Tabelle A10). Angesichts der weiten Verbreitung des Internets (27% aller Befragten haben Zugang über den Arbeitsplatz im Betrieb, 36% verfügen über einen Anschluss zuhause) tragen die Höhe des persönlichen Einkommens, der Wohnort oder die Berufstätigkeit nicht signifikant zur Entscheidung, Internetbanking zu nutzen, bei. Weiters ist es nicht wesentlich, ob die jeweilige Person eine Bankomatkarte besitzt.

### 3.6.2 Künftiger Erwerb von Zahlungskarten

Bei der Untersuchung der Absichten von Nichtkartenbesitzern, künftig eine Karte zu erwerben, wurde eine multiple Diskriminanzanalyse durchgeführt (dabei werden die untersuchten Fälle in mehr als zwei Gruppen getrennt). Im Wesentlichen gilt die gleiche Vorgangsweise wie bei der einfachen Diskriminanzanalyse, allerdings wird mehr als eine Trennfunktion verwendet. Es werden die *relativen Eigenwertanteile* errechnet. Diese geben den Anteil an der gesamten Trenninformation an, die jede einzelne Diskriminanzfunktion auf sich vereinigt, das heißt, wie viel der in den unabhängigen Variablen enthaltenen Trenninformation durch die jeweilige Funktion erfasst wird. Damit erhält man Auskunft darüber, wie aussagestark die relative Trenn- bzw. Diskriminanzkraft der einzelnen Diskriminanzfunktionen für alle Gruppen insgesamt ist. Zu den einzelnen Diskriminanzfunktionen können in weiterer Folge standardisierte kanonische Koeffizienten errechnet werden. In dieser Studie ergeben die errechneten Eigenwertanteile der jeweiligen ersten Diskriminanzfunktion einen Wert zwischen 79 und 91%.

<sup>1)</sup> Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeit des Besitzes einer Kreditkarte auch von einer Bonitätseinschätzung des Kunden abhängt, die einen direkten Zusammenhang mit der Höhe seines Einkommens aufweist.



Daher werden nur die standardisierten kanonischen Koeffizienten der ersten Funktion betrachtet.

Für den künftigen Erwerb einer *Bankomatkarte* sprechen sich jüngere Personen mit höherem persönlichen Einkommen aus. Nicht überraschend scheint die Tatsache, dass Personen mit höherer Bargeldhaltung eine Bankomatkarte erwerben wollen. Allein das Alter trägt zu 68% und das Einkommen zu 23% als Trennvariable zur Unterscheidung zwischen den Gruppen bei (Tabelle A11).

Bei den Überlegungen zum *Kreditkartenerwerb* spielen ebenfalls das Alter (ein kanonischer Koeffizient von 34%) und das Einkommen, aber sehr deutlich auch das Geschlecht eine Rolle (Tabelle A12). Vorwiegend Männer erwägen den Erwerb einer Kreditkarte. Weiters geben tendenziell Personen, die in einer urbanen Umgebung (ausgedrückt durch die höhere Gemeindegröße) leben, an, einen Kreditkartenerwerb zu planen.

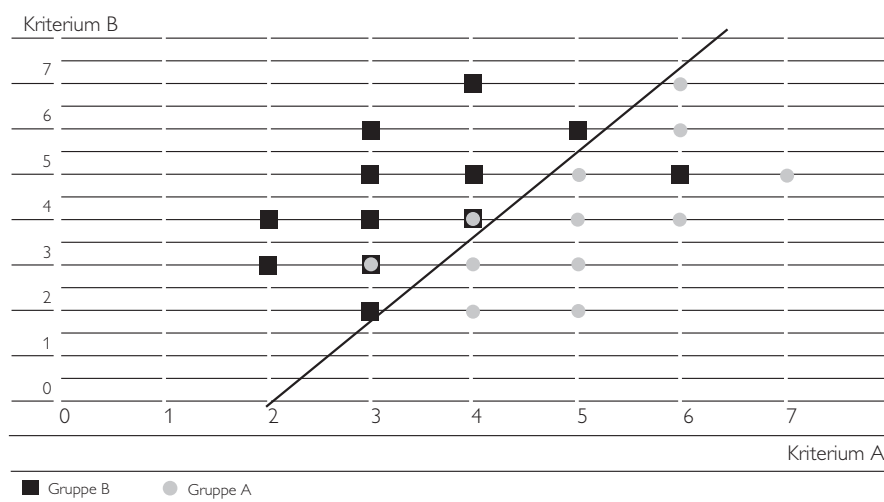
Bei der *Quick-Karte* zeigen sich ähnliche Resultate (Tabelle A13). Dabei kommt als Entscheidungskriterium noch die Berufstätigkeit hinzu. Es wird deutlich, dass der berufstätige Nichtbesitzer einer Quick-Karte im Prinzip den künftigen Erwerb befürwortet.

Abschließend noch zum *Internetbanking*. Die Absicht, diese Zahlungsform künftig zu wählen, geht erwartungsgemäß mit dem zunehmenden Alter der befragten Personen zurück. Ein zusätzlicher Unterschied zeigt sich deutlich (Tabelle A14): Während Berufstätige die Nutzung dieser Zahlungsmöglichkeit planen, wird dies von Lehrlingen weitgehend abgelehnt. Ebenso werden Personen mit höherer Bildung diese Möglichkeit künftig eher in Anspruch nehmen als Personen mit geringerer Bildung.

## Einige Grundlagen der Diskriminanzanalyse

Ziel der Diskriminanzanalyse ist es, Variablen (oder Merkmale) linear so zu kombinieren, dass sie gegebene Gruppen von Beobachtungen möglichst gut voneinander trennen, also Gruppenunterschiede zu maximieren. Im Unterschied zur Regressionsanalyse, bei der die abhängige Variable metrisch skaliert ist, liegt der abhängigen Variable bei der Diskriminanzanalyse eine nominale Skalierung zu Grunde. Weiters geht es bei letzterem Verfahren um a priori definierte Gruppen. Darin unterscheidet sie sich von der Cluster-Analyse, bei der die Gruppen das Ergebnis der Analyse bilden. Liegen nur zwei zu trennende Gruppen vor, so spricht man von der einfachen, bei mehreren Gruppen von der multiplen Diskriminanzanalyse.

Der Verständlichkeit halber sei zuerst der einfache Fall mit 2 Variablen grafisch erläutert.



Die Aufgabe der Diskriminanzanalyse besteht nun darin, eine Gerade bzw. Trennfunktion (oder – bei der multiplen Analyse – ein Set von Diskriminanzfunktionen) derart durch die Beobachtungen zu legen, dass die Häufigkeitsverteilungen, wenn sie auf diese Gerade projiziert werden, eine möglichst geringe Überlappung aufweisen und in sich möglichst hoch verdichtet sind. Zur Beurteilung der Trennschärfe der ermittelten Diskriminanzfunktion sind verschiedene Kriterien in Verwendung. In dieser Studie wurde Wilks' Lambda ( $\Lambda^1$ ) als Kriterium für die Diskriminanzstärke der ermittelten Funktion herangezogen. Je geringer der Wert für Wilks' Lambda ist, umso geringer ist der Anteil der Gesamtabweichungen der unabhängigen Variablen (auch Merkmalsvariablen genannt), der durch die Abweichungen der Gruppenelemente innerhalb der einzelnen Gruppen erklärt wird. Je geringer also  $\Lambda$  ist, umso homogener sind die einzelnen Gruppen und umso größer ist der Unterschied zwischen den Gruppen. In dieser Studie lag Wilks' Lambda zwischen 0,7 und 0,9. Dies lässt zwar den Schluss zu, dass die Gruppen nicht sehr homogen sind, allerdings wurde auch eine beträchtliche Anzahl von Variablen (13) zur Analyse herangezogen. Dies beeinträchtigt gewissermaßen die Homogenität der Gruppen.

1  $\Lambda = \frac{\text{Matrix der nicht erklärten Streuung der unabhängigen Variablen}}{\text{Matrix der Gesamtstreuung der unabhängigen Variablen}}$

Bei der gewählten Stufenmethode<sup>1)</sup> wird als erste einzubeziehende Variable jene genommen, die allein die beste Gruppentrennung ermöglicht. Aus den verbleibenden Variablen wird danach jeweils diejenige gewählt, die die Gruppentrennung bei der inzwischen vorgenommenen Variablenauswahl am meisten verbessert,<sup>2)</sup> wobei bereits einbezogene Variablen wieder ausgeschlossen werden, wenn der Trennbeitrag dieser Variablen durch später hinzugekommene Variablen verschlechtert wird. Der Vorgang wird so lange durchgeführt, bis entweder alle Variablen einbezogen worden sind oder die verbleibenden keinen signifikanten zusätzlichen Trennbeitrag liefern. Durch diese Vorgangsweise wird der Wert von Wilks' Lambda sukzessive verringert, das heißt, somit werden zunehmend homogenere Gruppen gebildet.

Das Vorzeichen und der Absolutbetrag der Diskriminanzkoeffizienten bestimmen den Einfluss bzw. die diskriminatorische Bedeutung der unabhängigen Variablen. Da deren Größe durch die Maßeinheiten und die Streuungen der Variablen verzerrt werden kann, wird eine Standardisierung (durch Multiplikation mit der Standardabweichung der entsprechenden Variablen) durchgeführt. Die Klassifikationsmatrix gibt Auskunft über die Zahl der richtig zugeordneten Merkmale. Vergleicht man in weiterer Folge den Anteil richtiger Zuordnungen mit einer zufälligen Zuordnung, so können – abgesehen von einem Stichprobenfehler – Aussagen über die „Güte“ (das Trennungvermögen) der Klassifikation (bzw. der ermittelten Diskriminanzfunktion) getroffen werden. Bei den Analysen zum Besitz der einzelnen Karten wurden zwischen 70 und 75% der ursprünglich gruppierten Fälle korrekt klassifiziert, was auf eine sehr gute Zuordnung schließen lässt. Zur Ermittlung der Diskriminanzfunktion werden nur vollständige Angaben bzw. Datensätze zugelassen, während bei der Klassifikation auch Datensätze in die Analyse einbezogen werden, bei denen einzelne Werte (z. B. Angaben über persönlich verfügbares Einkommen) fehlen.<sup>3)</sup>

#### 4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In dieser Studie wird ein aktueller Überblick über die Zahlungskultur bei Zahlungen zwischen Nichtbanken in Österreich geboten. Die Analyse verschiedener originärer Datenquellen – Umfragen, die von der OeNB in Auftrag gegeben wurden – illustriert mehrere interessante Ergebnisse.

Bargeld ist noch immer das mit Abstand wichtigste Zahlungsmittel: Im Jahr 2000 wurden 93% aller Transaktionen mit Banknoten und -münzen durchgeführt. Ausgedrückt in Prozent des gesamten Zahlungsvolumens entsprechen die Barzahlungen einem Anteil von 81%. Im Vergleich mit den Daten von 1996 (Mooslechner und Wehinger, 1997) hat Bargeld damit geringfügig an Bedeutung verloren. Der leichte Anteilsverlust des Bargelds als Zahlungsmittel ist hauptsächlich auf das Wachstum der Bankomatzahlungen zurückzuführen, die sowohl in Prozent der Transaktionen als auch in Prozent der Volumina deutlich zulegen konnten.

1 Alternativ wäre die Wahl der simultanen Methode möglich, bei der alle zu berücksichtigenden Variablen gleichzeitig in die Analyse einbezogen werden. Die Stufenmethode wurde unter anderem deswegen gewählt, um den Trennbeitrag der einzelnen Variablen zu verdeutlichen.

2 Wie bereits erläutert, geht es um die Maximierung von Gruppenunterschieden.

3 Die unterschiedlichen Gesamtmittelwerte bei den Datensätzen über den künftigen Erwerb der Zahlungskarten sind allerdings durch die unterschiedlich große Grundgesamtheit der jeweiligen Nichtkartenbesitzer zu erklären.

Es konnte aufgezeigt werden, dass es zu dem erwarteten Substitutionsprozess von den Bargeldzahlungen zu den unbaren Zahlungsformen (Bankomatzahlungen) gekommen ist. Interessanterweise kam es jedoch auch zu signifikanten Nutzungsverschiebungen innerhalb der unbaren Zahlungsformen, das heißt, es wurden auch Kreditkarten- und Scheckzahlungen durch Bankomatzahlungen substituiert.

Die Analyse der Zahlungskartenverbreitung und -nutzung zeigt, dass die POS-Zahlungen auf hohem Niveau nach wie vor stark wachsen. Noch höhere Wachstumsraten werden derzeit beim Quick-System erzielt, wobei die Gesamtsumme dieser Zahlungen, volkswirtschaftlich betrachtet, noch unbedeutend ist. Obwohl der Verbreitungsgrad der Karten mit Quick-Funktion bereits sehr hoch ist, antworten erstaunlicherweise nur 22%, dass sie über eine Karte mit Quick-Funktion verfügen.

Aus den Umfrageergebnissen über die beabsichtigte zukünftige Nutzung der Karten geht hervor, dass mit einer deutlich zunehmenden Verwendung von Zahlungskarten in den nächsten Monaten zu rechnen sein wird. Dies trifft mehr oder weniger auf alle betrachteten Zahlungskarten zu, bei Karten mit Bankomatfunktion und jenen mit Quick-Funktion besonders. Bei der Karte mit Quick-Funktion planen überdies mehr der derzeitigen Nichtnutzer, die Karte in Zukunft einsetzen zu wollen.

Neben einer deskriptiv-empirischen Analyse erfolgt eine Diskriminanzanalyse der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen Nutzern und Nichtnutzern einer bestimmten Zahlungsform. Es geht darum herauszufinden, welche Faktoren für die Entscheidung, eine bestimmte Zahlungsform zu wählen, ausschlaggebend sind. Als Trennvariablen zur Unterscheidung der beiden Gruppen werden Kenngrößen wie das Alter, die Schulbildung, das persönliche Einkommen, die Bargeldhaltung, usw. gewählt.

Darüber hinaus wird versucht, die Beweggründe, eine bestimmte Zahlungsform künftig zu wählen, darzustellen. Untersuchungen dieser Art können als Unterstützung bei der Erkennung künftiger Trends herangezogen werden. Die Resultate zeigen, dass mit dem künftigen Erwerb einer Zahlungskarte bzw. der Nutzung von Internetbanking vor allem das Alter, die Schulbildung und das persönliche Einkommen signifikant korreliert sind.

Trotz der teilweise rasanten Entwicklung bei den Bankomatzahlungen und der hohen Wachstumsraten beim Quick-System belegen die Ergebnisse, dass in Österreich nach wie vor eine ausgeprägte „Barzahlungskultur“ vorherrscht. Da sich die Zahlungsgewohnheiten nur sehr langsam zu ändern scheinen (wohl auch auf Grund des Wirkens von Netzwerkexternalitäten), lassen die Ergebnisse den Schluss zu, dass es mittelfristig zu keiner maßgeblichen, das heißt geldpolitisch relevanten Verdrängung von Bargeld durch neue innovative Zahlungsmittel kommen wird.

## Literaturverzeichnis

**Handler, H., Mooslechner, P. (1991).** Zahlungsverkehrssysteme und Zahlungsverkehr in Österreich. Wien, WIFO-Gutachten.

**Mantel, B. (2000).** Why Do Consumers Pay Bills Electronically? An Empirical Analysis.

Economic Perspectives, Federal Reserve Bank of Chicago, Issue 54, 32–48.

**Mooslechner, P., Wehinger, G. (1997).** Aspekte des Zahlungsverhaltens privater Haushalte in Österreich. In: Berichte und Studien, Heft 4, OeNB, 44–65.

**Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. (2000).** Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung, 9. Auflage, Berlin, Springer-Verlag.

## Anhang

Tabelle A1

### Zahlungsverhalten nach Höhe des Zahlungsbetrags

#### im Jahr 2000

|                     | Bargeld                   | Scheck | Karte mit<br>Bankomat-<br>funktion | Kreditkarte | Kunden-<br>karte | Karte mit<br>Quick-<br>Funktion | Gesamt-<br>ergebnis |
|---------------------|---------------------------|--------|------------------------------------|-------------|------------------|---------------------------------|---------------------|
|                     | Anteil in % der Zahlungen |        |                                    |             |                  |                                 |                     |
| Bis 49 ATS          | 99'1                      | 0'0    | 0'2                                | 0'0         | 0'7              | 0'0                             | 100'0               |
| 50 bis 99 ATS       | 99'0                      | 0'0    | 0'7                                | 0'0         | 0'1              | 0'1                             | 100'0               |
| 100 bis 249 ATS     | 95'7                      | 0'2    | 3'3                                | 0'3         | 0'4              | 0'1                             | 100'0               |
| 250 bis 499 ATS     | 88'9                      | 0'3    | 8'4                                | 1'6         | 0'7              | 0'1                             | 100'0               |
| 500 bis 999 ATS     | 79'7                      | 1'3    | 13'6                               | 4'2         | 1'2              | 0'0                             | 100'0               |
| 1.000 bis 4.999 ATS | 72'3                      | 4'8    | 18'6                               | 3'4         | 0'9              | 0'1                             | 100'0               |
| 5.000 bis 9.999 ATS | 76'2                      | 8'5    | 7'4                                | 7'9         | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| 10.000 ATS und mehr | 71'8                      | 11'2   | 12'7                               | 0'0         | 4'2              | 0'0                             | 100'0               |

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

Anmerkung: Tabelle A1 zeigt den Anteil der verschiedenen Zahlungsformen an den getätigten Transaktionen aufgesplittet nach Zahlungshöhe.

Tabelle A2

### Zahlungsverhalten nach Höhe des Zahlungsbetrags

#### im Jahr 2000

|                     | Bargeld                         | Scheck | Karte mit<br>Bankomat-<br>funktion | Kreditkarte | Kunden-<br>karte | Karte mit<br>Quick-<br>Funktion | Gesamt-<br>ergebnis |
|---------------------|---------------------------------|--------|------------------------------------|-------------|------------------|---------------------------------|---------------------|
|                     | Anteil in % des Zahlungsbetrags |        |                                    |             |                  |                                 |                     |
| Bis 49 ATS          | 99'1                            | 0'0    | 0'2                                | 0'0         | 0'7              | 0'0                             | 100'0               |
| 50 bis 99 ATS       | 98'9                            | 0'1    | 0'8                                | 0'0         | 0'1              | 0'1                             | 100'0               |
| 100 bis 249 ATS     | 95'3                            | 0'2    | 3'6                                | 0'4         | 0'4              | 0'1                             | 100'0               |
| 250 bis 499 ATS     | 88'3                            | 0'3    | 8'7                                | 1'7         | 0'8              | 0'1                             | 100'0               |
| 500 bis 999 ATS     | 79'3                            | 1'2    | 14'0                               | 4'3         | 1'1              | 0'0                             | 100'0               |
| 1.000 bis 4.999 ATS | 70'5                            | 5'6    | 18'7                               | 3'6         | 1'5              | 0'1                             | 100'0               |
| 5.000 bis 9.999 ATS | 76'0                            | 9'1    | 7'7                                | 7'1         | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| 10.000 ATS und mehr | 61'4                            | 9'9    | 11'7                               | 0'0         | 17'0             | 0'0                             | 100'0               |

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

Anmerkung: In Tabelle A2 wird im Unterschied zur Tabelle A1 der Anteil am Zahlungsbetrag dargestellt.

Tabelle A3

**Zahlungsverhalten nach Branchen im Jahr 2000**

| Branche                                       | Bargeld | Scheck | Karte mit<br>Banko-<br>matfunk-<br>tion | Kredit-<br>karte | Kunden-<br>karte | Karte mit<br>Quick-<br>Funktion | Gesamt-<br>ergebnis |
|---|---------|--------|---|------------------|------------------|---------------------------------|---------------------|
| <i>Anteil in % der Zahlungen</i>              |         |        |   |                  |                  |                                 |                     |
| Gasthaus – Café                               | 98'8    | 0'2    | 0'2                                     | 0'4              | 0'4              | 0'0                             | 100'0               |
| Lebensmittel                                  | 93'8    | 0'1    | 5'8                                     | 0'0              | 0'2              | 0'1                             | 100'0               |
| Warenhäuser                                   | 85'0    | 2'1    | 12'1                                    | 0'3              | 0'4              | 0'2                             | 100'0               |
| Haushaltsgeräte – Metallwaren                 | 83'5    | 1'8    | 10'6                                    | 3'8              | 0'0              | 0'3                             | 100'0               |
| Trafiken                                      | 98'9    | 0'0    | 0'7                                     | 0'1              | 0'2              | 0'0                             | 100'0               |
| Textilhandel                                  | 77'2    | 1'4    | 14'2                                    | 6'8              | 0'3              | 0'0                             | 100'0               |
| Schuhe – Lederwaren                           | 83'0    | 2'4    | 10'8                                    | 3'8              | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Apotheken – Parfümerien –<br>Drogerien        | 95'1    | 0'1    | 3'5                                     | 0'2              | 1'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Möbelhandel                                   | 80'4    | 0'0    | 12'4                                    | 7'2              | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Fahrzeughandel                                | 87'7    | 0'0    | 9'0                                     | 1'1              | 2'2              | 0'0                             | 100'0               |
| Tankstellen – Brennstoffhandel                | 73'4    | 0'7    | 15'4                                    | 7'2              | 2'9              | 0'5                             | 100'0               |
| Verkehrsmittel – Nachrichtenüber-<br>mittlung | 94'0    | 0'8    | 3'4                                     | 0'2              | 1'7              | 0'0                             | 100'0               |
| Elektrohandel                                 | 82'1    | 1'7    | 15'1                                    | 1'1              | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Optiker – Fotohandel                          | 88'3    | 2'8    | 4'2                                     | 0'0              | 4'6              | 0'0                             | 100'0               |
| Uhren – Schmuck                               | 97'1    | 2'9    | 0'0                                     | 0'0              | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Papier – Schreibwaren – Buchhandel            | 92'3    | 0'6    | 5'6                                     | 1'0              | 0'4              | 0'0                             | 100'0               |
| Spielwaren – Sportartikel                     | 77'9    | 0'4    | 14'3                                    | 6'1              | 1'4              | 0'0                             | 100'0               |
| Blumenhandlung – Gärtnerei                    | 99'0    | 0'6    | 0'5                                     | 0'0              | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Unterhaltung – Sport – Freizeit               | 96'0    | 0'7    | 2'1                                     | 0'5              | 0'4              | 0'2                             | 100'0               |
| Urlaub – Reisebüro <sup>1)</sup>              | 80'1    | 8'8    | 4'4                                     | 6'7              | 0'0              | 0'0                             | 100'0               |
| Anderes <sup>2)</sup>                         | 95'7    | 1'5    | 1'1                                     | 0'6              | 0'9              | 0'2                             | 100'0               |

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „Anderes“.

<sup>2)</sup> Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „nicht angegeben“.

Anmerkung: Tabelle A3 gibt die branchenweise Disaggregation der Anteile der verschiedenen Zahlungsarten in Prozent der getätigten Transaktionen wieder.

Tabelle A4

| Zahlungsverhalten nach Branchen im Jahr 2000 |         |        |                            |             |             |                          |                |
|--|---------|--------|----------------------------|-------------|-------------|--------------------------|----------------|
| Branche                                      | Bargeld | Scheck | Karte mit Bankomatfunktion | Kreditkarte | Kundenkarte | Karte mit Quick-Funktion | Gesamtergebnis |
| Anteil in % des Zahlungsbetrags              |         |        |                            |             |             |                          |                |
| Gasthaus – Café                              | 97,2    | 1,2    | 0,4                        | 0,9         | 0,2         | 0,0                      | 100,0          |
| Lebensmittel                                 | 89,2    | 0,2    | 10,2                       | 0,1         | 0,2         | 0,1                      | 100,0          |
| Warenhäuser                                  | 71,8    | 5,2    | 22,1                       | 0,4         | 0,3         | 0,1                      | 100,0          |
| Haushaltsgeräte – Metallwaren                | 73,9    | 3,6    | 16,1                       | 5,0         | 0,0         | 1,4                      | 100,0          |
| Trafiken                                     | 96,7    | 0,0    | 2,9                        | 0,4         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Textilhandel                                 | 63,6    | 3,5    | 23,8                       | 9,0         | 0,1         | 0,0                      | 100,0          |
| Schuhe – Lederwaren                          | 71,8    | 7,2    | 14,5                       | 6,5         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Apotheken – Parfümerien – Drogerien          | 92,4    | 0,3    | 6,3                        | 0,4         | 0,6         | 0,0                      | 100,0          |
| Möbelhandel                                  | 79,4    | 0,0    | 12,8                       | 7,8         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Fahrzeughandel                               | 75,4    | 0,0    | 14,5                       | 5,8         | 4,3         | 0,0                      | 100,0          |
| Tankstellen – Brennstoffhandel               | 68,5    | 3,3    | 16,5                       | 8,5         | 2,9         | 0,3                      | 100,0          |
| Verkehrsmittel – Nachrichtenübermittlung     | 83,4    | 5,0    | 11,1                       | 0,3         | 0,2         | 0,0                      | 100,0          |
| Elektrohandel                                | 79,3    | 6,1    | 13,9                       | 0,7         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Optiker – Fotohandel                         | 84,9    | 5,3    | 6,0                        | 0,0         | 3,9         | 0,0                      | 100,0          |
| Uhren – Schmuck                              | 86,4    | 13,6   | 0,0                        | 0,0         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Papier – Schreibwaren – Buchhandel           | 84,2    | 0,7    | 12,0                       | 2,6         | 0,5         | 0,0                      | 100,0          |
| Spielwaren – Sportartikel                    | 57,9    | 0,5    | 25,8                       | 9,7         | 6,1         | 0,0                      | 100,0          |
| Blumenhandlung – Gärtnerei                   | 98,0    | 1,2    | 0,8                        | 0,0         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Unterhaltung – Sport – Freizeit              | 86,5    | 3,5    | 9,0                        | 0,6         | 0,2         | 0,1                      | 100,0          |
| Urlaub – Reisebüro <sup>1)</sup>             | 72,9    | 12,8   | 10,8                       | 3,6         | 0,0         | 0,0                      | 100,0          |
| Anderes <sup>2)</sup>                        | 74,7    | 6,4    | 1,9                        | 0,4         | 16,6        | 0,0                      | 100,0          |

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „Anderes“.

<sup>2)</sup> Entspricht in der Umfrage 1996 der Kategorie „nicht angegeben“.

Anmerkung: Im Unterschied zur Tabelle A3 erfolgt die branchenweise Aufsplittung hier in Prozent des Zahlungsbetrags. Die Branchen Urlaub – Reisebüro und Anderes waren in der Studie 1996 anders zugeordnet.

Tabelle A5

| Zahlungsverhalten im Wochenverlauf |         |        |                            |             |             |                          |                |
|------------------------------------|---------|--------|----------------------------|-------------|-------------|--------------------------|----------------|
|                                    | Bargeld | Scheck | Karte mit Bankomatfunktion | Kreditkarte | Kundenkarte | Karte mit Quick-Funktion | Gesamtergebnis |
| Anteil in % der Zahlungen          |         |        |                            |             |             |                          |                |
| Montag                             | 92,7    | 0,5    | 5,2                        | 0,9         | 0,5         | 0,0                      | 100,0          |
| Dienstag                           | 92,8    | 0,6    | 5,0                        | 0,5         | 0,9         | 0,1                      | 100,0          |
| Mittwoch                           | 93,4    | 0,5    | 4,7                        | 0,8         | 0,4         | 0,1                      | 100,0          |
| Donnerstag                         | 92,6    | 0,6    | 4,6                        | 1,5         | 0,7         | 0,0                      | 100,0          |
| Freitag                            | 91,7    | 0,5    | 6,3                        | 1,0         | 0,5         | 0,1                      | 100,0          |
| Samstag                            | 92,4    | 0,5    | 5,4                        | 1,1         | 0,5         | 0,0                      | 100,0          |
| Sonntag                            | 96,5    | 0,2    | 1,8                        | 1,0         | 0,3         | 0,1                      | 100,0          |

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

Anmerkung: Tabelle A5 zeigt den Anteil der verschiedenen Zahlungsformen in Prozent der gesamten Zahlungen im Wochenverlauf.

Tabelle A6

| <b>Zahlungsverhalten im Wochenverlauf</b> |                                 |        |                                    |             |                  |                                 |                     |
|---|---------------------------------|--------|------------------------------------|-------------|------------------|---------------------------------|---------------------|
|   | Bargeld                         | Scheck | Karte mit<br>Bankomat-<br>funktion | Kreditkarte | Kunden-<br>karte | Karte mit<br>Quick-<br>Funktion | Gesamt-<br>ergebnis |
|   | Anteil in % des Zahlungsbetrags |        |                                    |             |                  |                                 |                     |
| Montag                                    | 80'5                            | 3'9    | 12'6                               | 2'0         | 0'8              | 0'0                             | 100'0               |
| Dienstag                                  | 74'1                            | 4'1    | 10'7                               | 2'1         | 8'9              | 0'1                             | 100'0               |
| Mittwoch                                  | 84'7                            | 3'4    | 9'4                                | 2'0         | 0'3              | 0'1                             | 100'0               |
| Donnerstag                                | 80'4                            | 2'2    | 12'3                               | 4'3         | 0'7              | 0'0                             | 100'0               |
| Freitag                                   | 82'3                            | 2'0    | 12'3                               | 2'5         | 0'9              | 0'0                             | 100'0               |
| Samstag                                   | 80'9                            | 2'2    | 12'3                               | 3'3         | 1'3              | 0'0                             | 100'0               |
| Sonntag                                   | 94'2                            | 1'5    | 2'3                                | 1'7         | 0'2              | 0'2                             | 100'0               |

Quelle: OeNB (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.  
Anmerkung: Tabelle A6 zeigt im Unterschied zur Tabelle A5 den Anteil der verschiedenen Zahlungsarten, jedoch in Prozent des Zahlungsbetrags.

### Diskriminanzanalyse:

Für die Variablenwerte gelten folgende Angaben (soweit nicht selbst-erklärend):

**„Besitz einer Bankomatkarte“, „Besitz einer Kreditkarte“, „Besitz einer Karte mit Quick-Funktion“, „Dauerauftrag“, „Einziehungsauftrag“, „Internetbanking“, „Erlagschein“:**

1 = ja, 2 = nein

entsprechend: „Verwendung der jeweiligen Zahlungsform künftig“:

1 = sicher, 2 = eher schon, 3 = eher nicht, 4 = sicher nicht, 5 = keine Angabe

**„Trägt wieviel Bargeld mit sich“:**

1 = bis 100 ATS, 2 = bis 200 ATS, 3 = bis 300 ATS, 4 = bis 400 ATS, 5 = bis 500 ATS, 6 = bis 1.000 ATS, 7 = bis 1.500 ATS, 8 = bis 2.000 ATS, 9 = bis 3.000 ATS, 10 = über 3.000 ATS, 11 = keine Angabe

**„Berufstätigkeit“:**

1 = voll berufstätig, 2 = teilweise berufstätig, 3 = mithelfende Familienangehörige, 4 = Lehrling, 5 = arbeitslos, 6 = eigene Rente, 7 = Einkommen ohne Berufstätigkeit, 8 = Witwe ohne eigenes Einkommen, 9 = im Haushalt tätig, 0 = in Ausbildung

**„Geschlecht“:**

1 = männlich, 2 = weiblich

**„Gemeindegröße“:**

2 = bis 2.000 Personen, 3 = bis 3.000 Personen, 4 = bis 5.000 Personen, 5 = bis 10.000 Personen, 6 = bis 20.000 Personen, 7 = bis 50.000 Personen, 8 = bis 1 Million Personen, 9 = über 1 Million Personen

**„Schulbildung“:**

1 = Pflichtschule, 2 = Lehre, 3 = Fachschule, 4 = Mittelschule ohne Matura, 5 = Matura, 6 = abgeschlossenes Universitätsstudium



Zur besseren Verständlichkeit der Resultate der Diskriminanzanalyse sei *Tabelle A7* als Beispiel erläutert.

*Mittelwerte:*

Besitz Kreditkarte (1 = ja, 2 = nein): Das bedeutet, dass der durchschnittliche Bankomatbesitzer eher auch Besitzer einer Kreditkarte ist (Wert 1'57), während die Nichtbesitzer einer Bankomatkarte auch den Besitz einer Kreditkarte verneinen (Mittelwert 1'95).

Berufstätigkeit (je niedriger der Wert, desto höher das Ausmaß der Berufstätigkeit, 1 = voll berufstätig, bis 9 = im Haushalt tätig und 0 = in Ausbildung): Die Besitzer einer Bankomatkarte sind in größerem Ausmaß berufstätig (2'62) als diejenigen, die keine besitzen (4'43).

Trägt wieviel Bargeld mit sich (mit steigendem Wert höhere Bargeldhaltung): Der Bankomatkartenbesitzer trägt mehr Bargeld mit sich (5'39) als der Nichtnutzer einer Bankomatkarte (4'84).

*Diskriminanzanalyse:*

In die Analyse werden zur Gruppenbildung in Kartennutzer und Nichtnutzer nur die Variablen einbezogen, die signifikant zur Trennung der beiden Gruppen beitragen, und zwar in der Reihenfolge der Trennkraft. In diesem Beispiel trägt der Besitz der Kreditkarte am meisten zur Trennung in Bankomatkartenbesitzer und -nichtnutzer bei. An zweiter Stelle ist der Besitz einer Quick-Karte mit dem einer Bankomatkarte korreliert.

Tabelle A7

| Diskriminanzanalyse: Besitz einer Karte mit Bankomatfunktion |  | „Ja“<br>Mittelwerte | „Nein“<br>Mittelwerte | Gesamt-<br>mittelwerte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffizienten | Prozentuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffizienten |
|--|--|---------------------|-----------------------|------------------------|------------------|--|---|---|
| 1. Schritt   | Besitz Kreditkarte                     | 1'57                | 1'95                  | 1'70                   | 0'844            | 0'000  | 0'535   | 24'5  |
| 2. Schritt   | Besitz Karte mit Quick-Funktion        | 1'68                | 1'98                  | 1'78                   | 0'788            | 0'000  | 0'391   | 17'9  |
| 3. Schritt   | Berufstätigkeit                        | 2'62                | 4'43                  | 3'23                   | 0'748            | 0'000  | 0'217   | 9'9   |
| 4. Schritt   | Überweisung                            | 1'16                | 1'31                  | 1'21                   | 0'727            | 0'000  | 0'248   | 11'4  |
| 5. Schritt   | Schulbildung                           | 3'07                | 2'10                  | 2'75                   | 0'720            | 0'000  | -0'210  | 9'6   |
| 6. Schritt   | Alter in Jahren                        | 41'53               | 50'84                 | 44'67                  | 0'715            | 0'000  | 0'219   | 10'0  |
| 7. Schritt   | Einziehungsauftrag                     | 1'33                | 1'56                  | 1'41                   | 0'709            | 0'000  | 0'203   | 9'3   |
| 8. Schritt   | Gemeindegröße                          | 5'56                | 5'53                  | 5'57                   | 0'704            | 0'000  | 0'158   | 7'2   |
| nicht in Analyse   | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 11'65               | 11'19                 | 11'50                  | 0'704            | 0'974  | x   | x   |
| nicht in Analyse   | Geschlecht                             | 1'49                | 1'62                  | 1'53                   | 0'704            | 0'212  | x   | x   |
| nicht in Analyse   | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 5'39                | 4'84                  | 5'21                   | 0'703            | 0'052  | x   | x   |
| nicht in Analyse   | Erlagschein                            | 1'23                | 1'23                  | 1'23                   | 0'704            | 0'352  | x   | x   |
| nicht in Analyse   | Internetbanking                        | 1'82                | 1'96                  | 1'86                   | 0'704            | 0'439  | x   | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

Anmerkung: Tabelle A7 zeigt, welche der Faktoren wesentlich zur Trennung der Gruppen in Besitzer und Nichtbesitzer einer Bankomatkarte beitragen. Die schrittweise Vorgangsweise macht deutlich, dass mit zunehmender Zahl der Schritte die zusätzliche diskriminatorische Bedeutung dieser Variablen abnimmt.

Tabelle A8

**Diskriminanzanalyse: Besitz einer Kreditkarte**

|                  |  | „Ja“<br>Mittelwerte | „Nein“<br>Mittelwerte | Gesamt-<br>mittelwerte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffizienten | Prozentuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffizienten |
|------------------|--|---------------------|-----------------------|------------------------|------------------|--|---|---|
| 1. Schritt       | Besitz Karte<br>mit Bankomatkarte      | 1'05                | 1'46                  | 1'34                   | 0'844            | 0'000  | 0'511   | 18'9  |
| 2. Schritt       | Schulbildung                           | 3'60                | 2'38                  | 2'75                   | 0'778            | 0'000  | -0'360  | 13'3  |
| 3. Schritt       | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 5'85                | 4'93                  | 5'21                   | 0'760            | 0'000  | -0'239  | 8'8   |
| 4. Schritt       | Internetbanking                        | 1'74                | 1'92                  | 1'86                   | 0'747            | 0'000  | 0'232   | 8'6   |
| 5. Schritt       | Gemeindegröße                          | 6'21                | 5'30                  | 5'57                   | 0'736            | 0'000  | -0'201  | 7'4   |
| 6. Schritt       | Besitz Karte mit Quick-Funktion        | 1'62                | 1'85                  | 1'78                   | 0'730            | 0'000  | 0'188   | 6'9   |
| 7. Schritt       | Geschlecht                             | 1'43                | 1'58                  | 1'53                   | 0'726            | 0'000  | 0'110   | 4'1   |
| 8. Schritt       | Alter in Jahren                        | 43'18               | 45'32                 | 44'67                  | 0'721            | 0'000  | -0'314  | 11'6  |
| 9. Schritt       | Berufstätigkeit                        | 2'34                | 3'61                  | 3'23                   | 0'715            | 0'000  | 0'263   | 9'7   |
| 10. Schritt      | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 12'67               | 10'99                 | 11'50                  | 0'709            | 0'000  | -0'185  | 6'8   |
| 11. Schritt      | Einziehungsauftrag                     | 1'24                | 1'48                  | 1'41                   | 0'707            | 0'000  | 0'106   | 3'9   |
| nicht in Analyse | Erlagschein                            | 1'25                | 1'22                  | 1'23                   | 0'706            | 0'466  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Überweisung                            | 1'16                | 1'22                  | 1'21                   | 0'706            | 0'132  | x   | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

Anmerkung: Tabelle A8 macht deutlich, dass der Besitz einer Bankomatkarte, die Schulbildung und das Alter (die Faktoren mit den höchsten prozentualen Beiträgen) am meisten zur Gruppenbildung beitragen.

Tabelle A9

**Diskriminanzanalyse: Besitz einer Karte mit Quick-Funktion**

|                  |  | „Ja“<br>Mittelwerte | „Nein“<br>Mittelwerte | Gesamt-<br>mittelwerte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffizienten | Prozentuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffizienten |
|------------------|--|---------------------|-----------------------|------------------------|------------------|--|---|---|
| 1. Schritt       | Besitz Karte<br>mit Bankomatkarte      | 1'02                | 1'42                  | 1'34                   | 0'878            | 0'000  | 0'523   | 29'6  |
| 2. Schritt       | Internetbanking                        | 1'71                | 1'91                  | 1'86                   | 0'847            | 0'000  | 0'300   | 17'0  |
| 3. Schritt       | Alter in Jahren                        | 36'26               | 47'01                 | 44'67                  | 0'830            | 0'000  | 0'378   | 21'4  |
| 4. Schritt       | Besitz Kreditkarte                     | 1'48                | 1'76                  | 1'70                   | 0'818            | 0'000  | 0'231   | 13'1  |
| 5. Schritt       | Einziehungsauftrag                     | 1'25                | 1'45                  | 1'41                   | 0'811            | 0'000  | 0'206   | 11'7  |
| 6. Schritt       | Schulbildung                           | 3'4                 | 2'56                  | 2'75                   | 0'809            | 0'558  | -0'127  | 7'2   |
| nicht in Analyse | Geschlecht                             | 1'44                | 1'56                  | 1'53                   | 0'808            | 0'185  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 11'88               | 11'39                 | 11'50                  | 0'809            | 0'537  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 5'33                | 5'17                  | 5'21                   | 0'809            | 0'317  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Berufstätigkeit                        | 2'00                | 3'57                  | 3'23                   | 0'809            | 0'988  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Gemeindegröße                          | 5'61                | 5'56                  | 5'57                   | 0'808            | 0'072  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Erlagschein                            | 1'24                | 1'23                  | 1'23                   | 0'809            | 0'788  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Überweisung                            | 1'16                | 1'22                  | 1'21                   | 0'809            | 0'873  | x   | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

Anmerkung: Bei dieser einfachen Diskriminanzanalyse (nur zwei Gruppen) zeigt sich wieder, dass der Besitz einer Bankomatkarte, die Benützung des Internetbanking und das Alter die wesentlichen Determinanten der Einteilung in Besitzer und Nichtbesitzer von Karten mit Quick-Funktion sind. Zusätzlich wird durch die Mittelwerte das Bild des „durchschnittlichen“ Besitzers einer Karte mit Quick-Funktion sichtbar.

Tabelle A10

### Diskriminanzanalyse: Nutzung des Internetbanking

|                  |  | „Ja“<br>Mittelwerte | „Nein“<br>Mittelwerte | Gesamt-<br>mittelwerte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffizienten | Prozentuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffizienten |
|------------------|--|---------------------|-----------------------|------------------------|------------------|--|---|---|
| 1. Schritt       | Schulbildung                           | 3'82                | 2'57                  | 2'75                   | 0'924            | 0'000  | -0'468  | 22'7  |
| 2. Schritt       | Besitz Karte mit Quick-Funktion        | 1'53                | 1'82                  | 1'78                   | 0'890            | 0'000  | 0'357   | 17'3  |
| 3. Schritt       | Besitz Kreditkarte                     | 1'42                | 1'74                  | 1'70                   | 0'876            | 0'000  | 0'344   | 16'7  |
| 4. Schritt       | Alter in Jahren                        | 35'55               | 46'12                 | 44'67                  | 0'861            | 0'000  | 0'344   | 16'7  |
| 5. Schritt       | Erlagschein                            | 1'33                | 1'21                  | 1'23                   | 0'853            | 0'000  | -0'223  | 10'8  |
| 6. Schritt       | Einziehungsauftrag                     | 1'26                | 1'43                  | 1'41                   | 0'851            | 0'000  | 0'173   | 8'4   |
| 7. Schritt       | Überweisung                            | 1'23                | 1'20                  | 1'21                   | 0'849            | 0'000  | -0'156  | 7'6   |
| nicht in Analyse | Gemeindegröße                          | 5'88                | 5'52                  | 5'57                   | 0'848            | 0'178  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Berufstätigkeit                        | 1'79                | 3'46                  | 3'23                   | 0'848            | 0'513  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Geschlecht                             | 1'48                | 1'54                  | 1'53                   | 0'849            | 0'591  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 12'36               | 11'36                 | 11'50                  | 0'849            | 0'724  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 5'31                | 5'19                  | 5'21                   | 0'848            | 0'474  | x   | x   |
| nicht in Analyse | Besitz Karte<br>mit Bankomatkfunktion  | 1'10                | 1'37                  | 1'34                   | 0'848            | 0'389  | x   | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

Anmerkung: In Tabelle A10 steht an erster Stelle die (höhere) Schulbildung, die mit der Nutzung des Internetbanking deutlich zur Gruppenbildung „Ja“ und „Nein“ beiträgt.

Tabelle A11

### Diskriminanzanalyse: Künftiger Erwerb einer Karte mit Bankomatkfunktion

|                  |  | „Sicher“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>schon“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | „Sicher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | Keine<br>Angabe | Gesamt-<br>mittel-<br>werte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz<br>der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffi-<br>zienten | Prozen-<br>tuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffi-<br>zienten <sup>2)</sup> |
|------------------|--|------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------|-----------------------------|------------------|---|--|---|
| 1. Schritt       | Alter in Jahren                        | 31'09                        | 35'94                               | 50'75                               | 58'83                                 | 62'38           | 50'84                       | 0'744            | 0'000   | 0'898  | 68'4  |
| 2. Schritt       | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 15'57                        | 13'30                               | 11'96                               | 9'33                                  | 12'78           | 11'19                       | 0'751            | 0'000   | -0'304   | 23'2  |
| 3. Schritt       | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 4'17                         | 4'40                                | 5'26                                | 4'90                                  | 5'50            | 4'84                        | 0'740            | 0'000   | 0'081  | 6'2   |
| 4. Schritt       | Erlagschein                            | 1'39                         | 1'20                                | 1'19                                | 1'22                                  | 1'36            | 1'23                        | 0'729            | 0'000   | -0'030   | 2'3   |
| nicht in Analyse | Geschlecht                             | 1'57                         | 1'54                                | 1'57                                | 1'67                                  | 1'48            | 1'62                        | 0'722            | 0'130   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Berufstätigkeit                        | 2'52                         | 2'72                                | 4'55                                | 5'24                                  | 4'90            | 4'43                        | 0'722            | 0'166   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Besitz Kreditkarte                     | 1'96                         | 1'97                                | 1'93                                | 1'96                                  | 1'90            | 1'95                        | 0'726            | 0'529   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Karte mit Quick-Funktion               | 1'98                         | 1'97                                | 1'99                                | 1'99                                  | 2'00            | 1'98                        | 0'729            | 0'964   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Einziehungsauftrag                     | 1'61                         | 1'57                                | 1'52                                | 1'57                                  | 1'55            | 1'56                        | 0'729            | 0'984   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Gemeindegröße                          | 6'50                         | 5'58                                | 5'24                                | 5'48                                  | 5'55            | 5'53                        | 0'722            | 0'155   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Schulbildung                           | 2'51                         | 2'26                                | 2'16                                | 1'96                                  | 1'81            | 2'10                        | 0'724            | 0'345   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Internetbanking                        | 1'91                         | 1'97                                | 1'96                                | 1'97                                  | 1'85            | 1'96                        | 0'721            | 0'107   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Überweisung                            | 1'33                         | 1'38                                | 1'31                                | 1'27                                  | 1'36            | 1'31                        | 0'725            | 0'383   | x  | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

<sup>2)</sup> Beziehen sich auf die erste (von vier) Diskriminanzfunktion(en). Der Eigenwertanteil der ersten Diskriminanzfunktion beträgt 90'4%.

Anmerkung: Bei den folgenden vier Tabellen handelt es sich um eine multiple Diskriminanzanalyse, da mehrere Gruppen bei der Gruppenbildung beteiligt sind. Alter und persönliches Einkommen, aber auch die Bargeldhaltung tragen zur Trennung in die verschiedenen Gruppen signifikant bei.

Tabelle A12

**Diskriminanzanalyse: Künftiger Erwerb einer Kreditkarte**

|                  |  | „Sicher“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>schon“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | „Sicher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | Keine<br>Angabe | Gesamt-<br>mittel-<br>werte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz<br>der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffi-<br>zienten | Prozen-<br>tuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffi-<br>zienten <sup>2)</sup> |
|------------------|--|------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------|-----------------------------|------------------|---|--|---|
| 1. Schritt       | Alter in Jahren                        | 26'95                        | 32'85                               | 41'71                               | 50'04                                 | 48'79           | 45'32                       | 0'895            | 0'000   | 0'696  | 34'3  |
| 2. Schritt       | Gemeindegröße                          | 6'37                         | 6'07                                | 4'88                                | 5'28                                  | 5'98            | 5'30                        | 0'872            | 0'000   | -0'214   | 10'5  |
| 3. Schritt       | Geschlecht                             | 1'32                         | 1'43                                | 1'53                                | 1'63                                  | 1'70            | 1'58                        | 0'853            | 0'000   | 0'397  | 19'6  |
| 4. Schritt       | Schulbildung                           | 2'77                         | 2'75                                | 2'51                                | 2'20                                  | 3'05            | 2'38                        | 0'841            | 0'000   | -0'174   | 8'6   |
| 5. Schritt       | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 12'81                        | 12'86                               | 11'99                               | 10'13                                 | 10'48           | 10'99                       | 0'829            | 0'000   | -0'290   | 14'3  |
| 6. Schritt       | Besitzt Karte mit Quick-Funktion       | 1'68                         | 1'72                                | 1'86                                | 1'89                                  | 1'73            | 1'85                        | 0'820            | 0'000   | 0'141  | 6'9   |
| 7. Schritt       | Besitzt Karte<br>mit Bankomatfunktion  | 1'40                         | 1'27                                | 1'40                                | 1'53                                  | 1'34            | 1'46                        | 0'813            | 0'000   | 0'118  | 5'8   |
| nicht in Analyse | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 4'81                         | 4'96                                | 5'02                                | 4'87                                  | 5'51            | 4'93                        | 0'810            | 0'191   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Berufstätigkeit                        | 1'73                         | 1'82                                | 3'25                                | 4'19                                  | 3'47            | 3'61                        | 0'809            | 0'148   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Einziehungsauftrag                     | 1'43                         | 1'43                                | 1'52                                | 1'47                                  | 1'36            | 1'48                        | 0'811            | 0'517   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Erlagschein                            | 1'36                         | 1'20                                | 1'20                                | 1'22                                  | 1'32            | 1'22                        | 0'809            | 0'100   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Internetbanking                        | 1'86                         | 1'87                                | 1'90                                | 1'94                                  | 1'87            | 1'92                        | 0'813            | 0'945   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Überweisung                            | 1'34                         | 1'27                                | 1'24                                | 1'21                                  | 1'17            | 1'22                        | 0'810            | 0'250   | x  | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

<sup>2)</sup> Beziehen sich auf die erste (von vier) Diskriminanzfunktion(en). Der Eigenwertanteil der ersten Diskriminanzfunktion beträgt 80,3%.

Anmerkung: Für den künftigen Erwerb sind das Alter, die Gemeindegröße (als Kenngröße für den Wohnort) und interessanterweise das Geschlecht von wesentlicher Bedeutung zur Gruppenbildung.

Tabelle A13

**Diskriminanzanalyse: Künftiger Erwerb einer Karte mit Quick-Funktion**

|                  |  | „Sicher“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>schon“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | „Sicher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | Keine<br>Angabe | Gesamt-<br>mittel-<br>werte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz<br>der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standardi-<br>sierte<br>kanonische<br>Koeffi-<br>zienten | Prozen-<br>tuale<br>Gewichte<br>der<br>Koeffi-<br>zienten <sup>2)</sup> |
|------------------|--|------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------|-----------------------------|------------------|---|--|---|
| 1. Schritt       | Alter in Jahren                        | 34'24                        | 37'88                               | 42'55                               | 50'66                                 | 54'22           | 47'01                       | 0'931            | 0'000   | 0'542  | 29'6  |
| 2. Schritt       | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 14'49                        | 13'99                               | 12'51                               | 10'33                                 | 13'49           | 11'39                       | 0'910            | 0'000   | -0'487   | 26'6  |
| 3. Schritt       | Besitzt Kreditkarte                    | 1'79                         | 1'61                                | 1'72                                | 1'80                                  | 1'74            | 1'76                        | 0'897            | 0'000   | 0'276  | 15'1  |
| 4. Schritt       | Gemeindegröße                          | 6'42                         | 5'96                                | 5'18                                | 5'63                                  | 5'94            | 5'56                        | 0'885            | 0'000   | 0'136  | 7'4   |
| 5. Schritt       | Schulbildung                           | 2'56                         | 2'71                                | 2'82                                | 2'42                                  | 2'68            | 2'56                        | 0'877            | 0'000   | -0'075   | 4'1   |
| 6. Schritt       | Berufstätigkeit                        | 2'71                         | 2'35                                | 2'92                                | 4'07                                  | 3'87            | 3'57                        | 0'870            | 0'000   | 0'317  | 17'3  |
| nicht in Analyse | Besitzt Karte<br>mit Bankomatfunktion  | 1'51                         | 1'36                                | 1'33                                | 1'48                                  | 1'35            | 1'42                        | 0'865            | 0'076   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 4'64                         | 4'95                                | 5'30                                | 5'15                                  | 5'89            | 5'17                        | 0'867            | 0'291   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Internetbanking                        | 1'93                         | 1'86                                | 1'90                                | 1'91                                  | 1'94            | 1'91                        | 0'868            | 0'537   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Geschlecht                             | 1'54                         | 1'45                                | 1'50                                | 1'59                                  | 1'68            | 1'56                        | 0'865            | 0'070   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Erlagschein                            | 1'31                         | 1'29                                | 1'18                                | 1'23                                  | 1'24            | 1'23                        | 0'865            | 0'089   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Einziehungsauftrag                     | 1'50                         | 1'42                                | 1'49                                | 1'44                                  | 1'30            | 1'45                        | 0'867            | 0'345   | x  | x   |
| nicht in Analyse | Überweisung                            | 1'37                         | 1'19                                | 1'22                                | 1'21                                  | 1'30            | 1'22                        | 0'866            | 0'203   | x  | x   |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

<sup>2)</sup> Beziehen sich auf die erste (von vier) Diskriminanzfunktion(en). Der Eigenwertanteil der ersten Diskriminanzfunktion beträgt 78,7%.

Anmerkung: Auch hier ist das Alter der wichtigste Entscheidungsfaktor zum Erwerb einer Karte mit Quick-Funktion, gefolgt vom persönlichen Einkommen und dem Besitz einer Kreditkarte.

Tabelle A14

**Diskriminanzanalyse: Künftige Nutzung des Internetbanking**

|                  |  | „Sicher“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>schon“<br>Mittel-<br>werte | „Eher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | „Sicher<br>nicht“<br>Mittel-<br>werte | Keine<br>Angabe | Gesamt-<br>mittel-<br>werte | Wilks'<br>Lambda | Signifikanz<br>der<br>F-Statistik <sup>1)</sup> | Standard-<br>isierte<br>kanonische<br>Koeffi-<br>zienten | Prozen-<br>tuelle<br>Gewichte<br>der<br>Koeffi-<br>zienten <sup>2)</sup> |
|------------------|--|------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------|-----------------------------|------------------|---|--|--|
| 1. Schritt       | Alter in Jahren                        | 30'23                        | 34'05                               | 40'22                               | 52'18                                 | 51'72           | 46'12                       | 0'842            | 0'000   | 0'608  | 32'4   |
| 2. Schritt       | Schulbildung                           | 3'48                         | 3'14                                | 2'76                                | 2'32                                  | 2'22            | 2'57                        | 0'807            | 0'000   | -0'305   | 16'2   |
| 3. Schritt       | Besitz Kreditkarte                     | 1'60                         | 1'57                                | 1'71                                | 1'80                                  | 1'82            | 1'74                        | 0'790            | 0'000   | 0'240  | 12'8   |
| 4. Schritt       | Gemeindegröße                          | 6'04                         | 5'61                                | 4'98                                | 5'65                                  | 6'28            | 5'52                        | 0'774            | 0'000   | 0'200  | 10'6   |
| 5. Schritt       | Berufstätigkeit                        | 1'63                         | 1'71                                | 2'58                                | 4'31                                  | 4'46            | 3'46                        | 0'766            | 0'000   | 0'273  | 14'5   |
| 6. Schritt       | Persönliches Einkommen<br>in 1.000 ATS | 10'33                        | 12'65                               | 12'19                               | 10'72                                 | 12'86           | 11'36                       | 0'759            | 0'000   | -0'113   | 6'0  |
| 7. Schritt       | Besitz Karte<br>mit Bankomatfunktion   | 1'22                         | 1'20                                | 1'27                                | 1'47                                  | 1'40            | 1'37                        | 0'754            | 0'000   | 0'140  | 7'5  |
| nicht in Analyse | Besitz Karte mit Quick-Funktion        | 1'65                         | 1'70                                | 1'81                                | 1'86                                  | 1'90            | 1'82                        | 0'750            | 0'083   | x  | x  |
| nicht in Analyse | Erlagschein                            | 1'17                         | 1'18                                | 1'20                                | 1'22                                  | 1'31            | 1'21                        | 0'752            | 0'308   | x  | x  |
| nicht in Analyse | Trägt wieviel Bargeld mit sich         | 5'44                         | 5'28                                | 5'24                                | 5'13                                  | 5'33            | 5'19                        | 0'752            | 0'547   | x  | x  |
| nicht in Analyse | Geschlecht                             | 1'46                         | 1'49                                | 1'49                                | 1'58                                  | 1'55            | 1'54                        | 0'753            | 0'820   | x  | x  |
| nicht in Analyse | Einziehungsauftrag                     | 1'38                         | 1'37                                | 1'46                                | 1'44                                  | 1'38            | 1'43                        | 0'753            | 0'674   | x  | x  |
| nicht in Analyse | Überweisung                            | 1'14                         | 1'20                                | 1'22                                | 1'20                                  | 1'23            | 1'20                        | 0'753            | 0'690   | x  | x  |

Quelle: OeNB-Berechnungen (Zahlungsverhaltensumfrage), IFES.

<sup>1)</sup> Für die Einbeziehung der Variablen in die Analyse wurde ein Signifikanzniveau von 5% gewählt.

<sup>2)</sup> Beziehen sich auf die erste (von vier) Diskriminanzfunktion(en). Der Eigenwertanteil der ersten Diskriminanzfunktion beträgt 91'2%.

Anmerkung: Das Alter, die Schulbildung und der Besitz einer Kreditkarte sind die Variablen, die am meisten zur Trennung der einzelnen Gruppen beitragen.



# Abkürzungsverzeichnis

|            |  |            |   |
|------------|--|------------|---|
| AfDB       | African Development Bank<br>(Afrikanische Entwicklungsbank)  | IFC        | International Finance Corporation<br>(Internationale Finanz-Korporation)  |
| AsDB       | Asian Development Bank<br>(Asiatische Entwicklungsbank)  | IFES       | Institut für Empirische Sozialforschung   |
| ARTIS      | Austrian Real-Time Interbank Settlement  | IHS        | Institut für Höhere Studien   |
| ASEAN      | Association of South East Asian Nations<br>(Verband Südostasiatischer Staaten)   | ILO        | International Labor Organization<br>(Internationale Arbeitsorganisation)  |
| ASFINAG    | Autobahnen- und Schnellstraßen-<br>Finanzierungs-Aktiengesellschaft  | ISO        | International Organization for Standardization  |
| ASVG       | Allgemeines Sozialversicherungsgesetz  | IVP        | Internationale Vermögensposition  |
| ATX        | Austrian Traded Index  | IWF        | Internationaler Währungsfonds<br>(International Monetary Fund)  |
| BGBL       | Bundesgesetzblatt  | KWG        | Kreditwesengesetz   |
| BFG        | Bundesfinanzgesetz   | LIBOR      | London Interbank Offered Rate   |
| BHG        | Bundeshaushaltungsgesetz   | MAI        | Multilateral Agreement on Investment<br>(Multilaterales Investitionsschutzabkommen)   |
| BIP        | Bruttoinlandsprodukt   | MFI        | Monetäre Finanzinstitute  |
| BIZ        | Bank für Internationalen Zahlungsausgleich<br>(Bank for International Settlements)   | MÖAG       | Münze Österreich AG   |
| BMF        | Bundesministerium für Finanzen   | MOEL       | Länder Mittel- und Osteuropas   |
| BNP        | Bruttonationalprodukt  | NAB        | New Arrangements to Borrow  |
| BVA        | Bundesvoranschlag  | NACE       | Nomenclature générale des activités économiques<br>dans les communautés européennes   |
| BWA        | Bundes-Wertpapieraufsicht  | NAFTA      | North American Free Trade Agreement   |
| BWG        | Bankwesengesetz  | NATO       | North Atlantic Treaty Organization<br>(Nordatlantisches Verteidigungsbündnis)   |
| CEFTA      | Central European Free Trade Association<br>(Mitteleuropäisches Freihandelsabkommen)  | NBG        | Nationalbankgesetz  |
| COICOP     | Classification Of Individual Consumption<br>by Purpose   | Netto-NP   | Nettonationalprodukt  |
| EBRD       | European Bank for Reconstruction<br>and Development (Europäische Bank<br>für Wiederaufbau und Entwicklung)                   | NZBen      | Nationale Zentralbanken   |
| ECOFIN-Rat | Economic and Finance Ministers Council<br>(Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)                                   | OECD       | Organisation for Economic Co-operation<br>and Development<br>(Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit<br>und Entwicklung) |
| EFF        | Extended Fund Facility<br>(Erweiterte Fondsfazilität)  | OeKB       | Oesterreichische Kontrollbank   |
| EFTA       | European Free Trade Association<br>(Europäische Freihandelsassoziation)  | OeNB       | Oesterreichische Nationalbank   |
| EG         | Europäische Gemeinschaft   | OPEC       | Organization of the Petroleum Exporting<br>Countries (Organisation Erdöl exportierender<br>Länder)                                |
| EG-V       | EG-Vertrag   | ÖBFA       | Österreichische Bundesfinanzierungsagentur  |
| EIB        | European Investment Bank<br>(Europäische Investitionsbank)   | ÖIAG       | Österreichische Industrieverwaltung-<br>Aktiengesellschaft  |
| EONIA      | Euro OverNight Index Average   | ÖNACE      | Österreichische Version der statistischen<br>Systematik der Wirtschaftszweige in der EU   |
| EQOS       | Electric Quote and Order Drive System  | ÖTOB       | Österreichische Termin- und Optionenbörse   |
| ERP        | European Recovery Program  | P.S.K.     | Österreichische Postsparkasse AG  |
| ESAF       | Ergänzende/Erweiterte<br>Strukturanpassungsfazilität   | RLG        | Rechnungslegungsgesetz  |
| ESVG       | Europäisches System Volkswirtschaftlicher<br>Gesamtrechnungen  | RTGS       | Real-Time Gross Settlement  |
| ESZB       | Europäisches System der Zentralbanken  | RPIX       | Retail Price Index  |
| EU         | Europäische Union  | SAF        | Strukturanpassungsfazilität   |
| EURIBOR    | Euro Interbank Offered Rate  | SITC       | Standard International Trade Classification   |
| EUROSTAT   | Statistisches Amt<br>der Europäischen Gemeinschaft   | STF        | Systemtransformationsfazilität  |
| EWR        | Europäischer Wirtschaftsraum   | S.W.I.F.T. | Society for Worldwide Interbank Financial<br>Telecommunication  |
| EWS        | Europäisches Währungssystem  | SZR        | Sonderziehungsrechte  |
| EZB        | Europäische Zentralbank  | TARGET     | Trans-European Automated Real-time Gross<br>settlement Express Transfer   |
| GAB        | General Arrangements to Borrow   | UNCTAD     | United Nations Conference on Trade and<br>Development (Konferenz der Vereinten Nationen<br>über Handel und Entwicklung)           |
| GATS       | General Agreement on Trade in Services   | UNO        | United Nations Organization<br>(Organisation der Vereinten Nationen)  |
| GUS        | Gemeinschaft unabhängiger Staaten  | VGR        | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung   |
| HIPC       | Highly Indebted Poor Countries   | VPI        | Verbraucherpreisindex   |
| HVPI       | Harmonisierter Verbraucherpreisindex   | WBI        | Wiener Börse Index  |
| IADB       | Inter-American Development Bank<br>(Interamerikanische Entwicklungsbank)   | WIFO       | Österreichisches Institut<br>für Wirtschaftsforschung   |
| IBRD       | International Bank for Reconstruction<br>and Development (Internationale Bank für<br>Wiederaufbau und Entwicklung, Weltbank) | WTO        | World Trade Organization<br>(Welthandelsorganisation)   |
| IDA        | International Development Association<br>(Internationale Entwicklungsorganisation)   | WU         | Währungsunion   |
| IEA        | International Energy Agency<br>(Internationale Energieagentur)   | WWU        | Wirtschafts- und Währungsunion  |

# Zeichenerklärung

- = Zahlenwert ist Null
- .. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
- × = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- 0 = Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
- Ø = Durchschnitt
- \_ = Neue Reihe

Korrekturen sind nicht gekennzeichnet.

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.



# Kundmachungen der Oesterreichischen Nationalbank

Verlautbart im  
Amtsblatt zur  
Wiener Zeitung

Veröffentlicht im  
„Monatsheft“ Nr.

## **Devisenrechtliche Kundmachungen**

|         |   |              |         |
|---------|---|--------------|---------|
| DL 1/91 | Neuverlautbarung der Kundmachungen zum Devisengesetz;<br>allgemeine Bestimmungen<br>1. Erlassung neuer Kundmachungen<br>2. Begriffsbestimmungen<br>3. Entgelt   | 24. 9. 1991  | 9/1991  |
| DL 2/91 | Erteilung von generellen Bewilligungen<br>1. Generelle Bewilligung<br>2. Verzicht auf die Anmeldung; Freigabe<br>3. Nichtbanken<br>4. Banken ohne Auslandsgeschäft<br>5. Devisenhändler<br>6. Wechselstuben<br>7. Sonderbanken und Finanzinstitutionen<br>8. Gemeinsame Bestimmungen für Banken und Finanzinstitutionen | 24. 9. 1991  | 9/1991  |
| DL 3/91 | Meldungen<br>1. Allgemeiner Teil<br>2. Ausnahmen von der Meldepflicht<br>3. Allgemeine Meldung<br>4. Meldungen von Banken<br>5. Meldungen von Nichtbanken und Finanzinstitutionen<br>6. Sondermeldungen   | 24. 9. 1991  | 9/1991  |
| DL 4/91 | Vermögenswerte von Devisenausländern mit Wohnsitz (Sitz) in der Republik Irak   | 29. 10. 1991 | 10/1991 |
| DL 2/93 | Änderung der Kundmachung DL 3/91  | 5. 5. 1993   | 4/1993  |
| DL 1/95 | Aufhebung der Kundmachung DL 1/93; SR-Resolution 1022 (1995) betreffend die vorläufige Aussetzung der Sanktionen der Vereinten Nationen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien  | 21. 12. 1995 | 11/1995 |
| DL 1/96 | Änderung der Kundmachung DL 3/91  | 3. 9. 1996   | 7/1996  |
| DL 1/99 | Änderung der Kundmachungen DL 1/91, DL 2/91 und DL 3/91   | 21. 12. 1998 | 12/1998 |
| DL 2/99 | Aufhebung der Kundmachung DL 3/93 betreffend Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Libyen   | 30. 4. 1999  | 4/1999  |
| DL 3/99 | Änderung der Kundmachung DL 3/91  | 16. 12. 1999 | 11/1999 |
| DL 1/01 | Änderung der Kundmachung DL 3/91  | 19. 6. 2001  | 5/2001  |
| DL 1/02 | Änderung der Kundmachungen DL 1/91 und DL 3/91 zum Devisengesetz  | 25. 2. 2002  | 1/2002  |

Eine Übersicht über die ins Englische übersetzten Kundmachungen kann der Publikation „Focus on Austria“ der OeNB entnommen werden.

# Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft

Verlautbart  
im Amtsblatt der EG

## **Mindestreserve-Verordnungen**

- |             |   |              |
|-------------|---|--------------|
| Nr. 2531/98 | Verordnung des Rates der Europäischen Union<br>über die Auferlegung einer Mindestreserve-Pflicht<br>durch die Europäische Zentralbank | 23. 11. 1998 |
| Nr. 2532/98 | Verordnung des Rates der Europäischen Union<br>über das Recht der Europäischen Zentralbank,<br>Sanktionen zu verhängen                | 23. 11. 1998 |
| Nr. 2818/98 | Verordnung der Europäischen Zentralbank<br>über die Auferlegung einer Mindestreserve-Pflicht  | 1. 12. 1998  |

# Übersicht über Berichte, Studien und Sonderdrucke<sup>1)</sup>

Veröffentlicht in Heft Nr.  
M = „Monatsheft“  
B = „Berichte und Studien“

## **Wirtschafts- und Währungsunion und Europäische Union**

|   |                   |
|---|-------------------|
| Aktuelle Entwicklungen auf dem Fleischmarkt und Auswirkungen auf die Inflationsrate in Österreich und im Euroraum | B 1/2001          |
| Ökonomische Aspekte der Euro bargeldumstellung in Österreich  | B 2/2001          |
| Die Herausforderung der Informationsgesellschaft für die Notenbanken – Auf dem Weg zur e-ZB?                      | B 1/2001          |
| Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU   | B vierteljährlich |
| Zusammenarbeit im EZSB und europäische Integration  | B vierteljährlich |

Eine Übersicht über die ins Englische übersetzten Berichte, Studien und Sonderdrucke kann der Publikation „Focus on Austria“ der OeNB entnommen werden.

## **Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate**

|   |                             |
|---|-----------------------------|
| Umlauffähige österreichische Scheidemünzen (jeweils ergänzt um die Kundmachungen über neu ausgegebene Scheidemünzen)                          | M 11 jährlich <sup>2)</sup> |
| Kundmachungen über die Ausgabe von Sammlermünzen in Euro (Heft 11/2001, Heft 12/2001)   | fallweise                   |
| Gesamtverzeichnis der Schillingmünzen von 1947 bis 2001   | M 1/2002                    |
| Umtauschbare Schillingbanknoten – Bei der Oesterreichischen Nationalbank umtauschbare Schillingbanknoten                                      | M 1/2002                    |
| Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma?  |                             |
| Ergebnisse der 28. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB  | B 3/2000                    |
| Der einheitliche Finanzmarkt – Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren WWU   |                             |
| Ergebnisse der 29. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB  | B 2/2001                    |
| Reden des Präsidenten Adolf Wala und des Gouverneurs Dr. Klaus Liebscher anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank | B 2 jährlich                |

## **Finanzinstitutionen**

|   |                   |
|---|-------------------|
| Bankfeiertage, international  | M 11 jährlich     |
| Bankfeiertage in Österreich   | M 11 jährlich     |
| Das österreichische Bankenanalyzesystem   | B 1/2000          |
| Gibt es einen Kreditkanal in Österreich?  | B 1/2000          |
| Risikoanalyse eines internationalen Musterportefeuilles                                       | B 2/2000          |
| Berechnung der fusionskontrollrechtlichen Aufgriffsschwellen für Banken – die neue Rechtslage | B 2/2000          |
| Geschäftstätigkeit der inländischen Kreditinstitute   | B vierteljährlich |

## **Kapitalmarkt**

|   |          |
|---|----------|
| Venture Capital in Österreich                             | B 2/2000 |
| Rolle und Perspektiven des österreichischen Aktienmarktes | B 4/2000 |

## **Rentenmarkt**

|  |          |
|--|----------|
| Entwicklungen auf dem österreichischen Rentenmarkt | B 1/2001 |
|--|----------|

## **Realwirtschaft**

|  |          |
|--|----------|
| Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 1998 | M 1/2000 |
|--|----------|

1 Die Gesamtübersicht über die bisher veröffentlichten Berichte, Studien und Sonderdrucke ist jeweils dem Heft 12 des „Statistischen Monatshefts“ bzw. bis zum Jahr 2000 dem Heft 4, jedoch für das Jahr 2001 dem Heft 1/2002 der „Berichte und Studien“ zu entnehmen.  
2 Für das Jahr 2001 bereits im Heft 10.

### **Realwirtschaft (Fortsetzung)**

|   |            |
|---|------------|
| Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Fremdenverkehrsbetriebe von 1994 bis 1997  | M 5/2000   |
| Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Gewerbebetriebe von 1994/95 bis 1998/99  | M 9/2000   |
| Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 1999        | M 9/2000   |
| Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 2000        | M 9/2001   |
| Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen nach der Systematik der Wirtschaftstätigkeiten von 1997 bis 1999   | M 12/2001  |
| Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2000 bis 2002 vom Frühjahr 2000   | B 2/2000   |
| Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2000 bis 2002 vom Herbst 2000   | B 4/2000   |
| Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2001 bis 2002 vom Frühjahr 2001   | B 2/2001   |
| Neubewertung des Indikators der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft  | B 2/2001   |
| Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2001 bis 2003 vom Herbst 2001   | B 3–4/2001 |
| Das Zahlungsverhalten privater Haushalte in Österreich – Ergebnisse einer Untersuchung zur Nutzung von Zahlungskarten und zur Struktur der Zahlungstransaktionen im Jahr 2000 | B 1/2002   |
| Konjunkturelle Entwicklung in Österreich  | B 1 und 3  |

### **Außenwirtschaft**

|   |                   |
|---|-------------------|
| Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich                           | M 6 jährlich      |
| Internationale Vermögensposition Österreichs im Jahr 1999   | B 3/2000          |
| Direktinvestitionen Österreichs – Neues Konzept der Statistik über die Portfoliosition für aus- und inländische Wertpapiere | B 4/2000          |
| Internationale Vermögensposition Österreichs im Jahr 2000   | B 3–4/2001        |
| Direktinvestitionen Österreichs – Ergebnisse der Befragung 1999 und Entwicklung ausgewählter Indikatoren                    | B 3–4/2001        |
| Zahlungsbilanz  | B vierteljährlich |

### **Internationale Wirtschaft**

|   |                   |
|---|-------------------|
| An internationalen Organisationen beteiligte Länder                 | M 1 jährlich      |
| Leitzinssätze   | M 12 jährlich     |
| Die HIPC-Initiative: Ein Weg der Dritten Welt aus der Verschuldung? | B 4/2000          |
| Entwicklungen in ausgewählten Reformländern                         | B 1 und 3         |
| Internationale Verschuldung und Emerging Markets                    | B 2 und 4         |
| Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU     | B vierteljährlich |
| Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem        | B vierteljährlich |

# Übersicht der Studien zu Schwerpunktthemen

## **Berichte und Studien, Heft 2/2000:**

### **Die Geldpolitik des Eurosystems**

Geldpolitik und geldpolitische Strategie  
in Zeiten der Währungsunion: veränderte Rahmenbedingungen –  
neue Herausforderungen  
Glaubwürdigkeit des Eurosystems: Versuch einer Begriffsklärung  
Geldmengenentwicklung im Übergang zur Währungsunion  
Indikatoren zur Beurteilung der Preisentwicklung  
Schätzung und Interpretation der Taylor-Regel für den Euroraum  
Neue Strukturen des geldpolitischen Instrumentariums und des  
österreichischen Geldmarktes seit Beginn der dritten Stufe der  
Wirtschafts- und Währungsunion

## **Berichte und Studien, Heft 3/2000:**

### **Neue Eigenmittelbestimmungen in Basel und Brüssel**

Die Eigenmittelanforderungen an österreichische Kreditinstitute  
als Instrument der Bankenaufsicht im Wandel der Zeit  
Supervisory Review  
Kreditrisiko – Die Vorschläge des Basler Ausschusses und der EU-  
Kommission zur Kapitalunterlegung von Kreditrisiken  
Aktueller Stand der Diskussion und mögliche Auswirkungen  
auf das österreichische Bankwesen  
Kritische Überlegungen zu den Vorschlägen des Basler Ausschusses  
für Bankenaufsicht und der Europäischen Kommission zur  
Behandlung der „anderen Risiken“ im Rahmen der Neugestaltung  
der Eigenmittelvorschriften  
Zinsrisiko im Bankbuch

## **Berichte und Studien, Heft 2/2001:**

### **Fiskalpolitik unter neuen Rahmenbedingungen**

Fiskalpolitische Konzeptionen der europäischen Wirtschaftspolitik  
Maßnahmen und Strategien der Budgetkonsolidierung in den  
Mitgliedsländern der EU  
Verteilungsaspekte der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und  
Währungsunion – eine Betrachtung aus Arbeitnehmersicht  
Probleme der Besteuerung von grenzüberschreitenden  
Kapitaleinkommen  
Debt-Management der Republik Österreich unter den  
Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums  
Zyklisch bereinigte Budgetsalden für Österreich

**Berichte und Studien, Heft 3–4/2001:**

**Transmission der Geldpolitik**

Der Transmissionsmechanismus und die Rolle der Vermögenspreise  
in der Geldpolitik

Asymmetrische Transmission der Geldpolitik über den  
Kreditvergabekanal – eine Analyse anhand österreichischer  
Bankbilanzen

Bilanz- und Kreditvergabekanal: eine Analyse anhand  
österreichischer Firmen

Finanzinnovationen und der monetäre Transmissionsmechanismus  
Transmissionsmechanismus und Arbeitsmarkt –  
eine länderübergreifende Studie

Die geldpolitische Transmission unter den Bedingungen  
des Stabilitäts- und Wachstumspakts –  
einige vorläufige Überlegungen

Prinzipien für die Konstruktion von Modellen  
des Transmissionsmechanismus der Geldpolitik

# Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank

## Periodische Publikationen

|   | Veröffentlicht                                      |
|---|---|
| Statistisches Monatsheft  | monatlich   |
| Focus on Statistics<br>(englische Fassung des „Statistischen Monatshefts“)  | <a href="http://www.oenb.at">http://www.oenb.at</a> |
| Leistungsbilanz Österreichs,<br>revidierte Jahresdaten gegliedert nach Regionen und Währungen                           | jährlich  |
| Berichte und Studien  | vierteljährlich                                     |
| Focus on Austria<br>(englische Kurzfassung der „Berichte und Studien“)  | vierteljährlich                                     |
| Focus on Transition   | halbjährlich  |
| Finanzmarktstabilitätsbericht<br>Financial Stability Report<br>(englische Fassung des „Finanzmarktstabilitätsberichts“) | halbjährlich  |
| Geschäftsbericht  | jährlich  |
| Annual Report (englische Übersetzung des Geschäftsberichts)   | jährlich  |
| Volkswirtschaftliche Tagung   | jährlich  |
| The Austrian Financial Markets –<br>A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures                           | jährlich  |

## Sonstige Publikationen

|   |      |
|---|------|
| Erfahrungen Österreichs beim Übergang von administrativer<br>Regulierung zur Marktwirtschaft (Moskau 1990)                | 1990 |
| Challenges for European Bank Managers in the 1990s<br>(Badgastein 1990)   | 1991 |
| From Control to Market –<br>Austria’s Experiences in the Post-War Period (Warschau 1990)                                  | 1991 |
| The Economic Opening of Eastern Europe<br>(Bergsten-Konferenz Wien 1991)  | 1991 |
| Erneuerung durch Integration –<br>175 Jahre Oesterreichische Nationalbank   | 1991 |
| Striking a Balance – 175 Years of Austrian National Bank  | 1991 |
| Transparente Dispositionen – Liberalisierter Devisenverkehr<br>unter Beachtung internationaler Publizitätsverpflichtungen | 1991 |
| Ausgeglichene Position –<br>Die neue Präsentation der österreichischen Zahlungsbilanz                                     | 1992 |
| Aktive Bilanz – Ein Jahr vollständig liberalisierter Devisenverkehr in<br>Österreich                                      | 1992 |
| Neuorientierung – Internationale Vermögensposition<br>und Außenwirtschaftliche Investitionsbilanz Österreichs             | 1993 |
| Bankwesengesetz 1993  | 1994 |
| Internationale Vermögensposition 1992 –<br>Die grenzüberschreitenden Forderungen<br>und Verpflichtungen Österreichs       | 1994 |
| International Investment Position for 1992 –<br>Austria’s cross-border assets and liabilities                             | 1994 |
| Western Europe in Transition: The Impact of the Opening up<br>of Eastern Europe and the Former Soviet Union               | 1995 |
| Die Oesterreichische Nationalbank als Unternehmen   | 1996 |

**Sonstige Publikationen (Fortsetzung)**

|  | Veröffentlicht |
|--|----------------|
| Monetary Policy in Central and Eastern Europe:<br>Challenges of EU Integration | 1996           |
| Monetary Policy in Transition in East and West                                 | 1997           |
| Die Auswirkungen des Euro auf den Finanzmarkt Österreich                       | 1997           |
| Die Bank der Banken  | 1997           |
| Die Zukunft des Geldes: Auf dem Weg zum Euro                                   |                |
| Grundlagen – Strukturen – Termine  | 1997           |
| Geld & Währung   | 1997           |
| Kompendium von Texten zur Wirtschafts- und Währungsunion                       | 1997           |
| Nationalbankgesetz 1984 (Stand Jänner 1999)                                    | 1999           |
| Informationsmaterial über Banknotensicherheit                                  | laufend        |
| Working Papers   | laufend        |

**Videofilme**

|  |      |
|--|------|
| Wie Mozart entsteht (über die Banknotensicherheit)                             | 1990 |
| The Evolution of W. A. Mozart<br>(englische Fassung von „Wie Mozart entsteht“) | 1995 |
| Bank der Banken<br>(über die Aufgaben und Funktionen der OeNB)                 | 1991 |
| The Banks' Bank (englische Fassung von „Bank der Banken“)                      | 1991 |
| Fenster, Tore, Brücken: Eurogeld aus Österreich                                | 1997 |
| Das Geld von Morgen (Schulversion) – Teil 1, 2, 3                              | 1997 |
| Der Euro stellt sich vor   | 2001 |



### **Themenübersicht Volkswirtschaftliche Tagung**

- 1975 Die ökonomischen, politischen und sozialen Konsequenzen  
der Wachstumsverlangsamung
- 1976 Störungsanfällige Bereiche in unserem ökonomischen  
und sozialen System
- 1977 Fiskalismus kontra Monetarismus
- 1978 Wirtschaftsprognose und Wirtschaftspolitik
- 1979 Technik-, Wirtschaftswachstums-, Wissenschaftsverdrossenheit:  
Die neue Romantik – Analyse einer Zeitströmung
- 1980 Probleme der Leistungsbilanz in den achtziger Jahren
- 1981 Systemkrisen in Ost und West
- 1982 Forschung und Wirtschaftswachstum
- 1983 Ausweg aus der Krise –  
Wege der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik
- 1984 Der Weg zur Welthandelsnation
- 1985 Weltanschauung und Wirtschaft
- 1986 Vollbeschäftigung, ein erreichbares Ziel?
- 1987 Vollendung des Binnenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft –  
Folgen und Folgerungen für Österreich
- 1988 Sand im Getriebe – Ursachen und Auswirkungen  
der Wachstumsverlangsamung in Österreich
- 1989 Banken und Finanzmärkte – Herausforderung der neunziger Jahre
- 1990 Wettbewerb und Kooperation im Finanzbereich
- 1991 Wirtschaftliche und politische Neugestaltung Europas –  
Rückblick und Perspektiven
- 1992 Zukunft regionaler Finanzmärkte in einem integrierten Europa
- 1993 Europäische Währungspolitik und internationaler Konjunkturverlauf
- 1994 Neue internationale Arbeitsteilung – Die Rolle der Währungspolitik
- 1995 Die Zukunft des Geldes – das Geld der Zukunft
- 1996 Auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion –  
Bedingungen für Stabilität und Systemsicherheit
- 1997 Die Bedeutung der Unabhängigkeit der Notenbank  
für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Geldpolitik
- 1998 Wirtschaftspolitik 2000 – Die Rolle der Wirtschaftspolitik  
und nationaler Notenbanken in der WWU
- 1999 Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik
- 2000 Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma?
- 2001 Der einheitliche Finanzmarkt –  
Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren WWU

**Themenübersicht Working Papers<sup>1)</sup>**

Veröffentlicht

|        |  |      |
|--------|--|------|
| Nr. 32 | Price Level Convergence Among United States Cities:<br>Lessons for the European Central Bank             | 1998 |
| Nr. 33 | Core Inflation in Selected European Union Countries  | 1998 |
| Nr. 34 | The impact of EMU on European unemployment   | 1998 |
| Nr. 35 | Room for Manoeuvre of Economic Policy<br>in the EU Countries – Are there Costs of Joining EMU?           | 1998 |
| Nr. 36 | Heterogeneities within Industries<br>and Structure-Performance Models                                    | 1998 |
| Nr. 37 | Estimation of the Term Structure of Interest Rates<br>A Parametric Approach                              | 1999 |
| Nr. 38 | On the Real Effects of Monetary Policy:<br>A Central Banker's View                                       | 1999 |
| Nr. 39 | Democracy and Markets: The Case of Exchange Rates  | 1999 |
| Nr. 40 | Central Banks in European Emerging Market Economies<br>in the 1990s                                      | 2000 |
| Nr. 41 | Is there a Credit Channel in Austria?<br>The Impact of Monetary Policy<br>on Firms' Investment Decisions | 2000 |
| Nr. 42 | Integration, Disintegration and Trade in Europe:<br>Evolution of Trade Relations During the 1990s        | 2000 |
| Nr. 43 | The Bank, the States, and the Market:<br>An Austro-Hungarian Tale for Euroland, 1867–1914                | 2001 |
| Nr. 44 | The Euro Area and the Single Monetary Policy   | 2001 |
| Nr. 45 | Is There an Asymmetric Effect of Monetary Policy<br>over Time? A Bayesian Analysis Using Austrian Data   | 2001 |
| Nr. 46 | Exchange Rates, Prices and Money.<br>A Long Run Perspective  | 2001 |
| Nr. 47 | The ECB Monetary Policy Strategy and the Money Market  | 2001 |
| Nr. 48 | A Regulatory Regime for Financial Stability  | 2001 |
| Nr. 49 | Arbitrage and Optimal Portfolio Choice with<br>Financial Constraints                                     | 2001 |
| Nr. 50 | Macroeconomic Fundamentals and the DM/\$ Exchange Rate:<br>Temporal Instability and the Monetary Model   | 2001 |
| Nr. 51 | Assessing Inflation Targeting after a Decade<br>of World Experience                                      | 2001 |
| Nr. 52 | Beyond Bipolar: A Three-Dimensional Assessment<br>of Monetary Frameworks                                 | 2001 |
| Nr. 53 | Why Is the Business-Cycle Behavior of Fundamentals<br>Alike Across Exchange-Rate Regimes?                | 2001 |
| Nr. 54 | New International Monetary Arrangements and the<br>Exchange Rate   | 2001 |
| Nr. 55 | The Effectiveness of Central Bank Intervention in the EMS:<br>The Post 1993 Experience                   | 2001 |
| Nr. 56 | Asymmetries in Bank Lending Behaviour.<br>Austria During the 1990s                                       | 2002 |
| Nr. 57 | Banking Regulation and Systemic Risk   | 2002 |
| Nr. 58 | Credit Channel and Investment Behaviour in Austria:<br>A Micro-Econometric Approach                      | 2002 |

<sup>1</sup> Die Gesamtübersicht über die bisher veröffentlichten Working Papers ist jeweils dem Heft 12 des „Statistischen Monatshefts“ bzw. bis zum Jahr 2000 dem Heft 4, jedoch für das Jahr 2001 dem Heft 1/2002 der „Berichte und Studien“ zu entnehmen.

# Adressen der Oesterreichischen Nationalbank

|                       | Postanschrift   | Telefon                         | Fernschreiber  |                              |
|-----------------------|---|---------------------------------|--|------------------------------|
| <b>Hauptanstalt</b>   |   |                                 |  |                              |
|                       | Wien<br>9, Otto-Wagner-Platz 3  | Postfach 61<br>1011 Wien        | 01/404 20 DW<br>Telefax: 01/404 20-2398                              | 114669 natbk<br>114778 natbk |
|                       | Internet: <a href="http://www.oenb.at">http://www.oenb.at</a>                                     |                                 |  |                              |
| <b>Zweiganstalten</b> |   |                                 |  |                              |
| <b>Bregenz</b>        |   |                                 |  |                              |
|                       | Anton-Schneider-Straße 12   | Postfach 340<br>6901 Bregenz    | 0 55 74/49 61-0<br>Telefax: 0 55 74/49 61 99                         |                              |
| <b>Eisenstadt</b>     |   |                                 |  |                              |
|                       | Esterhazyplatz 2  | Postfach 60<br>7001 Eisenstadt  | 0 26 82/627 18-0<br>Telefax: 0 26 82/627 18 99                       |                              |
| <b>Graz</b>           |   |                                 |  |                              |
|                       | Brockmanngasse 84   | Postfach 8<br>8018 Graz         | 0 31 6/81 81 81-0<br>Telefax: 0 31 6/81 81 81 99                     |                              |
| <b>Innsbruck</b>      |   |                                 |  |                              |
|                       | Adamgasse 2   | 6020 Innsbruck                  | 0 51 2/594 73-0<br>Telefax: 0 51 2/594 73 99                         |                              |
| <b>Klagenfurt</b>     |   |                                 |  |                              |
|                       | 10.-Oktober-Straße 13   | Postfach 526<br>9010 Klagenfurt | 0 46 3/576 88-0<br>Telefax: 0 46 3/576 88 99                         |                              |
| <b>Linz</b>           |   |                                 |  |                              |
|                       | Coulinstraße 28   | Postfach 346<br>4021 Linz       | 0 73 2/65 26 11-0<br>Telefax: 0 73 2/65 26 11 99                     |                              |
| <b>Salzburg</b>       |   |                                 |  |                              |
|                       | Franz-Josef-Straße 18   | Postfach 18<br>5027 Salzburg    | 0 66 2/87 12 01-0<br>Telefax: 0 66 2/87 12 01 99                     |                              |
| <b>St. Pölten</b>     |   |                                 |  |                              |
|                       | Julius-Raab-Promenade 1   | Postfach 5<br>3100 St. Pölten   | 0 27 42/313 483-0<br>Telefax: 0 27 42/313 483 99                     |                              |
| <b>Repräsentanzen</b> |   |                                 |  |                              |
|                       | Oesterreichische Nationalbank<br>London Representative Office<br>5th floor, 48 Gracechurch Street |                                 | 0044/20/7623 6446<br>Telefax: 0044/20/7623 6447                      |                              |
|                       | <b>London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich</b>  |                                 |  |                              |
|                       | Oesterreichische Nationalbank<br>New York Representative Office<br>745 Fifth Avenue, Suite 2005   |                                 | 001/212/888 2334<br>001/212/888 2335<br>Telefax: 001/212/888 2515    | 422509 natb ny               |
|                       | <b>New York, N. Y. 10151, USA</b>   |                                 |  |                              |
|                       | Ständige Vertretung Österreichs bei der EU<br>Avenue de Cortenbergh 30                            |                                 | 00322/285 48 41, 42, 43<br>Telefax: 00322/285 48 48                  |                              |
|                       | <b>B-1040 Bruxelles, Belgien</b>  |                                 |  |                              |
|                       | Ständige Vertretung Österreichs bei der OECD<br>3, rue Albéric-Magnard                            |                                 | 00331/53 92 23 39<br>00331/53 92 23 44<br>Telefax: 00331/45 24 42 49 |                              |
|                       | <b>F-75116 Paris, Frankreich</b>  |                                 |  |                              |